

Protokoll

17. Parteitag der CDU Deutschlands
1.–2. Dezember 2003, Leipzig

Besser für die Menschen.



CDU

Protokoll

**17. Parteitag der CDU Deutschlands
1.–2. Dezember 2003, Leipzig**

INHALT	Seite
Eröffnung: Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlussfassung über die Tagesordnung	9
Bestätigung der Antragskommission	9
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	10
Grußworte	10
■ Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig	10
■ Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Landes Sachsen	12
■ Pier Ferdinando Casini, Präsident des Abgeordnetenhauses der Republik Italien	15
■ Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei	17
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Dr. Angela Merkel MdB	20
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	45
Bericht der Mandatsprüfungskommission	73
Bericht des Vorsitzenden der Kommission „Soziale Sicherheit“ Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog	74
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.“ Generalsekretär Laurenz Meyer	87
Aussprache und Beschlussfassung	100
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments Hartmut Nassauer MdEP	172
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“	176

Einführung Friedrich Merz, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	176
Aussprache und Beschlussfassung	188
Sonstige Anträge	207
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber	211
Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“	227
Einführung in den Antrag: Generalsekretär Laurenz Meyer	227
Aussprache und Beschlussfassung	230
Beratung und Beschlussfassung über Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU	248
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2001 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz Dr. Wolfgang Peiner	254
Bericht der Rechnungsprüfer	256
Wahlen	257
Wahl der Delegierten für den XXI. EVP-Kongress	257
Nachwahl eines stellv. Mitglieds des Bundesparteigerichts	258
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel	258
ANHANG	261
Beschlussprotokoll	263
Namensverzeichnis	309

Montag, 1. Dezember 2003

Erste Plenarsitzung

Beginn: 10.30 Uhr

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 17. Parteitag der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Ich darf Sie alle ganz herzlich in Leipzig willkommen heißen. Mein erster Gruß gilt selbstverständlich den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Sie stehen für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Ein herzliches Willkommen Ihnen allen im Leipziger Messezentrum.

(Beifall)

Ich begrüße den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herrn Wolfgang Tiefensee.

(Beifall)

Lieber Herr Tiefensee, wir sind nach 1997 zum zweiten Mal mit einem Bundesparteitag in dieser großartigen Messestadt. Ich sage Ihnen im Namen der Delegierten – ich persönlich als Mecklenburg-Vorpommerin betone dies mit einem besonderen Hintergrund – Wir alle unterstützen Leipzig bei der Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahr 2012.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Vorsitzenden der CDU in Sachsen, unseren Freund Ministerpräsident Georg Milbradt.

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich unseren Altbundespräsidenten Roman Herzog mit seiner Gattin.

(Beifall)

Lieber Herr Herzog, Sie haben einen großartigen Beitrag dazu geleistet, dass wir auf diesem Parteitag etwas zu tun haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Von unserer bayerischen Schwesterpartei begrüße ich zunächst einmal den neu gewählten Generalsekretär, Markus Söder. Auf gute Zusammenarbeit und herzlich willkommen!

(Beifall)

Später dann wird auch Michael Glos bei uns zu Gast sein. Auch ihm gilt deshalb schon im Voraus ein herzlicher Willkommensgruß.

Von den vielen ausländischen Gästen, die unserem Parteitag die Ehre geben, begrüße ich stellvertretend den Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Republik Italien, unseren christdemokratischen Freund Pier Ferdinando Casini, der nachher ein Grußwort zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ganz besonders begrüße ich unseren langjährigen Freund Wilfried Martens, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei. Auch er wird zu uns ein Grußwort sprechen.

(Beifall)

Ich begrüße des Weiteren stellvertretend Gutenberg Martinez aus Chile, Nadeshda Mihailova aus Bulgarien und Andrej Bajuk aus Slowenien. Sie alle sind uns, wie auch alle anderen Gäste, herzlich willkommen.

(Beifall)

Recht herzlich begrüße ich auch Oberkirchenrat Eduard Berger und Pfarrer Bernhard Seibt sowie Pfarrer Christian Wolf. Ein herzliches Dankeschön für die Möglichkeit, heute Morgen gemeinsam mit Ihnen in der Thomaskirche den Gottesdienst erleben zu können. Wir haben gelernt, dass die Thomaskirche, die Thomaner und die dazugehörige Schule schon 800 Jahre bestehen. Das sagt etwas aus über die Tradition dieser Stadt.

Ich begrüße die Prälaten Stephan Reimers und Karl Jüsten, die stellvertretend für die beiden großen Kirchen heute unsere Gäste sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Gewerkschaften, Wirtschaftsorganisationen und anderen Verbänden. Lassen sie mich stellvertretend den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Michael Sommer, nennen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Später wird noch Frank Bsirske zu uns stoßen, der Vorsitzende der Gewerkschaft Verdi.

(Unruhe – Zuruf: Muss aber nicht sein!)

– Er hat vielleicht den Eindruck, dass er bei uns noch manches Interessante hören kann. Das ist doch gut.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes, dem ich zu seinem neuen Amt herzlich beglückwünsche, unseren Freund Rudolf Seiters. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, die später in ihrer Eigenschaft als Delegierte an unserem Parteitag teilnehmen wird. Einen ganz herzlichen Willkommensgruß, liebe Erika Steinbach!

(Beifall)

Last but not least begrüße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die von unserem Parteitag nicht nur viel Interessantes, sondern, wie ich hoffe, auch möglichst viel Gutes zu berichten haben werden. In diesem Sinne auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind. Ich möchte stellvertretend nennen:

Wilfried Hasselmann, geboren am 23. Juli 1924, gestorben am 9. Januar 2003. Er war seit 1962 Mitglied der CDU und von 1968 bis 1990 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen sowie seit 1990 ihr Ehrevorsitzender. Von 1969 bis 1990 gehörte er dem CDU-Bundesvorstand an. Als Mitglied des Niedersächsischen Landtages war er von 1965 bis 1976 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, von 1976 bis 1986 niedersächsischer Bundesratsminister sowie von 1986 bis 1988 niedersächsischer Innenminister und zugleich von 1978 bis 1986 stellvertretender Ministerpräsident.

Ich denke an Hanns Neubauer, geboren am 4. Mai 1905, gestorben am 27. Januar 2003. Seit 1952 war er Mitglied der CDU. Als Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags von 1955 bis 1975 war er von 1967 bis 1971 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Rheinland-Pfalz sowie von 1971 bis 1975 Alterspräsident.

Ich erinnere an Erika Wolf, geboren am 26. März 1912, gestorben am 4. Februar 2003. 1945 war sie Gründungsmitglied der CDU in Potsdam sowie von 1946 bis 1950 Mitglied des Stadtparlaments Potsdam. Nach ihrer Flucht in die Bundesrepublik Deutschland 1950 gehörte sie von 1965 bis 1976 dem Deutschen Bundestag an. Nach ihrer Rückkehr in ihre alte Heimat wurde sie 1994 Ehrevorsitzende der CDU Brandenburg.

Ich nenne Peter Kittelmann, geboren am 17. Juli 1936, gestorben am 2. März 2003. Er war seit 1962 Mitglied der CDU. Von 1969 an war er Vorsitzender des ehemaligen CDU-Kreisverbandes Berlin-Tiergarten und bis zuletzt des neu gebildeten Kreisverbandes Berlin-Mitte. Er gehörte von 1976 bis 1994 dem Deutschen Bundestag an sowie von 1994 bis 1998 dem Europäischen Parlament. Seit 1999 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Ich denke an Karlheinz Sanders, geboren am 22. November 1924, gestorben am 27. Juli 2003. Er war seit 1954 Mitglied der CDU. 31 Jahre, und zwar von 1962 bis 1993, war er Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Hamburg-St. Pauli und von 1977 bis 1993 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Hamburg-Mitte. Von 1970 bis 1997 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an.

Ich erinnere an Helmut Witzel, geboren am 5. September 1928, gestorben am 21. August 2003. Er war seit 1956 Mitglied der CDU. Von 1964 bis 1968 war er Sozialsekretär der CDU Rheinland sowie von 1968 bis 1991 Geschäftsführer der CDU Erftkreis. Von 1992 bis 1997 hatte er den Vorsitz der Senioren Union Erftkreis inne.

Ich nenne Heinz Daum, geboren am 26. Oktober 1935, gestorben am 30. August 2003. Er war seit 1962 Mitglied der CDU. Von 1964 bis 1986 hatte er den Vorsitz des CDU-Stadtbezirksverbandes Nordweststadt-Niederursel sowie von 1986 bis 1989 den Vorsitz des CDU-Kreisverbandes Frankfurt/Main inne. Von 1981 bis 1983 sowie seit 2001 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt und von 1983 bis 1989 war er Dezernent für Umweltschutz der Stadt sowie von 1990 bis 2000 Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Frankfurt.

Ich denke an Gerhard Weiser, geboren am 11. Januar 1931, gestorben am 10. September 2003. Er war seit 1951 Mitglied der CDU. Er war 1969 bis 1981 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Rhein-Neckar sowie von 1981 bis 1999 Bezirksvorsitzender der CDU Nordbaden und zugleich Mitglied des Präsidiums der CDU Baden-Württemberg. Als Mitglied des baden-württembergischen Landtages von 1968 bis 2001 war er von 1976 bis 1996 Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten und zugleich von 1980 bis 1992 stellvertretender Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

Ich erinnere an Hans-Dietrich Streckfuß, geboren am 22. Juli 1918, gestorben am 12. September 2003. 1946 war er Gründungsmitglied der CDU Meißen. Bis 1953 gehörte er dem Stadtrat in Meißen an. Nach seiner Verhaftung saß er von 1954 bis 1962 wegen angeblicher Spionage in den Zuchthäusern Bautzen und Waldheim. Nach seiner Rehabilitierung 1991 gehörte er zunächst dem Stadtrat in Coswig an und dann dem in Meißen.

Ich nenne Alfons Müller, geboren am 28. Mai 1931, gestorben am 13. Oktober 2003. Er war seit 1955 Mitglied der CDU. Von 1964 bis 1991 gehörte er dem CDA-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen an. Von 1961 bis 1994 war er Ratsmitglied der Stadt Wesseling, davon mehrere Jahre als Bürgermeister. Von 1964 bis 1994 gehörte er den Kreistagen von Köln-Land und des neu gebildeten Erftkreises an. Von 1980 bis 1994 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1971 bis 1991 hatte er zudem den Bundesvorsitz der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands inne.

Liebe Delegierte, meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte um eine Schweigeminute. – Ich danke Ihnen.

(Die Delegierten nehmen wieder Platz)

Liebe Freunde, wir kommen jetzt zur

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag des Bundesvorstandes liegt in Ihren Tagungsunterlagen. Die Abstimmung über das Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Ich frage Sie: Wer mit dem vorgeschlagenen Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. – Wer ist nicht einverstanden? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das Tagungspräsidium so gewählt und ich übergebe die Leitung der Tagung an Georg Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Namen des Tagungspräsidiums für Ihr Vertrauen herzlich bedanken. Wir wollen uns bemühen, diesen Parteitag fair und zügig zu leiten.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zugesandt. Sie liegt in aktualisierter Form außerdem in den Tagungsunterlagen vor. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, dann zeigen Sie mir das bitte mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen ist.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Die entsprechende Namensliste finden Sie ebenfalls in den Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Antragskommission bestellt.

Ich möchte zunächst einige Hinweise zur Antragsberatung machen. Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Im Tagungsbüro liegen für die Delegierten Unterschriftslisten zur Einreichung von Initiativanträgen vor. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann lassen Sie den Text Ihres Antrags im Büro der Antragskommission – Kongresscenter Ebene 1, Saal 5; der Weg dahin ist ausgeschildert – eingeben. Damit diese Anträge von der Antragskommission ordnungsgemäß beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einreichung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss der Initiativanträge auf heute, 13 Uhr, festzusetzen. Wer dieser Regelung für die Behandlung der Initiativanträge zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieses Verfahren von Ihnen gebilligt.

Die Antragskommission trifft sich zu ihrer nächsten Sitzung um 14 Uhr im ausgeschilderten Besprechungsraum. Dieser Raum befindet sich ebenfalls im Kongresscenter Ebene 1, Saal 5. Für die allgemeine Aussprache und für die Aussprache über die Anträge möchte ich Sie bitten, die Wortmeldezettel aus den Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die diese Zettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie die Wortmeldezettel vollständig aus und geben Sie an, welches der aufgestellten Mikrofone – jedes hat eine Nummer – Sie benutzen wollen.

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die entsprechende Namensliste ist ebenfalls Ihren Unterlagen beigelegt. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen wollen, dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Tagesordnungspunkt 7 – Grußworte – am Regietisch links vor der Bühne einzufinden.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Auch dazu gibt es eine Vorschlagsliste. Wer dieser Liste zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch die Stimmzählkommission so gewählt.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich freue mich, den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Leipzig für ein Grußwort ankündigen zu können. Ich übergebe das Wort an Wolfgang Tiefensee.

(Beifall)

Wolfgang Tiefensee: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, Herr Professor Milbradt! Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Frau Dr. Merkel! Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte! Liebe Gäste aus Deutschland und aus dem Ausland! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich und heiße Sie willkommen in der Stadt Leipzig. Es war eine wahrhaft gute Wahl, nach 1997 wieder hierher zu kommen. Offensichtlich haben Sie sich damals wohl gefühlt. Ich hoffe, dass Sie sich auch jetzt in Leipzig wohl fühlen.

(Beifall)

Wer mit dem Flugzeug gekommen ist, wer auf dem wunderschönen Hauptbahnhof hier eingetroffen ist, der spürt, wenn er die Neue Messe zu Leipzig betritt und die herrliche große

Glashalle vor sich sieht, was in dieser Stadt seit 1990 bzw. seit 1997 entstanden ist. Es ist eine Stadt – das klang bereits an –, die eine lange Tradition hat. Ich erinnere an die Thomas-Kirche, die es seit 1212 gibt. Viele von Ihnen haben den Gottesdienst in der renovierten Kirche erlebt. Die Leipziger Messe ist die Mutter aller Messen – Stichwort Reichsmesseprivileg –, und das seit über 500 Jahren. Jetzt kann man das neue Messengelände erleben. Die Leipziger Universität ist die zweitälteste ununterbrochen lehrende, nämlich seit 1409. Die hiesige Hochschullandschaft ist modern und sie zieht immer mehr Studenten aus nah und fern an. Ich erinnere auch an die Industrieviertel im Westen der Stadt: Karl-Heine-Straße – diese Gegend besteht seit Mitte des 19. Jahrhunderts –, die Leuchttürme, BMW, Porsche, Siemens, Quelle – um nur einige zu nennen.

Diese Stadt ist eine Stadt im Aufbruch. Als jemand, der in Leipzig groß geworden ist, der das Leipzig vor 1990 mit dem von jetzt vergleichen kann, möchte ich Ihnen als Erstes zurufen: Vergessen wir die Vergleiche nicht. Wir müssen das, was wir hier vorfinden, mit dem von vor 1990 vergleichen. Wir müssen nach Osten und nach Südosten zu unseren Partnerländern und den neuen Mitgliedstaaten der EU schauen, um zu wissen, was wir in der letzten Zeit mit unseren eigenen Kräften und mit guter Unterstützung geschafft haben. Darauf sind wir stolz.

(Beifall)

Diese Stadt ist eine bürgerstolze Stadt. Nicht zuletzt deshalb konnte sie eine der Initiatorinnen der friedlichen Revolution sein. In dieser Stadt ist man es gewöhnt, die Ärmel aufzukrempeln. Wir begreifen das, was vor uns liegt, als Herausforderung. Wir wissen, dass noch eine Menge zu tun ist. Wenn ich Ihre Anträge und die vielen Tagesordnungspunkte sehe, die sich mit der Entwicklung in Deutschland beschäftigen, dann gilt mein zweiter Gedanke der Frage: Wie ist es um Ost und West bestellt? Hüten wir uns vor einer larmoyanten oder jammernden Diskussion. Hüten wir uns davor, die Gräben zwischen Ost und West zu öffnen. Deutschland hat vier Himmelsrichtungen und der Osten ist eine ganz besondere Himmelsrichtung. Man kann vom Osten eine Menge mitnehmen. Aber wir können Deutschland nur gemeinsam voranbringen.

(Beifall)

Sie kommen in eine Stadt mit vielen Vorzügen, aber auch mit Problemen: eine nachhaltig lange und hohe Arbeitslosenquote, die immer um die 17 oder 18 Prozent schwankt, eine hohe Anzahl von Sozialhilfeempfängern, noch immer Straßen und Wohnungen, die nicht saniert sind. Es gibt noch eine Menge zu tun. Hüten wir uns davor, diese flächendeckende Strukturschwäche, aus der die Stadt Leipzig wie andere Wachstumsterrains ein wenig herausragt, mit der Strukturschwäche zu vergleichen, die anderswo herrscht. Wir brauchen nach wie vor dringend Unterstützung; denn wir sind von einem selbst tragenden Aufschwung weit entfernt.

Was wir brauchen, sind Investitionen in Infrastruktur und vor allen Dingen in die Köpfe der Menschen, in die Bildung, in die Hochschulen und in die Forschungseinrichtungen. Tun Sie alles dafür, dass hier investiert wird. Dann können wir auf lange Sicht auf die Sozialtransfers verzichten, auf die wir gerne verzichten würden.

Was wir brauchen, sind Themen, hinter denen sich die Menschen versammeln können. Wir brauchen im ganzen Land eine Aufbruchstimmung. Wie kann es anders sein: In diesem Zusammenhang muss das Thema Olympische Spiele und Paralympics 2012 in Leipzig angesprochen werden. Ich freue mich, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, dass Sie dieses Thema gleich am Anfang Ihres Parteitags aufgerufen haben. Es ist mit herzlichem Beifall quittiert worden.

Diese Herausforderung, die Olympischen Spiele und die Paralympics 2012 in Deutschland ausrichten zu können, ist ein solches Thema, das wir neben anderen brauchen, damit Deutschland vorankommt. Begreifen wir es als eine nationale Aufgabe, einen Wettbewerb mit namhaften Nationen und namhaften Wettbewerberstätten zu gewinnen. Es ist sehr gut möglich, dass wir im Juli 2005 das zweite Wunder schaffen und ganz oben auf dem Treppchen stehen. Stellen Sie sich vor, was dann für ein Schub durch unser Land geht. Bitte unterstützen Sie mit all den Kräften, die Ihnen zu Gebote stehen, dieses wunderbare Ziel.

(Beifall)

Mir bleibt, Ihnen gute Stunden in Leipzig zu wünschen. Vielleicht finden Sie Gelegenheit, nicht nur zu arbeiten, sondern auch ein wenig durch diese Stadt zu spazieren. Das ist ebenso wichtig. Schauen Sie sich an, was sich getan hat. Schauen Sie in die Gesichter der Menschen. Sprechen Sie mit ihnen. Ich denke, Sie nehmen etwas von der Atmosphäre mit, die wir brauchen: Aufbruch, sich Herausforderungen stellen und gute Ziele erreichen. Kommen Sie recht bald wieder und bringen Sie dann jeweils zehn Menschen mit. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, für das Grußwort. Wir freuen uns, dass wir in dieser Stadt wieder zu Gast sein dürfen. Wir freuen uns auch über die Gastfreundschaft, die uns diese Stadt gewährt.

Ich darf nun den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten, unseren Freund Georg Milbradt, um sein Grußwort bitten. Bitte schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt: Liebe Angela Merkel! Liebe Gäste! Liebe Delegierte! Auch ich begrüße Sie ganz herzlich zum 17. Parteitag in Leipzig. Sie sind nicht nur das zweite Mal in Leipzig, sondern auch das vierte Mal in Sachsen. Ich freue mich sehr und möchte mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Wir haben es heute aus der Presse schon erfahren: Die Erwartungen an den Parteitag sind hoch. Wir müssen Deutschland von der Lethargie und der rot-grünen Flickschusterei befreien. Es ist kein Wunder, dass die Menschen im Augenblick mit Reformen nichts Gutes verbinden, wenn ihnen alle zwei Jahre ein Jahrhundertwerk präsentiert wird. Ich finde, Reformen müssen wieder ihren Namen verdienen und nicht nur ein anderes Wort für staatliche Abzocke sein. Wir können den Bürger nicht überzeugen, dass Reformen nicht dem Stopfen von Finanzlöchern dienen. Vielmehr müssen wir ihn davon überzeugen, dass die Reformen in seinem eigenen Interesse, im Interesse unseres Landes und seiner Menschen liegen. Leipzig, so meine ich, ist für eine solche Diskussion genau der richtige Ort. Der Oberbürgermeister hat es gesagt: Hier in Leipzig hat die friedliche Revolution von 1989 eine ihrer Wurzeln. Von Leipzig geht Bewegung aus. Das war schon immer so. Das wollen wir nutzen.

Auch ich möchte auf das Thema Olympia 2012 kommen. Leipzig und Rostock haben den innerdeutschen Wettbewerb gewonnen. Wenn wir dies als Chance für ganz Deutschland begreifen, dass sich Deutschland 2012 als eine moderne, offene und sportbegeisterte Gesellschaft in der Welt präsentieren will, dann müssen wir dies zu einer nationalen Aufgabe machen. Dann haben wir Chancen. Wenn es eine rein Leipziger bzw. eine rein sächsische Bewerbung ist, dann wird es nicht funktionieren. Deswegen ist meine Bitte, den Kleinmut, die Kleingeisterei und teilweise auch das Kirchturmdenken in dieser Frage über Bord zu werfen und dies als ein Symbol des Aufbruchs in Deutschland zu begreifen. Dann können und dann werden wir es schaffen.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier im Saal sitzen viele Menschen, die wichtige Entscheidungen für den Aufbau Ost getroffen haben. Sie haben die richtigen Weichen gestellt und zu uns gestanden. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Sie erinnern sich vielleicht noch an den 29. November 1989; das ist mittlerweile 14 Jahre her. Damals hat Helmut Kohl sein berühmtes 10-Punkte-Programm für die Einheit Deutschlands vorgelegt. Sie alle wissen, wie skeptisch viele waren, insbesondere diejenigen, die uns heute regieren. Die Herren Schröder und Fischer hatten damals mit Einheit nichts am Hut.

(Beifall)

Darin liegt der Unterschied, liebe Freunde. Ich befürchte, dass sich daran bis heute nichts geändert hat.

Die CDU hat sich immer für die deutsche Einheit eingesetzt, obwohl das, wie zum Beispiel beim Solidaripakt oder den Transferleistungen an den Osten, nicht immer einfach war. Auch Schröder

hat den Aufbau Ost zur Chefsache gemacht. Diejenigen, die im Osten wohnen und dort Verantwortung tragen, wissen ganz genau: Daraus ist nicht allzu viel geworden. Im Gegenteil: Es ist mehr eine Drohung als ein Versprechen.

(Beifall)

Das soll uns hier in Sachsen nicht schrecken. Wir sind optimistisch und tatkräftig. Das haben wir nicht zuletzt auch bei der Jahrhundertflut vor einem Jahr gezeigt. Wir haben uns aus dieser Katastrophe herausgearbeitet – das können Sie sehen, wenn Sie in die Flutgebiete kommen -, ganz nach dem Motto: Wem das Wasser bis zum Hals steht, der darf den Kopf nicht hängen lassen. Herzlichen Dank für die großartige Unterstützung, die wir aus ganz Deutschland haben erfahren können!

(Beifall)

Die Solidarität in Deutschland ist nach wie vor außerordentlich groß. Sie verpflichtet uns als diejenigen, die Hilfen bekommen haben, diese Hilfen für das zu verwenden, wofür sie gedacht sind. Das moderne Messegelände, auf dem wir uns befinden, ist ein Beispiel, der neue Flughafen Leipzig/Halle mit eigenem Intercityanschluss ein Weiteres. Der Zustand der Straßen wie auch die Eisenbahnverbindungen haben sich erheblich verbessert; Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee hat darauf hingewiesen. Das sind Erfolge, die wir gemeinsam in diesem Land errungen haben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Darauf können wir alle zusammen stolz sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, Aufbau Ost und Flut zeigen aber auch eines ganz deutlich: Wenn wir bereit sind, Herausforderungen anzunehmen, wenn wir den Menschen die Wahrheit sagen, auch wenn sie unangenehm ist und erklären, was wir für notwendig halten, wenn wir ein Ziel haben und uns konsequent dafür einsetzen, dann lässt sich in diesem Land etwas bewegen. In den Ländern, in denen wir die politische Verantwortung tragen, wird das vom Bürger erkannt, was er dann an der Urne auch zeigt. In den Ländern im Osten, in denen die CDU regiert, wird in die Zukunft des Landes investiert. Die Chancen für die Bürger sind größer. Auch darauf sind wir hier in Sachsen stolz.

Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen. Sachsen ist heute wieder Automobilland, mit dem Phaeton aus Dresden, dem Passat aus Zwickau, mit Porsche und BMW aus Leipzig und zahlreichen Zulieferern. Das ist kein Zufall, sondern hat etwas mit einer kontinuierlichen wirtschaftsfreundlichen Politik dieser Regierung zu tun, die Ziele definiert und die notwendigen Entscheidungen zusammen mit den Kommunen schnell und entschlossen durchsetzt.

Sachsen ist heute der größte Mikrochipstandort in Deutschland. Vor wenigen Tagen haben wir den Spatenstich für eine vierte große Chipfabrik gesetzt. Die Investitionen betragen 2,4 Milliarden Euro, mehrere Tausend weitere Arbeitsplätze werden geschaffen. Sachsen zählt heute zu den Top 5 der Chipindustrie in der Welt. Das ist auf die gute Politik zurückzuführen.

(Beifall)

Sachsen ist aber nicht nur ein Autoland und eine Chiphochburg, es ist in aller Welt auch für seine wunderschöne Weihnachtstradition, zum Beispiel aus dem Erzgebirge, bekannt. Es gibt stimmungsvolle Weihnachtsmärkte, auf denen Stollen und Striezeln angeboten werden, aber auch Engel, Bergmannsfiguren und Nussknacker. Wir wollten der Parteivorsitzenden Angela Merkel etwas Weihnachtliches schenken und haben lange überlegt, was. Erst haben wir an einen Engel gedacht, haben uns dann aber für einen Nussknacker entschieden, schließlich ist das Knacken vieler harter Nüsse Aufgabe der Politik.

(Beifall)

Wir möchten Ihnen, liebe Angela Merkel, also einen Nussknacker schenken, damit Sie noch besser für uns und mit uns harte Nüsse in der Politik knacken können.

(Beifall – Prof. Dr. Georg Milbradt überreicht Dr. Angela Merkel einen Nussknacker)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herr Professor Milbradt, vielen Dank für das Grußwort. Ich möchte mich auch im Namen von Frau Merkel für das symbolträchtige Geschenk bedanken. Es steht nicht nur für dieses Land und diese Region, sondern auch für das, was die Union an inhaltlicher Arbeit in den nächsten Wochen und Monaten zu leisten hat. Das wird dem Knacken harter Nüsse gleichkommen.

Wir kommen nun zu einem weiteren Grußwort. Ich freue mich, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Republik Italien, Herrn Pier Ferdinando Casini, begrüßen zu können.

Pier Ferdinando Casini (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Liebe Freunde, ich ergreife hier das Wort vor dem Hintergrund der historischen Freundschaft zwischen deutschen und italienischen Christdemokraten.

(Beifall)

In so vielen Momenten unserer nationalen Geschichte haben uns gegenüber Regierungsmitglieder der deutschen CDU, von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Freundschaft bewiesen. Dieser Freundschaft möchte ich heute Ihnen gegenüber Ausdruck verleihen.

(Beifall)

Unsere Väter haben aus den Ruinen des Krieges eine reiche, wirtschaftlich fortgeschrittene und solidarisch fest zusammenhaltende Gesellschaft aufgebaut. Dieses europäische Modell bedarf heute einer Anpassung; denn nur derjenige, der sich der Veränderungen in der Welt bewusst ist und ihnen gerecht wird, vermag weiterhin zur Avantgarde der Geschichte zu gehören. Der Sozialstaat, der in vielen Ländern wie Italien Auswüchse aufweist, muss jetzt von einem System der absoluten und unterschiedslosen Garantien zu einem System der Chancen übergehen, das die am meisten aktiven und verantwortungsbewussten Subjekte belohnt.

(Beifall)

Für uns Politiker christlicher Inspiration kann der Mensch niemals ein im Produktionsprozess zu nutzendes Subjekt sein, das weggeworfen wird, wenn es nicht mehr nutzbar ist. Dem staatlichen Schutz muss aber der Einsatz der Einzelnen entsprechen, die nicht nur das Recht, Nutzenempfänger zu sein, in Anspruch nehmen können, sondern auch gegenüber der Gemeinschaft Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein beweisen müssen. Wir müssen ein System der gleichen Ausgangspunkte und nicht unbedingt der gleichen Ziele schaffen, Chancen für alle anbieten, aber gleichzeitig die für den Fortschritt der Gesellschaft fruchtbarsten Energien belohnen.

(Beifall)

Die Frage des Sozialstaates steht in Italien genauso auf der Tagesordnung wie in Deutschland. Wir haben eine Reform des Arbeitsmarktes verabschiedet, die eine bisher undenkbbare Flexibilität gewährt. Wir nehmen jetzt die Reform des Rentensystems in Angriff, eine gebotene Verpflichtung der intergenerativen Gerechtigkeit. Man darf nämlich die künftigen Generationen nicht einseitig mit dem Ausgleich des Sozialstaates belasten. Wenn wir heute nicht handeln, dann werden sie uns für eine prekäre und unsichere Zukunft verantwortlich machen, eine Zukunft, der benachteiligten und daher der ungerechten Normen.

(Beifall)

Aber dies ist noch nicht genug: Man muss unseren Gesellschaften einen neuen und schöpferischen Elan geben. Die Reform stellt einen unabdingbaren Schritt dar, Stichwort Frontier der Wissenschaft. Dafür investieren wir im Vergleich zu den Vereinigten Staaten viel zu wenig. Das schafft ein sehr beunruhigendes Gefälle für unsere Zukunft.

Ich möchte jetzt eine Bemerkung zum Stabilitäts- und Wachstumspakt machen. Sie werden verstehen, dass ich in meiner jetzigen Eigenschaft als Parlamentspräsident kein Urteil über den Ausgang der Sitzung des Ecofin-Rates fällen möchte. Ich möchte nur so viel sagen: Der gerade Weg ist Schleichwegen vorzuziehen.

(Beifall)

Zum Abschluss sei mir gestattet, kurz die internationale Situation anzudeuten, die besorgniserregend und beunruhigend ist. Heute ist unser Feind der Terror, der mehr ausweichend, schwer durchschaubar und daher noch gefährlicher ist. Europa und die Vereinigten Staaten müssen die Missverständnisse überwinden und zusammen die Prävention und die Bekämpfung des Terrorismus fortsetzen. Deutschland und insbesondere den deutschen Christdemokraten obliegt die historische Aufgabe, deutlich zu machen, dass jeder Antiamerikanismus dem genetischen Code Europas fremd ist und unsere Interessen schwer beeinträchtigt.

(Beifall)

Von den Vereinigten Staaten müssen wir Respekt vor Multilateralismus verlangen. Aber den Vereinigten Staaten müssen wir eine dauerhafte Solidarität beweisen, die sich nicht auf die Emotionalität der Stunden nach dem 11. September 2001 beschränken kann. Wenn Europa der glaubhafte Partner der Vereinigten Staaten sein will sowie den Wert des interreligiösen Dialogs und des Multilateralismus behaupten will, darf es nicht fortlaufen. Wenn die Europäische Union nicht voranschreitet, wird sie zurückgedrängt werden. Vor dem Hintergrund der großen christdemokratischen Tradition ist unsere Aufgabe, in die entsprechende Richtung zu arbeiten, angefangen beim Abschluss der Verhandlungen über die neue Verfassung, die hoffentlich einen Hinweis auf unsere gemeinsamen christlichen Wurzeln enthalten wird.

(Beifall)

Dies würde keineswegs eine Verletzung des Laizismus bedeuten, das allen Europäern gehört, sondern würde klar und kräftig behaupten, wer wir sind, woher wir kommen und wohin wir gehen wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich wünsche euch viel Erfolg.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Präsident, für Ihr Grußwort und dafür, dass Sie durch Ihr Grußwort deutlich gemacht haben, dass wir auch in Zukunft gemeinsam dieses Europa gestalten. Schön, dass Sie bei uns sind. Wir freuen uns, dass Sie so zu uns gesprochen haben.

Ich darf nun zu einem weiteren Grußwort unserem Freund Wilfried Martens, dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, das Wort geben.

(Beifall)

Wilfried Martens, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Wie immer freue ich mich, an einem Parteitag unserer größten Mitgliedspartei teilnehmen zu dürfen. Gerade in den letzten Jahren war die CDU Deutschlands ein wichtiger Motor innerhalb der EVP. Dafür möchte ich insbesondere

Ihnen, liebe Angela Merkel, herzlich danken. Sie haben gemeinsam mit Peter Hintze, dem EVP-Vizepräsidenten, und vielen anderen führenden Politikern aus der CDU daran mitgewirkt, die EVP zu einer Gemeinschaft der Werte weiterzuentwickeln. Wir teilen Ihre Auffassung, dass den großen Parteien der Mitte die Zukunft gehört.

(Beifall)

Jetzt stehen wir vor einem historischen Jahr für die Europäische Union. Zum Ende dieses Jahres soll Europa eine neue Verfassung haben, die uns mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe bringen wird. Im Frühjahr wird die EU um zehn Staaten Mitteleuropas, Malta und Zypern erweitert. Wir haben uns seit den Umwälzungen von 1989 immer für eine rasche Erweiterung eingesetzt. Wir waren der Überzeugung, dass die unnatürliche Teilung Europas überwunden werden musste. Im Juni 2004 werden wir das erste Europäische Parlament für das neue, wieder vereinigte Europa von 25 Staaten wählen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, der Euro ist für uns alle eine Selbstverständlichkeit geworden. Viele ahnen nicht mehr, welche schlimmen Gefahren der Euro in den letzten Jahren abgewendet hat und welche Vorzüge er den Europäern gebracht hat. Aber ich weise auch nachdrücklich darauf hin, dass die Währungsunion voraussetzt, dass gemeinsame Regeln beachtet werden.

(Beifall)

Kein Land der Eurozone darf ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent aufweisen.

(Beifall)

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist kein Spielzeug.

(Beifall)

Der Pakt ist auch nicht dumm, wie einst Kommissionspräsident Prodi gesagt hat. Die Stabilität war eine der Grundvoraussetzungen, damit sich einige europäische Mitgliedstaaten mit auf den Weg in Richtung Europäische Währungsunion gemacht haben. Die deutsche Bundesregierung spielt jetzt eine schlimme Rolle und macht sich nach und nach zum Totengräber des Stabilitätspaktes.

(Beifall)

Herr Schröder und Herr Eichel haben Präzedenzfälle geschaffen, die vermutlich dazu führen werden, dass auch andere Mitgliedstaaten es mit dem Sparen nicht mehr so genau nehmen werden. Wir sollten vielmehr die Ambition haben, nachhaltige Politik zu betreiben, auch für zukünftige Generationen. Wenn sich eine solche nachhaltige Politik in allen Bereichen durchsetzt, dann bin ich zuversichtlich, dass unsere Gesellschaft in Europa als gemeinsame Union eine große Zukunft vor sich hat.

Im nächsten Juni werden wir alle ein neues Europäisches Parlament wählen. Wir, die Europäische Volkspartei, haben uns in eine gute Startposition gebracht. Wir stellen seit 1999 die mit Abstand größte Fraktion, auch bei den Beobachtern aus den neuen Mitgliedsländern. Ich möchte an dieser Stelle Hans-Gert Pöttering, dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion, meine Anerkennung und meinen Respekt für seine Leistung als Fraktionsvorsitzender aussprechen.

(Beifall)

Gerade auch deshalb habe ich mich, lieber Hans-Gert, sehr über deine Nominierung als Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahlen gefreut.

(Beifall)

Derzeit diskutiert die Regierungskonferenz die Europäische Verfassung in ihrer entscheidenden Phase. Die EVP hatte bereits vor mehr als zwei Jahren die Grundlage dafür gelegt. Lassen Sie mich ergänzen: Ohne die wichtige Vorarbeit von Wolfgang Schäuble als Vorsitzendem der Arbeitsgruppe in der EVP hätten wir in vielen Fragen nicht so einfach einen Konsens finden können.

(Beifall)

Auch die unermüdliche Arbeit von Elmar Brok, dem Vorsitzenden unserer EVP-Fraktion im Konvent, hat erheblich dazu beigetragen, dass diese Verfassung heute in weiten Bereichen unsere Handschrift trägt. Keine andere politische Familie im Konvent hat so nachhaltig dort gearbeitet wie die EVP.

(Beifall)

Liebe Freunde der CDU, ich bin zuversichtlich, dass sich die Menschen in Deutschland im Juni 2004 für die Partei der europapolitischen Kompetenz entscheiden werden. Ich bin mir sicher, dass die Abgeordneten der CDU auch im neu gewählten Parlament eine entscheidende Rolle spielen werden. Die EVP ist in der Tradition der besten Deutschen, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, auf eine starke CDU angewiesen, wenn sie Europa nach vorne bringen will.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wilfried Martens. Die Ausführungen zum Stabilitätspakt und der Beifall hier im Saal haben gezeigt, lieber Wilfried Martens, dass die CDU diese Position weiter trägt, nämlich den Pakt, der von Kohl und Waigel zur Stützung und Unterstützung des Euro mit den anderen Regierungen damals eingeführt worden ist.

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS UND VORSITZENDEN DER
CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
DR. ANGELA MERKEL MdB

Ich gebe unserer Vorsitzenden zu ihrem Bericht das Wort. Bitte sehr, Angela Merkel!

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Am letzten Freitag wurde im ZDF Konrad Adenauer zu Deutschlands Bestem gewählt,

(Beifall)

und zwar von weit über 700 000 Anrufern, ganz gleichmäßig aufgeteilt nach Altersgruppen, nach Männern und Frauen. Liebe Freunde, ich bin sicher, diese Wahl ist ein gutes Omen für unseren Parteitag hier in Leipzig.

(Beifall)

Denn was wollen die Menschen im Land? Sie wollen Mut, sie wollen Beständigkeit, sie wollen Verlässlichkeit, und genau das ist das, was Konrad Adenauer zu Beginn dieser Bundesrepublik Deutschland verkörpert hat und was wir als Christlich Demokratische Union für die Menschen in Deutschland verkörpern.

Liebe Freunde, vor uns liegen jetzt zwei Tage mit bedeutenden Weichenstellungen. Nach vielen Wochen intensiver Diskussion werden wir heute und morgen ein Reformpaket vollenden. Ich freue mich auf die Debatten dieses Parteitages, denn sie sind wichtig – nicht nur für unsere Partei, sondern für die Menschen in unserem Land. Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands – das muss das Signal sein, das von Leipzig ausgeht –, wir, die CDU, haben die programmatische Kraft, den geistigen Führungsanspruch und den politischen Gestaltungswillen, Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Liebe Freunde, Deutschland kann mehr!

(Beifall)

Dabei könnten wir es uns – das steht ja außer Frage – eigentlich sehr leicht machen. Die beiden Tage dieses Parteitages ließen sich mühelos anders bestreiten. Wir könnten die Zeit ganz locker damit verbringen, die dramatische Lage in unserem Land zu beschreiben. Rot-Grün macht Fehler am Fließband, Rot-Grün korrigiert sich in immer kürzeren Abständen. Deutschland steckt in seiner schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1949: Rekordarbeitslosigkeit, Rekordverschuldung, Meuterei in der SPD – die Lage ist weiß Gott leicht zu kritisieren.

Liebe Freunde, der Vorsitzende einer Volkspartei wirft seinen eigenen Delegierten auf dem Parteitag der SPD öffentlich „kollektive Unvernunft“ vor und droht der eigenen Truppe mit den

Worten „Euch mache ich fertig“. „Euch mache ich fertig“, das ist offensichtlich das, was die zentrale Botschaft von Bochum war, und das alles unter dem Motto „Das Wichtige tun“. „Euch mache ich fertig“ unter dem Motto „Das Wichtige tun“, das ist es, was die Menschen ärgert.

(Beifall)

Ich bin mir nicht ganz sicher, aber in diesen Sätzen steckt ja vielleicht auch die Vollendung dessen, was Schröder einst gesagt hat: „Erst das Land, dann die Partei“. Und nun: „Dann mache ich euch fertig.“ – Liebe Freunde, diesen Mann muss man davon abhalten, dass er uns alle in diesem Lande noch kaputtmacht, und das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Das Ergebnis des SPD-Parteitages ist dann ja auch so: Neben spärlichen positiven Ansätzen gibt es eine ganze Batterie an neuer Staatsintervention: Ausbildungsplatzabgabe, höhere Erbschaftsteuer, erweiterte Kapitalertragsteuer, Blockade betrieblicher Bündnisse für Arbeit, Einheitskasse in der Krankenversicherung. Immer das gleiche Muster: In der Not soll es überall der Staat richten. Wann endlich, liebe Freunde, lernt die SPD, dass der Weg zu mehr Staat immer der Weg zu weniger Wachstum, Aufschwung und Beschäftigung ist? Das ist die Frage, die wir den Sozialdemokraten zu stellen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer so stur ist, der ist eben auch reformunfähig, und wer reformunfähig ist, der ist im Grunde auch regierungsunfähig. Das ist die Wahrheit, mit der wir in Deutschland im Augenblick zu kämpfen haben.

(Beifall)

Unsere Bilanz, die der Christlich Demokratischen Union, im Jahre 2003 ist eine andere. Sie ist ein großer Vertrauensbeweis der Menschen in unserem Lande für uns:

In Hessen haben die Wählerinnen und Wähler die Regierungsarbeit von Roland Koch und der dortigen CDU in eindrucksvoller Weise bestätigt.

(Beifall)

Die hessische CDU hat das erste Mal in der Geschichte bei Landtagswahlen die absolute Mehrheit der Sitze errungen. Lieber Roland Koch, zu diesem tollen Sieg herzlichen Glückwunsch! Es ist auch Ihr persönlicher Erfolg. Alles Gute mit dieser Verantwortung!

(Beifall)

In Niedersachsen triumphierte am selben Tag die CDU mit Christian Wulff. Herzlichen Glückwunsch!

(Anhaltender Beifall)

Mit Christian Wulff hat – das spüren wir – die starke Riege unserer Ministerpräsidenten im Bundesrat an Schlagkraft beachtlich weiter zugelegt.

(Beifall)

In Schleswig-Holstein hat sich auch ein historischer Wandel vollzogen: Nach der Kommunalwahl stellen wir mit Angelika Volquartz zum ersten Mal nach 50 Jahren SPD-Herrschaft die Oberbürgermeisterin in Kiel. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Lieber Peter-Harry Carstensen, das ist ein gutes Omen. Ich bin mir für eure Landtagswahl 2005 ganz sicher: Wir werden es gemeinsam anpacken, dass der wunderschöne Norden endlich in wunderschöne Hände kommt, nämlich in die Hände der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

In Bremen konnte mit der Bürgerschaftswahl im Mai die seit 1995 erfolgreich regierende Große Koalition fortgesetzt werden. Respekt, lieber Bernd Neumann, Respekt, lieber Hartmut Perschau, das ist euer Verdienst. Vor vielen Jahren hätte keiner gedacht, dass aus Bremen mit Hilfe der CDU das werden kann, was aus dieser Hansestadt geworden ist. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Im September schließlich haben unsere bayerischen Freunde etwas Einmaliges geschafft, die Zweidrittelmehrheit. Das macht euch in Bayern so schnell keiner nach, möchte ich nach München rufen. Edmund Stoiber, es ist ein tolles Wahlergebnis, es ist auch ein sehr persönliches Wahlergebnis, und der CDU-Parteitag gratuliert Ihnen aus ganzem Herzen noch einmal zu dieser Rekordleistung in Bayern. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Und dann last, but not least: Kommunalwahlen in Brandenburg. Wer hätte sich das vorstellen können: Im Land des roten Adlers wurde die Christlich Demokratische Union stärkste Partei!

(Beifall)

Mit Frau Tiemann stellt in der ursozialdemokratischen Stadt Brandenburg die CDU jetzt auch die Oberbürgermeisterin. Herzlichen Glückwunsch, lieber Jörg Schönbohm! Alles Gute für die nächsten Monate!

(Lebhafter Beifall)

Es sind dies Ihre Erfolge in den Ländern und in den Kommunen. Diese Erfolge sind, wie ich glaube, aber auch Ausdruck einer guten Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und

den Landesverbänden. Lassen Sie mich neben dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses hier ganz persönlich Willi Hausmann Dank sagen, der gestern seinen letzten Arbeitstag als Bundesgeschäftsführer hatte. Lieber Willi Hausmann, stellvertretend für alle sage ich Ihnen im Blick auf die Zeit, die Sie hier in der Christlich Demokratischen Union gearbeitet haben, ein herzliches Dankeschön. Zugleich gebe ich meiner Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen Ausdruck. Sie sind ein wirklicher Freund dieser Partei geworden. Herzlichen Dank von diesem Parteitag aus!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich begrüße auf das Herzlichste auch den neu bestellten und ab 1. Januar im Amt befindlichen Geschäftsführer, Herrn von Thadden, der neben Willi Hausmann Platz genommen hat. Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Liebe Freunde, all diese Ergebnisse spiegeln etwas wider, was wir das Meinungsklima im Lande nennen. Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung hat ein unglaubliches Ausmaß angenommen. Was aber viel wichtiger ist: In allen wesentlichen Kompetenzfeldern liegt die Union vorn. Wir könnten uns deshalb mit verschränkten Armen zurücklehnen. Wir könnten dem chaotischen Treiben dieser Regierung zusehen. Ich sage Ihnen aber: Das ist mit mir nicht zu machen. Das ist mit uns als gesamter Union nicht zu machen. Nur auf die Fehler der anderen hinzuweisen hilft unserem Land keinen Deut weiter. Das würde unserer Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall)

Deshalb heißt es: Wir können mehr. Deutschland kann mehr. Wir müssen zeigen, was in diesem Satz steckt. Wir müssen die Kräfte des Aufbruchs freisetzen. Geben wir diesem unserem Land, was es verdient. Das ist eine Politik, die weiß, worauf sie aufbaut. Das ist eine Politik, die nach vorne schaut. Das ist eine Politik, die nicht von der Hand in den Mund lebt. Das ist vor allen Dingen eine Politik, die es nicht nötig hat, jemanden fertig zu machen, sondern die die Menschen im Lande mitnimmt. Das ist unsere Politik.

(Beifall)

So und nicht anders treten wir heute auch an. So und nicht anders wollen wir die Menschen überzeugen. So und nicht anders beraten wir auf diesem Parteitag das größte und umfassendste Reformpaket, das es in der CDU seit langem gegeben hat.

Ich weiß, dass ich der CDU damit einiges zugemutet habe. Ich weiß, dass dieses Werk uns allen vieles abfordert, innerhalb der CDU und auch im Verhältnis von CDU und CSU. Deshalb ist es für mich genau an dieser Stelle auch weit mehr als eine Pflichtübung, wenn ich Edmund Stoiber für die gemeinsame Zusammenarbeit ganz persönlich und im Verhältnis unserer Parteien dan-

ke. Wir haben spannende Zeiten hinter uns und – dessen bin ich ganz sicher – wir haben auch spannende Zeiten vor uns. Liebe Freunde, wenn man so liest, was in diesen Tagen über CDU und CSU schon wieder gerätselt, gemutmaßt, gedacht und vermutet wird, dann sage ich Ihnen: Unsere Gegner und die Außenstehenden werden das Geheimnis des Erfolges von CDU und CSU sowieso nie ganz verstehen. Ich sage aber auch: Das macht nichts, das brauchen sie auch gar nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Generalsekretär Markus Söder, wie sagt man bei euch im Süden? „Mir san mir.“ Und wie sagt man bei mir im Norden? „Wat mut, dat mut.“

(Heiterkeit und Beifall)

Beides gehört eben zusammen. Die CDU braucht eine starke CSU, die CSU braucht eine starke CDU und nur gemeinsam sind wir eine starke Union, nur gemeinsam können wir mehr für Deutschland tun. So und nur so werden wir Erfolg für die Union haben. Das wissen wir alle. Deshalb herzliche Grüße nach Bayern.

(Beifall)

Ich möchte hier auch einem anderen Freund danken, der erst etwas später kommt, meinem Stellvertreter Michael Glos. Wir haben in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU täglich die Arbeit zu leisten, um die Gemeinsamkeit auch in Politik umzusetzen, um diese Gemeinsamkeit in Wettbewerb mit unseren politischen Gegnern umzusetzen. Ich arbeite mit ihm vertrauensvoll zusammen. Es ist menschlich spannend und es ist menschlich verlässlich. Liebe Freunde, das ist nicht selbstverständlich. Deshalb herzlichen Dank und in diesen Dank eingebettet herzliche Grüße von allen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an diesen Parteitag, soweit sie heute nicht hier sind!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir, die Union, sind es, die als Reformmotor dieses Land nach vorne bringen wollen. Ich sage aber auch ebenso deutlich: Das muss so sein! Niemand von uns hier in diesem Saal kann sich drücken. Eines muss klar sein: Ich will nicht, dass wir denselben Fehler wie Herr Schröder machen. Wir verschlafen unsere Oppositionszeit nicht. Wir gehen nicht sehenden Auges in eine Lage hinein, wo wir uns mit der Kritik an den anderen zufrieden geben, um dann anschließend eine Landtagswahl nach der anderen zu verlieren. Nein, wir machen das anders. Wir arbeiten in die Zukunft hinein. Das ist unser Thema, das ist unser Ansatz und diesen werden wir hier zur Vollendung bringen.

(Beifall)

Wir wissen doch, früher oder später, aber mit Sicherheit allerspätestens 2006 ist Schluss mit Rot-Grün. Dann muss wieder ordentliche Politik gemacht werden. Die Menschen haben ein Anrecht darauf, dass wir darauf vorbereitet sind. Dafür werden hier in Leipzig die Weichen gestellt.

(Beifall)

Ich bin stolz – eigentlich ist das das falsche Wort -, ich bin dankbar, dass Sie sich alle mit auf diesen Weg gemacht haben. Wir haben in den letzten Monaten ja erlebt, dass jede Gruppe energisch um die eigenen Interessen kämpft: die Mittelstandsvereinigung wie die CDA und der Wirtschaftsrat, die Senioren Union wie die Junge Union und die Frauen-Union, der RCDS wie die KPV, die Schüler Union, der Evangelische Arbeitskreis und die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung. Das brauchen wir auch. Das ist gut und richtig so, denn in den Arbeitskreisen und in den Vereinigungen zeigen sich ja die unterschiedlichen Interessen. Genau das macht eine lebendige Volkspartei aus.

Auf der einen Seite artikulieren also die Gruppen, die Vereinigungen und die Arbeitskreise ihre Interessen. Auf der anderen Seite ist es uns aber gelungen, immer den Blick für das Ganze im Auge zu behalten. Das ist es, was eine Volkspartei gleichermaßen leisten muss. Das ist uns gelungen. Alles andere wäre aber auch völlig verantwortungslos gewesen.

Unser Land steckt in einer schweren Krise. Die Probleme des Landes sind ja für jeden offensichtlich: zu wenig Arbeit, instabile soziale Sicherungssysteme, hoch verschuldete öffentliche Haushalte, zu wenig Kinder, in einigen Jahrzehnten 30 Millionen weniger Deutsche, Abwanderung gerade in den neuen Bundesländern, nicht gesteuerte Zuwanderung in anderen Bereichen.

Die Versäumnisse sind hinlänglich bekannt. Aber wir dürfen nicht die Augen vor ihnen verschließen. Wir sind in der Bildung zurückgefallen. Bei der Forschung wird gekürzt. Die Bürokratie in diesem Land wird eben nicht abgebaut, der Arbeitsmarkt ist eben nicht flexibilisiert. Das Steuersystem ist bis heute nicht vereinfacht und die Wachstumsbarrieren für die Wirtschaft sind nach wie vor existent.

Die Uhr zurückdrehen – das geht nicht. Der Einfluss der Weltwirtschaft und der globale Wettbewerb, die technologische Revolution hin zur Informations- und Wissensgesellschaft, die demographische Entwicklung – diese Fakten stehen alle für die nächsten 40 Jahre fest – sind geschichtliche Abläufe, die wir nicht wieder rückgängig machen können. Sie sind unumkehrbar. Deshalb müssen wir uns auf sie einstellen.

Die Wahrheit ist an dieser Stelle in der Tat schonungslos und kann deshalb nicht oft genug wiederholt werden: Deutschland steht in diesen Monaten am Scheideweg. Entweder werden wir Deutschen vom Wandel überrollt oder aber wir schaffen es, den Wandel zu gestalten. Das genau ist die Alternative. Ich will, liebe Freunde, dass die Union den Wandel gestaltet.

(Beifall)

Ich will ein Weiteres: Ich will, dass die Union die Menschen auf diesen Weg mitnimmt. Denn Deutschland kann mehr. Deutschland kann erheblich mehr, als Rot-Grün im Augenblick leistet.

Ich werde immer wieder gefragt, ob es denn in die richtige Richtung geht. Ja, meine Güte, eine Schnecke kann auch in die richtige Richtung kriechen. Aber was wir in Deutschland brauchen, ist nicht eine Schneckenspur, sondern ist ein Sprung nach vorne. Dafür stehen wir, nicht Rot-Grün.

(Beifall)

Die Probleme sind klar und wohl auch von jedem in diesem Raum akzeptiert. Aber wir müssen noch über etwas anderes debattieren: Es fehlt in unserem Land an einer der wesentlichen Voraussetzungen für die Gesundheit unseres Landes: Es fehlt an Vertrauen – Vertrauen in die politische Führung, Vertrauen in die ökonomische und soziale Kraft, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Chancen und Möglichkeiten. Das hat nicht nur, aber auch mit den gebrochenen Versprechen dieses Bundeskanzlers zu tun.

Mittlerweile fürchten sich ja sogar die eigenen Leute vor jeder Äußerung von Schröder. Es ist daher kein Wunder, dass die saarländische SPD ihren eigenen Bundeskanzler vorsichtshalber schon einmal für den Wahlkampf im nächsten Jahr eingeladen hat. Aber auch das wird der SPD im Saarland überhaupt nichts helfen.

(Beifall)

Denn Peter Müller hat eine viel zu gute Politik gemacht:

(Beifall)

innovativstes Bundesland, Auszeichnung als „Ministerpräsident des Jahres“. Das ist nicht das Ergebnis flotter Sprüche, sondern das Ergebnis harter Arbeit – ein Ergebnis, lieber Peter Müller, das die Menschen am 5. September 2004 honorieren werden. Peter Müller wird Ministerpräsident des Saarlandes bleiben und das ist auch richtig so. Wir werden gemeinsam dafür kämpfen.

(Beifall)

Dass, wie ich gesagt habe, Vertrauen fehlt, hat auch mit dem Bundeskanzler zu tun, aber nicht nur. Denn inzwischen ist daraus noch mehr erwachsen. In Deutschland greift in dieser Situation ein Stück Fatalismus um sich, und zwar mit all seinen Folgen. Die Menschen begreifen das, was passiert, nicht mehr im Gesamtzusammenhang, sondern beziehen es nur auf sich. Einschnitte und Kürzungen werden als Angriffe auf den eigenen Lebensstandard wahrgenommen. Sie fragen sich: Wo ist mein persönlicher Nutzen? Was bringt mir eine Reform? Wo ist die große Linie?

Daraus folgt: Reform kann man nicht gegen oder ohne die Menschen – oder über die Köpfe hinweg – gestalten, sondern nur mit ihnen. Wer wie der Bundeskanzler aber immer als Getriebener

der Ereignisse wirkt, wer als Begründung für Veränderungen nur die Defizite in den Kassen und den Zwang zu Leistungsabbau und Kostensenkung anführt, der darf sich nicht wundern, wenn ihm auf diesem Weg kaum jemand folgen mag.

Was ich möchte und was wir vermitteln müssen, ist: Die Bürger müssen die Perspektive haben, dass sich das, was ihnen vom Staat zugemutet wird, für sie auch auszahlt. Das muss nicht unbedingt heute sein, vielleicht noch nicht einmal morgen, wohl aber am Ende des Weges. Das ist die Aufgabe unserer politischen Wirtschaft: Am Ende des Weges müssen die Menschen wissen, dass konkrete Anstrengungen konkrete Gegenleistungen bringen.

(Beifall)

Natürlich haben die Menschen ein Recht auf Sicherheit im Alter. Natürlich wollen wir auch in Zukunft angemessene medizinische Betreuung. Und natürlich sollen die Menschen eine Perspektive auf einen Arbeitsplatz haben, damit sie ihren Beitrag für das Land leisten können. Liebe Freunde, Wohlstand und Sicherheit für Veränderungsbereitschaft und Leistung – das ist der Reformvertrag, den wir, die Christlich Demokratische Union, den Menschen in diesem Land anbieten. Das ist unser Credo.

(Beifall)

Aber machen wir uns nichts vor: Auch mit diesem Angebot hat man Zweifel an uns. Die Frage, ob wir es tatsächlich besser können als Rot-Grün, erlebe ich – wie wahrscheinlich viele von Ihnen auch – ziemlich häufig. Ich erlebe diese Frage zum Beispiel dann, wenn ich von den „zweiten Gründerjahren“ spreche. Ich kann die Skepsis manchmal förmlich mit den Händen greifen, wenn die Menschen fragen: Was meint sie damit?

Zunächst einmal: Wir leben heute in einer anderen Zeit als die Menschen in der ersten Gründerzeit unseres Landes. Zentrale Rahmenbedingungen unseres Lebens sind heute, nach 1990 – durch die deutsche Einheit, durch die Globalisierung, durch die Wissensgesellschaft -, völlig andere als 1949. Aber eines ist, da sind wir uns wohl einig, geblieben und gilt damals wie heute: Das ist der Geist, der Gründerjahre auszeichnet – Mut, Aufbruch, Entschlossenheit. Für mich hat das in jüngster Zeit niemand so gut in Worte gefasst wie der Richter am Bundesverfassungsgericht di Fabio. Er hat einen Aufsatz über die „Grundlagen der Gemeinschaft“ geschrieben, in dem er ausführt:

„Eine Gesellschaft funktioniert, wenn die Menschen in ihr das Gelingen wollen, einig sind über fundamentale Werte, etwas für sich selbst leisten, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum ihrer Lebensgestaltung rücken, nicht vergessen und bereit sind, aus dem wirtschaftlichen Erfolg heraus einen Beitrag für die Gemeinschaft zu erbringen.“

Das ist es, worum es geht: einig sein über fundamentale Werte, etwas leisten wollen, künftige Generationen im Blick haben, aus wirtschaftlichem Erfolg einen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen. Das genau ist das, was unser Land zusammenhält; das ist es, was wir „Gemeinsinn“ nennen.

(Beifall)

Nun werden manche von Ihnen denken: Schöne Worte; theoretisch mag das alles ja stimmen. Das ist ja auch eine gute Zielbestimmung. Aber das praktische Leben hat doch damit herzlich wenig zu tun. Was heißt hier eigentlich, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum der Lebensgestaltung der Menschen rücken, wenn gleichzeitig in vielen Fällen die Erfahrung gemacht wird: „Wenn ich mich für eine Familie mit Kindern entscheide, geht es mir materiell und sozial schlechter“?

Was heißt denn, das Fortleben in künftigen Generationen in das Zentrum der Lebensgestaltung zu stellen, wenn die Älteren unsicher darüber sind, was für sie dabei herauskommt und wenn die Jüngeren Sorge darüber haben, dass ihre soziale Sicherheit in Gefahr ist? Was heißt es denn, an diesen Gemeinsinn zu glauben, wenn ich täglich spüre, wenn ich zum Arzt gehe: „Der Weg ist eigentlich ein Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“? Und was heißt es hier eigentlich, aus wirtschaftlichem Erfolg heraus einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten? Das kann ja ein Satz aus den 80er-Jahren, vielleicht sogar aus den 70er-Jahren sein. Wissen Sie, wir Ostdeutsche denken manchmal: „Seitdem wir dabei sind, funktioniert der Westen auch nicht mehr so, wie es einmal der Fall war.“ – Sie, liebe Freunde aus dem Westen, denken: „Seitdem die Ostdeutschen dabei sind, ist es mit den goldenen alten Zeiten vorbei.“ – Was heißt hier eigentlich „wirtschaftlicher Fortschritt“? Erleben wir ihn noch? Spätestens seit der deutschen Einheit sind hier neue Fragen aufgetaucht. Ferner könnte ich fragen: „Ist denn nun wirklich derjenige, der sich anstrengt, der, der auch Leistung in der Gesellschaft bekommt? Ist nicht eigentlich der Ehrliche der Dumme? Was ist denn mit der Schattenwirtschaft? Was ist denn mit den Steuerflüchtlingen? Was ist denn mit dem Sozialmissbrauch in unserer Gesellschaft?“ – Worte und Taten klaffen für viele Menschen in diesem Lande auseinander. Das müssen wir ernst nehmen, liebe Freunde. Ansonsten finden wir nicht die richtigen Antworten.

(Beifall)

Deshalb stellt sich die Frage: „Was kennzeichnet unsere Gemeinschaft?“ – Edmund Stoiber hat vor kurzem in einem Interview einen Satz gesagt, den ich sehr nachdenkenswert finde. Er sagte nämlich: „Die Deutschen leiten ihr Zusammengehörigkeitsgefühl nicht wie andere Länder vor allem aus einem Nationalgefühl heraus ab, sondern aus dem Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat.“

Aber ich frage: „Was passiert denn, wenn genau dieses Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat schwindet? Wenn das Dickicht von Gesetzen und Verordnungen für die Leute überhaupt nicht mehr überschaubar ist? Was bleibt uns, den Deutschen im Jahr 2003, denn dann in einer wirtschaftlichen Krise, in einer Phase, wo wir uns zum allerersten Mal in dieser Bundesrepublik fra-

gen: Geht es weiter aufwärts oder geht es vielleicht mit dem Lebensstandard auch abwärts?“ Deshalb müssen wir uns genau diese Frage politisch stellen und fragen: „Was bedeutet sie für uns, die wir dieses Land gestalten wollen?“

Da glaube ich, wir müssen erstens unser Selbstverständnis richtig beschreiben. Es ist ja unbestritten: Es war das Vertrauen in den Rechts- und Sozialstaat, das dieses Land nach 1945 stark gemacht hat. Es war „Made in Germany“; es war die Deutsche Mark; es war die Soziale Marktwirtschaft; es war das Wirtschaftswunder, auf das wir stolz waren und im Übrigen immer noch sind. Es waren vor allem diese Dinge, mit denen sich die Menschen in unserem Lande identifizieren konnten. Deshalb ist es – Wilfried Martens hat es eben gesagt – für uns viel mehr als ein Tagesereignis, wenn wir zu sehen müssen, wie Eichel und Schröder den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Füßen treten.

(Beifall)

Eichel und Schröder machen an dieser Stelle nicht mehr und nicht weniger, als dass sie sich am Erbe der Deutschen Mark versündigen, an einem Zeichen dessen, was uns stark gemacht hat und was unsere Identität geprägt hat.

(Beifall)

Aber unser Selbstverständnis umfasst inzwischen, seit 1945, viel mehr: Der 8. Mai 1945, der 17. Juni 1953, das Frühjahr bzw. der August 1968, der 9. November 1989 – markante Daten unserer Geschichte: Niederlage und Befreiung, Volksaufstand, Studentenproteste, aber auch der Einmarsch sowjetischer Panzer in Prag, Mauerfall, Freiheit, Einheit, Geschehnisse, über die immer wieder gestritten wurde; Geschehnisse, bei denen Parteien und Gruppen in unserem Land aufeinander geprallt sind, aber auch Geschehnisse, bei denen zwischen Beteiligten und Unbeteiligten eine ganz andere Fähigkeit unseres Landes sichtbar wird.

Ein Redakteur der „Welt“ hat das kürzlich „sich selbst zu versöhnen“ genannt. Ich denke, das ist ein interessantes und ein gutes Wort. Es ist diese Kraft zur Selbstversöhnung, die unser Land stark gemacht hat. Dieser Kraft wohnt immer wieder eine befreiende Wirkung inne. Und unser Land stellt diese Kraft immer und immer wieder unter Beweis. Diese Kraft ist zusätzlich zu dem, was uns seit 1945 stark gemacht hat, inzwischen ebenfalls Teil unseres Selbstverständnisses.

Liebe Freunde, man kann sich ja nur immer wundern, wer sich alles in den letzten Tagen zum Patriotismus äußert. Da hat doch der Kanzler in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages in der letzten Woche gesagt – eine hochinteressante Definition -: „Ein Patriot ist, wer meinen Reformen zustimmt.“ – Das muss man sich einmal genau auf der Zunge zergehen lassen. Es fällt einem doch sofort der Satz ein: „Ein Patriot ist der, der tut, was ich will.“ – Ich sage dazu: Welch eine Anmaßung für einen Demokraten!

(Beifall)

Dann ist es ja nicht mehr weit zum Sonnenkönig, der sagt: „Der Staat bin ich.“ – Dieser vermeintliche Patriotismus ist eigentlich nichts weiter als eine Erpressung derer, die eine andere Meinung haben. Liebe Freunde, mit uns so nicht, auch nicht in den nächsten Tagen, wenn es um die Lösung von Problemen in Deutschland geht.

(Beifall)

Davon unterscheidet sich unser Selbstverständnis. Unser Selbstverständnis ist ein anderes. Die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst – auch über parteipolitische Grenzen hinweg, zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen – ist, das wissen wir, im Übrigen ja auch niemals abgeschlossen. Genau darauf gründen sich ja die Schlachten der Gegenwart und der Zukunft. Von diesen Schlachten werden wir noch viele zu schlagen haben. Das ist es ja gerade, was Politik so spannend, so faszinierend macht.

Nehmen wir nur das Zentrum gegen Vertreibungen. Zwölf Millionen Menschen in Deutschland sind nach dem Zweiten Weltkrieg Opfer von Vertreibungen geworden. Das wird glücklicherweise nun auch von allen anerkannt. Es ist deshalb auch gut und richtig, dass wir sagen, dass es ein Zentrum gegen Vertreibungen geben soll. Wir müssen glücklicherweise nicht mehr darüber streiten, dass es das geben soll, aber wir müssen schon noch darüber streiten, wo es dieses Zentrum geben soll. Zu der guten, überparteilichen Idee sage ich: Weil Vertreibung nicht etwas ist, von dem nur wir Deutsche betroffen sind, kann es viele solcher Zentren in Europa geben. Aber ich sage auch: Wir müssen und werden unseren Nachbarn gegenüber in freundschaftlichem Gespräch deutlich machen: Eines dieser Zentren, das, das auch der deutschen Vertreibung gedenkt, muss in Deutschland, in Berlin, in der Hauptstadt, sein. Dort gehört es hin; dort muss es seinen Platz haben.

(Beifall)

Natürlich muss sich Politik zweitens – abgesehen von der Frage des Selbstverständnisses – auch immer wieder der Werte vergewissern, die sich für uns in der Vergangenheit als tragfähig erwiesen haben.

Das ist in Zeiten der allgemeinen Verunsicherung im Übrigen wichtiger denn je. Wir werden erleben, dass die Frage nach Sachaspekten zum Teil hinter die Frage nach dem, was uns leitet, also nach den Werten, zurücktritt. Es ist wichtig, dass diese Werte nach außen erkennbar sind. Wir dürfen sie nicht unter dem Tisch verborgen halten, sondern sie müssen erkennbar sein, damit die Wählerinnen und Wähler der Christlich Demokratischen Union nicht die Orientierung verlieren. Wenn wir das nicht täten, dann würden wir als Europapartei – unsere Freunde Wilfried Martens und Pier Ferdinando Casini haben es heute so zum Ausdruck gebracht – mit einem riesigen Ansehen, also als Partei mit vielen Freunden in Europa, Vertrauen verlieren. Dieses Vertrauen, das von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl aufgebaut worden ist, bedeutet,

dass man uns jederzeit sagen würde: Jawohl, wenn ihr die Regierungsverantwortung in diesem Lande zurückgewinnt, dann glauben wir in Europa euch, dass Deutschland berechenbar und verlässlich ist.

(Beifall)

So wie es wichtig ist, Klarheit über die Werte in Bezug auf diejenigen zu haben, die uns vertrauen, so ist es natürlich genauso wichtig, Vertrauen in Bezug auf uns zu haben, damit wir nicht Selbstzweifel bekommen. All das hat auch damit zu tun, wie ich, wie die Kolleginnen und Kollegen der Partei- und Fraktionsführung und die Mehrheit der frei gewählten Abgeordneten der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CDU auf die Rede des Abgeordneten Martin Hohmann reagiert haben und wie sie diesbezüglich letztlich entscheiden mussten. Zu den wichtigsten geistigen und politischen Wurzeln der Christlich Demokratischen Union zählt gerade der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime.

(Beifall)

Eugen Gerstenmeier, Mitglied der Widerstandsgruppe des „Kreisauer Kreises“, später Vorstandsmitglied der CDU und über viele Jahre Bundestagspräsident, fand aufgrund seiner persönlichen Erfahrung zu der Formel – ich zitiere ihn -: „Die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“

(Vereinzelt Beifall)

Eine solche Partei hat es nicht verdient, sich eine – unter welcher Überschrift auch immer – geführte Diskussion um angebliche Benachteiligungen Deutschlands vor dem Hintergrund unserer Geschichte aufdrängen zu lassen. Das brauchen wir nicht.

(Beifall)

Für eine Partei wie die Christliche Demokratische Union gehört zur ständigen Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst auch die fortwährende Anerkennung dessen, was unaussöhnlich ist; die Anerkennung der Singularität des Holocausts.

(Beifall)

Weil wir den Holocaust als Singularität anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Deshalb möchte ich, dass es für die Zukunft so bleibt.

(Beifall)

Art. 1 des Grundgesetzes – das war eine Konsequenz aus den Erfahrungen, die in der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mündeten – lautet: „Die Würde des Menschen in unantastbar.“

Für uns gelten unwiderruflich die Werte weiter, die Andreas Hermes und Jakob Kaiser 1945 in das Land hinaus sandten. Diese Werte bestimmen und prägen unauflöslich unsere programmatischen Grundsätze in der Union seit mehr als 50 Jahren. Sie gelten für jeden Einzelnen von uns, für jedes Ortsverbandsmitglied, für jeden Stadtverordneten, für jeden Abgeordneten. Wer durch sein Verhalten in Wort und Tat daran Zweifel begründet, der muss gehört werden und er muss diese Zweifel ausräumen. Wenn das in angemessener Zeit nicht geschieht, dann müssen wir die Konsequenzen ziehen, so schmerzlich sie menschlich auch sind.

(Beifall)

Ich sage ganz bewusst: Das gilt ungeachtet öffentlicher Aufgeregtheiten oder der moralischen Entrüstung der Linken, deren Anstandsritual hauptsächlich dann in Gang kommt, wenn der Auslöser rechts von ihnen steht. Das ist schon 50 Jahre so und kann uns bei dem, was wir tun, nicht leiten.

(Beifall)

Wir sind uns das selbst schuldig. Wir sagen: Unsere CDU ist christlich-sozial, liberal und konservativ. Wir alle sind und waren immer Mitglieder der deutschen Verfassungspartei; wir sind und bleiben die Europapartei – mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten, beides gehört zusammen. Wir stehen zu unseren Pflichten aus innerer Überzeugung heraus, sensibel, selbstbewusst, aber auch konsequent. Wir billigen niemandem zu, daran zu zweifeln. „Wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind.“ Diesen Satz hat Helmut Kohl häufig gesagt. Er hat Recht gehabt – es bleibt unser Satz -: „Wir sind weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind.“

(Beifall)

Ich füge deshalb hinzu: Wir verbitten es uns, dass die anderen glauben, sie könnten uns mit Pauschalvorwürfen überziehen. Sie sollen Ross und Reiter nennen; alles andere ist parteitaktisch motiviert. Das werden wir nicht zulassen. Auch das die Botschaft von Leipzig.

(Beifall)

Wir erleben es doch in vielen sachpolitischen Diskussionen: Kaum einer kann sich doch verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion sofort in eine rechte Ecke zu stellen.

Ich habe über die Fragen „Wie empfinden Menschen ihr persönliches Leben?“ und „Glauben sie, dass es gerecht zugeht?“ gesprochen. Man muss natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Man muss natürlich sagen: Die Folge können nur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung sein. Alles andere wird in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Deshalb kämpfen wir, unter anderem Peter Müller, Wolfgang Bosbach, für unseren Weg, ganz hart und ganz entschieden.

(Beifall)

Wie wollen wir denn den Menschen in unserem Lande erklären – ich weiß, dass man Gerichte nicht kritisieren soll -, dass zwar ein christliches Kreuz in der Schule nicht aufgehängt werden darf, dass aber extra ein Gesetz gemacht werden muss, um einer Lehrerin zu verbieten, ein Kopftuch zu tragen? Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass Annette Schavan – viele Kultusminister werden folgen – mittlerweile einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht hat, mit dem man versucht, das Beste aus den gegebenen Bedingungen zu machen und das Tragen eines Kopftuchs in der Schule erst einmal zu verbieten. Sie hat unsere ganze Unterstützung bei diesem Projekt.

(Beifall)

Es ist doch – das kann keiner in Abrede stellen – im Wesentlichen das christliche Erbe, auf dem sich unser einigendes Europa aufgebaut hat. Deshalb fordern wir – ich finde es richtig, dies zu fordern -: Was Europa ganz wesentlich einträgt, gehört als Gottesbezug auch in die Präambel eines Verfassungsvertrags eines Europas.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Die Menschen wollen mit Recht – in dieser Sache müssen wir ihr Anwalt sein -, dass Europa eine Seele hat. Es darf nicht nur ein Paragraphenschlingel sein, sondern es muss eine geistige Grundlage haben. Ich nenne stellvertretend für viele an dieser Stelle unseren Freund Erwin Teufel, der genau wie Peter Altmaier, Elmar Brok und viele andere mit Verve genau um diesen Verfassungsvertrag gekämpft hat. Herzlichen Dank, Erwin Teufel, für dieses Engagement und viel Glück in der letzten Phase.

(Beifall)

Dann können wir klar machen: Grundlage und Orientierung unseres gesamten politischen Handelns sind und bleiben das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir machen mit den Konzepten, die wir heute und morgen beraten, deutlich, dass wir diese Werte in die Praxis umsetzen und dass wir das, was uns in dieser Republik seit 50 Jahren leitet, heute für das 21. Jahrhundert wieder gestalten wollen. Ich danke Jürgen Rüttgers, Christoph Böhr und Annette Schavan, die in der Präambel zu unseren Anträgen genau das hervorgehoben haben: Was bedeuten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute unter veränderten Bedingungen?

(Beifall)

Wir brauchen neben dem Selbstverständnis und der Frage unserer Werte drittens als Folge daraus verlässliche Konzepte für die Zukunft. Wir haben gesehen: Ein Land wie Deutschland wird seit

1945 durch mehr als nur durch ökonomischen Erfolg getragen. Ein Land wie Deutschland ist reif und erwachsen geworden. Für eine Partei wie die CDU gründet sich Patriotismus auf Geschichtsbewusstsein. Aber Patriotismus erschöpft sich nicht darin. Er entwickelt – das ist für unsere Arbeit wichtig – eine produktive, ja befreiende Kraft für die Zukunft. Daraus schöpfen wir die Kraft, klar zu machen: Was sind unsere nationalen, deutschen Interessen in Europa und in der Welt? Wir wenden uns genau aus diesem Grund gegen diejenigen, die Europa und Amerika spalten wollen. Es ist nicht in unserem Interesse, dass Europa gegen Amerika arbeitet. Es wird kein geeintes Europa gegen Amerika geben. Es ist ureigenes deutsches Interesse, so zu verfahren und so zu agieren.

(Beifall)

Genau aus dieser Kraft heraus, die wir mit unseren Interessen verbinden, sagen wir: Jawohl, unsere föderale Ordnung muss verändert werden. Sie ist in ihrer Schnelligkeit und in der Art und Weise, wie sie funktioniert, nicht mehr die Ordnung, die uns im Weltsystem wettbewerbsfähig sein lässt. Deshalb müssen wir handeln. Genauso gehen wir an das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme heran. Eine Welt, die sich verändert hat, ist eine Welt, auf die wir reagieren müssen.

Mit dieser Kraft kann, wenn wir es richtig machen, das Vertrauen in die Wirtschafts- und Sozialordnung als Teil unseres nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls wieder wachsen. Daraus erwachsen Kraft und Mut, die Weichenstellungen vorzunehmen. Ich bin ganz entschieden dafür, dass wir es dabei im Allgemeinen nicht belassen. Ich bin vielmehr dafür, dass wir uns klare Ziele setzen. Wir wollen bei wirtschaftlichem Wachstum, bei öffentlichen und privaten Investitionen, bei der Bekämpfung offener und verdeckter Arbeitslosigkeit, bei Qualität von Bildung und Ausbildung von heute an in zehn Jahren überall wieder unter den ersten Drei in Europa sein. Dann hätten wir etwas für dieses Land geschafft. Das kann dieses Land schaffen.

Dafür brauchen wir drei Dinge: erstens Wachstum, zweitens Wachstum, drittens Wachstum. Wachstum ist nicht alles. Aber ich sage Ihnen voraus: Ohne Wachstum ist alles, was wir unternehmen, nichts und wir werden unsere Ziele nicht erreichen.

(Beifall)

Richtiges Wachstum ist absolut zwingend, wenn die Kürzungen, die jetzt notwendig waren, nicht die nächsten 30 Jahre so weitergehen sollen. Deshalb wird die CDU im Jahr 2004 das Projekt Wachstum in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Man muss sich einmal vergegenwärtigen: Wir sind das größte Land in Europa. Dieses größte Land in Europa und dieser ganze europäische Kontinent starren unentwegt in Richtung Vereinigte Staaten von Amerika, weil sie die einzige Entwicklungschance für uns darin sehen, ein paar Brosamen vom amerikanischen Wachstum ab-

zubekommen. Mit diesem Selbstverständnis gestalten wir das 21. Jahrhundert nicht. Ich will das Projekt Wachstum so, dass wir selber an einen Aufschwung und einen Beitrag zur Entwicklung der Welt glauben. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall)

So wird nach Herzog 2003 Wachstum 2004 als unser Projekt folgen. Ludwig Erhard hat uns im Grunde schon 1957 in seinem Buch „Wohlstand für alle“ aufgeschrieben:

„Es ist sehr viel leichter, jedem Einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung des Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muss.“

Das, was Ludwig Erhard schon 1957 gesehen hat, gilt heute unter Globalisierungsbedingungen umso stärker. Deutschland kann mehr. Deutschland muss Wachstum schaffen. Genau da ordnet sich unser Projekt der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme ein. Liebe Freunde, mein Dank gilt allen Mitgliedern der Herzog-Kommission, allen voran, lieber Herr Professor Herzog, Ihnen. Herzlichen Dank, dass Sie diese Arbeit übernommen haben.

(Beifall)

Mein Dank gilt stellvertretend allen Mitgliedern, aber auch dem Generalsekretär Laurenz Meyer, der Sie – so habe ich aus der Ferne beobachtet – an vielen Stellen unterstützt hat. So ist es gemeinsam ein gutes Werk geworden. Herzlichen Dank, lieber Laurenz Meyer.

(Beifall)

Herr Professor Herzog, Sie werden heute noch zu uns sprechen. Aber Sie haben in einer unerbittlichen Klarheit bei der Vorstellung der Ergebnisse der Herzog-Kommission erklärt: „Wenn wir jetzt nichts machen, dann fliegt das System in die Luft.“. Weil Sie jenseits der parteitaktischen Verdächtigungen sind, haben nach Ihren Worten plötzlich viele Menschen im Lande aufgehört, weil sie wussten: Wenn er sagt, dass das System in die Luft fliegt, dann muss daran etwas Wahres sein.

Was hat uns bei der Arbeit geleitet? Wir wissen nicht alles über die Zukunft in den nächsten 30 Jahren. Das können wir auch nicht. Aber wir haben die verdammte Pflicht, das, was wir wissen, zu bedenken, dies den Menschen mitzuteilen und daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Beifall)

Wir stellen fest: Die Alterung der Gesellschaft wird unsere Gesellschaft zwischen 2010 und 2030 massiv verändern. Das andere Stichwort ist die globale Welt. Wir erleben hautnah – viele unserer Mitglieder jeden Tag –, wie sich die Arbeitswelt verändert und dass der Wettbewerb nicht irgendeine Größe ist, sondern der Wettbewerb der Standorte weltweit eine persönlich gespürte Erfahrung ist.

Das ist für die Menschen nichts Abstraktes, nichts, auf das man mit einem „Weiter so!“ antworten kann. Wir brauchen, um wirklich vorankommen zu können, einen richtigen Befreiungsschlag.

Der Weg, den wir wählen müssen, kann nur der sein, unsere Sozialsysteme stärker von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Diese Konstruktion ist nämlich eine der Eigenarten, die uns in der globalen Gesellschaft besondere Schwierigkeiten bereiten. Deshalb verfolgen wir diesen Weg entschieden, um etwas für die Zukunft des Wohlstands und der Arbeitsplätze in Deutschland zu tun.

(Beifall)

Wir sind der Überzeugung, dass ein Herumdoktern an den bestehenden Systemen keine umfassende Besserung bringen wird. Ich weiß – das sage ich in aller Ernsthaftigkeit –, dass wir mit unseren Vorschlägen Neuland betreten. Wenn man in einem Bereich Neuland betritt, ist es immer so, dass man dort noch keine Erfahrungen gesammelt hat. Deshalb muss man gründlich überlegen und kann nicht hoppla hopp beschließen, wie man etwas macht. Man muss hin- und herrechnen und muss immer wieder überprüfen, ob eine Änderung notwendig ist. Änderungen darf man den Menschen nicht einfach zumuten.

Aber wenn man, nachdem man gerechnet, überlegt und abgewägt hat, zu der festen Überzeugung kommt, dass es keine Alternative gibt, dann ist es die Pflicht ehrlicher und redlicher Politik, den Menschen zu sagen, dass es besser ist, Neuland zu beschreiten, wodurch man das Ziel erreichen kann, als das Betreten von Neuland zu vermeiden und das Ziel nicht dauerhaft erreichen zu können. Das ist unsere Aussage.

(Beifall)

Mut an sich ist kein Selbstzweck. Aber Mut gehört auch dazu. Die Gesundheitsreform, die zum 1. Januar in Kraft treten wird, wird die Versicherten in Deutschland belasten. Das ist die Wahrheit. Man kann feststellen: Noch zwei oder drei solcher Reformen kann man den Menschen in Deutschland nicht zumuten. Angesichts dessen, dass die Schere zwischen Beiträgen und Kosten unaufhaltsam größer wird, gibt es nur noch zwei Möglichkeiten, die das System hergibt: Entweder steigen ständig die Beiträge mit der Folge, dass es weniger Arbeit und geringere Einkommen gibt, oder es werden immer mehr Leistung ausgeschlossen. Die Erfahrung lehrt, dass beide Entwicklungen – ein Ansteigen der Beiträge und eine Ausgrenzung von Leistungen – wahrscheinlich parallel ablaufen werden.

Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, dass unser bisheriges System an seine Grenzen gekommen ist. Jetzt zu zögern, hieße, dass wir zu einer Zweiklassenmedizin kommen. Aus diesem Grunde mussten wir also eine Entscheidung treffen. Wir haben uns entschieden. Der Entscheidungsprozess war, wie ich glaube, sehr lebendig; auch heute werden wir wieder darüber diskutieren. Es haben Regionalkonferenzen stattgefunden. Dort haben wir nicht nur über Zahlen

gesprachen. Liebe Freunde, ganz besonders lieber Norbert Blüm, bei allem Disput in der Sache, bei allem, worüber auch heute noch unterschiedliche Einschätzungen vorliegen, hat jeder, der an dieser Diskussion mitgewirkt hat, gewusst, dass es nicht um Zahlen, Rechenwerke und Modelle geht, sondern um die Menschen in diesem Land, die einen Anspruch auf soziale Sicherheit im Gesundheitsbereich haben. Dieses Ziel eint uns und wird uns immer einen.

(Beifall)

Wenn man genau hinsieht, dann hat Rot-Grün längst erkannt, dass Reformen im Rahmen des bestehenden Systems nicht tragfähig sind. Deswegen hat sich Rot-Grün für eine Bürgerversicherung entschieden. Meine Meinung ist – das sage ich Ihnen klipp und klar -: Die Bürgerversicherung ist der falsche Weg.

(Beifall)

Was gut klingt, wird schließlich in einer Einheitskasse ohne Wettbewerb enden. Der Trend zu mehr Abhängigkeit vom demographischen Faktor würde verstärkt. Die Verkopplung von Arbeitskosten und Gesundheitskosten – das ist ein Strukturfehler – würde bestehen bleiben. Deshalb schreibt der Sachverständigenrat der Bundesregierung, dass die Einführung der Bürgerversicherung insgesamt bis zu 1,2 Millionen Arbeitsplätze kosten könnte.

Wir kennen all die Argumente, die gegen die Herzog-Prämie angeführt werden. Ich höre unsere sozialdemokratischen Wettbewerber schon schreien, das, was wir vorhätten, sei unsozial, Chef und Sekretärin müssten gleichviel bezahlen. Das hört man immer wieder. Diejenigen von Rot-Grün, die das rufen, müssen aufpassen, dass nicht drei Finger zurückzeigen, wenn sie mit dem Finger auf uns zeigen. Ich nenne nur Ökosteuer, Zuzahlung oder Rentenkürzungen. Das alles sind Produkte unzuverlässiger rot-grüner Politik der letzten Jahre.

(Beifall)

Es ist Teil unseres christlichen Menschenbildes, dass die Gesundheit jedes einzelnen Menschen, ob Sekretärin oder Chef, gleichviel wert ist. Deshalb sind die Kosten, die für die Gesundheit der Sekretärin und des Chefs anfallen, gleich hoch. Anders geht es nicht, ansonsten sind wir bei einer Zweiklassenmedizin. Diese Überlegungen ergeben eine Prämie, wenn wir gleich umsteigen, von 180 Euro und einem Vorsorgebeitrag von 20 Euro. Unser Maßstab, den wir aufgestellt haben, lautet, niemand soll mehr bezahlen, als er heute in dem bestehenden System zahlt, wenn umgestellt wird. Und umgestellt wird, wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen. Das bringt für die Menschen in unserem Lande Klarheit und Verlässlichkeit bei der Umstellung.

Wer trägt denn zu dem sozialen Ausgleich bei? Diese Frage muss man einmal stellen. Ich bin in den letzten Wochen bei dieser Frage böse geworden. Wie ist denn heute die Verteilung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung gesichert? Wenn der Chef, der drei Kinder

hat und dessen Ehefrau nicht erwerbstätig ist, freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, muss er bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3 700 Euro Beiträge bezahlen und alles, was er mehr verdient, wird zum sozialen Ausgleich des Risikos Gesundheit nicht herangezogen. Dafür ist die ganze Familie kostenlos mitversichert.

Was ist daran sozial, dass zum Beispiel ich, weil ich privat versichert bin, zum sozialen Ausgleich mit Rentnerinnen und Rentnern und mit Geringverdienenden in dieser Gesellschaft keinen einzigen Cent beitrage? Ist das sozial bei dem Risiko wie der Gesundheit, das allgemein besteht und jeden treffen kann? Ich sage, das ist nicht sozial, liebe Freunde. Deshalb müssen wir das ändern.

(Beifall)

Die Änderung im Prämienmodell ermöglicht es, durch die Prämie Wettbewerb im System zu bekommen und gleichzeitig den sozialen Ausgleich auf breitere Schultern zu stellen. Dann durch diesen sozialen Ausgleich im Steuersystem, der durch das Steuersystem am besten geregelt werden kann, weil die Progression des Steuersystems natürlich jeden nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert, erfolgt gleichzeitig – das ist das eigentlich Faszinierende – eine Entkopplung von den Arbeitskosten. Das ist der Grund, warum der Sachverständigenrat der Bundesregierung sagt, das koste keine Arbeitsplätze, sondern schaffe Arbeitsplätze, weil Arbeit aus der Schwarzarbeit herauskomme. Die Zahl wird mit eine Million angegeben. Da der Sachverständigenrat für die Bundesregierung arbeitet, hat er sicherlich nicht zugunsten unseres CDU-Parteitag gehandelt, sondern nichts weiter als die Wahrheit aufgeschrieben.

Dafür werden wir auf diesem Parteitag kämpfen, liebe Freunde.

(Beifall)

Eine weitere Frage, die mich besonders fasziniert, ist, wie es heute um den sozialen Ausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung bestellt ist, wenn es um Familien geht. Der Beitrag ist bruttolohnabhängig, das heißt, ob jemand ein Kind, zwei oder drei Kinder hat, er zahlt immer den gleichen Beitrag zur Krankenversicherung. Liebe Freunde, bei einem steuerfinanzierten System gehört zum sozialen Ausgleich auch eine Familienkomponente; denn derjenige, der Steuern zahlt, zahlt, wenn er Kinder hat, aufgrund der Kinderfreibeträge weniger als derjenige, der keine Kinder hat. Das bedeutet nicht nur beitragsfreie Mitversicherung der Kinder. Vielmehr wird der soziale Ausgleich für Familien besser geregelt, als das heute der Fall ist. Das ist ein wirklicher Beitrag zur Verbesserung der Familienpolitik in unserem Land.

(Beifall)

Jawohl, darum will ich gar nicht herumreden, das kostet Geld. Wir haben die Kosten auf etwa 28 Milliarden Euro beziffert. Natürlich werden wir den Arbeitgeberbeitrag versteuern. Das bringt 18 Milliarden Euro, sodass nur noch zehn Milliarden Euro fehlen. Wenn wir dies politisch wollen,

wenn dies Arbeitsplätze bringt, dann müssen wir die fehlenden Mittel entweder aus dem Mehr an Wachstum aufbringen oder – auch hier will ich nicht darum herumreden – die Steuern weniger als geplant senken.

Wer sind die Belasteten und die Entlasteten? Diejenigen, die wenig verdienen, werden nicht stärker belastet, aber auch nicht geringer. Diejenigen, die zwischen 2 500 Euro und 3 700 Euro verdienen und damit in der Nähe der Beitragsbemessungsgrenze liegen, werden entlastet, und zwar zulasten derjenigen, die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze verdienen. Es werden zum Beispiel die Facharbeiter entlastet, also 90 Prozent der Versicherten, die bislang ohne jeden Grund den sozialen Ausgleich alleine tragen. Das ist die Wahrheit. Wir sorgen über das Steuersystem für einen sozialen Ausgleich. Wir sagen ehrlich, wie es ist.

(Anhaltender Beifall)

Wir haben in den letzten Wochen auch herausgearbeitet – ich danke allen Sozialpolitikern -, wie der soziale Ausgleich funktionieren soll. Liebe Freunde, natürlich flößt es Angst ein, wenn gesagt wird: Wenn man bedürftig wird, dann muss man zum Amt gehen. Prämie und Ausgleich werden aber automatisch verrechnet, sodass diejenigen, die Geringverdiener sind und die Familienarbeit leisten, im Endeffekt eine geringere Prämie zahlen als diejenigen, die ihre Prämie aus eigener Kraft zahlen können. Auch das ist unsere Verantwortung in einer solidarischen Gesellschaft.

(Beifall)

Wir machen ein verlässliches Angebot, das Eigenverantwortung und Eigenvorsorge stärkt und das den Familien hilft. Wir werden heute Nachmittag bei den Beratungen über die Renten-, die Arbeitslosen- und die Pflegeversicherung ähnlich vorgehen. Ich glaube, dass am Ende ein in sich konsistentes System herauskommt, von dem wir sagen können: Wir haben nicht gepennt, nicht geträumt und uns nicht in die Tasche gelogen, sondern den Mut gehabt, umzusteigen, Neuland zu betreten, und damit für Sicherheit und Verlässlichkeit gesorgt. Ich bin stolz darauf, dass wir uns damit befassen werden.

(Beifall)

Morgen werden wir über ein Projekt beraten, das federführend von Friedrich Merz bearbeitet wurde und mit dem wir deutlich machen: Wer wieder Vertrauen und Verlässlichkeit möchte, der muss auch in den Finanzbeziehungen zwischen Bürgern und Staat wieder Transparenz bringen. In den letzten Wochen hat es sehr interessante Umfragen gegeben. Die Menschen haben große Zweifel, ob Steuersenkungen überhaupt machbar sind. Aber die Menschen sagen auch: Ich will meine Steuererklärung auf einen Zettel machen können, der nicht größer als ein Bierdeckel ist. Das ist mit Friedrich Merz' Steuermodell möglich. Dafür, lieber Friedrich, vielen Dank und alles Gute für deine morgigen Beratungen.

(Anhaltender Beifall)

Genau das ist der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und uns, liebe Freunde. Der amtierende Finanzminister mit seinem ganzen Beamtenapparat möchte die Erbschaftsteuer erhöhen. Die Grünen möchten die Vermögensteuer wieder einführen. So bekommt man dieses Land nicht wieder an die Spitze. Was passiert denn in einer globalen Welt? Im Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung wird davon ausgegangen, dass derjenige, der weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes hat, arm ist. Liebe Freunde, wenn wir alle Reichen aber vertreiben, dann sind die Armen noch ärmer. Auf diesen Pfad möchte ich mich nicht begeben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik für dieses Land.

(Anhaltender Beifall)

Die Kalamität, in der wir in diesem Land stecken, findet ihren Ausdruck nicht allein in den dramatischen Arbeitslosenzahlen. Diese sind schlimm genug. Die Arbeitslosenzahl wird im November dieses Jahres wahrscheinlich bei 4,2 Millionen liegen. Aber die eigentliche Kalamität wird durch die Tatsache deutlich gemacht, dass es heute 600 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse weniger gibt als vor einem Jahr. Das ist der eigentliche Ausdruck dessen, was Rot-Grün angerichtet hat.

Wir haben Verhandlungen vor uns. Ich denke, es gibt eine breite Unterstützung für Folgendes – dieses Signal möchte ich von diesem Parteitag senden -: Jawohl, wir wollen Kompromisse. Aber wir machen nur Kompromisse, die wirklich verantwortbar sind. Jawohl, wir sind immer die Partei gewesen, die Steuersenkungen für richtig gehalten hat. Aber angesichts der Sparanstrengungen unserer Ministerpräsidenten wird es mit der Union keine Steuersenkungen geben, die völlig auf Pump finanziert werden.

(Anhaltender Beifall)

Steuersenkungen kann es nur dann geben, wenn entsprechende Strukturreformen in Deutschland durchgeführt werden. Die wichtigste Strukturreform betrifft den ersten Arbeitsmarkt. Hier stehen die Themen „Kündigungsschutz“ und „betriebliche Bündnisse“ auf der Tagesordnung. Da wir zwei hochrangige Vertreter der Gewerkschaften hier haben, möchte ich ganz deutlich sagen: Wir glauben, dass die betrieblichen Bündnisse für Arbeit gesetzlich ermöglicht werden sollten. Wir haben dafür Vorschläge vorgelegt. Ich sage ausdrücklich: Sollten die Einzelgewerkschaften in den nächsten Tagen vorschlagen, dass sie als Tarifpartner solche betrieblichen Bündnisse ermöglichen wollen, dann würden wir im Gesetz klarstellen, dass solche betrieblichen Bündnisse Vorrang vor unseren gesetzlichen Regelungen hätten. Ich glaube, das ist ein fairer Kompromiss, eine Möglichkeit. Ich wünsche ihnen viel Erfolg und hoffe, dass das klappt. Wir werden auf jeden Fall darauf reagieren.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, angesichts dessen, über das im Vermittlungsausschuss verhandelt wird – die Union nimmt hier eine einheitliche Linie ein -, möchte ich sagen: Wachstum kann nur aus Investitionen, Innovation und Bildung entstehen. Deutschland ist nicht mehr in allen Bereichen ein moderner Forschungsstandort.

Deutschland hat an Terrain verloren. Deutschland braucht Reformen. Ich bin dankbar, dass die CDU beim Thema Bildung in allen Bereichen vorne ist. Sachsen liegt auf Platz drei der PISA-Studie, Baden-Württemberg auf Platz zwei, Bayern auf Platz eins und Thüringen auf Platz vier. Wenn es nach uns ginge, wären die Studiengebühren schon längst in Deutschland möglich, vor allem für Langzeitstudenten, die endlich mit ihrem Studium fertig werden müssen, damit sie überhaupt 45 Lebensarbeitsjahre für ihre Rente erreichen.

(Beifall)

Es gibt bis jetzt kein einziges SPD-regiertes Land, das begonnen hat, das Abitur mit zwölf Jahren einzuführen. Die neuen Bundesländer haben es vorgemacht und die unionsregierten Länder machen es nach; zum Beispiel das Saarland unter Peter Müller, Hessen und Baden-Württemberg. Das sind die Signale, die wir brauchen. Ich nenne auch Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Jeder der dort regiert, macht seine Arbeit vernünftig. Deshalb müssen es noch mehr Bundesländer werden, die wir regieren.

Schauen Sie sich an, was jenseits der finanziellen Malaise am Forschungsstandort Deutschland passiert. Frau Künast beschäftigt sich damit, das Legehennenverbot früher als in den anderen europäischen Ländern in Kraft zu setzen. Christian Wulff muss viele Stunden seines Lebens damit verbringen, zu verhindern, dass Geflügelproduktionsbetriebe nicht in die Niederlande oder andere Länder abwandern und deutsche Bauern Arbeitsplätze verlieren. Wir wollen gleiche Wettbewerbsbedingungen.

(Beifall)

Sie müssen sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, womit sich deutsche Ministerpräsidenten zu befassen haben. Es geht um die Höhe von Käfigen und die Frage, ob das Huhn ein Schar- oder Flutier ist, und es geht um die Frage, ob die Bestimmungen auch für Enten gelten sollen, wie Erwin Teufel gefragt hat. Liebe Leute, vor allen Dingen geht es in Deutschland um Arbeitsplätze für Menschen, die in Deutschland eine Zukunft haben wollen und nicht aus diesem Land abwandern wollen.

(Beifall)

Ich persönlich halte es für einen der größten Skandale, dass bei der Finanznot der Bundesregierung der Bundesumweltminister anlässlich der Vernichtung von Arbeitsplätzen im Kernkraftwerk Stade Sektkorken knallen lässt; und das auf Steuerzahlers Kosten. Wir müssen den Menschen sagen: Das ist das Allerletzte.

(Beifall)

Ich sage das, weil ich glaube, dass wir Prioritäten setzen müssen. Wir können die Priorität auf das Dosenpfand und auf die Chemikalienrichtlinie setzen, die 1 200 Seiten umfasst, wir können die Priorität aber auch auf die Themen setzen, mit denen wir in der Welt mithalten wollen, um aus Europa einen dynamischen Kontinent zu machen.

Lieber Hans-Gert Pöttering, du bist unser Spitzenkandidat bei der anstehenden Europawahl. Wir werden diese Europawahl dazu nutzen, die Auseinandersetzung darüber zu führen, womit uns Europa hilft und was uns Europa bringt, damit wir den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen auf unserem Kontinent und in Deutschland verbessern können. Ich danke all denen, zum Beispiel Hartmut Nassauer, Wolfgang Schäuble, Peter Hintze und Elmar Brok, die dafür sorgen, dass wir an diesem Prozess teilhaben können. Ich wehre mich dagegen, dass diejenigen, die uns vorwerfen, dass wir Themen wie die Chemikalienrichtlinie und die Minderung des CO₂-Ausstoßes auf die Tagesordnung bringen, uns zu Gegnern der europäischen Einigung stempeln wollen. Das wird es nicht geben.

Das wird es auch in einem anderen Bereich nicht geben. Das sage ich klipp und klar. Es wird nicht das Hauptthema sein, aber es wird ein Thema sein. Im Europawahlkampf werden wir auch über die Frage sprechen, wer in Zukunft Mitglied der Europäischen Union sein sollte.

(Beifall)

Nachdem wir viele Jahrzehnte unseren türkischen Freunden immer wieder Illusionen gemacht haben, ist es an der Zeit, dass wir auf der Grundlage der Kopenhagener Kriterien ganz deutlich sagen, was wir können und was wir nicht können. Nach meiner festen Überzeugung – auch das betrifft einen Teil der Kopenhagener Kriterien – ist die heutige Europäische Union nicht fähig, in absehbarer Zeit auch noch die Türkei aufzunehmen.

(Beifall)

Deshalb werden wir das thematisieren. Wir machen das verantwortungsvoll und mit Blick auf eine ganz spezielle Partnerschaft mit der Türkei. Wir werden uns weder vom Bundesaußenminister noch vom Bundeskanzler, die uns unredliche Motive unterstellen, von diesem Weg abbringen lassen, so laut sie auch immer rufen und so taktisch sie auch immer argumentieren.

(Beifall)

Es geht nicht nur um die Europawahl im nächsten Jahr, sondern es geht auch um die Wahl des Bundespräsidenten. Wir, CDU und CSU, werden Anfang des Jahres gemeinsam mit der FDP einen Vorschlag unterbreiten. Im nächsten Jahr geht es auch um wichtige Landtagswahlen. Mit Georg Milbradt an der Spitze wird die CDU Sachsen am 19. September wieder die Wahl gewinnen.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher, lieber Georg Milbradt, dass das Werk und die Leistung, all das, was Sie erreicht haben, so überzeugend ist, dass der 19. September mit unserer gemeinsamen Arbeit ein Siegestag für die Union in Sachsen sein wird.

(Beifall)

Liebe Freunde in Sachsen, euch wird sowieso nichts anderes übrig bleiben, denn die Thüringer werden schon am 13. Juni mit Dieter Althaus in Vorlage getreten sein.

(Beifall)

Was Bernhard Vogel und die Thüringer CDU gemeinsam mit den Menschen in Thüringen aufgebaut haben, ist großartig. Deshalb möchte ich, lieber Bernhard Vogel, Ihnen persönlich an dieser Stelle sagen: Zwölf Jahre waren Sie Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, elf Jahre Ministerpräsident von Thüringen. Mittlerweile sind Sie 43 Jahre Mitglied unserer Partei, immer mit einem offenen Ohr, einem ganz feinen Gespür und klaren Worten. Das ist eine Leistung, die in unserer Partei ihresgleichen sucht.

(Beifall)

Die Art und Weise, wie Sie das Amt an Dieter Althaus übergeben haben, steht stellvertretend für den Stil, mit dem Sie Politik gemacht haben. Herzlichen Dank, lieber Bernhard Vogel.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Jürgen Rüttgers, 1999 hat die CDU in Nordrhein-Westfalen unendlich viele rote Rathäuser erobert. Ich bin mir sicher, dass 2004 noch welche dazu kommen. Nordrhein-Westfalen – das spürt jeder, der in dem Land ist – steht vor dem Farbwechsel. Der Kommunalwählerfolg wird der erste Schritt zu einem richtigen Stabwechsel im Herzland der Sozialdemokratie sein. Lieber Jürgen Rüttgers, wir werden das gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Landesverband anpacken. Sie haben unsere volle Unterstützung.

(Beifall)

Ich habe die nordrhein-westfälische Kommunalwahl stellvertretend für acht Kommunalwahlen im nächsten Jahr genannt. Wir sind stark in den Kommunen, weil Hunderttausende von CDU-Mitgliedern vor Ort jeden Tag hart arbeiten. Wir sind stark in den Bundesländern, weil die Menschen sehen, dass es dort, wo die Union regiert, Lösungen statt Losungen gibt.

Wir sind stark im Deutschen Bundestag, weil unsere Fraktion kämpferisch und entschlossen ist. Wir sind stark, weil wir gemeinsam wissen: „Weiter so“ geht nicht. Die Antworten der Bundesregierung kennen wir. Wir gehen weiter. Wir sagen, wir wollen unser Ziel in den nächsten zehn Jahren erreichen, und wir dürfen dieses Ziel keine Sekunde aus den Augen verlieren.

Deshalb geht es bei Gesundheit und Pflege nicht mehr darum, zu erkennen, dass es eine Reform innerhalb des Systems nicht mehr geben kann; es geht nur noch darum, zu entscheiden, ob wir Bürgerversicherung oder Prämienmodell wollen. In der Frage der Familien geht es nicht mehr darum, ob wir Familien gegenüber Kinderlosen fördern wollen, sondern wir müssen uns im Detail damit beschäftigen, ob wir das über das Steuersystem oder innerhalb des Sozialversicherungssystems machen. Auch im Einkommensteuersystem stellt sich überhaupt nicht mehr die Frage, ob man so irgendwie weitermachen kann, sondern die Frage ist: Wollen wir uns mit halbherzigen Schritten begnügen oder wagen wir das, was Friedrich Merz vorgeschlagen hat, nämlich einen wirklichen Systemwechsel?

(Vereinzelt Beifall)

Es geht auch nicht mehr um die Frage, ob der Föderalismus noch irgendwie so weiterwursteln kann, sondern wir müssen uns fragen, ob wir es schaffen, das Subsidiaritätsprinzip wirklich durchzusetzen, oder ob wir wieder in den Zentralismus verfallen, wie es unsere politischen Wettbewerber wollen. Das ist die Frage, vor der wir stehen!

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, auch bei der Forschung geht es nicht mehr um die Frage, dass wir etwas tun müssen, dass wir besser werden müssen; aber wir werden uns schon mit der Frage befassen müssen, ob wir dabei im Blick auf Anfang und Ende des Lebens die Forschung beliebig sein lassen oder ob wir trotz unseres Bekenntnisses zur Forschung Anfang und Ende des Lebens unverrückbar als Werte behalten wollen, die auch der Forschung nicht geopfert werden dürfen.

(Beifall)

In der Außenpolitik geht es nicht um die Frage, dass wir uns mit den Gefahren des Terrorismus beschäftigen müssen; wir werden nur die Frage zu beantworten haben, ob wir das mit beliebigen Bündnissen machen – je nachdem, wie es uns passt – oder ob wir ein verlässlicher Partner in Europa und mit Amerika sind. Das ist die Alternative, vor der wir stehen.

(Beifall)

Wenn man einmal in zehn Jahren auf unser Land von heute zurückblickt, dann wird man sagen: Die wussten wenigstens, dass sie etwas tun müssen. Vielleicht heißt die Antwort aber auch: Die Christlich Demokratische Union wusste, wie sie es tun musste. Die Christlich Demokratische Union hat verstanden: Es waren die zweiten Gründerjahre dieser Republik.

Wir, die Christlich Demokratische Union, sind zutiefst davon überzeugt: Deutschland kann mehr. Wir wissen, unser Land braucht einen neuen Anfang.

„Ich glaube nicht an ein Schicksal, das uns ereilt, ganz gleich, was wir tun.“ Das sagte Ronald Reagan in seiner ersten Amtseinführungsrede. Er fuhr fort: „Ich glaube an ein Schicksal, das uns ereilt, wenn wir nichts tun.“ – Liebe Freunde, ja, wir haben uns entschlossen, etwas zu tun. Wir haben uns entschlossen, das Notwendige für Deutschland zu tun.

Liebe Freunde, wir sind Opposition – noch -, die anderen regieren – noch -, aber jeder spürt: Der Wind dreht sich, die Uhr für Herrn Schröder und Rot-Grün läuft ab, langsam, aber unerbittlich. Niemand weiß, wann es so weit ist, ob 2006 oder schon vorher, aber wann immer die Zeit gekommen ist, liebe Freunde, ich kann sagen: Sie wird uns für die Übernahme von Verantwortung bereit finden. Das ist die Botschaft dieses Parteitages.

(Beifall)

Sie wird uns bereit finden in der großen Tradition unserer Partei, aus Liebe zu unserem Land und in Verantwortung gegenüber den Menschen, bereit, willens und in der Lage, das Erforderliche zu tun.

Das ist auch heute nicht anders als zum Zeitpunkt der Gründung der CDU, und deshalb sage ich es mit dem letzten Satz des Gründungsaufrufs der CDU: „voll Gottvertrauen unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.“ Das ist das einigende Band: dass wir uns bemühen, in Verantwortung vor den Gründern unserer Partei und in Verantwortung vor den Kindern und Enkeln von heute sagen zu können: Wir haben das Richtige angepackt, wir haben das Richtige getan, wir waren mutig, wir haben uns der Verantwortung gestellt, und wir können der Geschichte ins Auge sehen.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender starker Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, herzlichen Dank für diese großartige Rede! Der lang anhaltende Beifall hat gezeigt, dass wir alle uns auf den schwierigen, aufregenden, aber letztlich Erfolg versprechenden Weg begeben wollen, Deutschland zu verändern.

Ich rufe nun PUNKT 8 b DER TAGESORDNUNG auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER VORSITZENDEN

Es liegen bisher sieben Wortmeldungen vor. Wer noch Interesse hat, möge bitte den Zettel ausfüllen und hier abgeben.

Ich beginne mit der ersten Wortmeldung. Sie kommt von unserer RCDS-Bundesvorsitzenden von Wnuk-Lipinski.

Barbara von Wnuk-Lipinski: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Überall hören wir es, auf diesem Parteitag diskutieren wir es engagiert: Reformen braucht unser Land. Durch Deutschland muss endlich das gehen, was Professor Herzog schon vor Jahren anmahnte: ein Ruck. Wir als Ring Christlich Demokratischer Studenten sind bereit: Wir rucken. Das heißt in der Praxis freilich Abschied nehmen von lieb gewordenen Denkschablonen. Es heißt bereit sein, neue Wege zu beschreiten. Es heißt, kreative Konzepte vorzuschlagen und sie dann, bitte schön, auch konsequent umzusetzen. Genau das tun wir als Ring Christlich-Demokratischer Studenten in der Hochschulfinanzierung.

Vergegenwärtigen Sie sich bitte einmal, dass jeder dritte Student heute die Universität verlässt, ohne einen Abschluss zu haben. Es ist doch nicht so, dass die Studenten dümmer geworden sind. Es ist vielmehr so, dass viele von ihnen nicht mehr in der Lage sind, ein erfolgreiches Studium innerhalb einer angemessenen Zeit zu absolvieren. Das liegt an vielerlei Dingen, zum Beispiel an der Betreuung durch die Professoren, zum Beispiel daran, dass die Seminare ausfallen. Die Hörsäle sind entweder hoffnungslos überfüllt oder sie stehen leer. Der Putz rieselt von den Decken und die Bücher in der Bibliothek vergammeln. Stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten zu Ihrer Arbeitsstelle das Toilettenpapier mitbringen, wie es jüngst an der Fachhochschule Trier passiert ist.

Es ist nicht zu übersehen: Unsere Hochschulen brauchen mehr Geld. Liebe Freunde, machen wir uns nichts vor: Wenn Deutschland wieder in die Champions League von Wissenschaft und Forschung aufsteigen will, brauchen wir auch Studiengebühren.

(Vereinzelt Beifall)

Wir vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten, dem größten politischen Studentenverband Deutschlands, haben uns nach langem Ringen und großen Diskussionen dazu durchgerungen, ein Hochschulfinanzierungskonzept vorzulegen, das endlich eine sichere und solide Grundlage für die Hochschulfinanzierung darstellt. Studiengebühren gehören als ein wichtiges Instrument dazu. Liebe Frau Merkel, wenn Sie sich aber hier hinstellen und sagen, Langzeitstudenten seien diejenigen, die endlich Studiengebühren auf das Auge gedrückt bekommen müssten, dann halte ich dies für populistisch und falsch. Es gibt oftmals eine Vielzahl von Gründen, warum Studenten ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit abschließen können. Fragen Sie einmal jemanden, der Chemie studiert, wie er innerhalb von acht Semestern sein Studium beenden soll. Oftmals gibt es in diesem Bereich gar nicht die erforderlichen Forschungseinrichtungen.

Für Studiengebühren gibt es vier wesentliche Merkmale, für die ich hier gern eintreten möchte. Studiengebühren müssen sozialverträglich gestaltet sein, sodass gerade die Kinder aus unteren und mittleren Schichten nicht von einem Studium abgeschreckt werden. Auch das berücksichtigt das Studienfinanzierungskonzept des RCDS.

Studiengebühren dürfen nur für die Verbesserung der Lehre an unseren Hochschulen investiert werden und nicht als Notstopfen für klamme Haushaltspläne dienen. Wir brauchen weder ein Notopfer für Herrn Steinbrück noch ein Notopfer für Herrn Wowereit. Wir brauchen vielmehr einen Mehrwert durch Studiengebühren.

Studiengebühren gehören drittens in ein Gesamtkonzept. Das heißt, wir müssen einen massiven Umbau des Stipendiensystems vornehmen. Nach PISA gibt es in unserer Generation ein Aufatmen angesichts dessen, dass Leistung nicht mehr desavouiert wird. Deshalb erteilen wir dem sozialdemokratischen Prinzip, dass Arbeit und Unterricht sich immer nach dem Leistungsschwächsten richten, eine klare Absage.

Liebe Freunde, Leistung muss sich in unserem Land wieder lohnen. Das heißt für den RCDS in Bezug auf das Stipendiensystem, dass jeder, der eine gute Note erreicht, weniger Studiengebühren zahlen soll.

Viertens muss schließlich auch die Wirtschaft ihrer Verantwortung für den Bildungsstandort gerecht werden. Wir brauchen mehr Lehrstühle von Firmen oder sogar ganze Hochschulen, die von Firmen gegründet und unterstützt werden. Wir brauchen eine Coca-Cola-Universität.

Liebe Freunde, wir, die Studenten und Studentinnen in der Union, der RCDS, gehen neue Wege, wagen neu zu denken, aber wir wollen dabei keine Traditionen und Werte über Bord werfen. Ganz im Gegenteil! Nur wenn wir diese neuen Wege in der Hochschulfinanzierung mit Studiengebühren gehen, können wir die Einheit von Forschung und Lehre, dieses große Erbe unserer Geschichte, auch in der Zukunft bewahren. – Ich danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Der Nächste auf der Rednerliste ist Hartmut Schauerte.

Hartmut Schauerte: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Liebe Delegierte! So viel ehrliche Veränderungsbereitschaft in der Union habe ich in den zurückliegenden Jahrzehnten noch nicht erlebt. Das ist ein tolles Ereignis. Ich bin ganz sicher, dass die Pakete, die hier auf dem Tisch liegen, im Kern mit großer Mehrheit beschlossen werden. Natürlich wird es ein paar Facetten geben, über die man sinnvollerweise noch diskutieren muss.

Frau Vorsitzende, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie über die Beschlusspakete hinausgewiesen, auf das Jahr 2004 verwiesen und die Verbindung mit dem Thema Wachstum hergestellt haben. Am Ende wird die Bereitschaft, Reformen zu akzeptieren, nur dann anhalten oder zunehmen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass ihnen in ihrer konkreten Lebenssituation tatsächlich geholfen wird.

Es stellt sich die Frage, was uns das bringt. Diese Frage muss bald beantwortet werden. Sie haben mehrere Punkte angesprochen, unter anderem Forschung und Bildung. Das ist nicht mein Metier. Ich spreche hier für den Mittelstand. Ich möchte ein Thema vertiefen, das damit zusammenhängt, nämlich das Thema des Arbeitsmarktes, das Sie ebenfalls angesprochen haben. Im Arbeitsmarkt und seinen Reformen liegt im Grunde die größte Chance, Zukunftsfähigkeit in diesem Lande zu gewinnen. Ich will jetzt gar nicht auf die Strukturelemente des Arbeitsmarktes und die Entriegelung eingehen. Das alles ist schon breit diskutiert worden.

Ich möchte allerdings einen Gedanken ansprechen, der mir unverzichtbar erscheint. Wir arbeiten in Deutschland zu wenig. Wir müssen über das Arbeitsvolumen sprechen. In keinem Land der Welt werden die jungen Menschen so spät in den Beruf entlassen. In keinem Land scheiden die alten Menschen so früh aus dem Erwerbsleben aus. In keinem Land arbeiten die Menschen zwischen diesen beiden Punkten im Schnitt pro Tag, pro Woche und auch pro Jahr so kurz wie in Deutschland. Ich will es an einer Zahl verdeutlichen: Vor 30 Jahren haben wir in Deutschland 1 900 Stunden im Jahr gearbeitet, heute arbeiten wir nur noch 1 400 Stunden. In keinem Land der Welt wird so wenig gearbeitet. Leider ist Herr Sommer jetzt nicht mehr da. Ich hätte ihm gerne die Frage gestellt: Herr Sommer, wie wollen wir eigentlich Wohlstand sichern und Zukunftsfähigkeit in der globalisierten Welt erhalten, wenn bei 82 Millionen Menschen in Deutschland nur noch 27 Millionen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind?

Das ist eine unerträglich niedrige Quote. Ich bin ganz sicher: Neues Wachstum in Deutschland bekommen wir nur hin, wenn wir diesen verhängnisvollen Weg, unsere Probleme mit Arbeitszeitverkürzung lösen zu wollen, endgültig verlassen.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Weg hat ins Desaster geführt. Jeder von Ihnen weiß, dass man aus einem Problem nur mit höherer Anstrengung herauskommt. Noch nie sind Probleme einer Gesellschaft gelöst worden, indem man weniger gearbeitet hat.

Wir brauchen betriebliche Bündnisse für Arbeit, wir brauchen ein Umdenken in diesem Bereich. Die Lebensarbeitszeit muss verlängert werden. Die Deutschen arbeiten durchschnittlich 38 Jahre, unsere Akademiker sogar nur 32 Jahre. In keinem anderen Land der Welt ist die Lebensarbeitszeit so kurz wie bei uns.

Frau Vorsitzende, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie schon im Sommer darauf hingewiesen haben, dass wir auch die Wochen- und Jahresarbeitszeit verlängern müssen, und zwar ohne Lohnausgleich. Das ist die Alternative: Entweder die Menschen akzeptieren weitere Kürzungen ihrer schmalen Nettoeinkommen oder wir stellen über Mehrarbeit Wettbewerbsfähigkeit her, generieren neue Aufträge in der Welt und gewinnen so insgesamt zusätzliche Arbeitsplätze. Anders kommen wir aus der Krise nicht heraus.

Ich bitte, diesen Punkt im Programm für das Jahr 2004 wirklich ernst zu nehmen und nach intelligenten Lösungen zu suchen. Das Denken in den Köpfen der Menschen muss sich an dieser Stelle ändern, damit wir aus der Falle, in der wir stecken, herauskommen. Wir müssen nach neuen Gestaltungsmöglichkeiten für längere Arbeitszeiten in Deutschland suchen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Da die Aussprache verspätet begonnen hat, wird darum gebeten, die Tagung der Antragskommission zu verschieben. Die Mitglieder der Antragskommission kommen jetzt nicht um 14 Uhr, sondern um 15 Uhr zusammen; der Ort bleibt gleich.

Als nächster Redner hat sich Herr Leo Lennartz aus Nordrhein-Westfalen gemeldet.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Frau Vorsitzende, zunächst einmal mein herzliches Kompliment für Ihre Rede! Das war ein vorzügliches Warm up für den Parteitag und schon rein physisch eine Leistung. Ich kann mich Hartmut Schauerte anschließen und sagen: eine substanzvoll sehr fundierte Rede, über die wir noch in vielen Punkten diskutieren werden. Es würde reizen, dazu noch mehr zu sagen. Aber ich will gar nichts von dem vorwegnehmen, was hier in den nächsten zwei Tagen noch debattiert wird. Mich treibt eine andere Sache um, die auch Sie in Ihrer Rede angesprochen haben.

Die katholischen Christen begreifen Selbstversöhnung dahin gehend, dass sie ihre Sünden bekennen, bereuen und dann Vergebung erfahren; ich nehme an, dass das bei den evangelischen nicht viel anders ist. Worüber wir hier sprechen müssen, ist Aussöhnung – Aussöhnung mit anderen Menschen, die ganz verschiedener Art sein können. Seit Jahrzehnten reden wir über die Aussöhnung mit anderen, mit gesellschaftlichen Gruppen, mit Ländern. Deshalb müssen wir diese Diskussion dann, wenn sie unter uns stattfindet, sehr sorgfältig führen.

Sie haben hier gesagt, dass wir eine großartige Partei sind. Darin stimme ich Ihnen zu. Ich bin lange genug Mitglied und habe auch lange genug meinen Ärger mit der Partei. Aber es stimmt: Es ist eine großartige Partei. Wir waren immer eine Partei der Freien, der Mutigen und der Tapferen. Solche Diskussionen haben wir immer unter uns führen müssen, denn die anderen Parteien haben uns in der Frage, was unser Selbstverständnis und unsere nationale Identität angeht, nicht sehr viel bieten können. Der Herr Tagungspräsident, Ministerpräsident Milbradt, hat eben darauf hingewiesen, dass die Sozialisten uns nun wirklich nicht vorwerfen können, dass wir ein gestörtes Verhältnis zu unserem Vaterland hätten.

Weil das so ist, ist dieses Gespräch über Aussöhnung außerordentlich schwierig. Ich weiß noch – damit gehöre ich wohl zu einer Minderheit in diesem Saal -, wie ein Judenstern aussieht. Ich führe die Diskussion über nationale Fragen nicht erst seit heute, sondern seitdem ich zehn bin, also

seit etwa 60 Jahren. Diese Debatte verläuft also in einem Prozess, mit dem sich jeder lebenslang auseinander setzen muss. Ich behaupte dennoch nicht, dass ich in der Lage wäre, in jeder Situation so zu formulieren, dass das astrein ist.

Unter diesem Gesichtspunkt, Frau Vorsitzende, komme ich zu dem, wozu ich mich gemeldet habe. Ich muss mich mit Ihnen über eine Sache unterhalten, die Sie eben angesprochen haben: das Verhältnis zu einem Abgeordneten Ihrer Fraktion, den die Fraktion ausgeschlossen hat. Ich möchte darüber reden, wie man mit einer Äußerung umgehen muss, die in einem gewissen Zusammenhang gefallen ist. Dabei möchte ich nur über das Verfahren reden, weil ich weiß – ich bin Jurist –, dass ohne ein geordnetes Verfahren kein vernünftiges Ergebnis herauskommen kann.

Bevor all jene, die in der Sache zu urteilen hatten, informiert waren, wurde schon ein Klima der Vorverurteilung herbeigeführt, erst außerhalb und dann innerhalb der Partei. Das hat dazu geführt, dass die Fraktion Sanktionen verhängt hat. Dann hieß es von außen, das sei völlig ungenügend. Von allen Seiten wurde auf die CDU Druck ausgeübt. Das war für den politischen Gegner natürlich ein gefundenes Fressen; das muss man einfach so sehen. Das Ergebnis ist bekannt: Die Fraktion hat einen Abgeordneten weniger, die Parteimitglieder rebellieren, die Gegner der CDU jubeln und die Diskussion in der Öffentlichkeit läuft weiter. Man gewinnt den Eindruck, dass im allgemeinen Getöse nicht nur eine Person, nicht nur die Heimatgemeinde des Abgeordneten, nicht nur die CDU/CSU-Fraktion und auch nicht nur die CDU als Partei, sondern praktisch jeder Mann unter Generalverdacht gestellt wird. Das führt in diesem Volke zu einem großen Rumoren.

(Zuruf von Christian Wulff)

– Gehen Sie mit mir auf die Straße, Herr Wulff, da zeige ich Ihnen das.

Die eigentliche Frage aber ist doch die nach der Rechtsförmlichkeit dieses Verfahrens. Dazu muss man sagen: Der Betroffene hatte in der Sache nicht die Chance eines fairen Verfahrens.

(Zuruf: Stimmt doch nicht!)

Der Ankläger, der Richter, der Urteilende und der Vollstreckende – alles lag in einer Hand. Und dann halten Sie, Frau Vorsitzende, auch noch Ihre eigene Verteidigungsrede!

(Zuruf: Aufhören!)

Das halte ich für eine gefährliche Situation und darüber müssen wir hier an dieser Stelle sprechen. Denn wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Ergebnis der Fraktionsabstimmung – das mag gerechtfertigt sein oder nicht – eine Disziplinierung der Fraktion bedeutete. Wenn 50 Abgeordnete Ihrem Antrag nicht zugestimmt haben, dann werden die ihre Gründe gehabt haben. Ich habe nicht den Eindruck, dass das Motiv nur Menschenfreundlichkeit und Mitgefühl war. Vielmehr ging es doch auch darum, dass man in einer geheimen Wahl seine Meinung zum Ausdruck bringen kann. Soweit ich die Pressemeldungen kenne, hat sich öffentlich nur der

Kollege Geis eindeutig in eine Verteidigungsposition begeben. Man diskutiert – das weiß nicht nur ich, sie lesen ja auch die „FAZ“; dazu gab es jetzt schon zwei Artikel; ich habe den Eindruck, man schießt sich darauf ein bisschen ein – die Frage des Art. 38, wonach Abgeordnete frei und unabhängig sind.

Die Stimmungslage in der CDU schwankt erheblich. Einige sind ziemlich fassungslos darüber, wie das Verfahren abgelaufen ist. Ich verrate kein Geheimnis, dass es gerade auch die älteren Parteimitglieder sind, die sagen: Ein solches Verfahren sind wir nicht gewöhnt. Es gibt Verärgerung, es gibt Wut, es gibt natürlich auch Zustimmung. Aber ich habe noch keinen gesehen, der das Verfahren in Ordnung fand.

Das Verfahren als solches kann man so nicht akzeptieren. Deshalb meine ich: Wenn draußen überall darüber diskutiert wird, dann ist es richtig, dass wir hier darüber gesprochen haben. Frau Vorsitzende, ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie dies in Ihrer Rede aufgegriffen haben und in dieser Frage nicht gekniffen haben. Aber ich muss auch sagen: Art. 5 des Grundgesetzes schützt das Recht auf freie Meinungsäußerung und er schützt das Recht auf freie Rede gerade dann, wenn der Inhalt anderen nicht passt, und er schützt es ebenfalls dann, wenn dieser Inhalt falsch ist. Die Grenzen der freien Meinungsäußerung sind das Strafgesetz und die Schmähkritik. Ob diese Grenzen im aktuellen Fall überschritten worden sind oder nicht, lasse ich einmal dahingestellt; das muss zu anderer Zeit untersucht werden.

Aber was ich nicht dahingestellt sein lasse – das ist der andere Punkt, warum ich mich gemeldet habe –, ist eine Äußerung der Frau Vorsitzenden vom 5. November im ZDF, wonach Denkweisen wie die des Abgeordneten nicht geduldet werden. Ferner bin ich der Meinung, dass die Erklärung auch nicht stehen bleiben darf, der Betroffene habe es abgelehnt, seine Meinung zu ändern. Beides läuft darauf hinaus, dass man Meinungen verfolgt. Ich muss Ihnen sagen: Die Gedanken sind frei. In diesem Staat hat sich niemand für sein Denken zu rechtfertigen. Wer sich äußert, der muss sich der Kritik stellen. Das hat möglicherweise für ihn dann auch harte Konsequenzen. Aber auch diese Konsequenzen müssen rechtsstaatlich sein. Es ist nicht erlaubt, jemandem wegen seiner Meinung oder einer Äußerung mit nicht rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.

(Zuruf: Es reicht jetzt!)

Es wird keiner angesichts einer CDU-Führung, die ja oft wirklich dissonant ist – an welchem Punkt ist denn die Führung einig? Manchmal ist es ja ganz schön dissonant – fragen, was er nun denken darf und was nicht.

Was soll denn, Frau Vorsitzende, die ausgerufenen und dann – wie ich höre – wieder abgeblasene Diskussion über Patriotismus, wenn Sie den Inhalt und die Denkform vorgeben? – So kann man hier ja wohl nicht arbeiten. Nicht mit mir und, ich glaube, auch mit vielen anderen nicht.

Ich habe Ihnen ja geschrieben; ich habe auch den Abgeordneten geschrieben. Es ist also für Sie nicht überraschend, dass ich hier am Podium stehe. Denn ich gebe mir ja Mühe und versuche, in dieser Sache eine Klärung herbeizuführen.

(Zurufe: Aufhören! – Pfliffe)

Diejenigen, die dahinten „Aufhören!“ rufen, sollten hierher an das Podium kommen und diskutieren. Ich bin der Meinung, dass wir das Thema heute nicht ausdiskutieren werden. Ich bin aber sehr wohl der Meinung, dass wir etwas versäumen, wenn wir diese Diskussion auf diesem Parteitag nicht ansprechen. Wir müssen in Zukunft dafür sorgen, dass wir hier zu Verfahren kommen, so dass wir uns auch mit denen, mit denen wir nicht einer Meinung sind, in einer vernünftigen Form verständigen können. Wenn einer jahrelang in der CDU ist und etwas macht, was nicht in Ordnung ist, dann würde ich meinen: Es spricht ja zunächst die Vermutung dafür, dass er seine Partei liebt und seiner Partei nicht schaden will. Was hier im Einzelfall gewesen ist, das weiß ich nicht. Aber ich plädiere dafür, dass weiterhin die freie Rede in dieser Partei möglich sein soll.

(Zurufe: Aufhören!)

Ich komme gleich zu Ihnen, mein Herr; ich habe Sie genau gesehen.

Der Heilige Vater, als er sein Pontifikat antrat, hat nicht gesagt: „Leute, lauft in die Kirche!“ Er hat auch nicht gesagt: „Betet!“ Vielmehr hat er gesagt: „Habt keine Furcht!“ – Das möchte ich auch in diese Partei hinein sagen: „Habt keine Furcht!“ Wir können hier alles in der richtigen Form diskutieren. Wenn es sein muss, muss man sich furchtbar fetzen. Aber ich plädiere für die Freiheit der Rede, auch bei uns in der Partei. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Als Nächste steht auf der Rednerliste Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan: Lieber Herr Lennartz! Liebe Freunde! Eigentlich wollte ich nur zum Thema Kopftuch etwas sagen; das tue ich gleich auch. Vorher möchte ich Ihnen unmittelbar antworten.

Erstens: In CDU und CSU gibt es einen überwältigenden Konsens darüber, dass die Äußerungen von Martin Hohmann vom 3. Oktober nicht nur nicht in Ordnung sind, sondern mit Blick auf die Verfassung unseres Landes und mit Blick auf die Programmatik von CDU und CSU unerträglich sind.

(Beifall)

Zweitens: Getreu dem katholischen Prinzip, das Sie beschrieben haben „Bekennen, Bereuen und dann gibt es Vergebung“, gab es einen Prozess, der sehr transparent war, den jeder von uns mitbekommen hat. Da ist weder die Partei noch die Fraktion über jemanden hergefallen. Vielmehr

haben alle diejenigen, die darüber zu beraten und zu entscheiden hatten, sehr wohl auch die politische Leistung von Martin Hohmann und die Tatsache gewürdigt, dass er seit vielen Jahren in der Union und für die Union tätig ist. Deshalb hat es genau solche Gespräche gegeben. – Leider hört Herr Lennartz jetzt nicht zu. Das ist nicht so schön in Bezug auf die Dialogfähigkeit in der Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Das gehört eben auch dazu: sich einfach einmal wechselseitig zuhören. Ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Ich finde, es gehört zur Partei dazu, dass wir einander zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Es hat genügend Zeit für Gespräche unter Freunden gegeben, sodass genau Folgendes hätte ermöglicht werden können, dass jemand sagt: Ich habe mich hier verrannt. Das, was ich am 3. Oktober gesagt habe, ist so nicht haltbar. – Aber zur Vergebung gehört eben Bekennen und Bereuen. Wenn jemand sagt: „Politik ist sowieso nur Taktik“, dann, finde ich, kann man jetzt nicht im Nachhinein denen, die diese schwierige Aufgabe gehabt haben, mit ihm zu sprechen, und die Entscheidungen dann auch durchzuziehen, vorwerfen, sie hätten jemanden fallen gelassen. Nein, er selbst hat der Christlich Demokratischen Union – davon bin ich überzeugt – keine Alternative gelassen.

(Beifall)

Damit komme ich zu meinem zweiten Thema. Angela Merkel hat an einer Stelle ihrer Rede gesagt: „Wir müssen sehr genau darauf achten, wo Toleranz aufhört und wo Beliebigkeit anfängt.“ Das möchte ich auf das Thema Kopftuch übertragen. Diese Debatte wird uns in den nächsten Jahren noch ziemlich lange und intensiv beschäftigen. Dieses Thema ist überhaupt noch nicht am Ende; wir stehen am Beginn einer Debatte in Deutschland über die Frage, was in einer religiös pluraler werdenden Gesellschaft notwendig ist, damit Toleranz gestärkt werden und Ignoranz vermieden werden kann. Genau darum geht es bei dem Thema Kopftuch. Wäre das Kopftuch ausschließlich ein religiöses Symbol, gäbe es darüber weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern eine so hitzige Debatte. Es ist ein europäisches Thema. Und es sind nicht wir, es sind muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die uns sagen: „Ihr in eurem Toleranzverständnis dürft nicht gegenüber jenen ignorant sein, die dieses Symbol auch als Zeichen kultureller Abgrenzung, als Zeichen für eine bestimmte Auslegung des Islam, für den politischen Islamismus, einsetzen! Ihr dürft nicht ignorieren, dass es auch Teil einer Unterdrückungsgeschichte ist!“ Ich finde, wir dürfen und der Staat in Deutschland darf diese Hinweise nicht ignorieren. Wer in diesem Fall ignoriert, zerstört Toleranz und unterstützt Fundamentalismus.

(Vereinzelt Beifall)

Das Bundesverfassungsgericht verlangt jetzt von uns Gesetze über das Kopftuch. Ich persönlich war der Meinung: Wir brauchen kein Gesetz; es reicht, zu sagen, was zu den Pflichten eines Beamten gehört, etwa das Mäßigungsgebot. Das gilt mit Blick auf vieles. In dem Moment, in dem ich als Beamtin oder Beamter an einer Schule arbeite, geht es nicht mehr nur um individuelle Rechte; es geht auch um Pflichten; es geht um das Mäßigungsgebot. Es wäre gut gewesen, wir hätten es auf dieser Ebene lassen können.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist uns nicht möglich. Also gibt es jetzt Gesetze. Wir sollten es ganz klar sagen: „Jede gesetzliche Grundlage hat einen zweifachen Leitsatz.“ Der erste Leitsatz lautet: „Wir sagen Ja zu religiösen Bekenntnissen in der Schule.“ Wer das Kopftuch einer Lehrerin in der Schule verbietet, will keine religionsfreie Schule und mutet niemandem eine religionslose Existenz zu.

Das gehört zur Verfassung des Grundgesetzes. Das ist kein Monopol der Christen. Das bezieht sich auf alle Religionsgemeinschaften. Wir sagen aber auch genauso klar Nein zu politischer Demonstration in der Schule, bei der eine politische Botschaft, die mit unserer Verfassung nicht vereinbar ist, nicht auszuschließen ist.

(Beifall)

Um genau diese Differenzierung wird es gehen. Wir müssen klar machen, dass wir nicht so ignorant sind, die politische Bedeutung dieses Zeichens nicht wahrzunehmen.

Zugleich sagen wir: Dieses Gemeinwesen lebt selbstverständlich auch von den religiösen Grundlagen, zu denen mehr als das Christentum gehört. Ich wiederhole: Das wird ein europäisches Thema sein, ein Thema, das uns in den nächsten Jahren massiv beschäftigen wird. Deshalb ist es so wichtig – Angela Merkel hat es gesagt -: Alle Reformdiskussionen müssen auch Wertediskussionen sein, also Diskussionen über eine kulturelle Vergewisserung zur Wahrung von Toleranz, zu einem Miteinander von Bürgern und Bürgerinnen aus unterschiedlichen Religionen, Nationen und Kulturen. Für uns gehört zu dieser Wertedebatte auch, allen zu sagen: Die religiös pluraler werdende Gesellschaft braucht auch Zeichen der Diskretion, Zeichen, mit denen Provokation verhindert wird. Ich finde, das müssen wir einfordern, ganz besonders im Hinblick auf die Schulen in Deutschland.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner auf der Liste ist Dieter Althaus.

Dieter Althaus: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute früh hat der Oberbürgermeister dieser Stadt deutlich gemacht, dass es nicht an der Zeit ist, larmoyant zu sein und dass es nicht an der Zeit ist, zu jammern. Er hat auf das

verwiesen, was geschaffen worden ist. Der CDU-Landesvorsitzende und der Ministerpräsident dieses Landes hat das ebenfalls deutlich gemacht. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Sie haben in Ihrer Rede die Reformen, die wir auf den Weg bringen müssen, in den Mittelpunkt gestellt. Aber ich finde, wir müssen auch deutlich machen, dass die CDU und die CSU in den letzten Jahren und auch in den letzten Jahrzehnten immer Reformmotoren waren. Ich möchte das, was der Oberbürgermeister heute früh gesagt hat, mit dem in Zusammenhang bringen, was ich auch für Thüringen sagen kann: Man muss deutlich machen, dass weder die Einheit noch die Erfolge der Einheit zustande gekommen wären, wenn die SPD 1989/90 in Deutschland regiert hätte.

(Beifall)

Was Rot-Grün in fünf Jahren geschaffen hat, ist ein einziger Scherbenhaufen. Deutschland ist im Hinblick auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt Schlusslicht in Europa. Die Schere zwischen jungen und alten Ländern wird kontinuierlich größer. Ein weiterer Sachverhalt macht uns allen, gerade der Union, besondere Sorgen: Die Demokratie leidet und nimmt Schaden; denn die Menschen erwarten – sehr zu Recht -, dass die Politik Weichen in die richtige Richtung stellt. Da die rot-grüne Politik dies seit 1998 nicht getan hat, da sie seit 1998 laviert, da sie hin- und herpendelt, haben die Menschen zu dieser Regierung kein Zutrauen mehr und es schwindet das Zutrauen zur Politik insgesamt. Deshalb wird dieser Parteitag auch dazu beitragen, dass deutlich wird: Wir sind politikfähig und wir wollen durch klare Konzepte die Demokratie in Deutschland wieder stärken.

(Beifall)

Ich sage das deshalb mit allem Nachdruck, weil gerade ein junges Land Demokratie erst einmal erfahrbar machen muss. In einer vor kurzem veröffentlichten Studie der Jenaer Universität war zu lesen, dass über 50 Prozent der Menschen daran zweifeln, dass die Demokratie in dieser Situation Handlungsfähigkeit übermitteln kann. Auf die Frage, welche Gesellschaft man sich vorstellen könne, hat ebenfalls eine Mehrheit geantwortet: Demokratischer Sozialismus ist vielleicht eine Alternative. Daran spürt man, wie stark die Verunsicherung und die Larmoyanz nach dem Aufbruch 1989/90, nach dem Gewinn der Freiheit, nach der Gestaltungschance, die wir von der Union genutzt haben, nach dem Zupacken bei den Reformen und nach dem Zupacken für den Aufbau der jungen Länder sind. Die Rückwendung der Menschen zeigt: Rot-Grün hat der Demokratie erheblichen Schaden zugefügt; Rot-Grün hat sich an ihr vergangen.

(Beifall)

Ich bitte die CDU und ganz besonders die CSU – wir werden über Reformen diskutieren; ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sehr umfassend erklärt haben, in welche Richtung zum Beispiel die Reformen des Sozialstaats gehen sollen -, dass wir uns nicht gegenseitig mit billigen Schlagwörtern titulieren. Nach der Vorstellung des Sozialstaatskonzeptes von Professor Herzog hieß es in den Zeitungen: Das ist unsozial und ungerecht. Das hat dieser Debatte geschadet. Wir sind uns nämlich

im Ziel einig – wenn das so ist, dann kann man über den Weg streiten -; aber wenn wir uns gegenseitig Wörter wie „unsozial“ und „ungerecht“ vor die Füße werfen, dann wirken wir nicht auf Reformen hin, sondern wir verunsichern die Menschen in der Suche nach Reformen.

(Beifall)

Ich möchte zum Schluss kommen. Wir haben, genau wie unsere Nachbarn in Sachsen und in Brandenburg, Landtagswahlen: Am 13. Juni wird in Thüringen zusammen mit der Europawahl die Landtagswahl stattfinden. Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar, dass Sie Bernhard Vogel für das gewürdigt haben, was er getan hat und wie er es getan hat. Wir, die Union, haben Thüringen in den letzten Jahren Stück für Stück gestaltet. Dabei haben wir an Zutrauen und an Vertrauen gewonnen.

In Thüringen regierte bis 1999 eine Koalition; seitdem herrscht dort die CDU mit absoluter Mehrheit. Ich freue mich, dass wir an diesen beiden Tagen hier, in Leipzig, auf wichtigen Feldern wie denen der Steuerpolitik und der Sozialpolitik über klare Konzepte diskutieren und entsprechende Beschlüsse verabschieden. Ich glaube, es hilft auch hier und den Parteifreunden in der Thüringer Union, wenn es uns gelingt, in den nächsten Wochen deutlich zu machen: Wir wollen in Thüringen unsere Gestaltungsmehrheit erhalten. Dieses Land ist vorzüglich vorangekommen. Natürlich gibt es noch viele Probleme zu lösen. Aber die meisten Probleme, die wir in die Einheit mitgenommen haben, sind gelöst.

Dass wir mit diesem Konzept Antworten auf die Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft im Hinblick auf die Soziale Marktwirtschaft geben, ist eine Grundbedingung, die erfüllt sein muss, wenn man die Zukunft gestalten möchte. Ich hoffe, dass Sie alle mithelfen, diese Gestaltungsmehrheit in Thüringen zu erhalten; denn dieses Land in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas hat sich vorzüglich entwickelt. Wir in Thüringen wollen diese Entwicklung fortsetzen. Wir wollen unionsgeführt bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Nächster steht Jürgen Gansäuer aus Niedersachsen auf der Rednerliste.

Jürgen Gansäuer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier hat vorhin ein Parteifreund etwas zu der Problematik „Hohmann“ gesagt. Gestatten Sie mir dazu ein paar Bemerkungen. Ich finde es schon interessant, dass jemand in dieser Weise zu uns spricht und anschließend den Saal verlässt, um eine Pressekonferenz zu geben.

(Beifall)

Das macht deutlich, unter welchen Gesichtspunkten hier solche Redebeiträge geleistet werden.

(Beifall)

Dieser Kollege scheint die Problematik überhaupt nicht begriffen zu haben.

Hier geht es nicht darum, ob Herr Hohmann nun nett ist oder nicht. Es geht im Kern auch nicht darum, ob man an diesem oder jenem Verfahrensschritt etwas kritisieren könnte, sondern es geht hier um viel Wichtigeres. Hier geht es um einen Mann, der die Identität der CDU diskreditiert.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass die Christlich Demokratische Union eine ganz klare Grenzziehung vornimmt. Eines wundert mich. Der Kollege von vorhin scheint aus Nordrhein-Westfalen zu kommen.

(Zuruf: Was?)

Ich will nichts gegen Nordrhein-Westfalen sagen. Ich will dazu nur anführen: Ich habe in den letzten Tagen noch einmal die Biographie von Konrad Adenauer, die seine Sekretärin geschrieben hat, nachgelesen. Dort können Sie im Grunde alles zu diesem Thema finden. Adenauer, der zweimal von der Gestapo verhaftet worden ist, hat immer wieder erklärt: In Kriegszeiten brauchen wir eine große, gemeinsame christliche Partei, die sich auf die Werte stützt, die mit Antisemitismus und Geschichtsklitterei nichts zu tun haben dürfen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall)

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Immer wieder taucht der Begriff „konservativ“ auf. Die wahren Konservativen sind keine Geschichtsklitterer und keine versteckten Antisemiten. Die wahren Konservativen stehen zu dem, was immer gelten muss: Freiheit, Demokratie, Menschenwürde und bei Christen noch Menschenliebe. In diesem Zusammenhang hat Herr Hohmann etwas gesagt, was zur CDU nicht passt. Wir dürfen in dieser Partei keine Grauzonen zulassen. Das ist wichtig. Diese Partei muss ihre historische Identität bewahren, die durch Adenauer oder auch durch Gerstenmeier und viele andere gelegt worden ist.

(Beifall)

Abschließend: Die CDU in Berlin ist im Juni 1945 vor dem gigantischsten Trümmerhaufen der Weltgeschichte gegründet worden. Das werden Sie sehen, wenn Sie sich die Luftbilder noch einmal anschauen. 35 Frauen und Männer waren es: 17 kamen aus dem KZ, zwei aus Plötzensee. Sie wären aufgehängt worden, wenn die russische Armee nicht frühzeitig in Berlin gewesen wäre. Das ist unsere Geschichte. Diese dürfen wir uns von niemandem und schon gar nicht von einem Bundestagsabgeordneten kaputtmachen lassen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als Nächster steht Jürgen Rüttgers auf der Rednerliste.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Dieser Parteitag ist ein Arbeitsparteitag. Das ist wohl wahr.

(Beifall)

Aber wahr ist auch, dass auf diesem Parteitag nicht nur gearbeitet wird, sondern ich glaube, dass sich nach diesem Parteitag und nach seinen Beschlüssen die politische Landschaft verändern wird. Nach diesem Parteitag kommt Schröder unter Druck; denn dann ist Schluss mit Würgen und Wursteln, mit einem kleinen Projektchen und mit einem neuen Wort nach dem anderen, je nachdem wie es gerade passt. Vielmehr ist damit die Diskussion um Zukunftskonzepte eröffnet. Schröder und die SPD können dann nur noch mithalten, wenn sie selber klar machen, wohin sie mit diesem Land in zehn, 20 oder 30 Jahren wollen.

Wenn wir diese Debatten führen, dann brauchen wir nach meiner Auffassung auch intern keine Debatte mehr, ob das nun das Ende der Sozialdemokratisierung der CDU oder das Ende der Christdemokratisierung der SPD ist. Solche Debatten brauchen wir nicht. Was wir brauchen, ist eine klare Markierung der Unterschiede zwischen CDU-Politik auf der einen Seite und SPD-Politik auf der anderen Seite.

Angela Merkel hat einen zentralen Unterschied benannt und ihn zum Arbeitsschwerpunkt für das kommende Jahr gemacht. Es ist richtig, dass dieses Land eine klare Wachstumspolitik braucht. Jetzt rächt sich, dass wir in den letzten 20 Jahren auf der linken Seite des politischen Spektrums Wachstumsskeptizismus hatten. Es wurde darüber diskutiert, ob wir überhaupt Wachstum brauchen und ob das Wachstum qualitativ oder quantitativ sein soll. Eines ist völlig klar: Wer ein Unternehmen restrukturieren will, muss erst einmal Geld in die Hand nehmen. Dafür muss man Geld haben. Das ist das Problem der SPD: Jede Steuerschätzung ist für Schröder und Eichel eine Katastrophe, weil sie immer weiter in die Verschuldung und damit immer weiter ins Abseits führt. Für uns ist wichtig: Dieses Land und die CDU wollen Wachstum, damit es in diesem Land wieder aufwärts geht.

(Beifall)

Ohne Wachstum bleibt es bei Abbau, Kürzung und Verzicht. Ohne Wachstum geht es immer weiter bergab. Das ist letztlich eine Politik, die kein Land auf Dauer aushält. Die Menschen in dieser Situation sagen: Die SPD hat uns belogen und betrogen und wird es auch weiter tun. Die Menschen spüren – deshalb laufen der SPD die Mitglieder weg -, dass die SPD-Politik ungerecht ist und vor allen Dingen die kleinen Leute trifft, die unter dieser Politik leiden.

Es ist wichtig, dass wir nicht nur über technische Fragen diskutieren. Es ist richtig gewesen, dass wir die Präambel aus unseren Grundwerten abgeleitet haben. Es kommt darauf an, was Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind. Nicht umsonst wird in der SPD die Diskussion über die Frage, was eigentlich Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert bedeutet, mit großer Intensität geführt. Der Ministerpräsident von NRW hat in einem Aufsatz in der „Zeit“ vor einigen Tagen erklärt, was er als SPD-Mann unter Gerechtigkeit versteht. Dort steht zu lesen:

Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen.

Jetzt kommt es:

Um sie und nur um sie muss sich Politik kümmern.

Dieser Satz ist unglaublich. Soll sich Politik nicht mehr um diejenigen kümmern, die nichts oder nur wenig leisten können, die nicht lernen und sich nicht qualifizieren können? Soll sich Politik nicht mehr um Behinderte, um Alte, um Kranke und um Gebrechliche kümmern? Das ist nicht unser christdemokratisches Verständnis von Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Man bekommt für eine Politik, die auch Einschnitte zumuten muss, nur dann die notwendige Unterstützung, wenn erstens die Reformen unausweichlich sind und zweitens die Leute das Gefühl haben, dass es gerecht zugeht. Das hat uns Heiner Geißler auf unseren Parteitag immer wieder gesagt und damit hatte er Recht. Deshalb ist es richtig, klar zu sagen, was wir tun wollen, wenn wir wieder die Regierung übernehmen. Aber es ist genauso wichtig, nicht nur über Einzelmaßnahmen zu reden, sondern über die großen Ziele, die wir anstreben.

Ich will einen weiteren Unterschied benennen. Mich beschäftigt der Unterschied zwischen einer wertegebundenen Politik und einer Politik der Beliebigkeit. Nun haben wir im Vorfeld dieses Parteitags vereinzelt darüber gestritten, ob wir auf diesem Parteitag über Patriotismus diskutieren wollen und was konservative Politik im 21. Jahrhundert bedeutet. Der eine oder andere war der Meinung, dass wir dies nicht tun sollen. Unabhängig davon, dass ich mir ungern vorschreiben lasse, was ich zu denken und zu sagen habe und worüber ich reden darf, finde ich: Es ist höchste Zeit für diese Diskussion; nicht nur weil diese Diskussion in fast allen europäischen Ländern, in Großbritannien, Frankreich, Spanien und den Vereinigten Staaten geführt wird, nicht nur weil die großen demokratischen Konservativen wie Alfred Dregger oder Franz Josef Strauß nicht mehr leben, sondern weil auch der Fall Möllemann oder die leider immer wieder stattfindenden Anschläge auf jüdische Friedhöfe oder die unsägliche Rede von Martin Hohmann gezeigt haben, dass es hier Diskussionsbedarf gibt. Der Fall Hohmann ist nicht der Anlass für diese Debatte. Aber es war richtig, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen. Lieber Herr Lennartz, dies ist Ihr letzter Parteitag. Nach diesem Auftritt habe ich das Gefühl: Es war richtig, dass die Delegierten Sie vor einigen Tagen Gott sei Dank nicht wieder zum Bundesparteitagsdelegierten gewählt haben.

(Beifall)

Es ist eine zu einfache Nummer, hier zu erklären, dass Sie nicht über Inhalte reden, sondern die freie Meinungsäußerung verteidigen, um dann draußen Interviews zu geben, weil Sie meinen, Sie könnten diesen Parteitag in irgendeiner Weise präjudizieren. Martin Hohmann hat mehrfach die

Chance gehabt, umzukehren und deutlich zu machen, dass er sich verrannt hat. Er hat diese Chance nicht genutzt. Leute wie Sie können hier vorne nicht in einer furchtbaren Juristerei so tun, als ob es hier um Verfahrensfragen ginge. Ich will mit solchen Leuten nicht in einer Partei sein, damit das einmal eindeutig und klar gesagt wird.

(Beifall)

Die Wurzeln unserer Partei, der CDU, liegen im Christlich-Sozialen, im Liberalen und im Konservativen. Aus diesen Wurzeln haben wir in der Vergangenheit Kraft gezogen; das ist wahr. Aber auch in Zukunft werden wir die Kraft aus allen drei Wurzeln brauchen.

Obwohl ich nicht konservativ bin, bin ich der Meinung, dass wir insbesondere in Zeiten der Veränderungen die Kraft des Konservativen brauchen. Es muss der CDU auch in Zukunft gelingen, Werte und Wandel zusammenzubringen. Auch angesichts der aktuellen Ereignisse sei gesagt: Wir dürfen es nicht zulassen, dass die konservativen Wurzeln unserer Partei durch diejenigen, die sich zu Unrecht konservativ nennen, diskreditiert werden.

In meinem Landesverband Nordrhein-Westfalen haben wir vor zwei Jahren begonnen, auf Kongressen über die Frage zu diskutieren, was konservativ im 21. Jahrhundert überhaupt bedeutet. Ich bin mir seit diesen Diskussionen nicht mehr sicher, ob die Unterscheidung, die viele von uns immer wieder gebracht haben – ich gehöre vielleicht auch dazu -, man sei wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ, noch aufrecht zu erhalten ist. Werte brauchen Strukturen und Institutionen, damit sie gelebt und verwirklicht werden können.

Was bedeutet konservativ in einem modernen Sinne eigentlich? Ich glaube, dass es viele Themen gibt, bei denen Konservative gefordert sind. Wir bekommen im nächsten Jahr eine europäische Verfassung. Die einzelnen Nationalstaaten werden in Europa eingebettet. Europa bekommt seine eigene Staatlichkeit. Europa wird aber nur als Wertegemeinschaft und nicht als bürokratischer Superstaat eine Zukunft haben.

Das Europa, für das wir seit unserer Gründung kämpfen, hat seine Wurzeln im christlichen, jüdischen und humanistischen Denken. Aufklärung statt Fundamentalismus, wenn dieser Gedanke richtig ist, dann ist es für Konservative in diesem Jahrhundert angesichts der offenen Grenzen eine neue Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die zu uns gekommen sind, in unsere Gesellschaft integriert werden. Dazu zählen zum Beispiel diejenigen Menschen türkischer Abstammung, die muslimischen Glaubens sind. Dafür müssen sich Konservative heute einsetzen. Es ist ein großes Versäumnis, dass wir dort, wo wir regieren bzw. regiert haben, nicht dafür gesorgt haben – das gilt für die SPD erst recht -, dass eine Integration im erforderlichen Umfang erfolgt bzw. erfolgt ist. Das ist eine zentrale konservative Aufgabe, wenn man Gesellschaften zusammenhalten will.

(Beifall)

Ich freue mich darüber, dass in meinem Landesverband Deutsche türkischer Herkunft im deutsch-türkischen Forum mitarbeiten. Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingen würde, das im kommenden Jahr auf Bundesebene auszudehnen.

Moderne Konservative verteidigen Institutionen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Deswegen beteiligen wir uns an der Föderalismuskommission, die eine Reform unseres Bundesstaates zum Ziel hat. Es muss in diesem Land Schluss damit sein, dass es so viele Systeme organisierter Unverantwortlichkeit gibt. Überall reden alle mit und niemand ist mehr zu finden, der für die Ergebnisse die Verantwortung übernimmt. Das muss sich ändern.

(Beifall)

Deshalb müssen zum Beispiel die Zuständigkeiten von Bund und Ländern entflochten werden.

Ich komme auf einen anderen Punkt zu sprechen. Wir verteidigen die Institution Ehe und Familie; denn ein Volk, das keine Kinder mehr hat, ist ein sterbendes Volk. Das bedeutet für Konservative aber auch, sich dafür einzusetzen, dass junge Frauen in diesem Land kein schlechtes Gewissen mehr haben müssen, wenn sie sich dafür entscheiden, Familie, Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren zu wollen. Es ist richtig, aus diesem Grund für ein Ganztagschulsystem einzutreten und nicht zu sagen, es müsse alles so bleiben wie es ist. Die Zeiten haben sich geändert.

Moderne Konservative wollen ein Bildungssystem, in dem Kinder gefördert und gefordert werden. Das bedeutet aber auch, dass Hochbegabte genauso gefördert werden müssen wie die Kinder, die es schwieriger haben. Beide Gruppen werden in diesem Land zurzeit unzureichend gefördert. Das ist ungerecht und von einem Konservativen zutiefst abzulehnen.

(Beifall)

Moderne Konservative schützen die natürlichen Lebensgrundlagen, und zwar nicht durch Unsinn wie dem Dosenpfand von Herrn Trittin, sondern durch den Schutz unserer Wälder, insbesondere der Regenwälder, durch Klimaschutz und durch die Reinhaltung von Wasser und Boden. Moderne Konservative sorgen auch dafür, dass unsere Lebensmittel sauber bleiben und Tiere artgerecht gehalten werden. Sie bekämpfen nicht aus ideologischen Gründen, wie Frau Künast, die heimische Landwirtschaft und sie zerstören auch nicht unsere Landschaft durch eine immer größere Zahl von Windrädern wie Herr Trittin. Liebe Freunde, niemand hat seit der industriellen Revolution unsere deutsche Landwirtschaft so zerstört wie Herr Trittin. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Moderne Konservative setzen sich für Wirtschaft und Technik ein, ziehen aber auch dort Grenzen, wo Leben zerstört wird; Angela Merkel hat das angesprochen. Wir lehnen die verbrauchende Embryonenforschung also ab.

Ich komme zu meinem letzten Thema. Dürfen Deutsche ihr Vaterland eigentlich lieben? Dürfen sie auf Deutschland stolz sein? Dürfen sie ihre Liebe oder ihren Stolz auch öffentlich zeigen? Liebe Freunde, in anderen westlichen Gesellschaften ist Patriotismus eine Selbstverständlichkeit. In Deutschland dagegen führt dieses Thema jedes Mal zu Verkrampfungen und Tabuisierung. Das hat Gründe. Die Linke fürchtet, patriotische Gefühle von Deutschen für Deutschland seien noch immer wie eine Krankheit, die zwangsläufig in Nationalismus, Chauvinismus und Militarismus ende. Deshalb müsse diese Krankheit aus ihrer Sicht kuriert werden. Sie konnten auf dem Parteitag der Grünen wieder ein Beispiel dafür erleben. Der amtierende Außenminister hat sich Sorgen um die CDU gemacht und hat uns empfohlen, wir sollten in dieser Frage aufpassen, es sei nämlich ganz furchtbar, was wir machen würden. Liebe Freunde, wer Konservative in diesem Land diffamiert – das sage ich auch in Richtung des Herrn Fischer -, der spaltet das Land. Es ist unanständig, was gemacht wird.

(Beifall)

Der Grund für diese Tabuisierung sind die Leute, die sich ins Fernsehen stellen und sagen, es sei ganz furchtbar, dass so etwas in Deutschland passiert. Sie versuchen diejenigen, die konservativ sind, aus dem demokratischen Spektrum herauszudrängen. Damit machen sie das Ganze erst zu einem Problem, weil sie den Konservativen nicht die Möglichkeit geben, sich frei zu ihren Gefühlen und Haltungen zu bekennen.

(Beifall)

Darin liegt genau das Problem, dass nämlich eine verordnete Gefühllosigkeit dem eigenen Land gegenüber keine gute Perspektive eröffnet, auch Deutschland nicht. Patriotismus ist Vaterlandsliebe. Was man mit Liebe tut, das tut man engagierter, sorgfältiger und besser als das, was man gleichgültig tut. Das gilt für jeden Lebensbereich. Ich frage mich: Warum soll das eigentlich nicht für das Verhältnis zu unserem Land gelten? Es ist nicht ehrlich, von Politikern zu verlangen, dass sie sich mit Herz und Verstand für Deutschland engagieren sollen und andererseits von ihnen verlangt, das ohne Patriotismus tun, sozusagen aus emotionaler Gleichgültigkeit. Das ist nicht ehrlich; da Political Correctness zur Verlogenheit führt.

(Beifall)

Es entsteht übrigens auch in der Beschäftigung mit unserer Vergangenheit keine Scham über das, was Deutsche im deutschen Namen den Juden und anderen Völkern angetan haben, wenn man seinem Land emotionslos und gleichgültig gegenübersteht. Wie soll man sich denn dann für das schämen, was von Deutschen und im deutschen Namen verbrochen wurde? Wie soll jemand stolz auf das Gute und Große sein, was von Deutschen und im deutschen Namen getan wurde? Scham und Stolz sind ohne Liebe nicht denkbar. Stolz und Scham gehen miteinander einher. Man kann nur beides oder keines haben. Diese Debatte ist deshalb wichtig. Es ist eine Debatte um die

Deutungshoheit in diesem Lande. Wir müssen diese Debatte führen und müssen den Kampf aufnehmen. Es muss Schluss damit sein, den Menschen in diesem Land Angst zu machen, sich als konservativ oder patriotisch zu bezeichnen. Konservativ, aber nicht reaktionär, patriotisch und weltoffen, aber nicht nationalistisch, das ist die Richtung, für die die CDU immer gestanden hat und auch in Zukunft stehen muss.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Nächste Rednerin ist Maria Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Ich habe mich als junge Abgeordnete zu Wort gemeldet, als jemand, der seit einem Jahr Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages ist. Ich trage außerdem als Vorsitzende eines großen Kreisverbandes in Niedersachsen Verantwortung.

Ich stehe zu meinem Land in einem fröhlichen nationalen Selbstbewusstsein. Wo könnte ich das besser tun als in Leipzig, in dieser großartigen Stadt, in der eine friedliche Revolution stattgefunden hat und in der Deutsche maßgeblich daran mitgewirkt haben, dass nicht nur unser Land, sondern ganz Europa eine Chance auf Einheit in Frieden und Freiheit hat?

(Beifall)

Ich stehe als Deutsche und deutsche Abgeordnete aber auch in einer besonderen Verantwortung gegenüber der Geschichte. Dazu gehören auch die zwölf schrecklichen Jahre, in denen von Deutschen an deutschen Verbrechen apokalyptischen Ausmaßes begangen worden sind.

Ich stehe auch in der Verantwortung gegenüber den Gründungsvätern und -müttern unserer Partei, die auf den Trümmern Deutschlands nach dem Krieg ein neues Land in Freiheit und Demokratie schaffen wollten, das sich auf christliche Werte gründet. Deshalb kann ich auch als junge Abgeordnete auf gar keinen Fall akzeptieren, dass jemand eine Diktion gebraucht, die bewusst die so genannte jüdisch-bolschewistische Revolution aufgreift, also eine Diktion, die im Naziregime gebraucht worden ist, um Deutsche gegen deutsche Juden aufzuhetzen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil der Kollege aus Nordrhein-Westfalen erklärt hat, dass das Ausschlussverfahren nicht in Ordnung gewesen sei. Ich traue mir als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu, das Verfahren wesentlich besser beurteilen zu können. Wir haben uns sehr intensiv um Herrn Hohmann bemüht und sehr intensive Gespräche mit ihm geführt. Die Fraktionsleitung hat das in vorbildlicher Art und Weise gemacht. Wir haben zuerst versucht, durch die Versetzung von Herrn Hohmann vom Innenausschuss, diesem hochsensiblen Bereich, in den Umweltausschuss, dessen Mitglied ich bin, eine Möglichkeit zu finden, ihn in unserer Fraktion zu halten. Wir haben aber eine eindeutige inhaltliche Distanzierung von dem, was er gesagt hat, verlangt. Herr Hohmann war dazu – leider – nicht in der Lage. Das hat uns alle sehr beschwert. Ich ha-

be in meiner politischen Laufbahn noch nie eine so schreckliche, menschlich anrührende Sitzung mitgemacht wie diejenige, in der wir entschieden haben, Martin Hohmann aus unserer Fraktion auszuschließen. Die allermeisten Mitglieder der Bundestagsfraktion haben so empfunden wie ich. Trotzdem haben wir aus freiem Willen so entschieden, wie wir das getan haben.

Ich darf im Übrigen sagen, dass das Klima in unserer Fraktion ausgezeichnet ist. Wir diskutieren frei, offen, kritisch und kontrovers über diejenigen Themen, die wir heute hier besprechen werden, wie das Herzog-Papier und die Merzsche Steuerreform. Daher möchte ich in aller Form den Vorwurf zurückweisen, dass das Ausschlussverfahren nicht in Ordnung gewesen sei. Ich habe auch die grundsätzliche Problematik deutlich gemacht. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das, was wir heute und morgen an Inhalten betreffend die sozialen Sicherungssysteme und die Steuerreform beschließen, ist ein Quantensprung für unsere Volkspartei. Ich bin unserer Vorsitzenden, Frau Merkel, dankbar, dass sie mit Mut und Nachdrücklichkeit zu diesen Beschlüssen hingeführt hat. Mit dem Abkoppeln der Beiträge zur Kranken- und zur Pflegeversicherung vom Faktor Lohn sowie mit einem Steuersystem, das niedrige Steuersätze und kaum Ausnahmen kennt, wird der Erkenntnis Rechnung getragen, dass es in Zukunft nicht mehr ausreicht, innerhalb der Systeme zu reformieren, sondern dass die Systeme selbst reformiert werden müssen. Frau Merkel hat Recht, wenn sie darauf hinweist, dass dadurch besonders die Masse der Arbeitnehmer, der Leistungsträger sowie der Facharbeiter entlastet wird, die monatlich zwischen 1 500 Euro und 3 500 Euro verdienen. Unsere Reform wird fraglos durchgreifende Erfolge bei Wachstum und Beschäftigung zeitigen. Davon bin ich überzeugt, weil endlich der Teufelskreis durchbrochen wird, dass die Menschen trotz Lohn erhöhungen netto weniger verdienen, dass aber die Arbeitskosten aufgrund steigender Bruttolöhne immer höher werden, was dazu führt, dass ins Ausland oder in die Schattenwirtschaft ausgewichen wird. Das hat auch vor dem Hintergrund der Bemerkung von Frau Merkel, dass wir Wachstum und noch einmal Wachstum brauchen, um aus der gegenwärtigen Misere herauszukommen, eine überragende Bedeutung.

Das Ganze hat nur einen Schönheitsfehler: Das alles kann frühestens im Jahr 2007 im Gesetzblatt stehen. Zurzeit kämpfen Zehntausende Mittelständler um ihre Existenz. In den letzten drei Jahren sind 120 000 Mittelständler in den Konkurs gegangen. Rund 140 000 haben aufgehört, weil es sich nicht mehr lohnt. Hunderttausende von Arbeitnehmern bangen um ihren Arbeitsplatz. Natürlich wird ganz genau darauf geachtet, was bis Weihnachten im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung bei dem momentanen Vermittlungsverfahren herauskommen wird. Ich bin Frau Merkel sehr dankbar, dass sie immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die

Union nicht blockieren werde. Wenn die Parteien wieder das Vertrauen der Menschen gewinnen wollen, dann muss sich in den nächsten Wochen – hoffentlich – durch die Beschlüsse, die im Vermittlungsausschuss gefällt werden, etwas erkennbar ändern. Ich hoffe, dass am Ende Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes stehen werden, dass wir über wirkungsvolle Instrumente verfügen werden, um auch im Niedriglohnsektor vermitteln zu können, und dass es nicht zu einer unsäglichen Belastung der Gewerbetreibenden zum Beispiel durch eine Substanzbesteuerung kommt. Ich sage auch ganz klar: Um einen Schub für Wachstum und Beschäftigung auszulösen, muss in den nächsten Tagen auch entschieden werden, dass die letzte Steuerentlastungsstufe am 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Die arbeitenden Menschen, egal ob Arbeitnehmer oder Unternehmer, müssen endlich entlastet werden. Es muss Schluss damit sein, dass die Menschen immer weiter belastet werden. Am Ende darf unsere Partei nicht als Partei derjenigen dastehen, die das Vorziehen der letzten Steuerentlastungsstufe von 2005 auf 2004 verhindert haben. Ich hoffe, dass das Vorziehen vernünftig finanziert wird und dass unsere Verhandlungsführer entsprechende Lösungen finden werden.

Abschließend noch ein Wort zu der Frage, wie wir in Deutschland wieder mehr Wachstum erzielen können: Wachstum kommt von arbeiten und mehr Wachstum kommt von mehr arbeiten. Es muss uns alle doch sehr nachdenklich stimmen, dass die Wirtschaftswissenschaftler zurzeit erforschen, um wie viel das Wachstum im nächsten Jahr deshalb steigen wird, weil zufällig vier Feiertage auf ein Wochenende fallen. Das gilt für die beiden Weihnachtsfeiertage, für den 1. Mai und für den Tag der deutschen Einheit. Man ist sich bislang uneinig, ob das Wachstum um 0,4 oder um 0,6 Prozent ansteigen wird. Liebe Freunde, ich glaube, wenn durch mehr Arbeit mehr Wachstum entstehen kann, dann müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir in Zukunft wieder mehr und länger arbeiten müssen. Es gibt bei der Rentenreform den Vorschlag, dass man künftig mit 45 Beitragsjahren in Rente gehen kann. Vor diesem Hintergrund muss auch darüber geredet werden, ob die Wochen- und die Jahresarbeitszeit verlängert werden sollen.

Ich war Frau Merkel sehr dankbar, dass sie am 3. Oktober den Mut hatte, in ihrer Rede zu sagen, dass wir noch zwei Stunden mehr arbeiten könnten. Ich habe kein Verständnis für Kritik aus unseren Reihen, dass das Frau Merkel gar nichts angehe, sondern dies Sache der Tarifpartner sei. Die Tarifpartner, egal ob Unternehmerverbände oder Gewerkschaften, versuchen jeden Tag, uns Politikern gute Vorschläge vorzulegen. Dann hat auch die Politik das Recht, den Tarifpartnern Vorschläge über gesellschaftsverändernde Mehrarbeit zu machen.

(Beifall)

Wir haben nach reiflichen Überlegungen in der Herzog-Kommission und im Anschluss an diese erlebt, dass die Lohnzusatzkosten, die Beiträge an die Sozialkassen, mit unseren Vorschlägen nicht reduziert werden. Ich bin 40 Jahre selbstständig. 1966 betragen die Lohnzusatzkosten im Baugewerbe 30 Prozent, heute betragen sie 104 Prozent. Nur ein Drittel davon ist der

Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungskassen. Zwei Drittel davon resultieren aus Vereinbarungen der Tarifpartner über bezahlte Nichtarbeit pro Jahr. Wenn wir darüber nachdenken könnten, wie wir die bezahlte Nichtarbeit pro Jahr reduzieren könnten, dann würden wir mit Blick auf die Reduzierung der Lohnzusatzkosten einen weit größeren Schritt machen können, als wir dies mit weiterführenden Überlegungen zu den sozialen Sicherungssystemen könnten.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Zukunft heute und morgen wichtige Beschlüsse treffen. Es wird mit der Union in eine bessere Zukunft gehen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Als nächster ist Hermann-Josef Arentz auf der Rednerliste.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Auf dem Papier regiert in Deutschland Rot-Grün, aber in den Herzen der Menschen regiert inzwischen als stärkster Faktor die Angst, die Angst des 45-jährigen Arbeitslosen, keinen Job mehr zu finden und bestenfalls als Schwarzarbeiter die Chance zu bekommen, etwas zu tun, die Angst der Bauarbeiterfamilie mit zwei oder drei Kindern, in die Nähe der Sozialhilfe zu rutschen, weil wir einen elendiglichen unzureichenden Familienlastenausgleich haben, die Angst der jungen Leute, ein Leben lang in die Rentenkasse einzuzahlen und dafür am Schluss nichts anderes als Sozialhilfe herauszubekommen und auch die Angst derer, die unternehmerisch tätig sind, ständig mit neuen Belastungen, Auflagen und Bürokratie konfrontiert zu werden.

Wir alle wissen: Angst lähmt. So präsentiert sich unser Land nach fünf Jahren Rot-Grün als ein gelähmter Riese. Wir müssen von diesem Parteitag aus das Signal in die deutsche Öffentlichkeit schicken: Es ist Schluss mit der Lähmung, wir machen einen neuen Schritt, einen Aufbruch zu mehr Bewegung in Deutschland, damit die Dinge besser werden.

(Beifall)

Die Menschen wissen, dass Veränderung nötig ist, und gleichzeitig haben sie Angst vor Veränderung. Das Wort „Reform“ wird von 75 Prozent der Menschen inzwischen als Bedrohung empfunden. Wenn Politiker „Reform“ sagen, halten sich die Leute die Tasche zu, weil sie glauben, dass ihnen wieder jemand hineingreifen und etwas wegnehmen will.

Was ist nötig? Ich glaube, es gibt einen Hunger nach Werten. Es gibt Sehnsucht nach Verlässlichkeit, es gibt die Hoffnung auf Ehrlichkeit und es gibt die Forderung nach Gerechtigkeit. Ich finde, dass es fast ein Fanal war, als vor vier Wochen in Berlin, eigentlich kaum organisiert, 100 000 Menschen spontan für mehr Gerechtigkeit in der Politik demonstriert haben. Die Veranstalter hatten 10 000 Demonstranten angemeldet, 100 000 sind mitgegangen. Das sind Menschen, die offenbar keine politische Heimat mehr haben.

Wir haben mit diesem Parteitag die Chance, diesen Menschen zu zeigen, dass sie nicht verlassen sind, wenn sie mehr Gerechtigkeit im Staat haben wollen. Wir von der CDU müssen nach meiner festen Überzeugung Tag für Tag immer wieder deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit nirgendwo so gut aufgehoben ist wie bei der Christlich Demokratischen Union. Wir müssen auch sagen, dass niemand anderer diesen Sozialstaat in Deutschland geschaffen hat als frühere Politiker der Zentrumspartei und nach 1945 Politiker aus den Reihen der Union. Alle großen sozialen Gesetze in Deutschland tragen die Unterschrift von Kanzlern der CDU, von der Montan-Mitbestimmung über das Betriebsverfassungsgesetz bis zur Pflegeversicherung, die Norbert Blüm im Jahre 1994 geschaffen und durchgeboxt hat.

Weil wir diesen Sozialstaat geschaffen haben, stehen wir jetzt in einer besonderen Verantwortung für seine Weiterentwicklung. Denn eines ist klar: Wenn alles so bleibt, wie es war, bleibt am Ende nichts übrig. Das waren die Motive, die uns gemeinsam in der Herzog-Kommission geleitet haben, auch wenn wir im Detail durchaus heftig gestritten, aber auch spannend miteinander diskutiert und gerungen haben. Ich glaube, dass wir bei allen Reformbemühungen und Veränderungen deutlich machen müssen, was Angela Merkel dankenswerterweise in ihrer Rede heute Morgen angesprochen hat, nämlich dass es uns darum geht, dem obersten Grundsatz der Würde einer jeden einzelnen Person Rechnung zu tragen. Die Menschenwürde ist für jeden in unserem Volk gleich, egal ob der Mensch jung, reich und gesund oder arm, krank und altersverwirrt ist, egal ob der Mensch deutscher Staatsbürger oder ausländischer Staatsbürger ist. Dieser radikale Maßstab der Würde der Person und die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit muss erkennbar das Handeln der Union bestimmen, wenn wir bei den Menschen eine positive Resonanz erzielen wollen.

Ich sage aufgrund der Diskussion der Medien in den letzten Wochen noch eines: Wir von der CDU dürfen nicht zulassen, dass in der Unionsfamilie die CSU für Gerechtigkeit und die CDU für neoliberale Kälte steht. Das ist eine falsche Verteilung.

(Beifall)

Wir stehen gleichermaßen für wirtschaftliche Kompetenz und das leidenschaftliche Bemühen um soziale Gerechtigkeit. Das war das Erfolgsrezept der Volkspartei CDU und das muss es nach meiner Meinung auch bleiben. Die Leute müssen wissen: Wenn die CDU regiert, dann es geht es nicht nur mit der Wirtschaft aufwärts, sondern dann geht es auch gerecht zu. Dem müssen die Reformen dienen, über die wir heute und morgen diskutieren.

Der Dreh- und Angelpunkt aus der Sicht der CDA ist dabei die Verbesserung der Politik für Kinder und Familien. Denn Ausgangspunkt aller Reformüberlegungen in der Kommission von Roman Herzog war die Erkenntnis, dass die demographische Situation in Deutschland so katastrophal ist, dass die Reformen unausweichlich sind, unabhängig davon, wie die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist. Wenn das die Ausgangslage ist, dann stehen wir vor der Frage, ob wir ein sterbendes Volk ab-

finanzieren wollen oder den Mut haben, in die Zukunft zu investieren und mehr für Familien und Kinder zu tun. Ich finde, wir haben keine andere Alternative, als auf diesem Parteitag das klare Signal zu setzen, dass die CDU die finanziellen Ressourcen auf Kinder und Familien konzentriert, damit dieses Volk, damit wir in Deutschland wieder eine bessere Zukunft haben.

(Beifall)

Dazu gehört zum Beispiel, dass wir morgen im Zusammenhang mit dem Steuerkonzept von Friedrich Merz nicht nur einen Steuerfreibetrag von 8 000 Euro pro Kind beschließen, sondern auch auf dem Weg der Umwandlung im System der Negativsteuer ein Kindergeld von 240 Euro schaffen, was dem Wert dieses Steuerfreibetrags für Gutverdienende entspricht. Dazu gehört, dass wir bei der Rente Kindererziehungszeiten stärker berücksichtigen und dass wir die Menschen, die Kinder erziehen, beim Beitrag für die Rentenversicherung und für die Pflegeversicherung entlasten. Ich bin fest davon überzeugt: Jede Mark, die wir in materielle Gerechtigkeit und in Maßnahmen zur Herstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf investieren, ist gut investiertes Geld und besser als die Investitionen, mit denen wir nur Konsum und Bürokratie finanzieren.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Dinge zu der Debatte über die Reform des Sozialstaates sagen. Erstens bin ich stolz auf das Gesamtergebnis der Arbeit der Herzog-Kommission, weil wir den Mut gehabt haben, eine Gesamtschau zu entwickeln, wie es weitergehen soll.

Auf der anderen Seite ist es kein Geheimnis – und ich habe nie eines daraus gemacht -, dass mir bestimmte Dinge am Anfang überhaupt nicht gefallen haben. Nachdem Angela Merkel in ihrer großen Rede am 1. Oktober gesagt hatte, wir setzen Herzog eins zu eins um, habe ich gesagt: Wer es mit Angela Merkel gut meint, muss verhindern, dass das eins zu eins umgesetzt wird. Ich bin ja ganz dankbar gewesen, dass sie am Schluss kräftig mitgeholfen hat, die Ansätze weiterzuentwickeln, und ich glaube, dass das, was jetzt als Diskussionsgrundlage vorliegt, es jedenfalls nicht mehr rechtfertigt, dass irgend jemand, wer auch immer, davon spricht, das sei ein ungerechtes und unsoziales Programm. Ich denke, dass das, was jetzt zur Diskussion vorliegt, von uns auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit mit viel Selbstbewusstsein zu vertreten ist, und da gilt der schöne alte Satz von Heiner Geißler: Nur wer sich selbst imponiert, imponiert auch anderen. Das gilt auch für unsere Bemühungen zur Reform des Sozialstaates. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Als Nächster steht Philipp Mißfelder auf der Liste.

Philipp Mißfelder: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Merkel hat vorhin in ihrer Rede einen zentralen Satz gesagt: Wer Politik betreibt und mutige Reformen durchsetzen will,

der braucht den Mut unangenehme Wahrheiten auszusprechen, sie in Formulierungen umzusetzen und dann auch als Programmwurf auf einem solchen großen Parteitag vorzulegen. Frau Merkel hat in den letzten Monaten und Wochen diese Eigenschaft ausgezeichnet.

Frau Merkel, Sie haben vor wenigen Wochen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Cottbus gesprochen und haben dort am Zuspruch unserer Delegierten gemerkt, wie wichtig es uns ist, dass das Thema der Generationengerechtigkeit von Ihnen aufgegriffen worden ist und zu dem zentralen Element der von Herrn Professor Herzog vorgeschlagenen Ansätze zur Reform unserer sozialen Sicherungssysteme geworden ist. Dafür hat die Junge Union Ihnen in Cottbus ausgiebig gedankt, und ich möchte das an dieser Stelle wiederholen und es auch in Bezug auf Ihre Rede von vorhin sagen.

Wir reden über die ganzen Themen der Sozialtechnik. Dabei darf man eines nicht vergessen, und das war ja eben auch der Ansatz von Herrn Arentz. Wir alle wissen jetzt, wie es konkret aussieht, wie eine ausgestaltete Gesundheitsprämie funktioniert, und wir haben auch geklärt, wie der Ausgleich funktionieren soll. Wir sind, wenn es um Sozialtechnik geht, Fachleute. Aber anknüpfend an das, was Herr Arentz gerade gesagt hat, möchte ich als Vertreter der jungen Generation in der CDU auch deutlich darauf hinweisen, dass wir nie das Ziel aus den Augen verlieren dürfen. Das Ziel muss sein, dass über Sozialpolitik auch in dem folgenden Sinne geredet wird: Sozialpolitik bedeutet auch, die Frage zu klären, warum wir diese Reformen eigentlich machen. Wir machen Reformen nicht als Selbstzweck und nicht dafür, irgendjemandem wehzutun, irgend jemandem etwas wegzunehmen. Wir machen Reformen dafür, dass auch junge Menschen wie ich in unserem Land eine Zukunft haben und dass in 30 oder 40 Jahren diejenigen, denen wir das Land eines Tages übergeben wollen, genau die gleichen Chancen haben wie die Generation vor uns und die Generation davor.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen die Aufbauleistung unserer Großelterngeneration nicht verspielen, indem wir eine rücksichtslose Schuldenpolitik machen. Das ist ein Thema, das wir im nächsten Jahr und in der Zukunft uns viel, viel stärker auf die Fahnen schreiben müssen: dass Schulden finanzierte Projekte in der CDU nichts zu suchen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man sich die Beschlüsse zur Neuen Sozialen Marktwirtschaft anschaut, wenn man sich die Vorarbeit zu dem anschaut, was Professor Herzog geleistet hat, merkt man, dass wir schon seit Jahren viel Richtiges beschrieben und sogar beschlossen haben. Ich hoffe – und das soll mein Appell auch an den Parteitag sein –, dass wir als CDU Deutschlands die Beschlüsse, die wir hier in Leipzig fassen, nicht vergessen, dass wir sie auch in Zukunft als ein Markenzeichen unseres Programms sehen und dass wir versuchen, damit Wahlen zu gewinnen. Denn die Junge Union

steht vollkommen auf der Seite dessen, was Peter Rauen vorhin gesagt hat: Wir wollen in Zukunft als Reformkraft wahrgenommen werden und wollen mit diesem Wahlprogramm auch Wahlen gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Als Nächster spricht Thomas Rachel vom EAK.

Thomas Rachel: Herr Präsident! Liebe Freunde! Liebe Frau Merkel! Lassen Sie mich zunächst eine Bemerkung zu meinem regionalen Nachbarn aus Euskirchen, Herrn Lennartz, machen. Ich stelle mich als Bundestagsabgeordneter der Diskussion, die Sie eingefordert haben. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und sage Ihnen ganz ehrlich: Es war eine schwierige Entscheidung, aber wir haben in der Bundestagsfraktion die richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall)

Wir haben alle gehofft, dass sich Martin Hohmann vollinhaltlich von seiner unsäglichen Rede distanziert, aber er hat sich leider über die Tage hin geweigert. Er hat mit seiner Rede deutlich gemacht, dass er die Grundsätze und auch die Geschichte unserer Union diskreditiert. Wenn wir jetzt in manchen Zeitungen eine Anzeige sehen, sage ich dazu: Es ist falsch, wenn in dieser Zeitungsanzeige eine zweite Chance gefordert wird. Er hatte zehn Tage, also zehn Chancen zur Korrektur. Leider hat er sie nicht genutzt.

Wer wie Martin Hohmann im ZDF-Interview sagt – ich zitiere – „Auch in der Geschichte des jüdischen Volkes gibt es dunkle Flecken. Ein solcher Fleck war die Beteiligung des jüdischen Volkes an der bolschewistischen Revolution“, der zeigt, dass er seinen Irrweg nicht erkannt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wer so redet, konstruiert eine Kollektivschuld für das jüdische Volk. Das ist nicht akzeptabel, und das können wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch nicht zurechnen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb war die Trennung unvermeidlich und auch richtig.

Zum eigentlichen Thema dieses Parteitages: Liebe Frau Merkel, Sie haben gesagt, nur wer sich wandelt, bleibt sich treu. Das ist gewiss richtig. Was wir aber bei den großen anstehenden Reformen unbedingt beachten müssen, ist: Wir sind eine Partei, die sich dem C in ihrem eigenen Namen bewusst aussetzt. Das heißt, Politik aus christlicher Verantwortung darf um unserer eigenen Glaubwürdigkeit willen, aber auch aus Gründen der Kontinuität zu den Müttern und Vätern unserer Parteigeschichte niemals zum Anhängsel oder zur Präambel-Lyrik verkommen. Wir haben

Gutes in den Leitträgen zu den Reformvorhaben, aber wir müssen dabei auch deutlich machen, aus welcher Motivation heraus wir dies alles betreiben. Wir müssen benennen, warum genau unsere Vorschläge eben christlich-sozial, gerecht und tragfähig sind. Es darf nicht so erscheinen, als wenn wir nur kühle Rechenkünstler wären, die mit Zahlen jonglieren.

Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU sagen wir natürlich: Politik kann man allerdings auch nicht schlicht und einfach als christlich bezeichnen. Eine direkte Umsetzung der Bibel in die Politik ist deshalb nicht möglich, weil diese ein Glaubensbuch ist, kein politisches Lehrbuch. Auch die Orientierung politischer Lösungen an christlichen Grundwerten führt deshalb meist nicht ausschließlich zu einem einzigen Ergebnis, das als christlich begründete Position gelten könnte. Deshalb ist es in der Tat angemessener, von Politik auf christlicher Grundlage und in christlicher Verantwortung zu sprechen. Das C ist also kein Gütesiegel von uns, nein, es ist Herausforderung und Chance für die Christlich Demokratische Union in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das sagen – und wir haben es auch am EAK-Stand deutlich gesagt -, dann wollen wir, dass das C kein schmückendes Beiwerk ist, kein Luxus irgendwelcher so genannten Frommen, sondern ein überlebenswichtiges Vitamin C, ohne das unsere Partei inhaltslos und beliebig wird. Lassen Sie uns deshalb den Parteitag dazu nutzen, dass wir zeigen, was das C in unserem Namen bedeutet: bei den anstehenden Reformen und in der Frage des Kopftuches an staatlichen Schulen. Hierzu hat der Evangelische Arbeitskreis Ihnen einen Antrag vorgelegt. Das Kopftuch ist ein politisches Symbol der Abgrenzung, das verhindert, dass Gleichberechtigung von Mann und Frau stattfinden kann. Deshalb müssen wir das Kopftuch an staatlichen Schulen ablehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie uns zeigen, was das C im Parteinamen bedeutet. Wenn wir heute, am Welt-Aids-Tag, feststellen, dass allein in diesem Jahr drei Millionen Menschen an Aids gestorben sind, dass wir inzwischen zwölf Millionen Kinder auf der Welt haben, die Waisen geworden sind, weil ihre Eltern Aids hatten, dann darf das eine christdemokratische Partei nicht ruhen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Zeigen wir auch bei der im Europarat anstehenden Entscheidung zur Sterbehilfe, was das „C“ in unserem Parteinamen bedeutet. Für uns als Christen ist aktive Sterbehilfe mit der Würde des Menschen unvereinbar.

(Vereinzelt Beifall)

Anfang und Ende des Lebens sind uns heilig und bleiben uns heilig.

Salopp formuliert: Das „C“ – es stärkt unsere Abwehrkräfte, fördert das parteiliche Wohlbefinden und wird von führenden Unionsvertretern empfohlen. Dafür wollen wir gemeinsam streiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Kurt-Dieter Grill hat als Nächster das Wort.

Kurt-Dieter Grill: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einen Punkt ansprechen, der, wie ich glaube, in dieser Aussprache und auch im Zusammenhang mit der Frage, welche Werte in unserer Partei eine Rolle spielen, mehr in den Vordergrund treten sollten. Jürgen Rüttgers hat bei der Betrachtung, was konservative Werte ausmacht, Gott sei Dank auch das Thema Umwelt, Ökologie und Verantwortung für unsere Umwelt erwähnt. Ich meine aber, dass wir an einem Tag, an dem wir über Wachstum, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und soziale Verantwortung sprechen, in der Christlich Demokratischen Union auch unter dem Aspekt der Werte unserer Partei und der konservativen Wurzeln die Frage der Ökologie, die Frage der Verantwortung für Umwelt nicht außer Acht lassen sollten, weil sie genauso in den Gleichklang der Generationengerechtigkeit gehört wie die Frage der sozialen Verantwortung, des Wohlstandes und des Wachstums.

Ich glaube, dass die Wurzeln der Union in dieser Frage auch dort liegen, wo die Grünen früher einmal gestanden haben. Die Wurzeln der grünen Bewegung sind ja ein Reflex auf die Überbetonung von Rationalität in der Politik in den 60er-Jahren und Anfang der 70er-Jahre, als – insbesondere aufseiten der Sozialdemokraten – unbegrenztes Wachstum und unbegrenzte Technikgläubigkeit das Denken bestimmten. Die ersten Grünen waren ja Konservative und nicht Linkssozialisten wie Jürgen Trittin, die Umweltpolitik heute als Vehikel zur gesellschaftspolitischen Veränderung nutzen.

Ich meine, dass wir bei der Beratung über die heute zur Entscheidung anstehenden Papiere – ich beziehe dies insbesondere auch auf die Präambel – auch darauf achten müssen, dass neben der Bilanzierung der sozialen Marktwirtschaft und der Umsetzung unserer Werte in der Politik der Nachkriegszeit – in diesem Zusammenhang sind soziale Gerechtigkeit, Wachstum, Wohlstand, Freiheit und Demokratie zu nennen, die unsere Politik generiert und für die Menschen in diesem Lande geschaffen hat – in der Darstellung dessen, was uns in den letzten Jahren bewegt hat und was unseren Erfolgsweg kennzeichnet, auch die Umweltpolitik deutlich genannt wird, weil die soziale Marktwirtschaft sowie Freiheit und Demokratie eine Voraussetzung dafür sind, dass Generationengerechtigkeit nicht nur im sozialen Sinne, sondern auch im ökologischen Sinne stattfindet. Wir sollten diesen Punkt in unserer Arbeit deutlicher herausstellen, damit nicht das passiert, was uns 2002 passiert ist, als wir vier Wochen vor der Bundestagswahl merkten, dass es auch noch das Thema der Umweltpolitik gibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als Letzter hat unser Freund Wulff von der Senioren Union das Wort.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Vertreter der älteren Generation und als Vorsitzender der Senioren Union, als Älterer in der Partei, der 50 Jahre Mitglied dieser Partei ist, dessen Vater die CDU mit gegründet hat, möchte ich vor diesem Parteitag zumindest noch Folgendes sagen. Die Entscheidung, die die Fraktion und die Partei mit Blick auf Herrn Hohmann getroffen haben, ist nachvollziehbar, richtig und war unumgänglich.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, auch das sage ich als ein Mann, der den Krieg erlebt hat und die Nachkriegsjahre mit gestaltet hat: Die größte Leistung deutscher Politik überhaupt, mit Konrad Adenauer beginnend, war die Aussöhnung mit Israel und allen jüdischen Menschen. Das war einer der größten Erfolge, die unsere Politik zu verzeichnen hatte.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage auch dies: Ich weiß, dass Schuld persönlich ist, dass sie persönlich zugewiesen werden muss. Dieses Land und wir alle tragen aber eine historische Verantwortung. Diese historische Verantwortung bedeutet auch, die Vergangenheit nicht zu verklären, sondern ihr wahrhaftig ins Auge zu sehen. Zur Wahrheit gehört auch: Kein Volk auf der Welt hat so viel von jüdischem Geist profitiert wie das deutsche. Und wie haben wir dies gedankt? Deshalb sage ich: Alle, die dieses Verhältnis stören, haben in der Partei Konrad Adenauers und Helmut Kohls, in unserer Partei nichts zu suchen. Das sage ich als Vertreter eines Teils der älteren Generation, der sich der Geschichte unserer Partei verbunden fühlt und der auch danach handeln wollte. Insofern sei mir diese Bemerkung in dieser Klarheit erlaubt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich bitte den Geschäftsführer des Landesverbandes Sachsen, Randolf Stamm, um den Bericht.

Randolf Stamm, Mandatsprüfungskommission: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten

Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 17. Parteitages 936 anwesend. Der 17. Parteitag ist beschlussfähig.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Mir kommt noch eine angenehme Pflicht zu. Ich möchte einem Geburtstagskind gratulieren. Es ist unser Freund Heinz Riesenhuber. Er wird heute 68 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Gottes Segen!

(Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 11 a:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER KOMMISSION „SOZIALE SICHERHEIT“
BUNDESPRÄSIDENT A. D. PROF. DR. ROMAN HERZOG

Ich übergebe an den Bundespräsidenten a. D., unseren Freund Roman Herzog das Wort.

(Beifall)

Prof. Dr. Roman Herzog: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie müssen nicht erschrecken, wenn Sie den Packen Papier sehen, den ich mit ans Rednerpult genommen habe. Es sind zwar viele Seiten, aber auf jeder steht nur ganz wenig drauf.

Mit einer gewissen Spannung habe ich im Februar dieses Jahres auf Bitten von Angela Merkel die Leitung einer Kommission übernommen, die Vorschläge zur Reform der sozialen Sicherungssysteme erarbeiten sollte und dann nachher zu allem Unglück noch mit meinem Namen verbunden worden ist. Natürlich regten sich bei mir da gewisse Bedenken: Erstens hatte ich mir meinen Lebensabend eigentlich schöner vorgestellt und zweitens war mir bewusst, dass diese Kommission am Ende entweder einen schlechten Bericht vorlegen oder aber Streit in die eigenen Reihen der CDU tragen würde.

Die Erfahrungen der zurückliegenden Wochen haben gezeigt: Der Bericht hat tatsächlich erhebliche Diskussionen, innerhalb der CDU und auch außerhalb, ausgelöst. Ich finde, das ist gut so. Ich habe mich und meine Kommission nie so verstanden, als seien wir Praeceptor Germaniae und hätten anzuordnen, was zu geschehen hat. Wir hatten der Partei einen Rat zu geben und die Partei muss sich, bis in die heutigen Abendstunden hinein, überlegen, ob und in welchem Umfang sie diesen Rat akzeptieren wird. Es gab Hunderte von hervorragenden Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen. Es hat aber auch Fälle der Diskussion gegeben, die man, wenn man eine klare Sprache spricht, nicht als Diskussion, sondern nur als „Sprüche“ bezeichnen kann. Da gibt es im Süden unseres

Vaterlandes einen, der dreimal in der Woche vor die Fernsehkameras tritt und immer wieder versichert, dass er schockiert ist. Darüber kann man nicht diskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aber wenn der Parteitag seinen Beschluss gefasst hat, werde ich Kontakt zu ihm aufnehmen und ihn bitten, vielleicht nur noch zur Hälfte schockiert zu sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann hat er noch gesagt, dass von unserem Konzept nur noch die Gräten übrig seien. Darüber mögen andere entscheiden – Sie selber. Ich war nie der Meinung, dass Sie das alles eins zu eins übernehmen müssen, was wir vorschlagen. Zudem stelle ich in dieser Äußerung eine gewisse Unkenntnis über die Anatomie von Fischen fest. Ein Fisch ohne Gräten ist natürlich leichter zu essen, nur hat er den Nachteil: Schwimmen kann er nicht mehr.

(Heiterkeit und Beifall)

Das müssten wir Deutschen allmählich wieder: schwimmen, und zwar in eine klare Richtung. Denn zu lange haben wir alle miteinander die Augen vor den Folgen unserer demographischen Entwicklung verschlossen. Erst sehr allmählich wird den meisten von uns bewusst, zu welcher weit reichenden Konsequenzen es führt, wenn die Zahl der Älteren in unserem Land immer größer wird, die Jüngeren mehr und mehr in eine Art Minderheitsposition hineinwachsen und zudem die Kosten wie auch die Möglichkeiten von Medizin und Geriatrie immer größer werden.

Ich habe schon gesagt: Ich hatte nie die Erwartung, dass die Partei die Empfehlungen der Kommission im Maßstab eins zu eins umsetzt. Ich gebe sogar zu, dass ich manches von dem, was ich gesehen habe, im Bericht gelassen habe, um Diskussion zu ermöglichen und den Diskutanten Erfolgserlebnisse zu vermitteln.

(Heiterkeit)

Aber ich habe das Zutrauen – das sage ich jetzt ohne Spaß -, dass die CDU auf diesem Parteitag zur Reform der sozialen Sicherungssysteme die richtigen Positionen finden wird und dass diese Positionen ausreichend sein werden. Denn es kann nicht so sein, dass jede dritte Woche eine neue „Reform“ postuliert wird, weil wieder etwas Neues entdeckt worden ist. Die Bürger müssen sehen, dass wir das Problem in Gänze anpacken und jedenfalls für die nächsten 20, 30 Jahre lösen wollen.

(Beifall)

Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich hier keine Ausführungen zur nachgelagerten Besteuerung von Alterseinkommen oder zur kleinen Witwenrente mache. Auch zur so genannten

Gesundheitsprämie nur diese eine Anmerkung: Als ich in Deutschlands Zeitungen las, dass durch dieses System eine ungeheure Bürokratie entstehe, weil es voraussetze, dass für jeden Bürger ein eigenes Krankenversicherungskonto angelegt werden müsse, habe ich wirklich gedacht, ich tanze auf der falschen Hochzeit. Das war nie angedacht, jedenfalls nicht in dieser Form. Ich habe nie davon geträumt, dass dies eine ernsthafte Diskussion geben könnte. Es ist aber gut, dass diese Frage – wie viele andere Fragen, die einfach nicht in hundertprozentiger Klarheit gesehen oder formuliert worden sind – nun behandelt worden ist.

Ich möchte mich insgesamt auf drei sehr grundsätzliche Aspekte beschränken, um nicht das zu wiederholen, was Frau Merkel dazu gesagt hat, und nicht das vorwegzunehmen, was der Generalsekretär noch sagen wird.

Das eigentliche Problem, vor dem wir stehen, ist die Frage, ob und wie es uns gelingt, die Armut an Kindern zu beseitigen, die für die entwickelten Gesellschaften weltweit so typisch geworden ist und für die Verwerfungen in unseren Sozialsystemen an erster Stelle verantwortlich ist.

Dazu gibt es wieder verschiedene Fragestellungen. Wir haben in der Kommission beispielsweise diskutiert, ob der Mangel an eigenen Kindern durch die Einwanderung fremder Kinder behoben werden kann. Wir waren uns aber einig, Zuwanderung allein kann unser demographisches Problem nicht lösen, und zwar bei weitem nicht. Ich will auch sagen, warum: Wollte man den Bevölkerungsrückgang durch Zuwanderung vollständig ausgleichen, dann müsste im Jahre 2050 ein volles Drittel der Wohnbevölkerung Deutschlands aus dem Ausland gekommen sein oder von ausländischen Zuwandern abstammen. Das sind, wenn ich noch einigermaßen rechnen kann, zwischen 20 und 30 Millionen Menschen, um die es da geht.

Wer ein solches Konzept vertritt, der muss Zuwanderung in einer Größenordnung zulassen, die die Integrationskraft der in Deutschland ansässigen Bevölkerung um ein Vielfaches übersteigen würde. Und er würde, wenn man das Wort „Integration“ nur halbwegs ernst nimmt, Integrationskosten verursachen, deren Finanzierung überhaupt nicht mehr geschultert werden könnte. Nehmen Sie nur 20 Millionen Menschen und kalkulieren vorsichtig, dass die Integration eines einzelnen Menschen – soweit man sie in Geld beziffern kann – mindestens 5 000 Euro kostet. Dann sind wir schon bei 100 Milliarden Euro. Das ist eine gegriffene Zahl, aber Sie werden erkennen, wie riesig dieses Problem ist. Denn das, was bisher geschehen ist – da stimme ich mit Jürgen Rüttgers völlig überein -, verdient überhaupt nicht den Namen Integration.

(Beifall)

Man mag zu mehr Zuwanderung stehen, wie man will. Mehr Zuwanderung ist jedenfalls keine Lösung unserer demographischen Probleme.

Außerdem möchte ich davor warnen, allzu hohe Erwartungen in die Instrumente einer staatlichen Familienförderung zu setzen. Verstehen Sie mich da bitte nicht falsch: Ich will den Familien nichts

wegnehmen und ich plädiere auch nicht gegen, sondern entschieden für eine aktive Familienpolitik. Darin bin ich mit Arentz völlig einer Meinung. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Entscheidung eines Paares für Kinder nicht zu erheblichen materiellen Benachteiligungen gegenüber Paaren ohne Kinder führt. Aber die Formel „Je mehr Kindergeld, desto mehr Kinder!“ ist mir auch wieder zu simpel. Sie wird auch nicht aufgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir sind uns einig, dass wir zur Förderung von Familien gerne mehr tun würden, als es die öffentlichen Haushalte heute zulassen. Aber haben wir wirklich schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Dazu nur eine ganz allgemeine Bemerkung, von der Sie vielleicht überrascht sein werden: Als 1949 durch den Art. 6 unseres Grundgesetzes Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung gestellt wurden, war es für den Verfassungsgeber einfach nicht vorstellbar, dass Ehe und Familie eines Tages in der Zahl so dramatisch auseinander fallen könnten, wie das heute der Fall ist.

Ich kritisiere diese Entwicklung in keiner Weise, aber ich empfinde es als ein zunehmend uns bedrängendes Problem – jetzt hören Sie gut zu! –, dass wir uns heute aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Eheförderungs politik leisten müssen, wo doch die Konzentration aller Kräfte auf eine Familienförderungs politik dringend nötig wäre.

(Beifall)

Aber, wohlgermerkt, selbst wenn wir das Kindergeld verdoppeln würden und für jedes Kind einen Krippen- oder Hortplatz zur Verfügung stellen könnten, könnten wir immer noch durchaus nicht sicher sein, dass dann die Kinder geboren würden, die uns heute fehlen. Ich bin davon überzeugt, dass das eigentliche Problem – es ist natürlich auch Geld – eben nicht das fehlende Geld allein ist und es auch nicht die fehlenden Betreuungseinrichtungen sind. Vorrangig entscheidend in diesen Dingen ist nicht das Materielle; entscheidend ist ein geistiger Verarmungsprozess, der sich in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft ausgebreitet hat.

(Beifall)

Gegen diesen Verarmungsprozess müssen wir angehen. Wir leben in einer Gesellschaft, der weitgehend das Wissen davon abhanden gekommen ist, was Kinder bedeuten, dass Kinder unser Leben unendlich bereichern und beschenken. Kinder sind Entwicklung; sie bewahren uns vor Verkrustung und – was allerdings auch manchen Vater und manche Mutter belastet – Kinder tragen unsere Hoffnungen und geben uns die Chance, dass wir selber immer wieder neu anfangen können, immer wieder neu denken, immer wieder neu prüfen und immer wieder neu entscheiden können.

(Beifall)

Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft, auch deswegen.

(Beifall)

Nun ist es in unserem Lande ja so: Wer so redet wie ich gerade, dem wird sofort vorgeworfen und vorgehalten, er wolle unter dem Deckmantel vorgeblicher Altersweisheit – das steht mir zu; im Frühjahr werde ich 70 – die Frau wieder zu Küche, Kindern und Kirche zurückführen und er habe noch die gesellschaftspolitischen Leitbilder der 50er-Jahre im Kopf. Aber solche Vorwürfe halte ich spielend aus. Denn erstens bin ich neuerdings mit einer Nachfahrin des berühmten Götz von Berlichingen verheiratet

(Heiterkeit und Beifall)

und zweitens hat meine Feststellung, dass wieder mehr Kinder in Deutschland geboren werden müssen, zumindest den einen Vorzug für sich, dass sie nämlich logisch zwingend ist. Entweder wir Deutschen und wir Europäer entdecken die Lust zum Kind neu oder wir plagen uns weitere Jahrzehnte mit den Folgen einer vergeisenden Gesellschaft herum. Man kann sich aussuchen, was man lieber will.

(Beifall)

Weil das so ist, rufe ich heute – Sie wissen, dass ich zu solchen pathetischen Äußerungen schlecht geeignet bin – auf diesem Parteitag dazu auf: Gebt dieser Gesellschaft das Bewusstsein wieder zurück, was Kinder für jede Gesellschaft bedeuten! Das richtet sich nicht nur an den Staat und das richtet sich auch nicht nur an Parteitage. Das richtet sich an die Dichter, Schriftsteller und Filmemacher in unserem Land;

(Beifall)

das richtet sich an Journalisten und die Programmverantwortlichen in den Medien; das richtet sich an unsere Lehrerinnen und Lehrer, an die Wohnungsvermieter, an die Nachbarn von Kindergärten und an alle, die heute beim Anblick von Kindern griesgrämige Gesichter ziehen,

(Beifall)

auch angesichts der unbestreitbaren Tatsache, dass Kinder halt gelegentlich frech sind oder Lärm erzeugen. Das ist natürlich anders als in unserer Jugend, aber das muss hingegenommen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Zweiter Teil. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, war ich knapp elf Jahre. Ich war damals noch zu jung, um das ganze Ausmaß des Elends erfassen zu können, das die Nazis hinterlassen hatten. Aber ich kann mich noch sehr deutlich daran erinnern, dass meine eigenen Eltern und die Eltern aller meiner Schulkameraden von dem brennenden Wunsch geleitet waren, dass ihre Kinder es

einmal besser haben sollten. Wir, die wir heute 60 oder 70 Jahre alt sind, haben es in einem damals kaum vorstellbaren Ausmaß tatsächlich besser gehabt als die Generation unserer Eltern. Auch die Generation der heute 50- oder 40-Jährigen wird, aufs Ganze gesehen, keinen Grund zu der Klage haben, dass ihr wesentliche Lebenschancen vorenthalten seien.

Aber die Perspektiven haben sich in der Zwischenzeit eben auch schon wieder geändert. Heute wünschen Eltern, wenn sie realistisch sind, ihren Kindern vernünftigerweise nicht mehr, dass sie es einmal besser haben sollen als sie selbst; denn sie wissen, dass die Steigerungsraten des Wohlstands keine Endlosspirale darstellen. Die ganz Mutigen unter den heutigen Eltern formulieren vielleicht den Wunsch, ihre Kinder möchten es einmal fast genauso gut haben wie sie selbst. Aber viele stellen sich inzwischen die angstvolle Frage, ob die Lebenschancen der Jungen nicht zunehmend ernsthaft gefährdet sind, weil wir sie verfrühstücken.

(Beifall)

Immerhin ist es ja so: Die heute junge Generation erbt von der alten Generation nicht nur einen Berg von Staatsschulden; sie erbt auch immense Zahlungsverpflichtungen für die Alterseinkommen der Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung und für die Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Wir haben in unserer Kommission errechnen lassen, dass, wenn wir in dem jetzigen System mit den bestehenden Beitragssätzen so weitermachen, wir im Jahre 2040 oder spätestens im Jahre 2050 bei einer Belastung durch die Sozialbeiträge von über 60 Prozent angekommen sein werden. Wenn Sie dann noch andere Dinge, wie die Kindertagesstätten und Ähnliches, für die die öffentliche Hand einzustehen hat, hinzunehmen und wenn Sie darüber hinaus auch noch die Steuern berücksichtigen, dann sind wir an dem Idealzustand des Sozialismus angekommen, der da lautet: Die Leute sollen arbeiten und das Geld gleich beim Staat abliefern.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür gibt es ein alt hergebrachtes Wort; es heißt: Sklaverei.

(Beifall)

Daraus ergibt sich, dass das nicht geht.

(Beifall)

Denn Sklaverei ist nicht nur im Grundgesetz verboten, sondern auch in der jetzt neu entstehenden EU-Verfassung. Das können wir also nicht machen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Die neue Generation erbt weiterhin die Folgekosten des demographischen Wandels, nicht nur in Bezug auf die Alterssicherung, sondern auch in Bezug auf das Gesundheitswesen und die Pflege.

Die Finanzierung des medizinischen und vor allem des medizinisch-technischen Fortschritts tritt als weitere Problemverschärfung hinzu. Das Schlagwort von der Altenlast habe ich schon gelesen und gehört. Ich sage Ihnen: Das dürfen wir uns nicht leisten; das ist ein ganz böses, menschenverachtendes Wort.

(Beifall)

Meine nächste große Bitte lautet deshalb: Lassen wir uns nicht leichtfertig in einen Generationenkonflikt hineintreiben, der durch nichts gerechtfertigt ist. Dass es dabei Probleme gibt, das habe ich in unserer Kommission jeden Tag erleben können, das war auch gut und richtig so. Aber es möge um Gottes Willen keinen wirklichen Konflikt zwischen den Generationen geben.

Ich will die Kosten einer rapide alternden Gesellschaft, die schließlich von den Jungen getragen werden müssen, hier nicht klein reden. Aber es ist doch auch so: Wenn man eine Kostenrechnung aufmacht, dann muss gerechterweise auch eine Gewinnrechnung aufmachen. Da das so selten geschieht, will ich es hier tun. Ich tue das nicht als Abwehrmaßnahme gegen die Jungen – das wäre völliger Blödsinn –, sondern um, wie Goethe gesagt hätte, „die Fülle der Gesichte“ auf den Tisch zu bringen.

Keine Altersgruppe unserer Gesellschaft fällt der Fürsorge gegenwärtig so wenig zur Last wie die Rentner. 1,4 Prozent der Ruheständler sind auf Sozialhilfe angewiesen. Bei den unter siebenjährigen Kindern sind es über acht Prozent. Das ist schon ein bemerkenswerter Sachverhalt. Früher war das Alter ein großes Armutsrisiko. Heute ist es offensichtlich der Kinderreichtum.

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank werden in den nächsten Jahren von den Rentnern in Deutschland insgesamt 130 Milliarden Euro vererbt. Die Zahlen schwanken zwar; aber es steht fest: Es ist eine große Zahl. Diese 130 Milliarden Euro entsprechen etwas mehr als der Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes. Diese Summe gehört den Rentnern heute. Sie können dieses Geld aber gar nicht mehr konsumieren. Dieses Geld wird – wenn auch nicht dem Gleichheitssatz entsprechend – weitgehend ungeschmälert an Teile der jungen Generation vererbt werden. In diese Gewinn- und Verlustrechnung muss auch hineingerechnet werden – an einem Tag wie dem heutigen muss es ebenfalls erlaubt sein, das zu sagen –, dass die heute junge Generation von den inzwischen alt Gewordenen viel erhalten hat – ohne dafür etwas leisten zu müssen: Schule – kostenlos; Studium – überwiegend kostenlos; Berufsausbildung – überwiegend kostenlos. Es waren die heute Älteren, die Schulen, Betriebe und Universitäten aufgebaut und finanziert haben. Ich stelle ohne jeden Vorwurf und eigentlich mit Amüsement fest: Gerade die heute junge Generation hat das nicht all zu knapp ausgekostet; sonst müssten wir nicht über Studienzeiten und Ähnliches reden.

(Beifall)

Ich will hier keine Rechnung aufmachen und schon gar nichts gegen die junge Generation sagen, der wir wirklich eine verkorkste Gegenwart hinterlassen werden. Wir sollten uns vor einer schäbigen Debatte hüten, in der die Alten nur noch als Generation rücksichtsloser Schmarotzer hingestellt werden, die noch dazu ihre eigenen Kinder bestehen. Aber die, die selbst keine Kinder in die Welt gesetzt haben, bestehen natürlich die Kinder der anderen.

(Beifall)

Die betuchten Rentner, die sich auf Kreuzfahrtschiffen unter der südlichen Sonne die Zeit vertreiben und ihre Ersparnisse aufzehren, sind nicht der Normalfall des deutschen Durchschnittsrentners. Sie sind erst recht nicht jener Eckrentner – dieses wunderbare Wort habe ich erst in der Kommissionsarbeit kennen gelernt; es ist schlimmer als der Begriff „Eckzähne“ -

(Heiterkeit)

der jetzt im Westen netto 1 072 Euro und im Osten unseres Vaterlandes gerade einmal 941 Euro Rente bezieht. Gewiss, auch das ist noch keine Rente, die man schon als Altersarmut bezeichnen müsste. Aber als Trampolin für große Sprünge sind diese Renten weiß Gott nicht zu nutzen.

(Beifall)

Lassen wir bei solchen Gegenüberstellungen die Kirche im Dorf. Das ist das Beste, was man mit einer Kirche machen kann.

(Beifall)

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes besagen, dass im Jahr 2030 auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 71 Ruheständler kommen. Heute sind es nur etwa 44. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Sozialbeiträge bei über 60 Prozent lägen, wenn wir im bisherigen System weitermachen.

Was sagen solche Zahlen? Zunächst einmal: Sie legitimieren uns auf alle Fälle nicht automatisch zu der Behauptung, es sei von vornherein unmöglich, dass im Jahre 2030 etwa 100 Erwerbstätige für etwa 71 Ruheständler aufkommen könnten. Auch da muss man vorsichtig sein. Beispielsweise hat ein Bauer in Deutschland mit dem, was er produziert hat, im Jahr 1900 ungefähr vier Personen ernährt. Hätte man damals gesagt, in 100 Jahren muss ein Bauer 50 Personen ernähren, hätte man wohl erwidert: Dann müssen wir alle verhungern. Wir sind aber nicht verhungert, wie wir feststellen können. Heute ernährt ein Landwirt ungefähr 128 Menschen. Das wäre vor 100 Jahren undenkbar gewesen. Wir sollten uns also generell vor statistischen Argumenten hüten, die man jederzeit als Totschlagargumente bezeichnen kann.

Warum neigen wir bei allen unseren Überlegungen eigentlich überhaupt dazu, immer von den schlechtesten aller möglichen Annahmen auszugehen? Vielleicht gelingt es den heute noch

Jungen im Laufe ihres Arbeitslebens mit neuen Techniken und Dank einer besseren Bildung noch, die Produktivität ein neues Mal deutlich zu steigern. Ich bin nachdrücklich dafür, viel stärker, als wir es in diesem Zusammenhang erwarten möchten – bei uns wird alles in Schubladen aufgeteilt: hier die Sozialpolitik, da die Wirtschaftspolitik und dort die Steuerpolitik – die Wachstumschancen unseres Landes in den Mittelpunkt unserer politischen Betrachtungen zu stellen. Ich stimme mit der Bundesvorsitzenden völlig überein: Das ist das beherrschende Thema, auch wenn es darum geht, wie wir all das, was wir vorgeschlagen haben und heute hofentlich beschließen, bezahlen werden. Es wird diese Chancen geben, auch wenn wir sie heute noch nicht in allen Einzelheiten kennen und beschreiben können. Ich komme gleich darauf zurück.

Für den Augenblick sage ich nur so viel: Wir sollten alles daransetzen, die Last der Demographie auf die Generationen möglichst gleichmäßig zu verteilen. Vorhin habe ich versucht, der jungen Generation vorzurechnen, was die Alten alles für sie getan haben und weiter tun werden. Dennoch ist völlig klar: Die Misere, die wir ihr hinterlassen werden, wird sie unglaublich belasten. Diese Generation darf nicht die allein leidtragende einer solchen Entwicklung sein; zumal sie diese Entwicklung noch nicht einmal verursacht hat. Wer auf der anderen Seite morgen eine Rente bezieht, der darf das weiß Gott nicht mit der Vorstellung tun: Ich habe das alles bezahlt und infolgedessen will ich davon jetzt etwas haben. Das ist nicht der Gedanke, der einer Versicherung zugrunde liegt. So funktioniert ein Sozialsystem nicht.

Die Zeit wird also kommen – bei den Jungen läuft das automatisch -, in der man auch den Rentnern solidarische Opfer, zumindest ein solidarisches Opfer, abverlangen muss, weil es unfair wäre, nur die Jungen zu belasten. Man muss einfach sehen: Wir sind im Augenblick auf diesem Weg. Ich halte es durchaus für vertretbar, den heutigen Rentnern, die nichts oder fast nichts in die Pflegeversicherung eingezahlt haben, einen gewissen Sonderbeitrag zuzumuten. Auch das muss man ins Kalkül ziehen.

(Beifall)

Im Saal scheinen überwiegend Rentner zu sein.

(Heiterkeit)

Meine dritte und letzte Botschaft am heutigen Tag lautet – das habe ich bereits angekündigt: Wir müssen alles daransetzen, die mittlerweile seit Jahren andauernde Wachstumsschwäche unseres Landes zu überwinden.

Die Wirtschaftskraft und die soziale Leistungsfähigkeit eines Landes stehen eben, was auch immer die Gutmenschen behaupten mögen, in einem unlösbaren Zusammenhang zueinander. Es ist wahr: Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und die Idee der Gerechtigkeit und führt im Ergebnis zu volkswirtschaftlichen Verlusten. Umgekehrt gilt

eben auch: Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Ökonomie und wirtschaftliches Wachstum beraubt sich selbst ihres Fundaments und sägt damit an dem Ast, auf dem sie sitzt.

(Beifall)

Die gegenwärtige Bundesregierung – um sie wenigstens einmal zu erwähnen – trägt ein gerüteltes Maß an Mitverantwortung für die wirtschafts- und finanzpolitische Malaise, in der sich Deutschland befindet.

(Beifall)

Was in unserer Situation zu tun wäre, liegt auf der Hand. Aber es wird nicht getan, weil der Mut dazu fehlt und alte ideologische Positionen innerhalb der SPD nicht überwunden werden können, sondern für jeden, der sie anpackt, zur politischen Existenzfrage werden kann.

Wohlgemerkt: Ich werfe dem amtierenden Bundeskanzler nicht vor, dass er in den Medien den Eindruck höchster Geschäftigkeit erweckt. Das tun andere auch.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das Schlimme ist: Bei Licht betrachtet bewegt er damit nichts.

(Heiterkeit und Beifall)

Seine Regierung benimmt sich seit Jahren wie ein Angeklagter, der immer nur das zugibt, was man ihm gerade haarklein nachgewiesen hat und was er beim besten Willen nicht mehr bestreiten kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Deshalb wird der Bürger von dieser Regierung – das ist jetzt Ernst und kein Spaß mehr – nie erfahren, wie die Dinge wirklich stehen, welche Einschnitte tatsächlich notwendig sind und vor allem wo das absehbare Ende dieser Einschnitte ist. Das ist nach meiner Kenntnis von dem, was ein normaler Bürger in Deutschland denkt, das Entscheidende. Die Leute sagen Ja zu Opfern. Aber es ist zu billig, nur Opfer bei den anderen zu erwarten. Das gibt es selbstverständlich auch. Viele aber sind zu Opfern an sich und bei sich bereit, wenn sie wissen, dass nicht nächste Woche und die übernächste Woche wieder Opfer zu erwarten sind und es zudem 2004 ganz schlimm werden soll.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Das ist das Entscheidende. Wir haben in unserer Kommission die Empfehlungen von vornherein auf die kommenden 20 bis 30 Jahre angelegt. Wann es losgeht, wissen wir nicht. Es wird sich herausstellen, wann diese Partei in diesem Lande wieder regieren kann oder, wie ich vielleicht sagen sollte, regieren muss. Erst dann ist der Tag X gekommen, zu dem man die Zeitvorstellungen addieren muss.

Noch etwas anderes. Solange von jedem in Deutschland verdienten Euro rund 50 Cent durch die so genannten öffentlichen Hände gehen und gewissermaßen umverteilt werden, solange wird sich nennenswertes Wachstum nicht einstellen. Das ist so klar wie das Amen in der Kirche.

(Beifall)

Solange die Bruttolöhne mit 42 Prozent Sozialabgaben belastet werden, die nota bene gegenwärtig alle in den Preis eines Produktes oder einer Dienstleistung eingehen, solange dürfen wir uns nicht wundern, dass unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet ist.

(Beifall)

Solange wir uns ein so kompliziertes Steuerrecht leisten, sodass selbst ehrliche Steuerzahler ständig der Gefahr der Kriminalisierung ausgesetzt sind,

(Beifall)

solange brauchen wir uns über Steuergestaltung, Steuerhinterziehung und Einnahmeausfälle nicht den Kopf zu zerbrechen. Solange wir uns in Deutschland eine solche Flut von Gesetzen, Vorschriften und Verordnungen wie kaum ein anderer Staat leisten, muss es uns nicht verwundern, dass wir wirtschaftlich gesehen allmählich Schlusslicht in Europa sind. Es gibt nur eine Hoffnung, Herr Martens, dass die Europäer ihre Normproduktion in ganz Europa noch weiter steigern – sie sind nämlich um kein Haar besser – und dafür sorgen, dass die Normen in allen Ländern so wie hier in Deutschland vollzogen werden, dann könnte das eine gewisse Entlastung für uns Deutsche bedeuten.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn Sie dauernd so klatschen, dann werde ich nie fertig.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will mit Ihnen noch eine ganz kleine Rechenaufgabe machen. Wenn die deutsche Volkswirtschaft real nur um bescheidene zwei Prozent im Jahresdurchschnitt wachsen würde, dann wäre das Bruttoinlandsprodukt in gut drei Jahrzehnten – wiederum real – fast doppelt so hoch wie heute. Wir reden also nicht über ein völlig unerreichbares Ziel. Es muss nur richtig angegangen werden. Aber zwei Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes bedeuten jedes Jahr 40 Milliarden DM mehr in unserem Land, die immer wieder neu hinzukommen. Wenn der Staat davon nur 40 Prozent als Staatsquote in Anspruch nehmen würde – das halte ich für die richtige Quote –, dann wären das 16 bis 18 Milliarden DM. Jetzt rechnen Sie sich aus, wie leicht all das, was unserem Kommissionsbericht an Unfinanzierbarkeiten vorgehalten wird, zu finanzieren wäre. Es bräuhete noch nicht einmal den bekannten Ruck. Dafür würde eine mittelprächtige Anstrengung des deutschen Volkes ausreichen. Wir könnten das schaffen.

(Beifall)

Etwas Terminologisches. Sie haben von Angela Merkel heute das Kuchenbeispiel von Ludwig Erhard gehört. Ich verwende das seit mehreren Jahrzehnten. Es ist immer so: Wir streiten uns, wie der Kuchen verteilt wird. Dies war schon in meiner Kindheit mit meinem Bruder so. Jeder hat darauf geachtet, dass jeder von einem runden Obstkuchen die gleiche Gradzahl bekommen hat. Wenn einer zwei Grad mehr bekommen hat, dann war er fein raus; denn die Kuchenform meiner Mutter war nun einmal nicht größer.

So ist es aber in dieser Welt nicht. Wir selber tun bereits so, als ob wir keinen größeren Kuchen mehr backen könnten. Die entscheidende Frage ist doch nicht, sich um ein paar Gradminuten herumzustreiten. Das nennt man Verteilungspolitik. Wenn wir uns darauf beschränken und nicht mehr Wohlstands- und Wachstumspolitik mit der Folge betreiben, dass der Kuchen einen größeren Durchmesser hat – bei der Pizza gibt es das: *media, grande, grandissima* –,

(Heiterkeit und Beifall)

wenn wir uns das schon selber nicht mehr vorstellen können und zutrauen: Wie sollen wir das dann unseren Mitbürgern klar machen? Denken Sie also an den Kuchen.

Es war daher aus meiner Sicht völlig richtig, dass Angela Merkel nicht nur eine Reform der sozialen Sicherungssysteme auf den Weg gebracht hat, sondern dass sie darüber hinaus auch den Anstoß dazu gegeben hat, über eine Reform des Steuersystems nachzudenken.

Nur wenn wir uns im Steuerrecht und in vielen anderen Rechtsgebieten völlig neue Spielräume eröffnen, werden wir die sozialen Lasten schultern können, die auf uns zukommen werden. Die Steuerpolitik ist aber nicht der einzige Bereich, bei dem wir noch Anstrengungen vor uns haben, das gleiche gilt auch für die Sozialpolitik und die Wohlstandspolitik insgesamt.

In diesem Zusammenhang muss ich aber noch einen weiteren Punkt erwähnen. Es wird gegenwärtig eine Debatte darüber geführt, ab welchem Lebensalter man künftig in Rente gehen kann. Wir alle wissen, auch wenn es uns nicht passt: Es kann nicht so weitergehen, dass immer mehr Menschen immer früher Rente beziehen. Kein System der Alterssicherung kann das verkraften. Wir werden künftig also wieder länger arbeiten müssen.

Aber woher der Aberglaube kommt, dass zwangsläufig nur bei den alten Menschen, die kurz vor der Verrentung stehen, angesetzt werden müsse, werde ich wohl nie verstehen. Es besteht noch an einer anderen Stelle die Möglichkeit, anzusetzen, nämlich ganz am Anfang.

(Beifall)

Die Stichworte sind rasch aufgezählt: frühere Einschulung, Abkürzung der Schulzeit sowie Verkürzung der Studienzeiten. Damit muss eine entsprechende Entlastung von überflüssigen Lehrstoffen einhergehen; diese kann man sich nämlich aus dem Computer ziehen, wenn man sie braucht.

(Beifall)

Jeder von uns hat schon eine Sonntagsrede über lebenslanges Lernen gehalten. Aber dass sich das auf diese Weise auswirken könnte, daran denken wir zu wenig.

Über eine Straffung der Lerninhalte an Schulen und Hochschulen und eine Straffung der Erstausbildung zugunsten der berufsbegleitenden Weiterbildung ist schon diskutiert worden, als ich noch Kultusminister in Baden-Württemberg war. Das war von 1978 bis 1980. Ich stelle jetzt endlich die Frage – ich weiß nicht, wie lange ich hoffen kann, noch zu leben -: Warum setzen wir das nicht endlich um?

(Beifall)

Ich komme zum Schluss; ich hoffe, dass es ein nachdenklicher Schluss wird. Wenn die CDU morgen in die Regierungsverantwortung käme, dann hätte sie ein Erbe anzutreten, zu dem man ihr nicht gerade gratulieren könnte. Wenn zu den Beschlüssen dieses Parteitages und den Vorhaben des Jahres 2004, die Angela Merkel angekündigt hat, noch eine wirklich progressive und effektive Bildungspolitik dazukommen würde, dann könnte unsere Partei mit einem klaren Konzept für die wichtigsten Herausforderungen, die anzugehen sind, diese Aufgabe übernehmen. Zu diesen Herausforderungen zählen die Sozial- und Steuerpolitik, um zu mehr Wachstum zu kommen, und – ich sage es noch einmal – eine umfassende Bildungspolitik, die sich nicht nur mit der Frage beschäftigen darf, wie die Schulen finanziert und organisiert werden sollen. Außerdem müssen wir uns endlich dazu durchringen, Vorschriften abzuschaffen, seien es deutsche oder europäische.

(Beifall)

Wenn das geschafft ist, dann wissen die Menschen wieder, was sie von uns erwarten dürfen. Wir wissen wieder, was wir ihnen abverlangen müssen. Das ist nicht leicht. Man sollte es nicht leichtfertig machen, sondern im Bewusstsein dessen, was man Menschen zumutet. Vielen in der Kommission, die zu leiten ich die Ehre hatte, hat angesichts der Zumutungen das Herz geblutet; natürlich nur im übertragenen Sinne. Es ist nicht zu echten Blutungen im medizinischen Sinne gekommen. Aber, meine Damen und Herren, die Wahrheit geht vor. Die Kommission hat nicht versucht, sie zu verschweigen. Auch ich werde sie nicht verschweigen. Es hängt von Ihren Entscheidungen heute ab, ob ich mich so ruhig halten kann, wie ich mir das als Rentner wünsche. – Danke sehr.

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Herr Professor Herzog, ich möchte Ihnen im Namen aller, die an diesem Parteitag teilnehmen, von ganzem Herzen danken. Sie haben nicht vergessen, woher Sie kommen. Ich sage Ihnen: Sie gehören zu uns!

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Herzog. Auch ich hatte das Vergnügen, in der Kommission mitarbeiten zu dürfen. Die Art, wie Roman Herzog die Kommission geleitet hat – das merkt man auch daran, wie er hier heute seine Rede vorgetragen hat -, hat uns in die Lage versetzt, einem so schwierigen Thema wie der Reform unserer Sozialversicherungssysteme, die praktisch einer Revolution gleichkommt, gerecht zu werden. Wenn man bedenkt, wie die Konkurrenz, die Rürup-Kommission, gearbeitet hat, in der Indiskretion und gegenseitiges Beinchenstellen an der Tagesordnung waren, wird man ermessen können, wie viel wir Roman Herzog bei dieser Arbeit zu verdanken haben. Noch einmal ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Wir haben Meldung von einem weiteren Geburtstagskind bekommen. Frau Karin Wiedemann aus dem Landesverband Schleswig-Holstein, von dieser Stelle aus herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Rein statistisch gesehen müsste bei über 1 000 Delegierten noch ein drittes Geburtstagskind geben. – Ich habe es mir gedacht. Das dritte Geburtstagskind ist Dr. Görtz, ebenfalls aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Auch Ihnen alles Gute und Gottes Segen.

(Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 11 b:

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES DER CDU DEUTSCHLANDS
„DEUTSCHLAND FAIR ÄNDERN. EIN NEUER GENERATIONENVERTRAG FÜR UNSER LAND.“

in Verbindung mit TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS
LAURENZ MEYER

Ich gebe das Wort an unseren Generalsekretär Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Am 15. Juli 1949 wurden von der Union die Düsseldorfer Leitsätze zur Wirtschaftspolitik, der wirtschaftspolitische Ordnungsentwurf der CDU, beschlossen. Wenn diese damals nicht beschlossen worden wären, dann hätte die Geschichte der Bundesrepublik und insbesondere die Geschichte der CDU sicherlich einen anderen Verlauf genommen.

Es kam, wie wir alle wissen, zu einem Wirtschaftswunder. Eine ähnlich große Bedeutung wie der 15. Juli 1949 könnte der 1. Dezember 2003 haben. Wir brauchen neue Gründerjahre für Wachstum und Erfolg. Das ist die historische Bedeutung des jetzigen Parteitags.

Wo steht zurzeit unser Land bei der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung?

- Alle 15 Minuten geht ein Unternehmen in Deutschland in Konkurs.
- Die Abgabenlast liegt bei 55 Prozent.
- Die Nettoneuverschuldung ist drei Jahre hintereinander über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.
- Es gibt ein Minuswachstum.
- Deutschland ist unter Rot-Grün nur in einem einzigen Bereich Spitze in Europa, nämlich bei der Schwarzarbeit, die inzwischen bei 16 Prozent liegt. Das ist eine Zumutung für alle sozialen Sicherungssysteme, aber natürlich auch für die Steuerzahler und insbesondere für alle ehrlichen Menschen in Deutschland.
- Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung ist aufgebraucht.
- Die Nettoneuverschuldung ist in diesem Jahr auf einem Rekordniveau.

Man hat den Eindruck, dass der Bundesregierung die Finanzen und insbesondere die Schulden völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Die Bundesregierung hat jeden Überblick verloren und reagiert in Brüssel auch noch kleinkariert. Die taktischen Spielchen der Innenpolitik in Brüssel auszutragen und ein Werk wie den Euro zu gefährden, das über lange Jahre von ernsthaften Politikern aufgebaut worden ist, ist sträflich. Das darf man der Bundesregierung in der Öffentlichkeit nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

Mit 43 Milliarden Euro – ich sage das, damit wir uns das einmal plastisch vorstellen können – könnte man jedem Bundesbürger einen Urlaub auf Mallorca im Werte von über 500 Euro schenken.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist besonders besorgniserregend:

Die Arbeitslosigkeit lag dort im Oktober 2003 bei 17,3 Prozent. Sie ist damit mehr als doppelt so hoch wie die im Westen.

Es wandern immer mehr Menschen ab. Seit der Wende sind 820 000 Menschen abgewandert. Davon stammten allein 221 000 aus Sachsen, dem Bundesland, in dem wir uns momentan befinden.

Nach fünf Jahren Rot-Grün leidet unser Land. Es ist unter Schröder nicht wie versprochen besser, sondern schlechter geworden. Es ist unter den Sozialdemokraten in dieser Republik vor allen Dingen nicht gerechter, sondern ungerechter geworden.

(Beifall)

Es ist – das ist der wichtigste Punkt, um den wir uns kümmern müssen – Chaos eingetreten. Die Menschen wissen nicht mehr, was passieren wird. Wir brauchen wieder ein Stück Verlässlichkeit und Ehrlichkeit in der Politik, damit die Menschen Geld ausgeben und investieren. Bei einem Planungshorizont von nur noch fünf Monaten investiert kein Unternehmer in Deutschland. Das kann man sogar verstehen. Die Politik und auch die Bedingungen müssen sich ändern.

(Beifall)

90 Prozent der deutschen Manager sagen laut einer in den letzten Tagen veröffentlichten Allensbach-Umfrage, dass die Politik immer mehr zu einem Unsicherheitsfaktor werde. Kein Mensch und kein Unternehmen kann planen. Das liegt schlicht daran, dass es die Bundesregierung wirklich nicht kann. Das ist eine Gurkentruppe. Denken Sie nur an Herrn Stolpe mit seinen Mautausfällen und seinen Misserfolgen im Osten. Das, was dort geschieht, geht auf keine Kuhhaut. Sie können auch Herrn Trittin als Beispiel nehmen. Der Staatssekretär von Herrn Trittin erklärt vor protestierenden Arbeitern der Aluminiumindustrie, die Dosen produzieren, dass der Wegfall der Arbeitsplätze in ihrem Bereich politisch gewollt gewesen sei. Politisch gewollt! Ich finde es skandalös, dass dieser Mann noch im Amt ist. Wer Arbeitnehmern in Deutschland so etwas erklärt, der kann kein Mitglied der Bundesregierung sein.

(Beifall)

Ich denke, dass die Bundesregierung nur deshalb so viel vom Dosenpfand spricht, weil das Wort „Flaschenpfand“ für die Bundesregierung zu anzüglich ist. Dieses Wort würde zu sehr auf sie selber zurückfallen.

Nehmen wir als Beispiel Herrn Clement, der mit vielen Vorschusslorbeeren gestartet ist. Jetzt hört ihm noch nicht einmal seine eigene Partei zu, wenn er auf dem Parteitag gegen die Ausbildungsplatzabgabe spricht. Niemand will ihm mehr zuhören. Sein Standing in der SPD ist innerhalb eines Jahres dort angekommen, wo Herr Müller, sein Vorgänger, aufgehört hat. Herr Clement ist – leider Gottes – eine tragische, schwache Figur in der Regierung. Die Bundesregierung bräuchte einen starken und durchsetzungsfähigen Wirtschaftsminister.

Höchstens Herr Gerster hat so viel für Imagewerbung ausgegeben wie Herr Eichel. Eine Zeit lang hat das auch funktioniert. Aber auf Dauer lassen sich die Menschen in Deutschland nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik schlecht ist. Eichel ist der größte Schuldenmacher aller Zeiten, obwohl er sich als sparsamer Hans gerieren wollte. Das geht auf Dauer nicht gut.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf dem Bundesparteitag der SPD hat es einen bemerkenswerten Vorgang gegeben. Bundeskanzler Schröder hat den Delegierten auf dem SPD-Parteitag nicht vorgetragen, was ihm wenige Tage vorher der Sachverständigenrat, den er selbst und sein Wirtschaftsminister be-

auftragt hatten, mit auf den Weg gegeben hat. In dem Gutachten des Sachverständigenrates, der überwiegend nicht mit Experten besetzt ist, die der CDU nahe stehen, heißt es schwarz auf weiß – ich zitiere: „So führt die Umstellung des Finanzierungssystems in der gesetzlichen Krankenversicherung auf Pauschalprämien zu einer Beschäftigungszunahme von 2,4 bis 3,6 Prozent. Eine Bürgerversicherung dagegen ist mit einem deutlichen Beschäftigungsrückgang von bis zu 3 Prozent verbunden.“

Das bedeutet in Zahlen: Bei dem Modell, das wir heute vorgestellt haben, geht es um einen Arbeitsplatzzuwachs zwischen 900 000 und 1,4 Millionen. Die Bürgerversicherung würde zu einem Arbeitsplatzrückgang in Höhe von 1,25 Millionen führen. Schröder und seine Führungsmannschaft kannten diese Zahl und haben sie der Öffentlichkeit und den SPD-Parteitag delegierten nicht vorgetragen! Sie haben sehenden Auges die Bürgerversicherung mit beschlossen, und das, obwohl sie wussten, dass durch diese Beschlüsse, wenn sie umgesetzt würden, über eine Million Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen würden! Ich nenne das verantwortungslos! Schröder hat die Wähler vor der Wahl belogen und macht auf dem Parteitag seiner eigenen Partei genauso weiter.

(Beifall)

Wer so handelt, dem sind die menschlichen Schicksale der Arbeitslosen offenbar ziemlich egal. Wer so handelt, dem geht es nur um seinen eigenen Job und nichts anderes.

Die SPD, die immer so viel darauf gehalten hat, dass sie die eigentlich soziale Partei in Deutschland sei, ist durch ihre vielen Ungerechtigkeiten und die Maßnahmen, die die sozialen Probleme überhaupt nicht mehr in Betracht ziehen, ins Gerede gekommen.

Friedhelm Hengsbach, ein für uns völlig unverdächtig Mann, hat es kürzlich auf den Punkt gebracht. Härter als er kann man es auch nicht als CDU-Generalsekretär formulieren: „So hat noch kein Kanzler die sozial Schwachen abgebürstet, so schroff hat noch keiner die Leute gepeitscht.“ Das ist die Wahrheit in Deutschland im Jahr 2003 und der eigentliche Skandal ist, dass vor allem Rentner, Geringverdiener und sozial Schwache unter dieser sozialdemokratischen Regierung bluten müssen.

(Beifall)

Der Handlungsbedarf in Deutschland ist groß. Aber machen wir uns bitte nichts vor: Handlungsbedarf gäbe es auch, wenn es diese fünf Jahre rot-grüner Regierung nicht gegeben hätte. Wir müssen, wenn wir ehrlich sind, sagen, dass wir auch manches von dem ändern müssen, das in unserer Regierungszeit entstanden ist.

(Beifall)

Diese Ehrlichkeit ist vonnöten. Wenn wir nicht ehrlich sind, werden uns die Menschen nicht abnehmen, was wir sagen.

Die CDU ist gut gerüstet. Wir haben die besseren Konzepte und wir sind organisatorisch gut aufgestellt. Wir sind jederzeit wahlkampfbereit. Wenn die Regierung morgen das Handtuch wirft, können wir den Wahlkampf sofort aufnehmen.

Im Konrad-Adenauer-Haus haben wir dieses Jahr zusammen mit Roland Koch und Christian Wulff Wahlkampf geführt. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen Aspekt zu dem hinzufügen, was Angela Merkel vorhin gesagt hat, die die beiden Wahlsieger schon herausgestrichen hat. Ich halte es für den strategisch wichtigsten Punkt für die CDU, dass wir in diesem Jahr die Wahlen in Niedersachsen gewonnen haben, weil damit das ganze Gerede von den angeblich so klugen Südlichern und den angeblich doofen Nordlichern seine Grundlage verloren hat. Wir sind überall in Deutschland in der Lage, Wahlen zu gewinnen, nicht nur in Teilen Deutschlands.

(Beifall)

Mancher ganz im Süden der Republik hat seine Reden deswegen umschreiben müssen. Christian, Du hast uns mit deinem Sieg wirklich einen großen Gefallen getan. Das hätte für uns strategisch mittelfristig durchaus ein Problem sein können.

Wir haben uns aber auch ins Zeug gelegt, um der CSU zu helfen, dass die Bayern-Wahl so ausgeht, wie sie ausgegangen ist. Wir haben allesamt auch im Landtagswahlkampf der CSU mitgekämpft – das kann ich als Mitglied der Führungsmannschaft gut beurteilen. Der Glückwunsch, der für den Sieg der CSU ausgesprochen wurde, kam wirklich von Herzen.

Wir stehen auch im Jahr 2004 vor einem großen Wahljahr. Morgen, wenn wir auf unser Projekt „Bürgerpartei“ zu sprechen kommen, werden wir auch von anderen Projekten sprechen, die mittelfristig für die CDU Verbesserungen bringen. Das sind große organisatorische Projekte. Sie werden sehen, dass wir jetzt endlich Vorgaben für das haben, was man neudeutsch „Corporate Identity“ nennt und was dazu führen soll, dass die CDU durchgängig erkennbar ist.

Ein weiteres Großprojekt ist mit den Landesverbänden intensiv besprochen worden, nämlich das Kundenbeziehungsmanagement. Es geht um die Kontakte zu den Wählern und den Mitgliedern. Das werden wir mit den Landesverbänden und den Kreisverbänden zusammen angehen. Das wird das Dienstleistungsangebot der CDU ganz sicher revolutionieren. Ich lade Sie ein, sich am Stand der CDU über die Serviceleistungen der Bundesgeschäftsstelle auch im Hinblick auf den Europawahlkampf zu erkundigen.

Wir sind programmatisch und organisatorisch gut aufgestellt. Das ist das Werk von vielen. Ich möchte neben Herrn Professor Herzog auch denen danken, die in der Herzog-Kommission und im Projekt „Bürgerpartei“ als externe Experten mitgearbeitet haben und die zum Teil heute hier sind. Herzlichen Dank im Namen der gesamten Partei für die wertvollen Beiträge, die Sie geleistet haben.

(Beifall)

Ich möchte ganz besonders auch den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses danken. Herr Professor Herzog, Sie haben bis nachts um 3 Uhr durchgehalten, die Mitarbeiter haben aber zum Teil noch weitergearbeitet, damit wir morgens die Sitzung fortsetzen konnten. Das geht weit über die normale Motivation von Angestellten in einer Geschäftsstelle hinaus. Wir haben eine tolle Truppe im Konrad-Adenauer-Haus. Herzlichen Dank an alle, die da mitgemacht haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein persönliches Wort zu Willi Hausmann sagen, der gestern sein Amt als Bundesgeschäftsführer der CDU beendet hat, auch wenn Frau Merkel das schon getan hat. Ohne seinem Nachfolger zu nahe treten zu wollen, sage ich, dass ich es zutiefst bedauere, dass er aufhört. Wir haben sehr kameradschaftlich zusammengearbeitet und er hat mich mit offenen Armen aufgenommen, als ich kam. Willi Hausmann hat sich bei der Bewältigung der Krise im Jahr 2000 und danach wirklich um die CDU verdient gemacht. Wir haben ihm unglaublich viel zu verdanken.

(Beifall)

Im Konrad-Adenauer-Haus haben wir ihn besonders wegen seiner Art geschätzt, natürlich auch wegen seiner Kompetenz. Ich denke, dass wir auch in Zukunft den Kontakt zueinander nicht verlieren werden.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Herrn Dr. von Thadden. Er wird sicher mit offenen Armen so aufgenommen werden, wie ich aufgenommen worden bin, als ich ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen bin. Dort herrscht ein sehr gutes Klima, in dem man gut arbeiten kann.

Alles, was wir zurzeit beraten, haben wir das ganze Jahr über erarbeitet. Festgelegt worden sind die Ziele unmittelbar nach der Bundestagswahl im Jahr 2002. Damals haben sich die eben skizzierten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen schon abgezeichnet. Wer sein Land wirklich liebt, kann in einer solchen Situation nicht die Strategie einschlagen, die Lafontaine mit der SPD vor wenigen Jahren eingeschlagen hatte. Wir haben uns deshalb für dieses Jahr große programmatische Ziele für die Themenfelder Arbeitsmarkt, Steuern und soziale Sicherungssysteme gesetzt. Wir haben Ihnen auf dem jetzigen Parteitag dieses Arbeitsprogramm vorlegen können und wir können es auf diesem Parteitag zum Abschluss bringen.

Die gesamte Arbeit hat zwei Ziele: Wachstum und Arbeitsplätze. Wir unterwerfen unser ganzes Handeln nur der einzigen Frage: Was ist gut für Deutschland? Wir unterwerfen es nicht der Frage, was gut für die Partei oder für den Einzelnen ist.

(Beifall)

Ich mache Ihnen an einem kleinen Beispiel klar, wo die Unterschiede zu den Vorstellungen der Liberalen liegen. Die CDU als große Volkspartei hat die Lage immer anders zu sehen, als sie sie ei-

ne Klientelpartei wie die FDP sehen kann. Denken Sie nur an den Kündigungsschutz, den Angela Merkel vorhin angesprochen hat. Unsere Devise ist, dass niemand, der heute in Arbeit ist, in seinen Rechten, die er heute hat, beeinträchtigt werden darf. Es geht darum, Einstellungen und nicht Entlassungen möglich zu machen. Darin liegt der Unterschied zur FDP.

(Beifall)

Wir haben nach der Bundestagswahl einen Punkt beibehalten, den wir auch im Wahlkampf immer betont haben. Wir haben im Bundestagswahlkampf immer von 3 x 40 gesprochen. Es handelt sich dabei um eine Anregung aus der CSU und bedeutet, dass wir die Sozialversicherungsabgaben mittelfristig deutlich unter 40 Prozent, die Staatsquote auf unter 40 Prozent und die Steuern dauerhaft und deutlich unter 40 Prozent drücken wollen.

Wer Wachstum und Arbeitsplätze will, muss sich an dieser Größenordnung orientieren. Wir werden das Ziel bei den Steuern mit den Vorschlägen, die morgen diskutiert werden, erreichen. Wir werden das Ziel auch bei den sozialen Sicherungssystemen erreichen. Wir werden es aber dann nicht erreichen, wenn wir alles so lassen, wie es jetzt ist. Die Situation wird uns sonst aus dem Ruder laufen.

Wir wissen, dass wir den Menschen im Bereich der Eigenvorsorge mehr zumuten müssen. Deshalb gehören Steuern und soziale Sicherungssysteme auch zusammen. Das ist ein Paket, und ich bitte doch darum, das in der Diskussion nicht immer wieder getrennt zu sehen. Den Menschen draußen ist es doch völlig egal, ob ihnen das Geld durch Steuern oder durch Sozialabgaben abgenommen wird. Es interessiert sie der Blick ins Portemonnaie, es interessiert sie, ob sie hinterher mehr darin haben, wie es bei uns regelmäßig der Fall war, oder jedes Jahr weniger, wie es jetzt bei dieser Regierung der Fall ist. Das ist die spannende Frage für die Menschen.

(Beifall)

Die Frage lautet: Wie geht es ihnen insgesamt, bei wem geht es ihnen besser, und vor allem: Geht es ihren Kindern besser?

Auch für die Steuern gibt es einen ganz einfachen Lehrsatz: Die Menschen draußen wissen – davon bin ich überzeugt – selbst am besten, was sie mit ihrem Geld anzufangen haben, nicht der Staat, der alles lenken und leiten und der durch Steuern steuern will. Deswegen: weg mit diesen ganzen Gestaltungsmöglichkeiten und dafür runter mit den Steuersätzen! Das Konzept von Friedrich Merz mit der Transparenz und der radikalen Vereinfachung ist genau das, was wir brauchen, was wir auch als Pendant, als Gegenstück zu den Reformen in den sozialen Sicherungssystemen brauchen.

Nach diesem System zahlen eben die Bezieher kleiner Einkommen in Zukunft keine Steuern mehr, insbesondere dann, wenn sie Kinder haben. Wenn in Zukunft eine Familie mit zwei Kindern

33 000 Euro verdient, zahlt sie keine Steuern mehr. Das ist doch nun wirklich – auch im Zusammenhang mit den Fragen der Versteuerung des Arbeitgeberanteils, die wir in den sozialen Sicherungssystemen haben – eine wichtige Botschaft: Die zahlen dann eben keine Steuern auf den Arbeitgeberanteil, während andere mit etwas höheren Einkommen Steuern zahlen würden.

Das zeigt: Wir wollen bei den wirklich Kleinsten ansetzen, nämlich bei den Kindern, und wir bekennen uns auch zu einem Schlagwort, das in Deutschland lange verpönt war, zum Stichwort „Bevölkerungspolitik“. Wir wissen, dass wir die anstehenden Probleme allein mit mehr Kindern nicht werden lösen können, aber ein Zuwachs an Kindern kann einen Beitrag gegen die Alterung unserer Gesellschaft leisten. Ich finde, es war toll und hat sich ja auch als Riesenerfolg erwiesen, dass Angela Merkel zu Beginn des Jahres Roman Herzog gebeten hat, dieses Thema mutig und ohne Scheuklappen anzugehen. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Wir wollten bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme erreichen, dass die Sozialabgaben insgesamt unter 40 Prozent liegen. Wir wollten erreichen – und das vor allen Dingen dauerhaft –, dass die Abkopplung von den Arbeitskosten zu Teilen geschafft werden kann. Wer heute noch davon redet, man könne da nichts tun und könne alles weiterlaufen lassen und man dürfe der Bevölkerung nicht zuviel zumuten, der macht einen riesigen Fehler. Denn wenn wir dann, wenn wir in den Systemen bleiben, hinterher Steigerungsraten auf 55 Prozent Sozialkosten haben und wenn wir dann noch 25 Prozent Steuern draufrechnen, also 80 Prozent Abgaben an Steuern und Sozialkosten haben, dann wird kein Mensch in Deutschland mehr ordentlicher Arbeit nachgehen, dann wird Schwarzarbeit noch mehr boomen als heute. Wo sollen denn dann die Leistungsanreize für den Einzelnen stecken? Deswegen müssen wir herunter mit Steuern und mit Abgaben, damit es mit Deutschland wieder aufwärts geht.

(Beifall)

Deshalb sind wir bei Gesundheit und Pflege zu einem Systemwechsel gekommen. Denn einen Fehler dürfen wir nicht wiederholen: Wir haben bei der Rente vor etlichen Jahren auch ganz grundsätzlich diskutiert und haben hinterher von Reformen Abstand genommen; Die Rente war sicher. Es hat sich nun herausgestellt, dass heute grundlegende Reformen in diesem System nicht mehr möglich sind, ein Systemwechsel nicht mehr möglich ist. Es geht nur noch darum, wie man die Rente mit immer steigenden Beiträgen noch so halten kann, dass für die Zukunft auch wirklich noch ein Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet ist. Die Kosten der Umstellung auf ein neues System, auf ein anderes System wären wegen der vielen Vorleistungen, die im jetzigen System stecken, von keiner Regierung der Welt zu bezahlen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir müssen deshalb weg von den Illusionen, die sich der eine oder andere von uns gemacht hat, dass es ohne wirklich echte Veränderungen gehen kann. Wer jetzt nicht handelt, gefährdet dauerhaft den Wohlstand in Deutschland. Veränderungen müssen sein. Allerdings müssen die Menschen den Sinn erkennen, der hinter den Reformen steckt, und sie sollen sehen, dass es gerecht zugeht.

Jetzt möchte ich Ihnen ganz klipp und klar sagen, dass ich nach der Beschäftigung mit dem Gesundheitssystem das, was in diesem System heute im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung stattfindet, sozialpolitisch für einen riesigen Skandal halte. Zurzeit werden rund 40 Milliarden Euro im System umverteilt, weil eine schmale Gruppe von Arbeitnehmern, nämlich die, die etwa zwischen 2 000 und 3 500 Euro verdienen, den gesamten Sozialausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung und dazu noch den Familienlastenausgleich tragen müssen.

Norbert Blüm, ich sage es einmal ganz deutlich: Das ist heute der sozialpolitische Skandal, dass ausschließlich diejenigen, von denen wir in den Sonntagsreden immer sprechen, diejenigen, die für die Zukunft etwas leisten sollen, die gut ausgebildeten Facharbeiter und die gut qualifizierten Angestellten, dass allein die in unserem System der gesetzlichen Krankenversicherung den Sozialausgleich und den Familienlastenausgleich für die Kinder und die nicht verdienenden Ehefrauen tragen müssen. Das ist sozialpolitisch ein Skandal, und das werden wir nur korrigieren können, wenn wir den Sozialausgleich und den Familienlastenausgleich in Zukunft über das Steuersystem regeln, damit Politiker, Beamte, Freiberufler und Bezieher höherer Einkommen auch mit zu diesem Ausgleich beitragen.

(Beifall)

Es wird dann immer wieder gesagt, bei der Gesundheitsprämie werde der Konzernchef in einem Unternehmen genauso viel zahlen wie seine Sekretärin. Das ist doch nun hanebüchener Unsinn. Der Konzernchef ist im Zweifel privat versichert. Er trägt überhaupt nicht zum Solidarausgleich bei. Seine Sekretärin hingegen ist vielleicht schon in den Kategorien des Einkommens, in denen sie den Familienlastenausgleich und den Sozialausgleich für die Bezieher kleiner Einkommen und für die kleinen Rentner mit finanzieren muss. Es ist also so, dass der viel zitierte Konzernchef, der immer wieder in den Reden zum Beispiel des Kollegen Seehofer auftaucht, überhaupt erstmalig mit in das System einzahlen würde, wenn wir das System so umstellen, wie wir es hier heute vorschlagen.

Es ist das Steuersystem, in das jeder nach seiner Leistungsfähigkeit und seinem Familienstand einzahlt. Deshalb ist der Ausgleich über das Steuersystem eindeutig der sozialere und gerechtere. In unserem Konzept tragen starke Schultern mehr als schwache, und genau so soll es sein.

Liebe Freunde, in unseren Anträgen stecken vier Leitideen. Die erste ist Verlässlichkeit, Verlässlichkeit auch wieder für die Rentner, das Vertrauen schaffen, dass sie nicht zum Spielball des Finanzministers werden, und Verlässlichkeit auch für die Jungen. Fragen Sie doch einmal junge Leute unter 30, welchen Sinn sie im derzeitigen Rentensystem noch sehen, ob das Rentensystem, das wir zurzeit haben, eine irgendwie geartete Relevanz für sie und ihre Zukunft hat. Deshalb müssen wir Vorschläge machen, die über unsere eigene Pensionsgrenze hinausgehen, die an die Jungen denken, die auch über 2030 hinausgehen und eine Perspektive aufbauen, die man weiter verfolgen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite Stichwort schließt sich unmittelbar an: Generationengerechtigkeit. Wir müssen die kleiner werdende Zahl von Beitragszahlern und die immer größer werdende Zahl von Leistungsempfängern miteinander in ein vernünftiges Verhältnis der Belastungen bringen. Die junge Generation darf dabei wirklich nicht stärker belastet werden, als die ältere Generation zu tragen bereit ist.

(Vereinzelt Beifall)

Nachdem es zu Beginn des Sommers ja ein paar Irritationen gab, habe ich mich auch gefreut, dass es in der Partei gemeinsame Auftritte von Otto Wulff und Philipp Mißfelder gegeben hat. Das war die richtige Botschaft, die wir als CDU aussenden müssen: dass wir uns auch in der Struktur unserer Partei gemeinsam auf den Generationenpakt verständigen und dass wir Herausforderungen gemeinsam schultern. Wegstehlen gilt nämlich nicht. Alle müssen mitmachen, dann wird es auch klappen.

Drittens geht es um den Vorrang für Familien und Kinder. Dieser Punkt hat in unseren Diskussionen der letzten Monate eine große Rolle gespielt. Dieses Thema muss als Querschnittsthema im nächsten Jahr weiterverfolgt werden. Im Herbst 1999 haben wir auf einem kleinen Parteitag ein Programm zur Familienpolitik verabschiedet, das unter den damaligen Umständen leider etwas untergegangen ist. Wir haben uns darauf verständigt und beschlossen, dass wir bereit sind, verschiedene Lebensmodelle zu akzeptieren, die Frauen und Männer in Familien und mit Kindern haben können. Wir müssen klipp und klar zum Ausdruck bringen: Es ist nicht Aufgabe von Politik, die Lebensentwürfe von Menschen zu gestalten, den Menschen durch Lenkungsmaßnahmen beizubringen, dass sie für die Zeit der Kindererziehung zu Hause zu bleiben hätten bzw. arbeiten zu gehen hätten. Politik hat vielmehr beide Möglichkeiten zu öffnen, hat grundsätzlich zu ermöglichen, sich frei zu entscheiden. Das ist die Kernfrage.

(Beifall)

Das Schlimmste, was ich in diesem Zusammenhang gehört habe – allein deswegen hätte mein Konkurrent von der SPD nicht wiedergewählt werden dürfen –, war das Unwort von der Lufthoheit über den Kinderbetten. Wer eine solche Einstellung hat, gehört nicht an verantwortlicher Stelle in die Politik. Das ist meine feste Überzeugung. Eine solche Einstellung wollen wir zumindest nicht.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben die Familie überall in den Mittelpunkt gestellt, so zum Beispiel in dem Steuerkonzept von Friedrich Merz mit dem Steuerfreibetrag von 8 000 Euro pro Familienmitglied. Wir haben sie bei der Krankenkasse in den Mittelpunkt gestellt: Die Kinderbeiträge sollen direkt vom Steuerzahler übernommen werden; sie sollen im System nicht mehr von den Arbeitnehmern geschultert werden müssen. Wir haben die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung

verbessert. Wir haben sie gegenüber dem heutigen Zustand verdoppelt, weil wir die Unabhängigkeit von Frauen fördern wollen. Die Frauen sollen für die Zukunft eine eigenständige Altersversorgung aufbauen können und nicht mehr ausschließlich über die Witwenrente von den Männern abhängig sein. Wir haben Beitragszuschüsse bei Rente und bei Pflege vorgesehen. Wir wollen damit einen Beitrag zu einem besseren Klima für Kinder und zu einer besseren materiellen Verträglichkeit auch von Kindererziehung leisten, damit die Eltern eine wirkliche Wahlmöglichkeit bezüglich der Lebensentwürfe erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Viertens geht es schließlich um mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Grund für unsere Wachstumsschwäche und die Massenarbeitslosigkeit sind die hohen Sozialversicherungsbeiträge. Durch unsere Vorschläge wird die Summe der Beitragssätze, die an die Arbeitslöhne gebunden sind, bis 2030 auf gut 25 Prozent reduziert. Wir wollen die Abkoppelung der Krankenversicherungs- und Pflegekosten von den Arbeitskosten und eine radikale Vereinfachung des Steuersystems. Das sind gewissermaßen zwei Zündstufen für die Beschäftigungsrakete.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die SPD hat einen Fehler gemacht, aus dem wir gelernt haben. Schröder hat von der Regierung her versucht – damit ist er gescheitert, wie wir auf dem letzten Parteitag gesehen haben –, der Partei ein Konzept überzustülpen. Das haben wir in den letzten Monaten ganz bewusst nicht getan. Wir wollten die kontroverse Diskussion in der Partei. Das Ergebnis der vielen Gespräche, der Regionalkonferenzen, der Veranstaltungen in den Kreisen und in den Landesverbänden hat sich wirklich als gut erwiesen. Was Ihnen heute vorliegt, ist eine echte Weiterentwicklung, eine echte Verbesserung der Vorschläge, die von der Herzog-Kommission zuvor unterbreitet wurden.

Im Bereich Gesundheit schlagen wir den Umstieg nicht erst innerhalb von zehn Jahren, sondern zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Wir wollen, dass zum Zeitpunkt der Umstellung und in den folgenden vier Jahren keiner gegenüber dem heutigen Zustand schlechter gestellt wird. Das ist sicher das, was man als Maximum im Hinblick auf den Umstellungszeitpunkt bei einem System erbringen kann, das einige für so gut halten, dass es wirklich möglichst lange unter seinen Bedingungen beibehalten werden sollte. Nach den ersten vier Jahren sind Prämien in Höhe von maximal 15 Prozent des Einkommens vorgesehen. Auch das ist sozial verträglich, denn die Versicherungsprämien sind ja heute schon bei dieser Größenordnung angekommen. Die Kinder sind in unserem System beitragsfrei mitversichert. Für sie wird an die Krankenversicherung eine Prämie gezahlt, die direkt vom Steuerzahler gedeckt wird. Der Finanzbedarf wird zu guten Teilen dadurch erbracht, dass wir die Arbeitgeberbeiträge auszahlen und versteuern. Das ist in dem Steuerkonzept von Friedrich Merz im Übrigen berücksichtigt. Insofern ist die Kritik, es sei hier

keine Verzahnung vorgenommen worden, nicht berechtigt. Wir können vielmehr sagen, dass dies berücksichtigt ist. In den Steuervorschlägen sind rund 17 bis 18 Milliarden Euro für die Gegenfinanzierung der Sozialausgleichsmaßnahmen enthalten.

Der Sachverständigenrat hat, wie ich eben schon gesagt habe, uns mit auf den Weg gegeben, dass durch unsere Vorschläge rund eine Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen würden. Das macht 20 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen und 19 Milliarden Euro mehr an Kaufkraft in der Hand der Arbeitnehmer. Wir können wirklich sagen: Das, was wir hier tun, hat den Hintergrund, dass Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gestärkt werden.

Liebe Freunde, wir wollen auch im Bereich der Pflege den Umstieg zu einem früheren Zeitpunkt, als es bisher vorgesehen war. Von Seiten der Antragskommission wird Ihnen deshalb vorgeschlagen, auch im Bereich der Pflege – ebenso wie im Gesundheitsbereich – die Umstellung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzunehmen und dabei die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Umstellung im Gesundheitsbereich zu berücksichtigen. Wir holen damit etwas nach, was ursprünglich schon Norbert Blüm damals bei der Einführung der Pflegeversicherung vorgesehen hatte. Es ist damals nur leider nicht dazu gekommen, dass eine private Versicherung für die Pflege eingeführt werden konnte. Es musste dann auf jene Pflegeversicherung eingegangen werden. Ich weiß, dass Norbert Blüm kurz vor der Entscheidung seinerzeit auch für die private Lösung im Pflegebereich gewesen ist.

(Zuruf)

– Ist das nicht der Fall? Damals hast du es mir so gesagt, Norbert. Du hast gesagt, das sei nur an den privaten Versicherungen gescheitert, aber nicht an dir.

Liebe Freunde, wir wollen an diesen zwei Tagen gemeinsam etwas schaffen, worauf wir dann mit unserer Politik aufbauen können. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten wirklich gerungen, bis wir zu den vorliegenden Ergebnissen gekommen sind. Wir machen Schluss mit dem ewigen Fingerzeigen auf andere und den nicht enden wollenden Zuweisungen des schwarzen Peters. Wir sagen, wo die Probleme sind. Wir haben dabei auch ein Stück unpopuläre Ehrlichkeit nicht gescheut,

(Vereinzelt Beifall)

und zwar deshalb, weil kein Mensch in Deutschland mehr glaubt, dass die Wirtschaftsschwäche ausschließlich an irgendwelchen anderen und der Entwicklung in anderen Ländern liegt. Jeder weiß, die gegenwärtige Krise in Deutschland ist hausgemacht und sonst nichts. Wir müssen selber an dieses Problem heran.

(Beifall)

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, die CDU war es, die die ganzen Jahre hindurch unter Adenauer und Erhard den deutschen Sozialstaat gegründet hat. Das Tarifvertragsgesetz, der

Kündigungsschutz, das Mutterschutzgesetz, die Betriebsverfassung, das Kindergeld, die Sozialhilfe und das Wohngeld – das alles ist zwischen 1949 und 1966 auf den Weg gebracht worden.

In den 80er-Jahren hat Heiner Geißler dann mit Menschen zu tun gehabt, die sich der neuen Politik, die er angeregt hat, verweigert haben, weil es auch ein Bruch mit Althergebrachtem war, als er von der „neuen sozialen Frage“ gesprochen hat. Damals ging es darum, die Interessen der Menschen gegen organisierte Gruppeninteressen zu verteidigen. Wir haben den Sozialstaat neuen Anforderungen angepasst.

Unter Helmut Kohl und Norbert Blüm sind in schwierigen Zeiten Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Rentenansprüche für Erziehungszeiten und Pflegeversicherung eingebracht und beschlossen worden.

Alles das würde es ohne uns nicht geben. Wir waren immer diejenigen, die sich gegen die beharrenden Kräfte, die es auch immer gab, durchgesetzt haben. Deshalb müssen wir jetzt die Kraft finden, in diesem Jahrzehnt den deutschen Sozialstaat neu zu begründen und zukunftsfest zu machen. Das wollen wir mit den vorgelegten Reformkonzepten erreichen.

Wir sind die einzige Partei im Wettstreit, die über ein Gesamtkonzept verfügt. Alle anderen Parteien – ob Konkurrent oder Schwester – können lediglich Einzelkonzepte vorweisen. Deshalb glaube ich: Wir können sehr selbstbewusst in die Auseinandersetzung der Parteien gehen. Wir haben gearbeitet und etwas zustande gebracht, das die anderen – noch nicht einmal jene, die in der Regierung sind – nicht zustande gebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, zurzeit reden alle von Patriotismus. Selbst der Bundeskanzler hat das Thema für sich entdeckt. Als Sie, Angela Merkel, in Ihrer Rede vorhin darauf hingewiesen haben, Patriotismus bedeute für den Bundeskanzler nur, für seine Politik zu stimmen, habe ich gedacht: „Der muss irgendetwas verwechselt haben, vielleicht Patriot mit Idiot? Sonst kann man doch für diese Art Politik gar nicht sein.“

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Für uns gehören die Patriotismusdebatte dieses Herbstes und die Reformdebatte unmittelbar zusammen. Wir wollen etwas tun für dieses Land, in dem wir leben und das wir lieben. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass es den Menschen in der Zukunft besser geht. Wir wollen unser Land erneuern, damit die Menschen Zukunft haben. Wer wie wir das aus einer patriotischen Gesinnung heraus tut, für den ist Patriotismus Antrieb für politisches Handeln. Patrioten packen Zukunftsprobleme an. Genau das haben wir getan.

Populismus dagegen ist ein gespenstischer Ratgeber. Er verleitet zum Verharren, weil die Menschen bei Veränderungen immer erst skeptisch sind. Deshalb ist es eine Führungsfrage und eine Frage der Verantwortung vor unserem Land, den Menschen auch unbequeme Wahrheiten zu sagen und sie von der Notwendigkeit von Veränderungen zu überzeugen.

Morgen Nachmittag, wenn wir unseren Parteitag mit der Nationalhymne beenden werden, müssen wir den Hebel umlegen. Wir müssen dann – das meine ich mit Führungsaufgabe – in das Land gehen und in den Orts- und Kreisverbänden optimistisch um Zustimmung werben. Lasst uns diese Verantwortung gemeinsam annehmen! Deutschland kann mehr. Und wir werden es beweisen!
– Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Laurenz Meyer, für die Arbeit als Generalsekretär, die Sie mit Schwung und Elan machen.

Ich rufe im Rahmen von TAGESORDNUNGSPUNKT 11 b – Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land“ – auf:

AUSSPRACHE UND BESCHLUSSFASSUNG

Meine Damen und Herren, Sie finden diesen Antrag und die dazu gestellten Ergänzungs- und Änderungsanträge in Band I der Sammlung der Anträge auf den Seiten 1 bis 189; sie tragen den Kennbuchstaben A.

Lassen Sie mich dazu noch Folgendes sagen: Ziel der heutigen Verhandlung ist es, bis zum Beginn des Sachsenabends – dessen Anfang ist dehnbar – diesen Antrag zu diskutieren und zu verabschieden. Insofern empfehle ich, in der kommenden Diskussion darauf zu verzichten, bereits Gesagtes mehrfach zu wiederholen.

Zuerst führen wir eine allgemeine Aussprache durch und danach kommen wir zu den Einzelanträgen. Ich habe bereits eine Vielzahl von Wortmeldungen vorliegen, von denen ich annehme, dass sie sich alle auf die allgemeine Aussprache beziehen, obwohl der eine oder andere Stichwörter wie „Gesundheitsprämie“ auf seine Wortmeldezettel geschrieben hat. Sollte der Beitrag also nicht zur allgemeinen Aussprache sein, muss das beim Aufruf des Redners oder der Rednerin entsprechend gesagt werden.

Bis jetzt haben sich gemeldet: Peter Müller, Ursula von der Leyen, Karl-Josef Laumann, Andreas Storm, Maria Böhmer, Gerald Weiß, Norbert Blüm, Regina Görner, Annette Widmann-Mauz und Dr. Günter Krings.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Ersten dem saarländischen Ministerpräsidenten, Peter Müller, das Wort.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Manchem von Ihnen ist es heute Morgen oder im Laufe des Tages sicher so ergangen wie mir: Es kommt der eine oder andere Journalist – es sind ja durchaus einige Vertreter dieser Zunft anwesend – und fragt: „Wieso steht bei diesem Parteitag das Thema Patriotismus nicht auf der Tagesordnung?“ – Ich finde, das ist die falsche Fragestellung. Dieser Parteitag ist ein Parteitag, der sich in allen seinen Tagesordnungspunkten – auch bei dem jetzt behandelten – mit dem Thema Patriotismus beschäftigt. Denn wenn man in einer Zeit dramatischer Veränderungen der demographischen Entwicklung die Zukunft unseres Sozialstaates beschreibt, nimmt man damit patriotische Verantwortung wahr. Roman Herzog, der an diesem Thema für uns gearbeitet hat, und zwar weit über das hinaus gehend, was man eigentlich von ihm verlangen kann, hat sich – auch mit seiner heutigen Rede – als wahrer Patriot gezeigt.

(Beifall)

Gestatten Sie mir im Übrigen noch diese eine Randbemerkung: Das Thema Patriotismus hat in der Vergangenheit bei allen Parteitagen der CDU auf der Tagesordnung gestanden und dies ist auch heute wieder der Fall. Wir haben dieses Thema immer behandelt, spätestens wenn wir am Ende des Parteitages gemeinsam miteinander die Nationalhymne gesungen haben. Das ist unser Bekenntnis zu diesem Land. Deshalb ist die CDU die Partei des Patriotismus. Wir haben die Nationalhymne auch dann gesungen, als andere uns gesagt haben: „Das ist reaktionär, das ist re-vanchistisch.“ – Nein, wir lieben unser Land und bekennen uns auch dazu.

So wie die CDU die Partei des Patriotismus ist, ist sie auch die Partei des Sozialstaates. Gerade in der heutigen Zeit muss einmal daran erinnert werden: Wer hat denn diesen Sozialstaat geformt? Wer hat denn diesen Sozialstaat zu dem gemacht, was er heute ist und von dem aus er heute weiterentwickelt werden muss? Alle großen Sozialgesetze und alle großen Sozialreformen in der Bundesrepublik Deutschland sind das Werk christlicher Demokraten, sind das Werk christdemokratisch geführter Bundesregierungen. Der Sozialstaat in Deutschland ist das Werk der CDU. Die CDU ist die Partei des Sozialstaates und wird dies auch in Zukunft bleiben. Wir brauchen keine Belehrungen, wir haben keinen Nachholbedarf. Wir brauchen Belehrungen nicht von der SPD, wir brauchen sie nicht von den Grünen, wir brauchen sie nicht vom DGB. Und wir brauchen Belehrungen auch nicht von der CSU. Die CSU ist nicht das soziale Gewissen der CDU. Die soziale Gerechtigkeit ist bei uns genauso gut aufgehoben wie bei unserer Schwesterpartei.

(Beifall)

Natürlich muss sich dieser Sozialstaat veränderten Bedingungen anpassen. Natürlich müssen wir Antwort geben auf die Dramatik der demographischen Entwicklungen. Das tun wir mit dem Leitantrag, der hier vorgelegt ist. Ich glaube, dass dies ein Schritt zur Wiedergewinnung der Regierungsverantwortung auf Bundesebene ist. Wir könnten es uns ja einfach machen und uns in der jetzigen Situation darauf beschränken, die Unzufriedenheit mit dem Gestümpere dieser Bundesregierung wahlpolitisch für uns zu nutzen und zu warten, bis uns die Regierungsverantwortung wie eine reife Frucht in den Schoß fällt.

Das tun wir nicht. Wir führen die Debatten um die Zukunft des Sozialstaates. Das sind auch unangenehme Debatten. Roman Herzog hat davon gesprochen, dass manchem in der Kommission das Herz geblutet habe. Ich finde, es spricht für die Union, dass wir nicht den einfachen Weg gehen, sondern dass wir uns der Modernisierung des Sozialstaates stellen und diese Debatte führen, egal ob wir in der Regierungsverantwortung oder in der Opposition sind.

(Beifall)

Das Prinzip der sozialen Symmetrie wird im Leitantrag deutlich; es wird ebenfalls in den Ergänzungsanträgen deutlich, die wir heute zu beraten haben. Das Folgende sage ich auch und gerade mit Blick auf das Thema Gesundheitsprämie: Sozial ist, was Arbeit schafft. Unser Problem in der Bundesrepublik Deutschland ist doch nicht, dass wir zu wenig Arbeit hätten; unser Problem ist, dass die Preise, zu denen Arbeit angeboten wird und angeboten werden muss, in vielen Fällen zu hoch sind, mit der Folge, dass Beschäftigungsmöglichkeiten nicht wahrgenommen werden. Deshalb ist die erste und die wichtigste Herausforderung – sie wird mit diesem Antrag bewältigt –, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme vom Erwerbseinkommen abzukoppeln. Wir werden in Zukunft soziale Sicherheit nicht mehr dadurch darstellen können, dass wir ausschließlich die Erwerbsarbeit belasten. Das muss voneinander abgekoppelt werden. Das leisten wir und das ist der Schritt in die richtige Richtung.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch kein Zufall, dass der Sachverständigenrat der Bundesregierung – diese Leute stehen ja nun wirklich nicht in dem Verdacht, dass sie uns nach dem Munde reden – erklärt hat, dass mit dem von uns vorgelegten Konzept die Möglichkeit besteht, dass eine Million neuer Arbeitsplätze entstehen. Sozial ist, was Arbeit schafft; bereits unter diesem Gesichtspunkt ist dieser Antrag sozial.

Er ist aber auch unter dem Gesichtspunkt sozial, dass wir niemanden überfordern. Es sind ja im Wesentlichen zwei Einwände formuliert worden: Erstens: Kleinverdiener und Leute mit einer kleinen Rente können die Gesundheitsprämie nicht bezahlen und zweitens, machen wir sie im Rahmen des sozialen Ausgleichs zu Bittstellern. Beide Vorwürfe sind nicht begründet. Der Vorwurf, hier werde überfordert, ist nicht begründet, wenn wir beschließen, was einige Landesverbände, auch der saarländische Landesverband, hier beantragt haben, dass nämlich eine Überforderungsgrenze vorgesehen wird. Niemand soll mehr als 15 Prozent seines Einkommens für die Gesundheitsprämie zahlen; davon abzuziehen sind die Arbeitgeberanteile – sie sollen künftig ausgezahlt werden – in Höhe von 6,5 Prozent; dann sind wir bei 8,5 Prozent. 8,5 Prozent ist etwas mehr als jetzt. Aber wenn dafür die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung eingehandelt werden kann, dann kann dieser Preis gezahlt werden; es ist ein angemessener Preis. Ferner überfordert dieser Preis niemanden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir leisten den Ausgleich nicht dadurch, dass der Einzelne zum Bittsteller wird oder er zum Sozialamt oder wohin auch immer geschickt wird. Vielmehr nehmen die Krankenkassen selbst den Ausgleich vor. Der Einzelne zahlt seine 8,5 Prozent; alles andere wird über die Krankenkassen dargestellt. Damit gibt es auch keine Situation, in der sich Einzelne als Bittsteller fühlen könnten. Deshalb weist dies in die richtige Richtung und macht deutlich: Wir sind bereit, neue Wege zu gehen und gleichzeitig die Gebote der sozialen Gerechtigkeit zu beachten. Es macht deutlich: Wir reformieren mit einem inneren Kompass. Das eigentliche Problem der Politik dieser Bundesregierung ist, dass die Grundsätze nicht mehr erkannt werden, nach denen gehandelt wird, dass es diese Grundsätze nicht gibt, dass es Grundlinien nicht gibt. Es wird überall gestümpert; es wird überall etwas versucht, etwas probiert. Aber es gibt keine Grundlinien. Unter dieser Bundesregierung besteht die Gefahr, dass aus dem Gütesiegel „made in Germany“ künftig das Siegel „Murks in Germany“ wird, und das haben wir in Deutschland wirklich nicht verdient.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Grundsätze heißen: Privat vor Staat; Leistung vor Verteilung und Subsidiarität vor Solidarität. Wer eigenverantwortlich vorsorgen kann, der soll das auch tun und wer es nicht kann, dem helfen wir. Dafür bieten wir in jedem einzelnen Fall Lösungen an. Eine Bemerkung möchte ich in diesem Zusammenhang zum Thema der Rentenversicherung machen: Eigenverantwortung wahrnehmen und Eigenvorsorge betreiben können in diesem Bereich insbesondere nicht die jungen Familien mit einem kleinen oder einem mittleren Einkommen, die ein oder mehrere Kinder haben. Natürlich müssen wir diesen Familien helfen. Deshalb ist es richtig, wenn wir sagen: Wir wollen die Kindererziehung in der Rentenversicherung stärker anerkennen, als das bisher der Fall gewesen ist. Einen Beitrag zur Zukunft der Rentenversicherung leistet, wer einzahlt; einen Beitrag leistet aber auch, wer Kinder erzieht. Kindererziehung ist Zukunftssicherung des gesetzlichen Rentenversicherungssystems; das wollen wir stärker anerkennen. Wir müssen das aber in einer Art und Weise machen, dass wir die Anerkennung der Erziehungsleistung – soweit dies möglich ist – nicht vom Geburtsdatum eines Kindes abhängig machen.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern glaube ich schon, dass wir noch einmal darüber nachdenken müssen, ob es denn richtig ist, zu sagen: Bestehende Ungleichheiten mit Blick auf Mütter, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, und solche, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben, wollen wir nicht nur fort-schreiben; die wollen wir sogar noch ein Stück verschärfen, sie etwa verdoppeln. – Das ist möglicher Weise der falsche Weg. Uns müssen alle Kinder und alle Mütter gleich viel wert sein, egal ob die Kinder vor oder nach 1992 geboren sind.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, dieser Parteitag soll ein klares Signal setzen. Dieses Signal lautet: Die CDU ist die politische Kraft in Deutschland, die Reformnotwendigkeiten mit der Bewahrung des Sozialstaates verbindet. Soziale Gerechtigkeit ist bei uns gut aufgehoben. Diese Partei steht für die Verbindung von Modernität und Menschlichkeit. In diesem Sinne gestalten wir die Zukunft; in diesem Sinne sind wir Patrioten; in diesem Sinne bekennen wir uns zu unserem Vaterland, das wir lieben und das wir deshalb in eine gute Zukunft führen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächste hat das Wort Ursula von der Leyen aus Niedersachsen.

Dr. Ursula von der Leyen: Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind das einzige Land in Europa, das sich noch eine Krankenversicherung leistet, in der die hohen Einkommen die Wahl haben, ob sie sich besonders günstig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern oder ob sie sich gar nicht an der Solidarität beteiligen. Ferner sind wir das einzige Land in Europa, das die gesamte soziale Sicherung, also Rente, Pflege, Krankheit, allein der lohnabhängigen Arbeit aufbürdet. Deshalb ist Arbeit bei uns so teuer; deshalb wird sie nicht mehr genügend nachgefragt und deshalb müssen wir hier heute die Weichen neu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch beschämend, dass es in diesem Land zwei dominante Armutsrisiken gibt: Das eine ist Arbeitslosigkeit, aber das zweite große Armutsrisiko in diesem Land sind Kinder. In diesem reichen Land sind Kinder ein Armutsrisiko. Der Präsident der Caritas hat es sehr treffend ausgedrückt, als er gesagt hat: Es gibt viele Möglichkeiten, sich in Deutschland zu ruinieren, aber eine der sichersten ist, sich eine Familie mit vielen Kindern anzuschaffen. Diesen Zustand müssen wir verändern.

(Beifall)

Hier stellt der Leitantrag wichtige Weichen. Mit diesem Leitantrag wollen wir zwei Dinge erreichen: Wir wollen den sozialen Charakter unserer Marktwirtschaft erhalten. Aber wir wollen dennoch – und das geht – international wettbewerbsfähig bleiben. Ein erster Schritt dazu ist die Gesundheitsprämie. Deshalb stellen wir heute diesen Antrag, die Gesundheitsprämie unverzüglich nach einem Regierungswechsel einzuführen – zu heutigen Preisen und zu heutigen Bedingungen. Die Gesundheitsprämie schafft Transparenz. Wir wollen wissen, was Krankheit kostet. Heute kostet Krankheit jeden Erwachsenen in Deutschland 180 Euro. Das heißt, die Gesundheitsprämie entzerrt auf einmal dieses nebulöse Geflecht von Einkommensumverteilung und Krankheitskosten. Die Gesundheitsprämie bringt Licht in das Dunkel dieser undurchdringlichen Finanzströme im Gesundheitswesen.

Die Gesundheitsprämie ist nachhaltig und demographiefest. Wenn sie eingeführt wird, heißt es nämlich: Jung und Alt tragen gleichmäßig zur Deckung der Krankheitskosten bei; denn Jung und Alt haben den gleichen Zugang zur Medizin – und das soll auch so bleiben.

Wir wollen eine Kapitaldeckung mit 20 Euro. Das ist richtig; denn dieser Ansatz folgt dem Prinzip „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!“. Nachhaltigkeit und Demographiefestigkeit sind – ich erinnere an die mahnenden Worte über das Verhältnis der Generationen, die wir eben gehört haben – gerade angesichts einer alternden Gesellschaft der jungen Generation gegenüber nur fair.

Die Gesundheitsprämie ist gerecht. Heute zahlen die Bezieher der mittleren Einkommen, also Menschen, die bis 3 500 Euro verdienen, den gesamten Sozialausgleich für 90 Prozent der gesetzlich Versicherten in unserem Land. Das ist ungerecht. Wir wollen, dass alle Einkommensbezieher mit ins Boot kommen und dass sich also alle Einkommensbezieher am Sozialausgleich beteiligen. Das lässt sich nur über die Steuer bewerkstelligen.

Die Gesundheitsprämie ist kinderfreundlich. Das muss so sein, wenn wir das demographische Ruder wieder herumreißen wollen. Kinder bleiben beitragsfrei versichert. Aber wer zahlt heute dafür? Es sind nur die mittleren Einkommen. Wir wollen, dass sich in Zukunft alle beteiligen. Jetzt kommt das Entscheidende: Kinder wirken im Steuersystem Steuer mindernd. Das heißt, wer ein hohes Einkommen hat und viele Kinder erzieht, der zahlt wenig; wer ein hohes Einkommen hat und keine Kinder erzieht, der zahlt mehr. Es ist gut, wenn der Beitrag mit der Anzahl der Kinder sinkt.

(Beifall)

Der entscheidende Faktor ist – er ist bereits mehrfach erwähnt worden -: Die Gesundheitsprämie schafft Arbeit und deshalb ist sie sozial. Bekanntlich gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall)

Wir müssen Sozialpolitik neu denken. Jedes Unternehmen muss neue Technologien anbieten, wenn es am Markt bleiben will. Jede Schule muss neue Bildungsinhalte vermitteln, wenn die Schülerinnen und Schüler dem Fortschritt nicht hinterherhinken wollen. Genau in diesem Sinne müssen wir unser Sozialsystem neu denken, wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben – was bereits geschehen ist. Wir brauchen die zweiten Gründerjahre, von denen Angela Merkel sprach.

Zeigen wir, dass wir bereit sind, weiterzudenken! Zeigen wir, dass wir nicht einfach nur zusehen, wie sich der Sozialstaat langsam, aber sicher auszehrt! Zeigen wir, dass wir entschlossen sind, den Schritt zu vollziehen, lohnabhängige Arbeit von den Krankheitskosten zu befreien! Zeigen wir, dass es uns um die beiden Grundvoraussetzungen für die soziale Zukunft unseres Landes geht, nämlich:

Erstens: Kinder müssen wieder zum Vorteil werden. Zweitens: Arbeit muss sich wieder lohnen.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass von diesem Parteitag auch das Signal ausgeht, soziale Sicherheit und Zukunft sind ohne Kinder nicht zu haben. Wer Kinder erzieht, der hat einen Anspruch darauf, dass er zumindest nicht schlechter gestellt ist als derjenige, der keine erzieht; denn er trägt zur sozialen Sicherung entscheidend bei. Ich stimme mit Peter Müller überein: Auch bei den Erziehungszeiten muss es eine möglichst homogene Anerkennung geben, und zwar unabhängig davon, ob ein Kind vor oder nach 1992 geboren worden ist.

(Beifall)

Die finanzielle Gleichstellung der Familie ist das eine, hoch geschätzter Herr Bundespräsident. Das schließt das andere ganz bestimmt nicht aus, nämlich die unbändige Lust auf Kinder, die in unserem Land wieder geweckt werden muss. Ich danke Ihnen für Ihre Worte.

(Beifall)

Entscheidend ist doch, dass die Kinder so gut wie irgend möglich ins spätere Leben entlassen werden. Dazu brauchen sie Eltern, die mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind. Diesen Rahmen kann und muss Politik gestalten. In dieser Grundfrage stimmen wir auch mit unseren Freunden von der CSU überein. Das ist doch gerade unser Unterschied zu Rot-Grün. Da sind wir, die Union, anders als die anderen.

Lassen Sie uns hier, in Leipzig, deutlich machen: Wir haben die Kraft, wir haben den Mut, wir haben die Konzepte, um nachhaltige und richtige Weichen für eine faire und für eine Soziale Marktwirtschaft zu stellen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächster hat Karl-Josef Laumann aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Danach spricht Andreas Storm.

Karl-Josef Laumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin fest überzeugt: Die CDU gibt mit dem Programm, das sie auf diesem Parteitag beschließt, eine ehrliche und verlässliche Antwort darauf, wie wir die mittlere und für die jüngere Generation in Deutschland vor den Urängsten „Was passiert mit uns, wenn wir krank werden?“ bzw. „Was passiert mit mir, wenn ich in einem Alter bin, in dem ich nicht mehr durch Arbeit ein Erwerbseinkommen erzielen kann?“ – diese Ängste haben wir Menschen zu allen Zeiten gehabt – schützen.

Die Botschaft dieses Parteitages ist aber auch, dass wir von einem Krankenkassensystem Abschied nehmen, das seit mittlerweile über 100 Jahren existiert. Wir müssen Abschied von der Vorstellung nehmen, dass die Höhe unseres Lohnes etwas darüber aussagt, wie leistungsfähig man ist, um in diesem Solidarsystem seinen Beitrag zu leisten. Ich finde, es ist verständlich, dass dieser Wechsel vielen Menschen, die sich an das bisherige System gewöhnt haben, vor allem den-

jenigen, die eine kleine Rente, zum Beispiel eine Witwenrente, haben oder denjenigen, die ein kleines Einkommen haben, Angst macht. Da werden wir noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben.

In den letzten Wochen und Monaten kamen aus den Ortsverbänden, aus den Kreisverbänden und aus den Landesverbänden Anträge, mit denen man der Frage nachging, wie man eine Gesundheitsprämie sozial gestalten kann. Ich finde, dass diese Frage für eine Volkspartei wie die Union entscheidend ist. Unsere Überlegung war, dass das Kindergeld über Steuern und nicht nur über die Leistungen der Gemeinschaft der Beitragszahler finanziert wird. Damit sollen auch andere, Freiberufler, Beamte, Mitglieder der privaten Krankenkassen, in diese Aufgabe übernommen werden. Ich denke, das ist richtig.

Wir sagen zu Recht: Wenn 15 Prozent eines Haushaltseinkommens für die Gesundheitsprämie ausgegeben worden ist, dann muss der Sozialausgleich greifen. Wir von der Union müssen auch diejenigen in unserem Land sehen, die heute 55, 60 oder 65 Jahre alt sind. Diese Menschen sind, nachdem sie Kinder großgezogen haben, vielleicht nicht berufstätig geworden.

Verstehen Sie mich noch trotz dieses Brummtons?

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Kollege Laumann, ich schlage vor, dass wir im Hinblick auf Ihre Ausführungen eine Minute warten, damit ein hier in diesem Hause verantwortlicher Techniker dieses Problem beseitigt. – Herr Kollege Laumann, Sie können jetzt fortsetzen.

Karl-Josef Laumann: Es kommt mir sehr darauf an, dass wir an die jetzt Älteren – ich meine vor allen Dingen die Frauen – denken, die oft nicht berufstätig waren und sich auf die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenkasse verlassen haben, weil sie sich für ein Familienbild entschieden haben, was gerade wir als CDU in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren in Westdeutschland propagiert haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen deutlich sagen: Ihr könnt in einer solchen Ehe – siehe Gesundheitsprämie – nicht einfach doppelt zahlen, sondern die Obergrenze liegt bei 15 Prozent eines Haushaltseinkommens, das für diese Gesundheitsprämie ausgegeben werden muss. Das ist vertretbar und sozial richtig ausgestaltet.

Wir haben den Sozialauftrag anhand eines klaren Leistungsgesetzes durchgesetzt, damit er verlässlich ist. Wir als Union sollten in der nächsten Zeit noch deutlicher als bisher in den Anträgen klar machen, wo wir im Steuersystem das Geld für diesen Sozialauftrag zur Verfügung stellen wollen. Das ist meine sehr persönliche Meinung.

Bei der Rente lautet die Botschaft: Wir werden länger arbeiten müssen. Wir können ein Alterssicherungssystem mit Lebenserwartungen von über 80 Jahren und Renteneintritten von

deutlich unter 60 Jahren nicht finanzieren. Es ist richtig, dass wir uns in diesem Antrag dazu bekennen, dass eine CDU-geführte Bundesregierung mit allen Vorruhestandsregelungen Schluss macht.

(Vereinzelt Beifall)

Die Vorruhestandsregelungen, die heute in Deutschland gelten, sind ungerecht. Große Betriebe und Verwaltungen profitieren davon und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Arbeitgeber in den kleinen und mittelständischen Betrieben zahlen die Zeche. Es ist doch nicht vermittelbar, dass man in Deutschland mit unter 50 Jahren im Bergbau sehr wohl abgesichert in den Ruhestand gehen kann, aber jeder Landmaschinenschlosser in einer mittelständischen Landmaschinenfabrik eine Rente ohne Abschläge nicht vor 65 Jahren bekommen kann. Das finden die Leute nicht in Ordnung, weil es ungerecht ist.

(Beifall)

Bei der Idee, das Renteneintrittsalter ab 2010/2011 auf über 65 Jahre mit einem hoffentlich anderen Arbeitsmarkt für Ältere als zurzeit heraufzusetzen, muss noch etwas anderes berücksichtigt werden. Uns interessiert auch, wann jemand angefangen hat, Beiträge zu zahlen. Es ist richtig, dass derjenige, der 45 Jahre Beiträge einbezahlt hat – dabei müssen natürlich auch Erziehungsleistungen von Müttern gewertet werden –, drei Jahre eher in Rente als derjenige gehen kann, der kürzer eingezahlt hat.

Es lohnt auch, sich anzusehen, wann jemand angefangen hat zu arbeiten. Derjenige, der mit 14 Jahren auf dem Bau in die Lehre gekommen ist und mit 63 Jahren in Rente gehen will, muss anders als derjenige bewertet werden, der mit 29 Jahren als Akademiker seinen ersten Rentenversicherungsbeitrag bezahlt. Das finde ich gerecht und in Ordnung.

(Beifall)

Im Übrigen haben wir als Union schon lange Debatten darüber geführt, dass sich die Ausbildungszeiten verringern müssen. Professor Biedenkopf war vor ungefähr 25 Jahren Parteivorsitzender in Westfalen. Er wollte schon damals das Abitur nach zwölf Jahren Schulzeit einführen. Jetzt sind wir 25 Jahre weiter. Was ist passiert? Was ist in Sachsen, wo er Ministerpräsident war, in Thüringen, wo Bernhard Vogel Ministerpräsident war? Im Saarland ist es beschlossen worden. Niedersachsen ist dabei, es vorzubereiten. Ich sage Ihnen: 25 Jahre haben die Kultusminister in Deutschland gebraucht, um das Abitur um ein Jahr zu verkürzen. Liebe Leute, gegen unsere 16 Kultusminister ist der Vatikan ein schnell handelndes und innovatives Unternehmen.

(Beifall)

Ich hoffe, dass eine Debatte, in der deutlich wird, dass man eine bestimmte Lebensarbeitszeit aufbringen muss, um eine volle Rente zu bekommen, endlich Drive in die Debatte um eine kürze-

re Ausbildungszeit unserer Kinder und Jugendlichen in Deutschland bringt. Ich halte es für ganz entscheidend, dass wir zu längeren Lebensarbeitszeiten kommen. Wir müssen mit der Arbeit aber auch eher anfangen, wie es heute üblich ist.

Wenn wir das zusammennehmen, Sozialausgleich über Steuern bei der Krankenkasse und die 45-Jahre-Regelung bei der Rente für diejenigen, die unterdurchschnittlich verdienen und ein Leben lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben – so steht es im Antrag –, soll als Ergebnis die Rente aus Steuermitteln 15 Prozent oberhalb der Sozialhilfe liegen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wenn ein Mensch 1 000 Euro verdient und 40 Jahre arbeitet, zahlt er 96 000 Euro in die Rentenkasse ein. Die Rente dieses Menschen wird aber unterhalb der Sozialhilfe liegen, weil wir das Rentenniveau so weit absenken müssen. Dass aber jemand, der 96 000 Euro mit einem geringen Verdienst zwangsweise in die Rentenkasse einzahlt, besser als sein Nachbar dastehen muss, der vielleicht niemals Rentenbeiträge gezahlt hat und sofort zum Sozialamt gegangen ist, muss zum Gerechtigkeitsbild der Christlich Demokratische Union gehören.

(Beifall)

Mit diesen Vorstellungen haben wir ein gutes Konzept. Wir sollten in unseren Orts- und Kreisverbänden sehr dafür werben, damit es viele Anfragen gibt, die wir beantworten müssen. Das ist die Aufgabe der nächsten Zeit. Ich bin sicher, dass dann der politische Gegner im Bundestagswahlkampf keine Chance hat, uns mit diesem Modell in die Ecke zu stellen und uns den Vorwurf der sozialen Kälte zu machen. Unser Modell ist verlässlich und sozial gestaltet. – Schönen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich darf inzwischen den soeben eingetroffenen und neu gewählten Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Peter Heesen, begrüßen.

(Beifall)

Als Nächster hat Andreas Storm das Wort.

Andreas Storm: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde. Wir diskutieren heute über eine der einschneidendsten Weichenstellungen in der deutschen Sozialgeschichte. Nach der Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung vor 120 Jahren durch Bismarck, bei der Millionen von Menschen erstmals einen wirksamen Schutz vor Krankheit, Unfall und Invalidität erfahren haben, nach der großen Rentenreform von 1957, bei der die ältere Generation einen beispiellosen Wohlstandszuwachs mit der Einführung des Umlageverfahrens erlebt hat, die den Generationenvertrag erst möglich gemacht hat und unverkennbar die Handschrift der Union trägt, nach diesen beiden epochalen Maßnahmen beschließen wir heute über den Beginn einer dritten Etappe in der Geschichte der Sozialversicherung.

Worum geht es dabei? Es geht im Kern darum, dass wir Solidarität neu und umfassend definieren müssen. Ist es etwa solidarisch, dass Hunderttausende ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Sozialbeiträge unaufhaltsam steigen und deshalb Arbeit hierzulande zu teuer geworden ist? Ist es solidarisch, dass wir in den Sozialversicherungen immer größere Lasten auf die künftigen Generationen verschieben und unseren Kindern und Enkeln das zumuten, was wir selber zu tragen nicht bereit sind? Ist es solidarisch, dass der soziale Ausgleich für Geringverdiener innerhalb der Sozialversicherung stattfindet und deshalb an der Beitragsbemessungsgrenze und damit unter Ausschluss der oberen Einkommen endet? Ist es solidarisch, dass ausgerechnet diejenigen die niedrigsten Renten bekommen, die die meisten Kinder erzogen haben? Ich meine klar und deutlich: Nein!

Wenn wir Solidarität ernst nehmen, dann müssen wir sie neu definieren. Wir müssen als erstes den Teufelskreis aus steigenden Beiträgen, steigender Arbeitslosigkeit, massiven Einnahmeverlusten der Sozialkassen und weiteren Beitragserhöhungen durchbrechen, und zwar dauerhaft. Wir müssen vor allen Dingen verhindern, dass jede noch so kleine Konjunkturdelle sofort zu einer Finanzkrise in den Sozialkassen führt; denn die aktuellen Finanzprobleme in der Rente, aber auch in der Krankenversicherung haben nichts mit der demographischen Entwicklung, sondern ausschließlich mit der Arbeitsmarktkrise zu tun.

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass wir in den Sozialsystemen von der Hand in den Mund leben und aufgrund der fehlenden Kapitaldeckung der jüngeren Generation den Löwenanteil an den demographischen Lasten überlassen. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir zumindest in den zwei großen Bereichen Gesundheit und Pflege eine Abkopplung von den Arbeitskosten erreichen.

Liebe Parteifreunde, die epochale Weichenstellung, über die wir heute entscheiden werden, beinhaltet die klare Trennung der Leistungsausgaben von Umverteilungselementen in der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung. Denn wie sehen mögliche Alternativen aus? Wer wie Rot-Grün eine Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung und eine Erwerbstätigenversicherung für die Rente fordert, der übersieht, dass derjenige, der Beiträge gezahlt hat, auch Leistungen bekommt. Deshalb ist die Bürgerversicherung eine Milchmädchenrechnung: Sie führt zu einem Nullsummenspiel und hat katastrophale arbeitsmarktpolitische Konsequenzen. Der Sachverständigenrat hat belegt, dass die Bürgerversicherung Arbeitsplätze vernichten würde. Wir brauchen aber eine Reform, die mehr Arbeitsplätze schafft; schließlich kann es auf dem Arbeitsmarkt so nicht mehr weitergehen. Es wäre also absurd, eine Reform durchzuführen, die schlechter ist, als wenn man am Bisherigen festhalten würde. Unser Weg mit der Einführung einer solidarischen Gesundheitsprämie würde dazu führen, dass mehr Arbeitsplätze entstehen.

Liebe Parteifreunde, auch auf einem anderen Gebiet stehen wir vor einer entscheidenden Weichenstellung. Wir müssen endlich eine offene Flanke bei der Alterssicherung aus dem Generationenvertrag von 1957 schließen. Die Architekten dieses Generationenvertrages aus der

Union, die die katholische Soziallehre vertreten haben und aus dem Umfeld von Pater Oswald von Nell-Breuning gekommen sind – ich nenne Wilfried Schreiber, den damaligen Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer -, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass der Generationenvertrag unvollendet sei, weil er nur die aktive Generation Erwerbstätiger und die Rentnergeneration umfasse. Bei der Rente müssen Kinder, Erwerbstätige und Rentner berücksichtigt werden. Auch diese Gruppe müssen wir einbeziehen; das ist zwingend.

Bei der Grundausrichtung sind wir von CDU und CSU uns einig. Das unterscheidet uns von allen Mitbewerbern. Die Herzog-Kommission ist von ihrem Arbeitsauftrag her auch nicht mit ihrem Konkurrenten der Gegenseite zu vergleichen. Aber klar muss auch sein: Wir können die Verbesserungen für die Familien nicht dadurch gegenfinanzieren, dass wir die Situation für die Kinderlosen ins Unermessliche verschlechtern. Hier sind klare Grenzen gesetzt.

Liebe Parteifreunde, wir haben heute die große Chance, mit dem wahrhaft zukunftsweisenden Vorschlag zur Reform der sozialen Sicherungssysteme der rot-grünen Stümperei ein nachhaltiges Konzept gegenüberzustellen. Wir beschränken Solidarität nicht auf Solidarität zwischen Arm und Reich, sondern definieren sie umfassend. Solidarität muss es auch zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen, Jung und Alt und vor allen Dingen zwischen Familien und Kinderlosen geben. Das zu schaffen, dazu ist in diesem Land nur eine Kraft in der Lage, nämlich die Union. Packen wir das auf diesem Parteitag an.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Nächste Rednerin ist Maria Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Wir in der Herzog-Kommission waren uns von Anfang an darüber im Klaren, dass wir nicht nur an den Symptomen herumkurieren dürfen, sondern zu den Wurzeln der Probleme vordringen müssen. Wir müssen an die Bekämpfung der Ursachen gehen.

Die Ursache für die derzeitige Situation liegt in der demographischen Entwicklung, mit der wir konfrontiert sind. Wir haben immer weniger Kinder in unserem Land. Jede dritte Frau des Jahrgangs 1965 wird auf Dauer kinderlos bleiben. 44 Prozent der Akademikerinnen werden keine Kinder mehr haben. Das ist eine erschreckende Botschaft. Wir gehen also in eine Zukunft, die kinderarm ist, wenn wir die Weichen nicht anders stellen und keine aktive Familienpolitik machen.

Ich bin sehr dankbar, dass Professor Herzog von Anfang an ein starker Fürsprecher für die Familien war. In der Herzog-Kommission galt der Grundsatz, dass alle Reformen familienorientiert sein müssen. Diesen gilt es umzusetzen.

(Beifall)

Ob in der Krankenversicherung oder der Pflegeversicherung, ob in der Rentenversicherung – das ist vor allen Dingen wichtig -, wir müssen bedenken, was die Vorhaben für die Familien bedeuten. Von diesem Parteitag müssen wir das Signal aussenden, dass in dieser Gesellschaft Kinder willkommen sind und dass wir die Leistungen derjenigen, die Kinder erziehen, anerkennen. Es geht darum, Mütter und Väter in ihrer Arbeit für die Familie zu bestärken.

(Beifall)

Das heißt im Klartext, dass Mütter, die Kinder erzogen haben – sie trifft es vor allem -, nicht das Nachsehen haben dürfen. Das unterscheidet die Arbeit, die wir geleistet haben, sehr deutlich von der Arbeit der Rürup-Kommission. In der Rürup-Kommission herrscht zum Thema Familienbezogenheit Fehlanzeige. Renate Schmidt hat auf dem gerade stattgefundenen Bundesparteitag der SPD gesagt, die SPD würde sich davon verabschieden, sich auf das Kindergeld zu fixieren. Das ist ein familienpolitischer Offenbarungseid. Wir werden es anders machen.

(Beifall)

Wir haben immer dafür gekämpft, dass Frauen die Möglichkeit haben müssen, sich so entscheiden zu können, wie sie es wollen. Die Freiheit in der Lebensgestaltung muss gewahrt bleiben, auch in Zukunft. Prüfstand ist, wie das Rentensystem zukünftig ausgestaltet sein wird. Wir alle wissen, dass Frauen heute im Schnitt 500 Euro weniger Rente erhalten als Männer. Wenn es nicht die Witwenrente gäbe, stünden viele Frauen vor den Türen der Sozialämter.

Wir wissen aber, dass wir mit einem Absinken des Rentenniveaus konfrontiert sein werden und dass die Witwenrente an Bedeutung verlieren wird. Angesichts dessen muss man fragen, wie die Lösung aussehen kann. Wir haben uns für eine klare Weichenstellung entschieden. Wir wollen die Leistung bei der Kindererziehung bei der Rente höher anerkennen. Bisher mussten Frauen die Erfahrung machen, dass Kinder Rente kosten. Damit muss Schluss sein.

(Beifall)

Ich stimme sehr damit überein, was Peter Müller und Ursula von der Leyen eben gesagt haben: Wir dürfen Ungleichbehandlungen bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten nicht weiter fortschreiben. Wir müssen vielmehr darauf achten, dass sowohl für die Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, wie auch für Frauen, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben bzw. bekommen werden, eine Verbesserung in gleichem Maße stattfindet. Wir werden dafür eintreten, dass durch die Ausdehnung der Kindererziehungszeiten beide Gruppen zwei Jahre mehr angerechnet bekommen und dass es für beide Gruppen gleichermaßen Erhöhungen gibt.

(Beifall)

Mit unserem Vorhaben können wir behaupten, dass wir die Weichen für die Zukunft stellen. Die Töchter werden sehen, dass die Leistung, die ihre Mütter für die Familie und damit für die

Zukunft unseres Landes erbracht haben, wirklich anerkannt wird. Denn die jungen Frauen dürfen keinen Zweifel daran haben, dass sie, wenn sie sich für Kinder entscheiden, im Alter nicht dafür bezahlen müssen. Sie dürfen nicht die Sorge haben, dass sie von der Altersarmut erfasst werden. Damit muss Schluss sein. Deshalb ist es ein klares Signal, das wir heute auf diesem Parteitag setzen wollen.

(Beifall)

Wir haben uns auf dem Bundesdelegiertentag der Frauen-Union dafür entschieden, dass wir dafür eintreten wollen, dass vier Punkte im Rahmen der Reformen Realität werden. Der erste Punkt: Wir sind der Meinung, dass ein Umstieg in der Kranken- und in der Pflegeversicherung auf das Prämienmodell so geschehen muss, dass der soziale Ausgleich für Familien wirklich zu leisten ist.

Ich denke, wir haben ein überzeugendes Konzept erarbeitet. Dazu stehen wir. Die Familien werden das leisten können. Niemand in diesem Land wird zu stark belastet werden.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt ist: Wir wollen, dass all diese Leistungen, die in der Krankenversicherung, in der Pflegeversicherung und in der Rentenversicherung erbracht werden, aus Steuermitteln finanziert werden. Die Diskussion darüber, wie die Finanzierung vorgenommen werden soll, ist alles andere als unbedeutend. Denn wir kennen ja die Stimmen, die sagen, dass das innerhalb der Systeme geregelt werden müsse. Wenn dies aber innerhalb der Systeme geregelt wird, dann belohnt man nicht nur die Erziehungs- und die Familienarbeit, sondern sorgt bei anderen für eine Minderung. Ich möchte nicht, dass diese Gesellschaft in diejenigen, die Kinder erziehen, und in diejenigen, die keine Kinder erziehen, gespalten wird. Wir müssen vielmehr für Solidarität mit Kindern sorgen. Diejenigen, die keine Kinder haben, müssen in Zukunft in diese Solidarität stärker eingebunden werden. Das kann nur über ein steuerfinanziertes System geschehen; denn dann werden alle herangezogen und entsprechend ihrer Belastbarkeit für die Zukunft unseres Landes Sorge tragen.

(Beifall)

Wir brauchen außerdem ein Signal für eine frauen- und eine familiengerechte Rentenversicherung. Ich bin mir sicher, dass wir heute die richtigen Entscheidungen treffen werden. Die Rentenversicherung wird nicht nur aus Erwerbstätigkeit, sondern auch aus Kindererziehung gespeist. Jede Frau, die zukünftig eine Rente bezieht, muss wissen, dass sie sich darauf verlassen kann.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt ist – das ist entscheidend für die Weichenstellungen, über die wir morgen diskutieren -: Wir brauchen ein familiengerechtes Steuersystem. Es muss sowohl eine Reform

der sozialen Sicherungssysteme, die zu einer Anerkennung der Leistungen der Familie führt, als auch eine Reform des Steuersystems geben, das von Anfang an familiengerecht ist. Ich finde, dass Friedrich Merz einen Vorschlag gemacht hat, der genau dies berücksichtigt. Sein Modell sieht Grundfreibeträge und einen Einstieg in ein Familiengeld vor und sorgt vor allen Dingen für mehr Eigenverantwortung und dafür, dass Familien endlich mehr Geld in der Tasche haben. So können wir von diesem Parteitag aus die Weichen stellen. Vorfahrt für Familien und Reformen in Deutschland, damit es wieder für alle aufwärts geht! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Der nächste Redner ist Gerald Weiß. Danach spricht Norbert Blüm.

Gerald Weiß: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Der Übergang von der Frauen Union zur CDA ist nahtlos. Wenn es ein Leitmotiv, eine konzeptionelle Klammer von der Sozialreform bis hin zur Steuerreform in der Programmdebatte und in den Vorlagen für den heutigen Parteitag gibt, dann ist das – das kann man mit Fug und Recht behaupten – eine bessere Familienförderung. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt für bessere Politik und Reformen in Deutschland. Darin stimmen wir überein.

Ich möchte in aller Kürze die Rentenreform ansprechen. Wenn wir für mehr Familiengerechtigkeit sorgen wollen – ich schließe damit unmittelbar an Maria Böhmer an -, dann müssen wir den Generationenvertrag um einen Kinderzuschuss in der Rentenversicherung und um bessere Leistungen für die Erziehenden bei der Rente komplettieren. Wir müssen die Bedingungen der Rentenpolitik verbessern, nachdem besonders viel Schindluder bei der privaten Vorsorge getrieben wurde. Wir müssen in die Rentenformel wieder einen Demographiefaktor einführen, der von Rot-Grün demontiert wurde. Ich sage im Namen der CDA, für die ich ebenfalls spreche, Ja zu dem vorgeschlagenen erweiterten demographischen Faktor. Mit dem Generalansatz in der Rentenversicherung sind wir einverstanden.

Schwieriger ist es in der Gesundheitspolitik, beim Prämienmodell. Die Analysen stimmen auch hier zu einem beachtlichen Teil überein. Die Entkopplung von Gesundheitskosten und Arbeitskosten bedeutet, dass die Arbeitsplätze, die im wachsenden Gesundheitsmarkt – das begrüßen wird – entstehen, mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftszweigen bezahlt werden; denn aufgrund höherer Beiträge und höherer Lohnnebenkosten werden außerhalb des Gesundheitsmarktes Arbeitsplätze vernichtet. Deshalb sagen wir Ja zum Ansatz der Teilkopplung von Versicherungskosten und Arbeitskosten.

Wir können die verrückten Einkommensverteilungswirkungen im heutigen Beitragssystem nicht länger verantworten. Wir müssen sie beseitigen. All diejenigen, die das bisherige Beitragssystem

der Krankenversicherung verteidigen, müssen erklären, warum sie akzeptieren, dass hier von Beziehern mittlerer Einkommen zugunsten derjenigen umverteilt wird, die sehr viel verdienen. Der Malocher bezahlt bisher den Familienlastenausgleich für die sehr gut Verdienenden. Wer das für sozial gerecht hält, der möge das bitte erklären.

(Beifall)

Das Gleiche gilt für eine Fülle von diversen anderen Einkommenswirkungen des bisherigen Systems. Wir müssen für eine bessere Umverteilung sorgen.

Zum Steuersystem – vorausgesetzt, dass wir ein Steuersystem à la Merz schaffen -: Mit einem saubereren und einfachen Steuersystem kann man allemal besser nach Leistungsfähigkeit umverteilen als mit dem heutigen System. Es ist besser, wenn der Familienlastenausgleich als entscheidendes Element von denjenigen finanziert wird, die über höhere Einkommen und Einkünfte verfügen. Das ist solidarischer als eine reine Umverteilung innerhalb der Beitragszahler. In diesem Teil der Analyse stimmen wir überein. Wir, die CDA, hatten Zweifel an den anderen Verteilungswirkungen angemeldet und mussten feststellen, dass der gut verdienende Single in steuerlicher Hinsicht besser gestellt wird als die schlecht verdienende Familie.

Nun ist das Modell in entscheidenden Elementen verbessert worden. Wir stellen jetzt fest: Erstens: Die Gesundheitsprämie ist gegenwartsnäher, begreifbarer und vor allen Dingen niedriger. Zweitens: Die Versicherten werden in den vier Jahren der Systemumstellung nicht schlechter gestellt. Drittens: Der Geringverdiener wird durch eine Belastungsgrenze von 15 Prozent seines Einkommens dauerhaft geschützt. Viertens: Durch den angestrebten Verrechnungsmodus wird sichergestellt, dass der Einzelne, der die Prämie nicht bezahlen kann, nicht überfordert wird. Dafür sorgt die 15-prozentige Belastungsgrenze. Fünftens: Im Rahmen eines Leistungsgesetzes haben die Geringverdiener Anspruch auf sozialen Ausgleich. Sechstens: Weitere Ausgliederungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung finden nicht statt.

Die CDA will keine Krankenversicherung light, keine Grundversorgung. Wir wollen vielmehr, dass alles, was medizinisch notwendig und erforderlich ist, weiterhin auf allen Gebieten und Sektoren für alle erbracht werden kann, ob Arm, ob Reich, ob Alt, ob Jung.

Wir halten es für notwendig, diesen Charakter der Krankenversicherung auch für die Zukunft zu erhalten. Wir sehen, dass auf weitere Leistungsausgliederungen in dem Vorschlag nunmehr verzichtet wird. Diese neuen Ansätze im Konzept führen dazu, dass auch wir von den Sozialausschüssen sehr beruhigt sein können, unsere ursprünglichen Bedenken zurückstellen und wir jetzt diesen neuen Weg – jedenfalls gilt das für die große Mehrheit der den Sozialausschüssen angehörenden Delegierten hier im Saal – mitgehen können, wenn es aus den be-

sagten Gründen notwendig ist. Wir können ein neues soziales Prämiensystem schaffen, das den Sozialausgleich in optimierter Weise regelt und damit die Maßstäbe, die die Menschen an uns stellen, vor allem den Maßstab der Gerechtigkeit, erfüllt. Die CDA wird dem Vorschlag zustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Norbert Blüm das Wort. Danach kommt Regina Görner.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich kenne viele, die wirkliche Freunde im Laufe der Zeit geworden sind, nicht nur Parteifreunde. So Leid es mir tut – ich mache das gar nicht gern – muss ich diese Eintracht und Harmonie stören. Das mache ich wirklich nicht gern. Das macht mir auch keinen Spaß. Aber wie hat die Vorsitzende gesagt? Wat mutt, dat mutt.

(Zuruf)

– Doch. Es geht nämlich um meine Überzeugung, um meine Vorstellung von Gerechtigkeit und Solidarität. Wandel muss sein, aber Wandel besteht nicht nur aus Veränderung. Wandel besteht auch aus Erhaltung und Bewahren. Gerechtigkeit und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das sind drei große Begriffe. Gerechtigkeit bedeutet, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Solidarität bedeutet seit Tausenden von Jahren: Die Stärkeren helfen den Schwächeren.

Die Kopfpauschale – die können Sie nennen, wie Sie wollen, auch Gesundheitsprämie – bleibt eine Pauschale. Das ist der Sinn der Gesundheitsprämie: ein Kopf, eine Pauschale. Das ist die einfachste, aber auch primitivste Form der Steuer. Je höher das Einkommen ist – gegen dieses Argument gibt es nichts einzuwenden –, umso prozentual geringer ist die Kopfpauschale. Das ist nicht Ideologie, das ist Mathematik.

(Zuruf)

– Auf den zweiten Teil komme ich noch. Zunächst einmal halten wir fest: Kopfpauschale bedeutet, dass man umso weniger prozentual belastet wird, je mehr man verdient. Das ist eine platt gewalzte Gerechtigkeit. Das ist eine auf den Kopf gestellte, nivellierte Solidarität.

Nun ist zu Recht – das ist anzuerkennen – gesagt worden, der Nachteil dieser Gleichmacherei soll durch Zuschüsse gemildert werden. Niemand soll mehr als 15 Prozent bezahlen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass oberhalb der 15 Prozent die Nivellierung weiter stattfindet. Aber bis zu einer Höhe von 15 Prozent soll der Nachteil durch staatliche Zuschüsse wettgemacht werden.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, als handwerklicher Sozialpolitiker, der ich bin, sehe ich mir das gern im Detail an. 28 Milliarden Euro kostet der Sozialausgleich in der

Krankenversicherung, habe ich heute gehört. Davon sollen 18 Milliarden Euro durch die Versteuerung des Arbeitgeberzuschusses ausgeglichen werden. Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Versteuerung des Arbeitgeberzuschusses eine Versteuerung für den Arbeitnehmer bedeutet. Diese 18 Milliarden Euro zahlen die Arbeitnehmer. Das ist fast doppelt so viel wie die Summe, mit der Herr Friedrich Merz die Gesamtheit mit der Steuerreform entlasten will. Da wünsche ich viel Spaß. Sie sagen: Mit der Steuerreform entlasten wir die Bürger. Aber allein die Besteuerung des Arbeitgeberzuschusses ist höher als die ganze bisher angekündigte Entlastung durch die Steuerreform. Das machen Sie einmal den Leuten klar!

Aber es geht noch weiter. Die 28 Milliarden Euro werden gehalten, obwohl die Kopfprämie inzwischen niedriger angesetzt ist. Dafür gibt es einen Kinderzuschuss von 90 Euro. Das muss man mit den 16 Milliarden Euro verrechnen. Ich habe meine Zweifel, ob die 28 Milliarden Euro reichen. Aber bleiben wir einmal ganz bei den Zahlen, die hier vorgetragen wurden. Für die Pflege muss auch ein Ausgleich geschaffen werden: elf Milliarden Euro. Der Kinderbonus beläuft sich auf eine Milliarde Euro. Der Betrag für die Kindererziehung und für den Beitragszuschuss für die Rentenversicherung liegt bei 17,5 Milliarden Euro. Wenn die Basisrente verwirklicht werden soll, kommen noch einmal zwölf Milliarden Euro hinzu.

Ich fühle mich hier in einer ganz neuen Rolle. Bisher bin ich auf Parteitagern immer als Transferpolitiker attackiert worden. Jetzt bin ich plötzlich der Ordnungspolitiker. Wo wollen Sie zwischen 50 und 60 Milliarden Euro hernehmen, wenn Sie gleichzeitig Bundesschulden in Höhe von 1,3 Billionen Euro abbauen, die Steuerreform durchführen und diese gigantische Umverteilung vornehmen wollen? Ich sage unter Freunden: Diese drei Versprechen zusammen werden Sie nicht halten. Ich fürchte, von den drei werden Sie bestenfalls eins halten.

Ich will noch darauf hinweisen, dass der Zuschussbedarf wachsen wird. Keine voreilige Beruhigung! Sie haben den Stabilitätsbetrag von 84 Euro aus der Kopfpauschale herausgenommen. Mit dem Stabilitätsfaktor betrug die Kopfpauschale 264 Euro, jetzt beträgt die Kopfpauschale nur noch 200 Euro. Der Betrag, der vorher für die Sicherheit und Vorsorge mit 84 Euro angesetzt war, liegt jetzt bei 20 Euro. Also steigt die Kopffrente – sonst hätte man nicht den Stabilitätsfaktor gebraucht – und damit auch der Zuschussbedarf.

Ich will darauf aufmerksam machen, dass der Zuschussbedarf noch aus einem anderen Grund steigt. Wenn die tarifpolitische Empfehlung der Unionsparteien, der ich einiges abgewinnen kann, nämlich dass die niedrigen Löhne hinter der Entwicklung der allgemeinen Löhne etwas zurückbleiben, damit Beschäftigung in den Niedriglohngruppen geschaffen wird, umgesetzt wird, wird der Zuschussbedarf steigen.

Manche von Ihnen, meine lieben Parteifreunde, werden sagen, das ist alles Rechnerei. Aber es gibt ein Kopfpauschalenmodell in der Schweiz. Dort wird die Kopfpauschale ständig erhöht. Seit 1996 sind die Kopfpauschalen um 60 Prozent gestiegen. In derselben Zeit ist der Zuschuss gesenkt worden. Diese Gefahr besteht hier auch.

Franz-Josef Laumann, ich gönne die Zuversicht beim Leistungsgesetz, aber wenn nichts da ist, kann nichts ausgegeben werden. Dann beginnt der Kampf im Staatshaushalt. Gibt man das Geld für den Straßenbau, die innere Sicherheit oder die Bildung aus? Oder gibt man es für diese Transferleistungen aus? Wenn für den Straßenbau nicht genug Geld ausgegeben wird, dann werden weniger Straßen gebaut. Das ist schlimm. Wenn die Transferleistungen gekürzt werden, dann stehen Sie im Regen. Wo gibt es mehr Zuverlässigkeit? Bei der Kopfpauschale gibt es eine gigantische Umverteilung und weniger Transparenz.

Es gibt weniger Transparenz! In diesem System trifft die einheitliche Kopfpauschale, die Gesundheitsprämie, mit einem proportionalen Arbeitgeberzuschuss zusammen. Arbeitgeberzuschuss, das heißt, 6,5 Prozent werden ausgezahlt und versteuert. Bei 1 000 Euro sind das 65, bei 2.000 Euro 130, bei 3.000 Euro 195. Ja, der Teufel steckt im Detail: Also proportionaler Arbeitgeberzuschuss und dann noch ein Zuschuss, der aus einem progressiven Steuertarif finanziert wird. Linear, einheitlich, proportional und progressiv, meine Damen und Herren, warum machen Sie denn eigentlich diese ganzen Umwege? Diese ganzen Anstrengungen führt der proportionale Beitrag intern durch! Die ganzen Rangierbahnhöfe, die kein Mensch mehr durchschaut, brauchen Sie da nicht. Das hier ist nichts anderes als ein großer Kuddelmuddel zwischen Krankenversicherung, Solidarhaushalt und Staatshaushalt. Können Sie mir einmal sagen, was daran mehr Subsidiarität ist? Das ist eine Verwischung von Staatshaushalt und Solidarhaushalt – gegen alle Gesetze der Solidarität.

Nun bestehen Zweifel dahin gehend, dass beim Beitrag bestimmte Einkommensgruppen zu gut wegkommen. Nun, da können Sie über die Beitragsbemessungsgrenze reden. Das ist nicht mein Vorschlag, aber wenn Sie da Zweifel haben, lässt sich das reparieren.

Ich fasse zusammen: Es ist nicht gerecht, es ist nicht solidarisch, die Transferquote wächst, und es ist weniger transparent.

Das eigentliche Problem der Sozialpolitik und besonders der Krankenversicherung ist gar nicht so sehr das Einnahmenproblem. Es ist das Ausgabenproblem! Ob Bürgerversicherung oder Kopfpauschale, beide sagen zur Ausgabenseite überhaupt nichts. Ob Bürgerversicherung oder Kopfpauschale, das hat lediglich mit der Einnahmenseite zu tun. Dieser Vorschlag ist von der Idee bewegt: Wie kommen wir ans Geld der Leute? Das eigentliche Problem in der Krankenversicherung sind aber die steigenden Ausgaben, und die hängen, wie ich glaube, auch mit dem gewachsenen Wohlstand zusammen. Das kann man in der ganzen Welt feststellen: Ob Privatversicherung, staatliche Versicherung, kapitalgedeckt oder Umlage, überall steigen die Gesundheitsausgaben mit dem Wohlstand. Ein kluger Mann hat ausgerechnet: zehn Prozent Steigerung des Sozialprodukts bedeuten in der Regel 14 Prozent Steigerung der Gesundheitsausgaben.

Wohlbefinden! Gesundheit ist ja heute etwas anderes als vor 100 Jahren. Es geht um Wohlbefinden, um Fitness, und es gibt Tabletten für alles, für schlechte Laune und für gute Laune.

Die Frage des Preises ist die nach dem Mut: Wo setzen wir diesem Gesundheitssystem seine Grenzen? Die Krankenversicherung kann nicht für alles zuständig sein. Wenn das soziale, das psychische und das physische Wohlbefinden – so die Definition der Weltgesundheitsorganisation – das ausmacht, was versichert werden muss, dann bleibt so gut wie nichts außen vor. Dann kann einer auf die Idee kommen, Joghurt zur Versicherungsleistung zu machen, denn auch der dient der Gesundheit. Wenn das Kind nicht einschläft, kriegt es eine Schlaftablette, und wenn es nicht wach wird, kriegt es „Hallo wach“. Wir haben es dann mit einem fast imperialistischen Gesundheitssystem zu tun. Diese Entwicklung werden Sie weder mit der Kopfpauschale noch mit der Bürgerversicherung bekämpfen können. Entscheidend ist das Ausgabenproblem.

Noch ganz kurz zu dem Thema insgesamt: Es kann regieren, wer will, das A und O ist die Frage, ob genug Arbeit da ist. An der Arbeit hängt alles; alles andere ist Stellwerkstätigkeit. Unter dem Stichwort „Wissengesellschaft“ halte ich übrigens die Arbeit für die modernste Vermögensform. Es könnte sein, dass in der Informatikgesellschaft sogar das Kapital einen Bedeutungsverlust erleiden wird. Jedenfalls würde ich die Sozialpolitik, den klassischen Solidarbereich, nicht der Kapitaldeckung übergeben. Das kann der Ergänzung große Spielräume eröffnen, aber ich sehe nicht, wie eine börsenorientierte Absicherung mehr Sicherheit bringen sollte als eine, die am Lohn ansetzt. Schauen Sie sich doch einmal die Turbulenzen auf dem Weltmarkt an, machen Sie sich einmal klar, dass auf dem deutschen Kapitalmarkt in 18 Monaten 600 Milliarden Euro durch den Kamin gerauscht sind! Stellen Sie sich vor, das wäre der Rentenversicherung passiert; dann beträfe das die Ausgaben von drei Jahren. Also, Kapitaldeckung als Ergänzung, ja, denn sie hat auch einen Vorteil: Sie kann weltweit anlegen, sie hängt nicht an der nationalen Wertschöpfung. An dieser starken Stelle ist allerdings auch ihre Schwache. Anlegen mit Aussicht auf Rendite können wir vorerst nur in Ländern, die die gleichen demographischen Probleme haben wie wir. Zu glauben, die Dritte Welt würde auf Dauer mit unserem Geld die Zinsen erwirtschaften, mit denen wir unsere Alten finanzieren, das halte ich für verwegen.

Noch einmal: Kapitaldeckung als Ergänzung. Ich würde das Kapital auch nicht in eine öffentliche Kasse geben. Kapital gehört in private Versicherungen. In einer öffentlichen Kasse ist es eine ungeheure Macht; es gehört nicht dahin. Aber das ist wiederum mehr eine ordnungspolitische Frage.

In einem stimme ich mit Ihnen, Herr Professor Herzog, voll überein. Kinder werden nicht nur aus finanziellen Gründen geboren, aber es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Ich meine allerdings, die größeren Probleme unseres Sozialstaats und auch der Wirtschaft sind mentale Probleme. Hans-Jörg Bullinger hat gesagt, Löhne und Arbeitszeiten seien wichtig, seien aber nur Nebenkriegsschauplätze. So weit gehe ich nicht, aber ich glaube, dass die größeren Probleme bei der Innovation liegen, bei der Investition, bei der Qualifikation. Die Maut-Blamage ist doch keine sozialpolitische Blamage. PISA hat doch nichts mit Kosten zu tun. Dasselbe gilt für die Familien. Ich bin voll und ganz für Familienpolitik, aber ich gestehe, meine Kinder sind nicht aus demogra-

phischen Gründen geboren worden. Ich bin nicht geboren worden, weil meine Mutter Kindergeld bekommen hätte. Ich bin in armen Zeiten geboren worden und bin trotzdem geboren worden. Wenn es nur ums Geld ginge, müssten die in Indien ja wenige Kinder haben. Die haben aber viele Kinder. Ich bin aus Gerechtigkeitsgründen für Kindergeld, aber instrumentalisiert nicht auch noch die Kinder zu demographischen Waffen: mehr Kinder, damit die Rente sicher ist.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Kinder sind auf die Welt gekommen, damit sie uns Spaß machen. Es war nicht nur Spaß; sie haben uns auch manchmal bis zur Weißglut geärgert, aber es war Rambazamba in der Bude. Diese Aufbruchsstimmung finde ich viel wichtiger als alle unsere Kostenschiebereien, so wichtig ich auch die finde.

(Beifall)

Das war nur ein Teil des Ganzen, aber ich stelle fest: Kopfpauschale – ungerecht, unsolidarisch, Umverteilung, mehr Staat, weniger Transparenz. Deshalb bin ich dafür, die Reform mit Beiträgen fortzuführen.

Im Übrigen muss ich Sie korrigieren: In ganz Europa gibt es eine Bewegung zu mehr Beitragsabhängigkeit, weil die Steuersysteme auch in den Ländern, in denen sie die soziale Sicherheit gewährleisten, sehr unzuverlässig sind. Im Beitragssystem ist eine Gegenwehr eingebaut: Willst du mehr haben, musst du mehr Beitrag zahlen. In einem System, das am Steuersäckel hängt, musst du nur bei der jährlichen Haushaltsberatung Druck machen; wer am meisten Druck machen kann, der gewinnt. Nur im Beitrag gibt es dieses direkte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung.

Ich gebe zu, dass man den Arbeitnehmerbegriff neu definieren muss. Er sollte nicht mehr so eng sein. Es gibt großen Reformbedarf, aber im Kopfpauschalenmodell kann ich keinen Fortschritt sehen.

Ich muss wirklich sagen, ich bin überrascht über mich selber, dass ich plötzlich die Fronten von der Transferpolitik zur Ordnungspolitik wechsele. Ich entdecke auf meine alten Tage, dass ich ein Konservativer bin. Es gibt etwas zu erhalten, und ich glaube, dass eine christlich-demokratische Partei in dieser wild gewordenen Welt die Aufgabe hat, zu erhalten: den Menschen gegen Genmanipulation, die Familie gegen Beliebigkeit und die Gesellschaft gegen eine Flexibilisierung die alles überschwemmt, die alles verwirtschaftet und auch den Sonntag platt macht.

Jetzt schließe ich: Ich kämpfe auch weiterhin für die CDU, da können Sie ganz sicher sein. Meine CDU, das ist nicht die bessere SPD, es ist aber auch nicht die zweitbeste FDP. Es ist die große christliche soziale Volkspartei, für die ich weiter kämpfen werde.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächste hat Regina Görner das Wort.

Regina Görner: Meine Damen und Herren! Als vor einigen Jahren die Mauer fiel und in den Ländern des Ostblocks junge Demokratien entstanden, haben mich meine Gewerkschaftskollegen aus Kroatien gefragt: „Was rätst du uns als hauptamtliche Gewerkschafterin für den Aufbau der sozialen Sicherungssysteme?“ Daraufhin habe ich ihnen gesagt: „Wenn ihr mich hören wollt, macht keine staatlichen Einheitsveranstaltungen. Sorgt dafür, dass ihr beitragsunterfütterte Systeme habt. Macht aber nicht den Fehler, den sozialen Ausgleich allein über den Faktor Arbeit vorzunehmen.“ – Welche Dimensionen wir dem Faktor Arbeit in Deutschland aufgebürdet haben, hat die Berechnung gezeigt, die Norbert Blüm eben angestellt hat. Dies ist nämlich das, was Arbeitsplätze kostet, was die Lohnnebenkosten verteuert. Das ist das Problem, mit dem wir fertig werden müssten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir leben in einer globalisierten Wirtschaft. Unsere Arbeitsplätze in einer hoch exportorientierten Ökonomie konkurrieren mit Arbeitsplätzen in anderen Ländern. Auch wenn viele dieser anderen Länder heute zumindest einen Beitragsanteil in ihre sozialen Sicherungssysteme einbauen – Fakt ist: Die meisten von ihnen nehmen den sozialen Ausgleich über das Steuersystem vor und niemand von ihnen hat die Absicht, das zu ändern, auch wenn sie einen Beitragsanteil in die sozialen Sicherungssysteme hineinbringen.

Das ist der Grund, weshalb wir in diesem Bereich in neuen Kategorien denken müssen. Es geht nicht mehr, dass wir den sozialen Ausgleich ausschließlich über den Faktor Arbeit vornehmen. Wir müssen dies jetzt endlich über die Steuern tun. Deshalb hat die Herzog-Kommission Recht mit ihrem Vorschlag, eine moderate Verlagerung des sozialen Ausgleichs in den Bereich des Steuersystems zu verlangen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das bedeutet nicht das Ende der sozialen Gerechtigkeit, sondern es ist ihre Fortführung unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft. Nicht alles, was jetzt vorgeschlagen worden ist, gefällt mir. Ich habe zum Beispiel durchaus meine Zweifel, ob die Hoffnungen auf die Leistungsfähigkeit der kapitalgedeckten Systeme sich alle erfüllen. Auch diese sind ja nur begrenzt demographiesicher. Ich bin gespannt, ob sich im Endeffekt zeigt, dass mit einem Umlagesystem alles viel schlechter und unsicherer ist als mit einem kapitalgedeckten System. Die Herzog-Kommission hat vorgeschlagen, das sozusagen einmal mit einem Modellversuch in der Pflegeversicherung zu erproben. Dort kann man es auch am ehesten tun. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Ich kann Norbert Blüm verstehen, wenn er sagt: „Ich überlasse die soziale Sicherung und damit das, worauf sich Menschen langfristig verlassen müssen, ungern irgendwelchen wetterwendischen Haushaltsgesetzgebern.“. Ich habe solche wichtigen Fragen am liebsten auch auf der Spielwiese, auf der ich selbst das Sagen habe. Hat uns der Gesetzgeber in der Vergangenheit diese Spielwiese aber eigentlich wirklich überlassen? Es war doch so, dass immer mehr an sozialem

Ausgleich, der über das Steuersystem nicht geleistet werden sollte, in die Sozialversicherung hineingepackt worden ist. Ich erinnere nur an den Ost-West-Transfer nach dem Fall der Mauer. So sieht doch die Wirklichkeit aus. Wir sollten die sozialen Sicherungssysteme und unsere Möglichkeiten, diese intakt zu halten, im Nachhinein also nicht nostalgisch verklären. Wir mussten für soziale Gerechtigkeit kämpfen und wir werden das auch weiterhin tun. Es geht darum, dass wir uns auch in der Zukunft um Verteilungsfragen auseinander setzen. Daran führt kein Weg vorbei. Dies entscheidet sich aber nicht an der Frage, auf welchem Weg wir dies tun.

Meine Damen und Herren, ich bin auch dafür, dass wir unsere Sorge, ob wir uns in jedem Fall durchsetzen, nicht so hoch bewerten, dass wir sie zum Handlungskonzept für die gesamte Sozialpolitik machen. Ich bin in dieser Hinsicht ganz zuversichtlich. Ich bin im Übrigen auch nicht skeptisch, was die Durchsetzungsfähigkeit der Sozialpolitiker betrifft. Dafür ist Norbert Blüm ein gutes Beispiel. Er hat doch Jahr für Jahr um den Bundeszuschuss in der Rentenversicherung kämpfen müssen und ich habe nicht den Eindruck, dass er dabei völlig erfolglos geblieben wäre.

(Beifall)

Ich will noch eines sagen, und zwar mit ganz großer Ernsthaftigkeit. Nicht jeder, der heute sozialen Ausgleich in den Sicherungssystemen will, will den sozialen Ausgleich überhaupt. Das ist meine Sorge. Deshalb bitte ich darum, dass man in dieser Hinsicht differenziert und genauer hinschaut. Wenn erklärt wird: Das ist für das Steuersystem alles zu teuer, frage ich: Warum ist es denn für das Beitragssystem billig genug? In diesem System finden wir doch diejenigen mit den schwächeren Schultern. Auf diese Diskussion lasse ich mich nicht ein. Ich kann nur sagen: „Nachtigall, ick hör dir trapsen.“ – Meine Damen und Herren, ich verspreche Ihnen: Diesen Tendenzen werden alle Widerstand entgegenzusetzen, die soziale Gerechtigkeit nicht zu einer Floskel verkommen lassen wollen. Herr Professor Herzog, ich hoffe ja sehr, dass es die Pizza grandissima wird. Ich füge hinzu: Am liebsten wäre mir die Familienpizza.

(Beifall)

Aber auch dann muss verteilt werden. Ich verspreche Ihnen, dass die Sozialpolitiker sich an diesem Geschäft auch in der Zukunft mit aller Hartnäckigkeit beteiligen werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt noch weitere acht Wortmeldungen zur Grundsatzausprache vor. Erst danach kommen wir zu den Einzelanträgen. Nach § 18 der Geschäftsordnung kann der Tagungspräsident die Redezeit bis auf fünf Minuten begrenzen. Ich mache davon Gebrauch.

(Beifall)

Mein weiterer Vorschlag wäre, wenn sich kein bedeutender Widerspruch ergibt, dass wir jetzt auch die Rednerliste schließen.

(Beifall)

Wer dafür ist, dass wir die Rednerliste schließen, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich glaube, das war fast einstimmig. Wir werden dann so verfahren.

Ich übergebe das Tagungspräsidium nun an Wolfgang Bosbach.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bernd Neumann. – Der nächste Redner ist der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel.

(Beifall)

Erwin Teufel: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist, dass alle sozialen Sicherungssysteme ausnahmslos Milliardenfzite haben. Die Bürger sind Tag für Tag stärker verunsichert, weil jeden Tag neue Sanierungsvorschläge auf den Markt kommen. Sie haben es mit einer völligen Unübersichtlichkeit zu tun. Die Situation ist auch außerordentlich kompliziert. Ich möchte aber sagen, dass die Grundentscheidungen, die von uns gefordert sind, ganz einfach sind. Ich möchte einige nennen, die aus meiner Sicht notwendig sind.

Wenn die sozialen Sicherungssysteme durch die hohe Arbeitslosigkeit, durch ein Nullwachstum, durch eine niedrige Geburtenrate, durch die Investitionsschwäche der Wirtschaft nicht mehr finanzierbar sind, müssen sie grundlegend reformiert werden. Genau dieser Aufgabe hat sich die Herzog-Kommission unterzogen. Es spricht für eine Partei, die in der Opposition ist, wenn sie nicht den billigen Weg der Kritik an der Bundesregierung – diese ist in der Tat kritisierenswert – geht, sondern sich selbst über eine grundlegende Reform Gedanken macht, die nicht überall auf Zustimmung stößt.

Rechtzeitige Reformen jetzt verhindern den Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme – darauf hat Herr Altbundespräsident Herzog vorhin hingewiesen – und liegen daher im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Nicht gegen Norbert Blüm, aber mit seinen Worten sage ich: „Wer festhält, was verändert werden muss, der verliert alles.“

(Beifall)

Damit die sozialen Sicherungssysteme nicht an die Wand fahren, müssen wir jetzt reformieren.

Zweitens: Wenn das Geld und nicht mehr für alle ausreicht, dann müssen die Fördermittel auf diejenigen konzentriert werden, die die Hilfen am Nötigsten haben.

Drittens: Wir müssen die Abhängigkeit der Menschen von öffentlichen Kassen verringern und Eigenverantwortung fördern. Wir müssen in unserem Land endlich Beschäftigung fördern statt Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe geben.

(Vereinzelt Beifall)

Viertens: Viele werden aus diesen Reformen mit geringeren Leistungen aus öffentlichen Kassen herauskommen – das müssen wir ganz offen sagen und begründen -, aber eine Gruppe muss mit Verbesserungen aus diesen Reformen herauskommen, nämlich Familien mit Kindern.

(Beifall)

Kinder in Deutschland sind – das ist völlig zutreffend gesagt worden – ein Armutsrisiko. So lange das der Fall ist, brauchen wir uns über den Geburtenrückgang nicht zu wundern. Wer Kinder erzieht und Humankapital aufbaut, muss bei allen Beiträgen zu sozialen Sicherungssystemen entlastet werden. Das verstößt nicht gegen die Verfassung, wie ich in den letzten Tagen verschiedentlich gelesen habe, sondern ist ein Gebot unserer Verfassung. So hat es das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zur Pflegeversicherung ausdrücklich festgestellt.

Fünftens: Es darf in Deutschland keine Altersarmut geben. Ich halte es für eine der größten Errungenschaften in der Zeit nach 1945, dass es mit der Rentenreform des Jahres 1956 – Konrad Adenauer und Anton Storch – gelungen ist, die Renten an die Lohnentwicklung der aktiv Beschäftigten anzubinden. Wenn es heute in Deutschland keine Altersarmut mehr gibt, müssen wir sehen: Die Menschen haben in ein Versicherungssystem eingezahlt und sich deshalb einen Anspruch erworben. Deshalb wundere ich mich, mit welcher Leichtfertigkeit diese Bundesregierung mit den Renten umgeht. Es geht hier nicht um Leistungen aus der Staatskasse, sondern um Leistungen aus einer Versicherung, für die durch Beitragszahlung und Lebensleistung Ansprüche erworben worden sind.

(Beifall)

Die Rürup-Kommission hat nun vorgeschlagen, die Renten nach 45 Versicherungsjahren auf 40 Prozent des letzten Bruttoeinkommens zu bemessen. Angesichts von durchschnittlich 39 Beitragsjahren bei den männlichen Beschäftigten und von 27 Jahren bei den weiblichen Beschäftigten muss man sagen: Bei diesem Vorschlag landen die meisten weit unterhalb von 40 Prozent. Es soll niemand behaupten, dass so ein Lebensstandard gewährleistet werden kann, den ein Arbeitnehmer in der Zeit seiner aktiven Beschäftigung hatte. Deswegen sind ergänzende Maßnahmen und deren Förderung zwingend notwendig.

Sechstens: Alle Bürger haben bei Krankheit Anspruch auf Leistungen, die der medizinische Fortschritt heute ermöglicht; alle! Wir müssen denjenigen helfen, die die Beiträge dazu nicht aufbringen können. Das ist die vorrangige Aufgabe.

Siebtens: Der Mittelstand wird heutzutage stranguliert. Er erstickt in Vorschriften, Reglementierungen und Statistikerfordernissen. Wenn wir erkennen, dass unser Perfektionismus zu Überbürokratisierung, Unübersichtlichkeit und Ungerechtigkeit der Steuergesetze geführt hat, dann müssen wir in das Gestrüpp von Vorschriften Schneisen schlagen, Eigeninitiative ermöglichen, Entscheidungen bürgernah und problemnah ansiedeln, Verwaltung und Gesetzgebung reformieren und einschränken.

Achtens: Wenn wir wissen, dass es die kommenden Generationen schwerer haben werden als wir heute – das ist gewiss –, dann dürfen wir ihnen nicht über eine übermäßige Verschuldung Lasten auferlegen, die sie nicht tragen können werden. Verantwortliches Handeln heißt, nicht heute die Zukunft der kommenden Generationen zu ververspern, sondern ihnen mit Entlastungen zu helfen.

Warum kommt die Bundesregierung mit ihren Reformen so wenig an? Auch deshalb, weil kein roter Faden sichtbar wird, weil nicht Licht am Ende des Tunnels erscheint. Reformen bejaht niemand um der Reformen willen. Die Ziele müssen sichtbar sein – so wie es heute Morgen in der Rede unserer Bundesvorsitzenden geschehen ist. Wir haben im Subsidiaritätsprinzip eine Leitlinie, an der wir uns orientieren können. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet dreierlei: Erstens: Jeder ist zunächst einmal für sich und seine Familie verantwortlich. Zweitens: Wenn jemand Hilfe der Gemeinschaft braucht, dann haben freie Träger Vorrang vor staatlicher Hilfe. Drittens: Ein Gemeinwesen muss von unten nach oben aufgebaut werden. Wir müssen vom Bürger her denken und den Staat von unten nach oben – von den Gemeinden über die Länder und den Bund bis hin zu Europa – aufbauen. Das ursprünglichste Recht liegt bei der kleinsten Einheit, weil sie den Bürgern und den Problemen am nächsten ist. Nach dieser Maßgabe sind wir auch im europäischen Konvent vorgegangen und daran müssen wir uns auch bei der Föderalismuskommission von Bundestag und Bundesrat orientieren. Wer sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert, schafft auch in finanziell schwierigen Zeiten eine gerechte Ordnung.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Aus gegebener Veranlassung darf ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns vorhin darauf verständigt haben, eine Redezeit von maximal fünf Minuten einzuhalten. Eben ist diese Grenze leicht überschritten worden. Das lag aber sicher nur daran, dass wir am Rednerpult keine Uhr haben, sodass der Redner nicht weiß, wann die fünf Minuten vorbei sind. Wir werden es uns jetzt also erlauben, nach dem Ablauf von fünf Minuten jeweils ein kleines vorweihnachtliches Klingelzeichen an die Redner zu senden, in der Hoffnung, dass diese die Redezeit nicht weiter überschreiten.

Nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Deutschland braucht Wachstum. Angela Merkel hat dies Deutschland heute Vormittag eindrucksvoll ins Stammbuch geschrieben. Wir brauchen Wachstum – bei der Beschäftigung, bei den Arbeitsplätzen.

Was wir aber nicht brauchen, ist das ständige Wachsen der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Das Gesundheitswesen an sich ist ein dynamischer Wachstumssektor: Forschung und Innovation in der Medizintechnik, modernste Arzneimittel, Dienstleistungen in der Pflege und vieles mehr belegen dies. Aber solange in unserem heutigen System die Ausgaben über die Beiträge an den Lohn gekoppelt sind, sind das Fesseln für die Dynamik, die uns immer stärker in die Arbeitslosigkeit ziehen. Dies ist mittlerweile leider schon seit vielen Jahren der Fall.

Wenn „sozial ist, was Arbeit schafft“, dann kann es umgekehrt nicht sozial sein, einfach so weiterzumachen und zuzusehen, wie Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden bzw. mit mehr oder weniger Getöse einfach aufgegeben werden.

Es kann auch nicht sozial sein, wenn bei ständig steigenden Beiträgen immer mehr medizinische Leistungen rationiert werden, nur um weitere Belastungen zu vermeiden. Da rettet uns auch Sozialrhetorik nicht. Es gibt Vorschläge, die besagen: Lasst uns doch Grund- und Wahlleistungen definieren. – Dass das schwierig ist, haben wir ja am eigenen Leib erlebt. Wir können dies ökonomisch tun; das heißt, wir erhöhen die Selbstbeteiligung, die Zuzahlung. Wir werden ab dem 1. Januar erleben, dass wir auch hier sehr schnell an unsere Grenzen stoßen. Wir können – das wäre eine weitere Möglichkeit – medizinische Grenzen setzen. Diese Begrenzungen sind aber in der Regel ethisch äußerst fragwürdig, also kommen sie dafür auch nicht infrage. Wenn wir Leistungen weiterhin und auch systematisch ausgrenzen, dann bleiben am Ende von diesem Fisch wirklich nur noch die Gräten übrig.

Was wir also brauchen, ist die Entkopplung von Löhnen und Gehältern von den Gesundheitskosten. Wir brauchen ferner Verlässlichkeit und Planbarkeit nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmer, sondern auch für die Krankenkassen. Wir müssen die Krankenkassen auf eine breitere und gerechtere Basis stellen.

Allein zwischen September und November dieses Jahres sind die Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,9 Prozent zurückgegangen, die beitragspflichtigen Einnahmen im Verhältnis zum letzten Jahr um mehr als acht Milliarden Euro. Diese Grundlage muss wieder besser werden; wir brauchen eine breitere Grundlage. Welche Grundlage wäre geeigneter und gerechter als die steuerliche Basis? Denn dann, lieber Norbert Blüm, sind auch die Arbeitgeber und die Unternehmen mit ihren Kapitaleinkünften dabei, nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Löhne und Gehälter und sonstige Einnahmen aus Mieten, Pachten und Zinsen. Im Steuersystem gibt es keine Beitragsbemessungsgrenze. Auch das

bedeutet ein Mehr an Solidarität für unser System. Ferner ist es doch auch nicht gerecht, wenn Ehepaare mit dem gleichen Familieneinkommen derart unterschiedliche Beiträge zahlen, nur weil im Fall a) der Mann alles verdient und im Fall b) beide sich den Verdienst teilen. Hier können wir mit unserem Konzept spezifische Einkommensgrenzen festlegen und damit einen Splittingvorteil etablieren, der am Ende dazu führt, dass Wahlfreiheit nicht nur in unserem Programm steht, sondern dann in diesem System auch umgesetzt werden kann.

Ich komme jetzt zum Prinzip der Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Versicherten. Es ist richtig, dass wir dieses Prinzip und das Prinzip des sozialen Ausgleichs gegen Eingriffe sichern müssen. Wir wollen, dass die Menschen nicht zu Bittstellern werden. Aber der Grundsatz, dass wir wollen, dass die Menschen nicht zu Bittstellern werden, kann doch umgekehrt auch nur bedeuten, dass wir die Leistungsfähigeren in unserer Gesellschaft nicht einfach außen vor lassen dürfen. Wenn wir über Dynamik und Wachstum in unserem Land sprechen, kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Vielfach klagen wir über Bürokratie. Die Gesundheitsprämie bietet uns die Chance, den Risikostrukturausgleich auf einen Bruchteil dessen zurückzuführen, was heute von ihm umfasst wird, nämlich auf das, wofür er wirklich gedacht war. Zwei Drittel des Risikostrukturausgleichs beziehen sich auf den Finanzkraftausgleich der Krankenkassen, also auf die Struktur der unterschiedlichen Einkommenshöhen in unserem System. Die Gesundheitsprämie ist ein praktischer Vorschlag zur Entbürokratisierung und deshalb müssen wir diesen Weg gehen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ist dieses Konzept noch das Konzept meiner CDU? – Mich hat in den 80er-Jahren Heiner Geißler mit der neuen Partnerschaft von Mann und Frau sehr beeindruckt. Ich glaube, es liegt jetzt an uns, das zu tun, was wir schon in der Vergangenheit konnten, nämlich neues Denken zu praktizieren, ohne unsere Grundsätze aufzugeben. Deshalb weiß ich: Die CDU kann mehr als nur „Weiter so!“. Mit diesem Modell können wir heute damit anfangen. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Widmann-Mauz. – Der nächste Redner ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Günter Krings. Nach ihm sprechen Christoph Böhr und Uwe Schummer.

Dr. Günter Krings: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre, wie leider etwas zu wenige hier in diesem Saal, einer Generation jüngerer Mitglieder unserer Partei an, die angesichts leider notorisch leerer Kassen kaum noch Wohltaten in den nächsten Jahren verteilen können und die auch auf unseren Sozialstaat nur wenig Neues werden draufsatteln können. Ich habe schon den Eindruck, lieber Norbert Blüm – ich glaube, er ist wieder da –

(Dr. Norbert Blüm: Ich war die ganze Zeit da!)

– Entschuldigung; jedenfalls hören Sie auch dann zu, wenn ein jüngerer Vertreter Anmerkungen macht; das finde ich gut -, dass wir uns alle darüber einig sind, dass in den letzten Jahrzehnten niemand so positiv mit den Errungenschaften unseres Sozialstaats als Person verbunden wurde wie Sie, lieber Norbert Blüm. Wir können in dieser Partei darauf stolz sein. Nachdem ich Ihre Rede von vorhin gehört habe, kann ich mich bei aller Bewunderung für Ihr Lebenswerk des Eindrucks nicht erwehren, als wären Sie beim Thema Sozialstaat mit einem schweren LKW in eine immer enger werdende Sackgasse hinein gefahren, wären dann an einer Stelle ausgestiegen, wo es nun zu eng wird und nicht mehr weitergeht, hätten sich das Ganze angeschaut und würden nun diejenigen, die jetzt das Ziel haben, den LKW langsam zurückzusetzen und ihn wieder zurück auf breitere Straßen zu bringen, davon zu überzeugen versuchen, dass das gar nicht möglich ist, dass dieses Zurücksetzen zugleich das Ende des Sozialstaats bedeutet.

Ich kann – das ist meine zweite Bemerkung – auch nicht sehen, was denn so besonders sozial und gerecht daran sein soll, wenn wir Transferzahlungen, zum Beispiel im Bereich der Krankenkassen, heute eben nicht offen ausweisen und offen über ein Steuersystem finanzieren, sondern sie eher im Rahmen des bisherigen Systems verschleiern.

Wenn wir alle länger leben möchten und glücklicherweise, im statistischen Mittel, auch alle länger leben dürfen, dann müssen wir einfach ehrlich sagen: Das geht nicht zum Nulltarif. Für unsere Gesundheit, für unsere Altersvorsorge werden wir daher in Zukunft nicht weniger, sondern eher mehr Geld ausgeben müssen, übrigens unabhängig davon, in welchem System wir das finanzieren müssen. Klar ist wohl auch, dass in jedem Falle einen Großteil der neuen und schwereren Lasten die junge Generation in dieser Gesellschaft wird tragen müssen. Wenn das aber so ist, so bitte ich Sie, liebe Delegierte: Geben Sie der jüngeren Generation und auch den künftigen Generationen die Chance, diese Lasten so zu organisieren, dass sie unter ihnen nicht zusammenbricht. Wir wollen diese Lasten auch in Zukunft gerne tragen, möchten sie aber so verteilen und so organisieren, dass wir sie auch tragen können. Tragen können wir diese Lasten auf Dauer nur, wenn wir zwei Dinge tun: Erstens müssen wir – das ist schon mehrfach gesagt worden, ich erwähne das nur stichwortartig – den Faktor Arbeit massiv entlasten und zweitens müssen wir den sozialen Ausgleich gerechter bewerkstelligen, das heißt, wir müssen ihn im Steuersystem bewerkstelligen.

Unsere Vorsitzende hat heute Morgen in ihrer Rede darauf hingewiesen – zu Recht -, dass nichts für unser Land so wichtig ist wie Wirtschaftswachstum. Der Gesundheitsmarkt ist ein riesiger Wachstumsmarkt mit etwa 10 Prozent Anteil an unserem Bruttoinlandsprodukt. Dennoch sehen wir zumindest hier Wachstum als Bedrohung an, weil nämlich jeder Euro, der hier ausgegeben wird, sofort bei den Lohnnebenkosten zu Buche schlägt und die Arbeitslosigkeit in unserem Land erhöht. Wer mehr Wachstum will, darf nicht nur auf das Gaspedal treten, sondern muss auch zugleich die gegen mehr Wachstum gerichteten Bremsklötze beseitigen. Dafür brauchen wir zum Beispiel ein Prämienmodell im Gesundheitsbereich, bei den Krankenkassen.

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU, als ein Vertreter der jungen Generation in unserer Union plädiere ich deshalb sehr nachdrücklich und eindringlich dafür, dass wir das Herzog-Konzept und die Ausführungen, die der ehemalige Bundespräsident heute hier so eindringlich gemacht hat, möglichst authentisch annehmen und möglichst authentisch umsetzen, zunächst hier und heute auf diesem Bundesparteitag und so bald wie möglich im Deutschen Bundestag. – Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Krings. – Die nächsten Redner sind Christoph Böhr, Uwe Schummer und Professor Otto Wulff.

Dr. Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den Beschlüssen, die wir heute und morgen fassen wollen, nehmen wir eine Weichenstellung vor. Das ist wahr. Uns muss bewusst sein, dass uns die Beschlüsse, die wir heute und morgen fassen, nicht nur für die nächsten drei, vier oder fünf Jahre, sondern auf eine sehr lange Zeit binden. Wir unternehmen einen Versuch, den bisher keine andere Partei in Deutschland unternommen hat: Wir stellen einen wichtigen Teil dessen, was in unserem Land – mit Fug und Recht – soziale Sicherung ist und bleiben soll, auf ein neues Fundament. Die Beschlüsse, die heute und morgen anstehen, sind so etwas wie das Herzstück dessen, was die Christlich Demokratische Union nicht morgen und übermorgen, sondern auf viele Jahre hinweg will.

Wenn diese „Landkarte“ feststeht, dann wird es notwendig sein, dass wir den Weg, der auf dieser Landkarte sichtbar ist, nicht allein gehen. Das ist in einer Demokratie nicht möglich. Wir müssen auf diesem Weg vielmehr viele – mehr als die Mehrheit – mitnehmen, weil wir unser Ziel sonst nicht erreichen werden. Vor diesem Hintergrund und auch im Hinblick auf die Diskussion, die hier heute Nachmittag und in den zahlreichen zurückliegenden Wochen in der Partei stattgefunden hat – sie war sehr fruchtbar –, will ich drei Bemerkungen machen:

Erstens: Das, was wir diskutieren, und die Art und Weise, wie wir es diskutieren, muss so gesagt und gedacht werden, dass es den Menschen keine Angst macht. Die Debatte, die wir führen, macht vielen Angst; denn viele können die Veränderungen, vor denen wir stehen, gar nicht absehen. Viele fragen sich: „Wie wird das denn in zehn Jahren mit meiner Alterssicherung?“ Wie wird das denn mit meiner Gesundheitsversorgung? Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass wir eine Mehrheit der Menschen mitnehmen. Wir müssen die Diskussion so anlegen, dass den Menschen keine Angst gemacht wird. Mit anderen Worten: Die Art und Weise, wie diese Diskussion geführt wird, muss den Menschen die Angst nehmen.

Das beginnt schon bei der Sprache. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich halte nichts davon, diese Diskussion ausschließlich mit Begriffen wie „Opfer, die erbracht werden müssen“, „Verluste, vor denen wir stehen“, „tiefe Einschnitte“, die erfolgen müssen, „Verzichte, die wir abverlangen

müssen“ zu führen. Nein, es geht nicht um Opfer und Verzichte, es geht nicht darum, unseren Sozialstaat abzubauen, sondern es geht darum, unseren Sozialstaat zu erneuern, damit wir ihn festigen. Der Gewinn für die große Mehrheit und nicht der Verzicht ist unser Ziel.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine ganze Reihe von Schlussfolgerungen, die im weiteren Verlauf der Diskussion zu ziehen sind. Ludwig Erhard hat das alles gewusst. Angela Merkel hat ihn heute Morgen mit sehr gutem Grund zitiert. Ludwig Erhard stand vor unermesslich größeren Problemen, als wir es heute tun. Ludwig Erhard hat nie an die Opferbereitschaft und an die Bereitschaft zum Verzicht der Menschen appelliert. Ludwig Erhard hat vielmehr eine Perspektive gewiesen. Diese Perspektive hat sich für alle mit Hoffnungen verbunden. Alle wussten: Wenn wir dieses Ziel gemeinsam erreichen, dann werden am Ende nicht alle Verzicht üben müssen, sondern alle werden gewinnen. Genauso muss unsere heutige Perspektive sein.

(Beifall)

Zweitens: Von Ludwig Erhard können wir lernen. Wir müssen das nicht neu erfinden. Die Politik von Ludwig Erhard hat unser Land in eineinhalb Jahrzehnten groß und stark gemacht. Von Ludwig Erhard können wir außerdem lernen: Wir müssen klare Ziele haben. Beispielsweise findet das, was Norbert Blüm hier vorgetragen hat, mein volles Verständnis, wenn ich dieses Ziel als die Beantwortung der Frage „Wie kann man in der Zukunft die Krankenversicherung ausgestalten und wie kann man die Gesundheitsversorgung in unserem Land gewährleisten?“ definiere. Über einen solchen Ansatz kann man diskutieren. Fraglich ist aber, ob das sozusagen unser höchstes Ziel ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich an das erinnern, was Professor Roman Herzog hier vorgetragen hat: Es gibt ein Ziel über all diesen Zielen, also ein Ziel über dem Sanierungsziel bei der Rente, über dem Sanierungsziel bei der Gesundheit und über dem Sanierungsziel bei der Pflege. Für sich betrachtet sind das alles enorm wichtige Ziele. Das Ziel, das all diesen Zielen übergeordnet ist, sozusagen das Ziel aller Ziele, ist nicht die Rente, nicht die Gesundheit, nicht die Pflege, sondern die Beantwortung der Frage, wie es uns gelingt, in Deutschland über mehr wirtschaftliches Wachstum endlich wieder mehr Beschäftigung zu schaffen. Diesem Ziel muss sich alles andere unterordnen.

Wenn es uns gelingt, einen wirklich erfolgreichen Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, dann lassen Sie uns nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir uns selbst innerlich schon mit der hohen Arbeitslosigkeit abgefunden. Es ist blamabel, wenn sich die Politik vornimmt, die Arbeitslosigkeit – sie liegt nach Auskunft des Sachverständigenrats bei sechs Millionen – um 300 000 oder 400 000 abzubauen. Ludwig Erhard hat etwas anderes gewollt; er hat gesagt: Arbeit und Wohlstand für alle. Das heißt: Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung ist heutzutage genauso möglich, wie sie 1949 und 1950 möglich war. Wir dürfen uns nicht innerlich mit den Übeln, die wir mit unserer Politik bekämpfen wollen, abfinden.

Drittens: Viele fragen danach, ob das, was wir vorhaben, gerecht ist. Ich möchte hier jetzt keine Definition von Gerechtigkeit vornehmen. Ich will sehr konkret sagen: Eine gerechte Welt ist eine Welt, in der alle Menschen Arbeit finden, die Arbeit suchen. Das ist zumindest eine Facette einer gerechten Welt. Dementsprechend ist unser Lebensentwurf. Es handelt sich um den Lebensentwurf von Menschen, die dem Staat nicht auf der Tasche liegen wollen, von Menschen, die die Chance bekommen, für sich selbst geradezustehen. Wenn das gerecht ist, dann müssen wir daraus politische Schlussfolgerungen ziehen.

Ich möchte auf das zu sprechen kommen, was Norbert Blüm hier gesagt hat. Wenn dies für uns das Ziel aller Ziele ist, wenn es uns also darum geht, über mehr wirtschaftliches Wachstum in Deutschland wieder zu mehr Beschäftigung zu kommen, dann müssen wir einen Weg finden, der dafür sorgt, dass die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen endlich vom Lohneinkommen abgekoppelt werden. Lieber Norbert Blüm, das war sozusagen die entscheidende Alternative, die Sie ausgeblendet haben. Wir diskutieren über diese Frage seit mittlerweile mehr als zehn Jahren; das ist ja nicht neu. Dennoch gibt es keinen anderen Weg als die Abkopplung zumindest eines Teils der Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen vom Lohneinkommen; denn ansonsten wird Arbeit in Deutschland immer unbezahlbarer. Sie ist es schon heute und sie würde es in den nächsten Jahren in zunehmendem Maße.

Ich kenne außer dem Prämienmodell kein Modell, durch das die Beiträge einkommensunabhängig bemessen werden. Ich behaupte nicht, dass das Prämienmodell der Weisheit letzter Schluss ist. Ich sage nur: Wenn wir diesen entscheidenden Schritt vollziehen wollen – wir müssen ihn um der Beschäftigung in Deutschland Willen gehen –, dann haben wir im Moment keinen anderen Weg, als zunächst einmal den Sachverhalt genau so darzustellen. Wie man es im Einzelnen nennt, ist völlig egal: Es ist dann ein vom Lohneinkommen unabhängiger Beitrag. Ich glaube, dass uns dieser Schritt nicht erspart bleibt, solange der Abbau von Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum in Deutschland unsere Ziele sind.

Im Übrigen: Jeder Arbeitslose, der wieder Steuerzahler und Beitragszahler wird, ist ein ganz erheblicher Beitrag zur Sanierung unserer sozialen Sicherungssysteme, ein mindestens so wirksamer Beitrag wie die Kosteneinsparung an dieser oder jener Stelle. Wir müssen wieder auf Dynamik setzen – Roman Herzog hat das hier sehr treffend vorgetragen – und wir dürfen uns nicht in einer Mangelwirtschaft einrichten, wie wir sie in Deutschland seit Jahren erleben.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Böhr. – Natürlich ist es unhöflich, wenn das Tagungspräsidium einen Redner durch das Klingelzeichen daran erinnert, dass seine Redezeit von fünf Minuten nicht überschritten werden darf. Dafür, dass wir es trotzdem tun, bitte ich aber um Verständnis, und zwar aus einem ganz praktischen Grunde:

Wir befinden uns noch immer in der allgemeinen Aussprache. Die Aussprache im Detail beginnt danach. Ich kann Ihnen glaubhaft versichern, dass wir schon jetzt ein ganzes Päckchen mit Wortmeldungen zum speziellen Teil, also zu den Anträgen im Detail haben. Wenn wir nicht wollen, dass der Sachsenabend zur Sachsennacht wird, dann darf ich noch einmal darum bitten, dass wir uns an die vereinbarten fünf Minuten Redezeit halten; denn es ist auch möglich, dass die übrigen Debattenbeiträge länger als fünf Minuten dauern. Auch ist dies gegenüber den Rednern nicht fair, die sich an die fünf Minuten Redezeit halten. Das sind übrigens ziemlich genau 300 Sekunden.

Als Nächstes spricht Uwe Schummer, dann Professor Wulff und Hartmut Schauerte.

Uwe Schummer: Die Frau Vorsitzende hat heute Vormittag in ihrer großen Rede gesagt, dass sich die Deutschen sehr intensiv und stärker als andere Völker mit der Rechtsstaatlichkeit und auch mit dem Sozialsystem, das wir aufgebaut und geschaffen haben, identifizieren. Offensichtlich haben wir eine Art Verfassungspatriotismus, der aus der Geschichte Deutschlands heraus entstanden ist. Ganz wesentlich hierfür ist in der Tat unser Sozialstaat. Die Frage Sozialversicherung oder Gesundheitsprämie ist eben nicht nur eine Frage von 16 Jahren Norbert Blüm oder 50 Jahren Bonner Republik, sondern das sind 120 Jahre deutsche Sozialgeschichte. Man braucht gute Argumente, wenn man sie weitgehend über Bord werfen will.

Es war damals der Konflikt zwischen Bismarck, Franz Hitze, Ketteler, Kolping und dem christlich-sozialen Gedanken, ob man eine steuerfinanzierte Armenfürsorge aufbauen will oder eben die Prinzipien der christlichen Soziallehre, nämlich Beitrag, Rechtsanspruch und Selbstverwaltung, aber auch den Familienausgleich und den Sozialausgleich organisieren will, also die Verantwortung der starken für die schwachen Menschen.

Das Problem des Sozialsystems ist die Arbeitslosigkeit. Vier Millionen Arbeitslose kosten 90 Milliarden Euro. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, brauchen wir in der Tat eine durchgreifende Steuerreform in der Art, wie sie Friedrich Merz vorgelegt hat. Es macht Sinn, sich vom Grundsatz, mit Steuern steuern zu wollen, zu verabschieden, indem man alle Ausnahmetatbestände weitgehend beseitigt, die Steuersätze absenkt und ein einfaches und effizientes Steuersystem aufbaut, das nur noch eine Funktion hat, nämlich die Finanzierungsmasse der öffentlichen Haushalte einfach und effizient bereitzustellen. Wir dürfen nicht mehr Wirtschafts- und Konsumentenlenkung betreiben, wie das bei dem jetzigen ineffizienten Steuersystem der Fall ist.

Wir schaffen also die Ausnahmetatbestände weitgehend ab und machen das Steuersystem effizient. Gleichzeitig belasten wir es im Gesundheitswesen mit einem Megasubventionstatbestand. In der Schweiz gehen ein Drittel aller Ausgaben der öffentlichen Haushalte in die Subventionierung des Gesundheitssystems. Mit dem Prämiensystem in der Schweiz ist der Kostendrang im Gesundheitswesen eben nicht gebändigt worden, sondern man hat einen neuen

Subventionstatbestand geschaffen. Ich möchte, dass wir darüber bis zum Schluss diskutieren können, sodass wir gute Argumente haben, wenn wir uns für das neue System der Herzog-Kommission entscheiden.

Angela Merkel ist ein Geschenk des Himmels für die gesamte Union.

(Vereinzelt Beifall)

Aber ich möchte mich auf diesem Parteitag nicht als Herz-Jesu-Politiker von Kolping und Ketteler lossagen müssen, sondern wir müssen uns bis zuletzt ernsthaft darüber Gedanken machen, ob wir auch im Gesundheitswesen die Sozialversicherung behalten oder zu einem Gesundheitsverein werden. Wenn wir entschieden haben, können wir die Ergebnisse gemeinsam vertreten.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schummer. Es spricht jetzt Professor Otto Wulff, danach Hartmut Schauerte und Reinhard Göhner.

Prof. Dr. Otto Wulff: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Einige Gedanken kurz zu dem, was Altbundespräsident Herzog heute sagte. Ich denke, ich sollte einige Gedanken vortragen, damit wir uns darüber unterhalten können, wie wir die sozialen Sicherungssysteme demnächst besser stützen können.

Erstens: Roman Herzog hat zu Recht darauf hingewiesen: Was wir brauchen – um es auf eine Formel zu bringen –, sind ein früheres Abitur, ein kürzeres Studium und ein zeitigerer Einstieg in den Beruf. Mit folgenden Zahlen habe ich mich als Arbeitsmarktpolitiker auch im Rahmen der Senioren-Union beschäftigt; diese sollte man sich einmal vor Augen führen: Das Berufseintrittsalter in Deutschland liegt bei 28 Jahren. Das durchschnittliche Berufseintrittsalter aller Industriestaaten in Europa liegt zwischen 23 und 25 Jahren. Wenn die jungen Leute bei uns ein Jahr eher in den Beruf einsteigen würden, dann würde das die Sozialkassen um ein Prozent entlasten. Selbst wenn wir beim Berufseintrittsalter von 28 Jahren auf das Durchschnittsalter in Europa, nämlich 25 Jahre, kämen, bedeutete das eine Entlastung von ganzen drei Prozent.

Zweitens – das ist ganz entscheidend: In Deutschland stehen nur 38 Prozent der 55- bis 64-Jährigen im Erwerbsleben. Das ist auf die Dauer – das sage ich als Vorsitzender der Senioren-Union – nicht hinnehmbar. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass dieser Anteil statt 38 Prozent wie in Deutschland beispielsweise in der Schweiz bei 64 Prozent, in Amerika bei über 60 Prozent und in den skandinavischen Staaten bei über 60 Prozent liegt, dann können Sie sich vorstellen, welches Potenzial an Einsparungen, aber auch an Einzahlungen in die Sozialkassen möglich wäre, wenn die Älteren die Chance bekämen, länger arbeiten zu können.

Bitte machen Sie sich auch klar, dass durch Zwangs- und Frühverrentung jährlich circa 40 Milliarden Euro gezahlt werden müssen und was das für uns ausmacht. Ich möchte auf noch etwas

hinweisen. Meine Freundinnen und Freunde, es wird keine 25 Jahre mehr dauern, bis nach der demographischen Entwicklung mehr als zwölf Millionen – manche rechnen mit bis zu 15 Millionen – Menschen weniger im Vergleich zur heutigen Generation erwerbstätig sein werden. Das heißt, wir müssen jetzt frühzeitig damit anfangen, dafür zu sorgen, dass die Älteren länger im Erwerbsleben stehen. Es kann nicht sein, ein hohes Renteneinstiegsalter zu fordern, andererseits aber in fast 60 Prozent aller deutschen Betriebe keinen über 50-Jährigen mehr beschäftigt zu sehen. Das halte ich – mit Verlaub gesagt – für einen Skandal.

Noch eine Zahl. Ich weiß von der Universität – das haben wir ausgerechnet – und den Verbänden – das ist für mich das Schockierende -: Bildungspolitik spielt auch für die Rentenpolitik eine wesentliche Rolle. 430.000 junge Menschen, Lehrlinge und Studenten brechen ihre Berufsausbildung ab. Das heißt, 25 Prozent aller jungen Menschen machen ihre Ausbildung nicht zu Ende. Wenn Sie genau hinsehen, werden Sie feststellen, dass von den Berufsabbrechern praktisch 65 bis 70 Prozent später in der Sozialhilfe landen.

Wir müssen also bei diesen Diskussionen mehr und mehr darauf achten, früher in den Beruf – das ist wichtig – einzusteigen. Das werden wir als Senioren unterstützen und wir werden daran mitarbeiten, dies zu erreichen. Wir müssen aber auch bedenken: Wenn die Frühverrentung anhält, ist sie auf Dauer nicht bezahlbar. Vielmehr müssen wir auch den älteren Menschen die Chance geben, weiterarbeiten zu können, so sie es wollen; denn Menschen identifizieren sich auch durch Leistung und Arbeit. Wer nicht mehr arbeiten und keine Leistung erbringen kann, verliert an Selbstachtung und Selbstwürde. Diese Erscheinung können wir als Christlich Demokratische Union nicht hinnehmen. Ich appelliere an Sie, gemeinsam mit der Senioren Union – wir machen uns schon jetzt mit den Jüngeren darüber Gedanken – daran zu arbeiten, das zu ändern. Wir müssen zu einer Sozialpolitik kommen, die sich sehen lassen kann, insbesondere im Verhältnis der Generationen zueinander. – Schönen Dank für Ihre Geduld.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Die letzten drei Redner in der allgemeinen Aussprache sind Hartmut Schauerte, Dr. Reinhard Göhner und Friedhelm Koch.

Hartmut Schauerte: Verehrter Norbert Blüm, wir haben miteinander den Faktor Arbeit, der immer schmaler geworden ist, in einer Weise belastet, dass er seine Wettbewerbsfähigkeit in dieser globalisierten Welt weitgehend verloren hat. Das ist ein Faktum. Diese Entwicklung muss korrigiert werden. Dazu gibt es keine Alternative. Wir müssen Elemente der Belastung zurücknehmen und sie durch die Steuer finanzieren. Darüber kann man nicht ernsthaft streiten.

Hierzu gibt es zwei Möglichkeiten, die Möglichkeit der Beitragsfinanzierung oder der Steuerfinanzierung. Bei beiden Ansätzen ist es nicht so, dass im Himmel gefüttert wird und auf Erden gemolken werden kann. In diesem Zusammenhang habe ich nämlich die ganz andere Sorge, dass

wir im Rahmen der Systemumstellung – diese halte ich für unabwendbar, um Arbeitsplätze in Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen – die Sorgfältigkeit im Umgang mit der Kostenentwicklung vermissen lassen. Ich habe den Eindruck, dass wir, wenn wir aus der Enge der Beitragsfinanzierung herauskommen, bei der Frage etwas großzügiger sein könnten, was wir uns leisten können. Es bleibt aber ein System der kommunizierenden Röhren: Für die volkswirtschaftliche Betrachtung ist es am Ende fast egal – das Wörtchen „fast“ sage ich bewusst -, ob ich das bei der Beitragsfinanzierung oder der Steuerfinanzierung mache. Wenn die Ausgabenvolumina bei den sozialen Sicherungssystemen weiter wachsen, wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch in Zukunft leiden.

Angesichts dessen, dass es eine Menge von Anhaltspunkten dafür gibt, dass diese Gefahr durchaus besteht, meine Bitte: Wir dürfen bei der Umstellung nicht zu großzügig werden. Es gab einige Beiträge, in denen gesagt wurde, dass der eine oder andere Anspruch noch gewährt werden könne, schließlich sei es nicht so schlimm, es belaste nicht mehr den Faktor Arbeit. Wenn wir das Steuerkonzept von Friedrich Merz morgen ernsthaft beschließen wollen, dann müssen die zukünftigen Ausgabenvolumina mindestens genauso ernsthaft kontrolliert und reduziert werden, wie bei einer anhaltenden Beitragsfinanzierung. Es gibt keine Alternative zur Rücknahme von Ansprüchen und zur Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger in all diesen Systemen. Lassen wir uns bitte nichts vormachen.

(Beifall)

Diese Sorge treibt mich stärker um als die Frage, Herr Blüm, ob die eine Möglichkeit sozial ist und die andere nicht. Um es auf einen Nenner zu bringen: Eine Steuerfinanzierung mit Progression halte ich am Ende für sozialer als gleich bleibende Beitragssätze, die über Beiträge auf den Faktor Arbeit finanziert werden. Diese Schlacht ist für meine Begriffe geschlagen. Wir müssen nur bei den Kosten aufpassen, dass sie uns nicht davonlaufen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsident: Vielen Dank, Herr Schauer. – Die beiden letzten Redner sind Dr. Reinhard Göhner und Friedhelm Koch.

Dr. Reinhard Göhner: Liebe Freunde! Norbert Blüm hat drei zentrale Fragen zur Gesundheitsprämie gestellt, die ich allesamt für voll berechtigt halte und die wir in der Herzog-Kommission ausführlich debattiert haben. Diese Fragen müssen in diesem Rahmen beantwortet werden.

Die erste Frage von Norbert Blüm lautete, warum es ein gemischtes System aus linearen und progressiven Anteilen geben solle, man solle gleich ein linear abhängiges System nehmen. Die Antwort ist klar: Wir wollen die linear, also allein lohnzentrierte, einkommensabhängige Finanzierung der Sozialversicherung abschaffen; denn wir nehmen ernst, meine Damen und Herren, was wir als Christlich Demokratische Union mit Norbert Blüm schon vor 1998 als Ziel vorgegeben hatten: Wir wollten die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent senken.

Ich frage Sie, ob irgendjemand in diesem Saal sitzt, der ein Konzept hat, von dem er glaubt, das ohne vollständige Entkopplung der Sozialversicherung vom Arbeitsverhältnis Beiträge unter 40 Prozent erreichen kann. Diese Zielsetzung ist nämlich nach wie vor richtig. Wir erleben seit Jahren einen Export von lohnintensiven Arbeitsplätzen aus Deutschland. Dies geschieht nicht, weil die Nettolöhne in Deutschland zu hoch sind. Es sind die Bruttolohnkosten, die die lohnintensiven Arbeitsplätze aus Deutschland vertreiben. Deshalb sagen wir seit Jahren, dass wir von dieser Belastung herunterkommen müssen.

Wir haben die beiden Möglichkeiten diskutiert, die bestehen, um eine Entkopplung durchführen zu können. Die eine Möglichkeit besteht in einem rein steuerfinanzierten System in einer Sozialversicherung, die wie bisher beitragsabhängig ist. Darüber haben wir in Klausurtagungen intensiv debattiert, haben die Frage einer steuerfinanzierten Grundsicherung bei der Rente geprüft und haben das aus guten Gründen verworfen, die ich hier nicht aufführen will. Die einzige realistische Möglichkeit, eine Sozialversicherung vollständig von der Lohnzentrierung zu lösen, ist die Einführung eines Prämiensystems, bei der es einen solidarischen Ausgleich gibt, damit die Belastung für den Einzelnen nicht zu hoch wird.

Damit bin ich bei der zweiten Frage von Norbert Blüm, die lautet, wie man so etwas über einen Ausgleich finanzieren kann. Der Hinweis, dass 18 Milliarden Euro aus der Besteuerung des Arbeitgeberbeitrages kommen, ist richtig. Ebenso richtig ist, dass damit der Arbeitgeberbeitrag zunächst an den Arbeitnehmer ausgezahlt wird. Angesichts der Tatsache, dass insgesamt 25 Milliarden bis 28 Milliarden Euro an Solidarausgleich über Steuern in das System kommen, halte ich eine Obergrenze von 15 Prozent – diese haben wir so definiert – für realistisch. Das bedeutet, dass das unter Hinzurechnung der 6,5 Milliarden an den Arbeitnehmer ausbezahlten Beiträgen tragbar und finanzierbar ist. Das ist die entscheidende Weichenstellung, die die Antragskommission übernommen hat. Sie hat das ursprüngliche Konzept in dieser Hinsicht geändert.

Lieber Norbert Blüm, das, was du als Mischsystem kritisiert hast, ist in der Sozialpolitik nicht fremd und keine Erfindung von Roman Herzog. Ich erinnere mich an eine deiner letzten Großtaten von 1998 – ich habe daran mitgewirkt -, die in den eigenen Reihen höchst umstritten war, nämlich die Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent für die Rentenversicherung zu verwenden. Es ist nicht so, als ob es erst mit der Einführung der Ökosteuer oder dem Solidarausgleich eine Teilsteuerfinanzierung von Sozialversicherung gäbe. Nein, meine Damen und Herren, das ist als Strukturelement bereits vorhanden.

Wir haben nur drei Möglichkeiten, um zu einer wirklichen Absenkung der zu hohen Lohnzusatzkosten zu kommen. Im ersten Punkt hat Norbert Blüm Recht, nämlich dass eine Verminderung auf der Ausgabenseite stattfinden muss. Die zweite Möglichkeit besteht in einer Entkopplung. Durch mehr Privatvorsorge und mehr Kapitaldeckung wie bei der Gesundheitsprämie kann uns eine vollständige Entkopplung vom Arbeitsverhältnis gelingen. Die dritte Möglichkeit besteht in Steuerzuschüssen.

Ich glaube, dass der Schritt insgesamt, den wir gehen müssen, mit der Frage verbunden werden muss, ob wir nicht zu viel des Guten tun. Darüber werden wir nachher noch diskutieren. Es steht ein Vorschlag zur Beschlussfassung – er geht weit über den Vorschlag von Roman Herzog hinaus -, der erheblich höhere Anforderungen an die Steuermittel stellt. Das halte ich für bedenklich. Die Finanzierung einer steuerfinanzierten Mindestrente von 15 Prozent über dem Sozialhilfeniveau geht mit zweistelligen Milliardenbeträgen Jahr für Jahr ins Geld. Differenzierte Beiträge zur Rentenversicherung für diejenigen, die Kinder erziehen halte ich für richtig; das steht übrigens schon im Grundsatzprogramm der CDU. Aber ich warne davor, den Unterschied zur CSU mit einer Differenzierung innerhalb des Beitragssystems zu stark als Kontroverse anzusehen. Denn es ist durchaus eine Überlegung wert, durch differenzierte Beiträge im System eine Korrektur zu schaffen. Jedenfalls können wir neben einem Solidarausgleich in Sachen Gesundheitsprämie nicht auch noch bei allen anderen Sozialversicherungen die Steuerzuweisungen kräftig erhöhen. Das hat Grenzen. Darin hat Norbert Blüm ganz sicher Recht. Aber das ganze ermöglichen können wir überhaupt erst dadurch, dass wir die Sozialversicherung vollständig entkoppeln. Der Clou ist die Gesundheitsprämie, die damit ein Beitrag für mehr Arbeit in unserem Land ist und den Export von lohnintensiven Arbeitsplätzen aus Deutschland verhindert. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reinhard Göhner. – Letzter Redner in der allgemeinen Aussprache ist Friedhelm Koch.

Friedhelm Koch: Norbert Blüm hat gesagt, er sei ein Handwerker der Sozialpolitik. Ich bin ein richtiger Handwerker, habe vier Kinder. Otto Rehgel hat einmal gesagt, die Wahrheit liege auf dem Platz. Auf meinem Platz sieht es so aus, dass ich in den letzten Jahren jede Menge Kunden verloren habe, habe andere Kunden aber wieder gewonnen. Die Kunden, die ich verloren habe, habe ich nicht an die Konkurrenz verloren, sondern an den Schwarzmarkt.

In Deutschland herrschen langsam Verhältnisse wie in Italien, wo die Hälfte der Bevölkerung im Schwarzmarkt tätig ist. Die Kunden gewöhnen sich daran. Ich werde sie nicht zurückgewinnen können. Das wird langfristig ein Problem sein. Das wird dazu führen, dass meine vier Kinder, wenn sie erwachsen sind, dazu verurteilt sind, entweder 60 Prozent ihres Lohnes an ein anonymes Sozialkassensystem abzugeben, wie das Herr Herzog treffend beschrieben hat, oder sich auch aus diesem System zu verabschieden. Dann wird das System viel schneller zusammenbrechen, als bislang berechnet worden ist; denn je mehr überfordert wird, desto größer ist die Fluchtneigung.

Einen Ansatzpunkt, um dies zu stoppen, gibt es in der Krankenversicherung. Selbstverständlich hat Norbert Blüm Recht, wenn er darauf hinweist, dass wir damit nicht die Kostenlawine stoppen. Wenn wir es schaffen, jeden in der Krankenversicherung in die Pflicht zu nehmen, also auch die Schwarzarbeiter, und so dafür sorgen, dass die Arbeitseinkommen nicht stärker belastet werden, dann wird es auch für die Häuslebauer rechenbar, sich einen Handwerker zu bestellen, der kran-

kenversicherungspflichtig ist. Dann hört die Flucht aus dem System auf. Es wird einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und eine Dynamik im legalen Arbeitsmarkt geben, wie wir sie bis jetzt nur vom Schwarzmarkt her kennen.

Es ist sicherlich wichtig, den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung zu durchforsten. Herr Bundespräsident a. D. Herzog hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Katalog auch Wellness-Angebote enthält. Aber auch Abreibungen dürfen nicht von der Krankenversicherung finanziert werden. Wenn ich mir vor Augen führe, für was wir alles Geld ausgeben, dann kann ich nur fordern, den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung dringend zu durchforsten.

(Beifall)

Norbert Blüm hat dankenswerterweise seinen Vorwurf nicht wiederholt, dass wir uns von unseren Wurzeln entfernen würden und dass wir jetzt keine soziale und christliche Partei mehr seien. Oswald von Nell-Breuning – auf diesen bezieht sich Norbert Blüm ja sehr oft – hat Personalität, Subsidiarität und Solidarität gepredigt. An erster Stelle steht die Verantwortung des Einzelnen. Dann kommt die Hilfe. Wenn diese nicht funktioniert, dann muss die Gemeinschaft Solidarität üben. In der katholischen Soziallehre gibt es aber auch ein Interventionsverbot. An dieses haben wir uns in der Vergangenheit nicht gehalten. Vielmehr haben wir ständig neue Wohltaten erfunden, die wir den Bürgern zukommen ließen. Jetzt komme ich auf den Punkt zu sprechen, der uns von Seehofer und anderen unterscheidet, die uns gelegentlich vorwerfen, dass wir uns in eine FDP verwandeln. Der Pater von Nell-Breuning wollte uns nicht die Kosten eines funktionierenden Sozialsystems vorrechnen. Er hat vielmehr aus christlicher Sicht darauf hingewiesen, wie das Leben eines Christenmenschen gelingen kann, wie man ganz Mensch werden kann und – so kann man es auch formulieren – wie man durch Fürsorge daran gehindert werden kann. Ein kluger Mann hat auf die Frage, was einmal auf seinem Grabstein stehen soll, geantwortet: „Er hat gelebt“, also nicht „Er hatte vor“ oder „Er wollte gerne“. Durch die Reform, die wir vorhaben, sinkt die Zahl der Menschen, von denen man sagen muss: Sie hätten fast gelebt und hätten alle Erfahrungen machen können, die zu einem Menschenleben dazugehören, wenn die Fürsorge sie nicht in weiten Teilen daran gehindert hätte.

Vor diesem Hintergrund ist das, was wir vorhaben, in tiefstem Sinne christlich-demokratisch und der katholischen Soziallehre angemessen. Unser Ansatz ist sehr erfreulich. – Vielen Dank.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen. Weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge A 1 bis A 21 auf den Seiten 1 bis 23 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge anzunehmen, die die Voranstellung einer Präambel fordern. Den Text dieser Präambel finden Sie auf Antrag A 477 im

Anhang I der Antragsbroschüre. Ferner soll der Generalsekretär beauftragt werden, nach dem Parteitag den Beschluss in Form von Leitsätzen als Kurzfassung zu veröffentlichen. Damit können alle Anträge als angenommen betrachtet werden, in denen Leitsätze gefordert werden. Die übrigen Empfehlungen der Antragskommission entnehmen Sie bitte der Antragsbroschüre.

Ich schlage nun vor, über die Anträge A 1 bis A 21 und A 477 in einer verbundenen Abstimmung zu beschließen. Gibt es Widerspruch? – Es gibt keinen Widerspruch. Dann kann so verfahren werden. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 1 bis A 21 sowie A 477 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Anträge sind bei einer Gegenstimme beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 24 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 22 bis A 24. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 1 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 24 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei einer Stimmenthaltung so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 2 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 24 f. der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 25 bis A 27. Es liegt eine Wortmeldung zu Ziffer 2 vor. Frau Eva Welskop-Deffaa aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen hat das Wort.

Eva Maria Welskop-Deffaa: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die CDU setzt heute in Leipzig das Signal, dass wir die Weichen umstellen wollen, dass wir den Sozialstaat neu austarieren wollen. Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog stellen wir die Weichen für die Zukunft der Arbeitslosen-, der Pflege-, der Renten- und der Krankenversicherung neu. Damit das gelingt, braucht es neben sachgerechten Vorschlägen mindestens zweierlei. Die Zielvorstellungen und Wertgrundlagen der einzelnen Vorschläge müssen erkennbar sein. Dies ist durch die Präambel, die der Bundesvorstand dem Leitantrag voranstellt, großartig gelungen. Es braucht aber auch eine treffende Beschreibung des Ist-Zustandes, auf den sich die Reformvorschläge beziehen. Der Antrag A 27, zu dem ich sprechen möchte, bezieht sich auf den Ist-Zustand, wie er im Herzog-Papier beschrieben wird. In Ziffer 2 Satz 3 des Antrages A 27 heißt es: „In Deutschland gibt es immer weniger Familien mit mehreren Kindern und immer mehr Akademikerinnen ohne Kinder.“. Diese Aussage bildet die Wirklichkeit nach Auffassung des Kreisverbandes Borken und des Kreisverbandes Rhein-Erft nicht präzise ab. Es stimmt, dass es immer weniger Familien mit mehreren Kindern gibt. Im Hinblick auf die Kinderlosigkeit ist es aber irreführend, die Akademikerinnen so hervorzuheben, wie das im Herzog-Papier geschieht.

(Beifall)

Die amtliche Statistik belegt: Kinderlosigkeit ist in Deutschland ein Phänomen, das mehr Deutsche als Ausländer, mehr gut Ausgebildete als schlecht Ausgebildete, mehr Unverheiratete als Verheiratete und mehr Männer als Frauen betrifft. Die öffentliche Fixierung auf eine einzelne Gruppe der Kinderlosen, die gut ausgebildeten Frauen, verzerrt den Blick auf die Wirklichkeit, auf die wir reagieren wollen. Es wird das Vorurteil bzw. das Missverständnis genährt – je nach dem, wie man das sieht –, die gute Ausbildung der Frauen sei Schuld an den demographischen Problemen. Einem solchen Vorurteil darf die CDU keine neue Nahrung geben.

(Beifall)

Ich plädiere daher dafür, dass wir hier entgegen der Empfehlung der Antragskommission dem Antrag A 27 zustimmen.

(Beifall)

Vielen Dank. Wir nehmen einen Wechsel in der Tagesleitung vor. Das Wort hat Bernd Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Laurenz Meyer das Wort.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Was die Antragstellerin aus dem Rhein-Erft-Kreis vorgeschlagen hat, ist eine Verallgemeinerung. Die Antragskommission stimmt dem zu und übernimmt das. Damit ist Ihr Anliegen erfüllt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Da die Antragskommission den Vorschlag des Rhein-Erft-Kreises übernommen hat, gehe ich davon aus, dass dieser Punkt dann zum Gesamtpaket der Antragskommission gehört. Mit dieser Veränderung lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Gesamtempfehlung der Ziffer 2 unter Einbeziehung der letzten Veränderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 25 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 28 bis A 30. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 3 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 25 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 4 und 5 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 26 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 31 bis A 34. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 4 und 5 abstimmen. Diese Empfehlungen finden Sie auf Seite 26 der Antragsbroschüre. Wer den genannten Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 6 und 7 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 27 ff. der Antragsbroschüre auf. Sie umfassen die Anträge A 35 bis A 40. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 6 und 7 abstimmen. Die Empfehlungen dazu finden Sie auf den Seiten 27 und 28 der Antragsbroschüre. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 8 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 29 ff. der Antragsbroschüre auf. Sie umfasst die Anträge A 41 bis A 44. Wortmeldungen sehe ich keine. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 8 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 30 der Antragsbroschüre. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 31 ff. der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 45 bis A 73 auf den Seiten 31 bis 40 der Broschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 9 abstimmen. Die Empfehlung dazu befindet sich auf den Seiten 31 bis 33 der Broschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun die Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 40 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 74 bis A 86. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 10 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 40 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 11 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 43 der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 87 bis A 95. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung zur Ziffer 11 abstimmen. Diese Empfehlung befindet sich auf den Seiten 43/44 der Broschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 12 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 46 ff. der Antragsbroschüre auf. Sie umfasst die Anträge A 96 bis A 111. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 12 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 46 bis 48 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Widerspruch)

– Entschuldigung. Ich korrigiere mich: Bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

(Zuruf: Bei einer Gegenstimme!)

– Herr Kollege Blüm, Sie haben beide Hände gehoben. Deswegen dachte ich, es seien mehrere Gegenstimmen. Also eine Gegenstimme. Das Problem ist, dass die Ecke, die von uns aus links ist, nicht im hellen Licht ist, sodass man das nicht genau erkennen kann.

Ich fasse jetzt abschließend zusammen: Wir haben den Antrag mit zwei Gegenstimmen beschlossen.

(Widerspruch)

Ich rufe die Ziffer 13 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 52 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 112 bis A 119. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung zur Ziffer 13 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 52 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 14 des Antrages des Bundesvorstandes auf der Seite 62 der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 120 bis A 123. Wortmeldungen liegen keine vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Kommission zur Ziffer 14 abstimmen. Sie finden diese auf der Seite 62. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

(Widerspruch)

– Zwei Gegenstimmen. Bei zwei oder drei Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen. Wichtig ist, dass wir eine große Mehrheit haben und das ist der Fall.

Ich rufe die Ziffern 15 und 16 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 64 ff. der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 124 bis A 126. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 15 und 16 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 64 und 65 der Broschüre. Wer der Empfehlung der Kommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme sind auch diese Ziffern so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 17 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 65 f. auf. Dazu gehören die Anträge A 127 bis A 132 und A 477. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 17 abstimmen. Diese Empfehlung finden Sie auf den Seiten 65 und 66 der Broschüre und auf Seite 1 der Sammlung der

Initiativanträge. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 18 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 67 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 131 bis A 136. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung zur Ziffer 18 abstimmen. Diese Empfehlung finden Sie auf Seite 67 der Broschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 19 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 68 f. der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 137 bis A 140. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung zur Ziffer 19 abstimmen. Diese Empfehlung befindet sich auf den Seiten 68 und 69. Wer der Empfehlung der Kommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt bitte ich Sie herzlich um Ihre volle Konzentration, soweit sie nicht ohnehin vorhanden war. Wir haben jetzt über die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung Beschluss zu fassen. Im Antrag des Bundesvorstandes sind das die Textziffern 20 bis 26 auf den Seiten 70 bis 100 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 2 Ziffer III, A 113, A 115, A 118, A 119, A 141 bis A 214, A 262 und A 263.

Auf Grund der Antragslage vor allem seitens großer Landesverbände empfiehlt Ihnen die Antragskommission, die ursprünglichen Ziffern 20 bis 26 gemeinsam zu behandeln und durch die Ziffern 20 (neu) und 21 (neu) vollständig zu ersetzen. Sie finden diese neu gefassten Texte in der Spalte „Empfehlungen der Antragskommission“ auf den Seiten 70 bis 75 der Antragsbroschüre.

Hierzu habe ich zwei Wortmeldungen vorliegen, zum einen die von Fritz Böhringer aus Baden-Württemberg; er möge jetzt gleich das Wort ergreifen. Ihm folgt Johannes Pöttering aus Niedersachsen.

Fritz Böhringer: Herr Blüm hat vorhin die Kopfpauschale als ein Problem angesehen, und da hat er Recht. Aber es gibt eine Lösung, nämlich dass man die Kopfpauschale nach der echten Leistungsfähigkeit staffelt. Das heißt, was einer in 37 Stunden in der Woche erarbeitet, das ist seine eigentliche Leistungsfähigkeit, aber wenn er dann mehr arbeitet, dann steigt deshalb nicht seine Leistungsfähigkeit, sondern nur seine Leistungserbringung. Sobald man diese einführt, sind das automatisch keine Lohnzusatzkosten mehr, sondern es ist eine fixe Belastung, die auch der Optimalsteuertheorie entspricht. Wir können dann diese Arbeitszeit, die die Arbeitnehmer zum großen Teil noch hätten, ausnutzen. Herr Blüm, wenn die Arbeitnehmerschaft in der Woche 50

Stunden arbeiten würde, dann wäre die zusätzliche Wertschöpfung pro Jahr in etwa 1 000 Milliarden Euro. Damit kann man alles finanzieren. Wenn man aber die Zusatzarbeit so hoch besteuert wie jetzt, dann klappt das nicht.

Ich bitte also, in der Kommission diese Struktur zu überdenken. Das ist so ähnlich wie früher bei der Klassensteuer. Da hatte der Straßenkehrer einen geringen Beitrag zu bezahlen, der Apotheker viel, wir alle dazwischen, aber jeder einen festen Satz. Damit war die Grenzbelastung null, und damit haben die Leute die schönsten Städte der jüngeren Geschichte gebaut, von Madrid bis Sankt Petersburg. Bitte überprüft das! Die Grenzbelastung muss herunter, damit wir die Arbeitszeit der Arbeitnehmer zu deren eigenen Gunsten und zu Gunsten von öffentlichen Aufgaben nutzen können, die wir sonst nicht erledigen können. – Ganz herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächster Johannes Pöttering, bitte.

Johannes Pöttering: Meine Damen und Herren! Die Junge Union hat von Anfang an die Idee der Gesundheitsprämie unterstützt, auch als viele andere noch massiv gegen jede Form einer Gesundheitsprämie waren. Wir haben uns in der Generaldebatte ausdrücklich nicht zu Wort gemeldet, um nicht vieles, was tausendmal gesagt wurde, zum 1001. Mal zu sagen.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf den Antrag 169 der Jungen Union lenken. Wir als Junge Union stehen voll hinter der Gesundheitsprämie, weil sie demographiefester, transparenter und letztendlich auch sozialer ist. Wir als Junge Union wollen auch ganz klar, dass die großen Lebensrisiken auch in Zukunft von der Solidargemeinschaft abgesichert werden. Wir wollen auch nicht, dass ältere Menschen von Leistungen ausgegrenzt werden. Wir wollen aber auch, dass der Sozialstaat auch für uns Jüngere später noch finanzierbar ist, wenn wir alt geworden sind.

Wenn wir diese Solidarität wollen, müssen wir unseres Erachtens auch deutlich sagen, dass wir selbst bei einem System der Gesundheitsprämie, die viele Probleme löst und vieles transparenter macht, über die Leistungen reden müssen. Deswegen versuchen wir mit unserem Antrag das zu konkretisieren, was auch im Antrag des Bundesvorstandes steht, nämlich dass ein Standardleistungskatalog angeboten werden soll. Wir wollen das konkretisieren, indem wir sagen, es soll die Regel sein, dass sich diese Versicherung auf die Kernbereiche konzentriert, nämlich die ambulante ärztliche Versorgung, die Krankenhausbehandlung und die Leistungen der Rettungsmedizin. Bei allem anderen kann jeder selber bestimmen, ob und wie er es versichern will. Neben Selbstbeteiligung und Bonussystem sind also mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit die Folge. Das würde durch den Antrag der Jungen Union noch deutlicher festgeschrieben.

Deswegen bitte ich um Unterstützung für die Gesundheitsprämie in der Form, wie die Antragskommission sie vorgeschlagen hat, bitte aber auch, beim Antrag 169 gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen und diesen Antrag anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben ja den Termin der Einführung der Gesundheitsprämie um zehn Jahre sozusagen direkt nach Übernahme der Regierungsverantwortung vorgezogen. Dadurch haben wir nicht mehr die Notwendigkeit, Teilbereiche aus dem Katalog der Krankenversorgung auszugliedern. Wir hatten ja auch die Ausgliederung von Zahnersatz und Krankengeld vorher eigentlich nur geplant, damit wir in der Übergangsphase wenigstens Teilbereiche schon aus der Anbindung an die Löhne herausnehmen konnten.

Wir wollten aber auf keinen Fall eine Einschränkung des medizinischen Angebots für die Versicherten. Was vorhin gesagt worden ist, ist Grundphilosophie der Union. Wir wollen nicht, dass irgendwer – wie in Großbritannien – irgendwann einmal entscheidet: „Du bekommst eine bestimmte medizinische Leistung nicht mehr; du bist zu alt.“ – Das gibt es mit der CDU in Deutschland nicht. Jeder soll unabhängig vom Einkommen und vom Alter die notwendige medizinische Versorgung erhalten.

(Beifall)

Wir sollten deswegen jetzt auch nicht über Einschränkungen der medizinischen Versorgung reden. Es geht darum – so wird es im Antrag formuliert -, dass jeder die notwendige medizinische Versorgung erhält, und zwar auch dauerhaft, auf lange Sicht gesehen. Das muss das Paket sein, das angeboten wird. Deswegen möchte ich für die Antragskommission davon abraten, dem Antrag der Jungen Union zu folgen. Ich bitte Sie darum, bei der Formulierung der Antragskommission zu bleiben.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse dann jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 20 bis 26 des Antrags des Bundesvorstandes und den dazu gestellten Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, wie sie auf den Seiten 70 bis 75 der Antragsbroschüre ausgedruckt ist und die vom Generalsekretär eben noch einmal begründet wurde, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Empfehlung ist mit überwältigender Mehrheit bei einer Reihe von Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen worden.

(Beifall)

Ich rufe die Ziffer 27 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 100 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 215 bis A 219. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 27 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 100 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Aus unserer Sicht ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 28 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 101 f. der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 220 bis A 226. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 28 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 101 f. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich komme nun zu Ziffer 29 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 104 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 227 bis A 229. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung zu Ziffer 29 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 104 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist die Empfehlung ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 30 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 105 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 230 bis A 232. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung zu Ziffer 30 abstimmen. Sie finden diese auf Seite 105 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist ebenfalls einmütig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 31 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 106 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 233 bis A 237. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 31 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 106 f. der Antragsbroschüre. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ein oder zwei Gegenstimmen ist es ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 32 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 108 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 238 bis A 244. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 32 abstimmen. Sie finden diese

Empfehlung auf Seite 108 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist es ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 33 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 109 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 245 bis A 253. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht so.

Dann wird jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 33 abgestimmt. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 109 und 110 der Antragsbroschüre. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 34 des Antrags auf Seite 111 f. der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 254 bis A 260. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung zu Ziffer 34 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 111 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Neinstimmen und Enthaltungen ist es ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 35 bis 37 auf den Seiten 116 und 117 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 261 bis A 267. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 35 bis 37 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 116 f. der Broschüre. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 38 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 117 f. der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 268 bis A 270. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 38 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 117 f. der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist es ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 39 auf den Seiten 118 und 119 auf. Dazu gehören die Anträge A 271 bis A 276 und A 474 in Anhang 2. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann lasse ich über die Empfehlung zur Ziffer 39 abstimmen. Sie finden diese auf den Seiten 118 f der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 40 des Antrages auf Seite 120 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 277 bis A 279. – Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse dann über die Empfehlung

der Antragskommission zu Ziffer 40 abstimmen. Sie finden diese auf der Seite 120 der Broschüre. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 41 des Antrages auf Seite 121 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 280 und A 281. – Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 41 abstimmen. Sie finden diese auf den Seiten 121 und 122 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 42 auf Seite 122 der Broschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 282 bis A 286 und A 475 im Anhang 2. – Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 42 abstimmen. Sie finden diese auf den Seiten 122 f der Broschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 43 auf Seite 124 auf. Dazu gehören die Anträge A 287 bis A 292. – Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 43 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 124. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffer 43 wurde, entsprechend dem Votum der Antragskommission, bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 44 bis 47 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 125 bis 131 der Antragsbroschüre auf. Diese Ziffern sollen gemäß der Empfehlung der Antragskommission gemeinsam behandelt werden. Dazu gehören die Anträge A 2 (Ziffer IV) und A 293 bis A 312. – Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffern 44 bis 47 komplett zu ersetzen durch die auf Seite 126 abgedruckte Neufassung der Ziffer 44. Die ursprünglichen Empfehlungen der Antragskommission sowie die Anträge A 2 (Ziffer IV) und A 293 bis 312 können damit als erledigt und für unsere Beratungen als gegenstandslos betrachtet werden. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 44 bis 47 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 125 und 126 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 48 auf den Seiten 131 f. auf. Dazu gehören die Anträge A 313 bis A 319. – Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 48 abstimmen. Sie finden diese auf den Seiten 131 und 132. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich habe nur eine Enthaltung gesehen, also ebenfalls mit riesiger Mehrheit so angenommen.

Wir kommen dann zu den Ziffern 49 und 50 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 133 und 134. Dazu gehören die Anträge A 320 bis A 323. – Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 49 und 50. Diese Empfehlungen finden Sie auf der Seite 133 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Neinstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 51 auf, zu finden auf Seite 134 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 324 und A 325. Eine Wortmeldung liegt vor, und zwar vom Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder.

Philipp Mißfelder: Herr Präsident! Wir stellen bei diesem Antrag das Modell von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel, welches bereits Anfang der 90er-Jahre auf dem Bundesausschuss in Bonn zur Abstimmung stand und seinerzeit sehr wenige Stimmen bekommen hat, erneut zur Abstimmung.

Wenn man sich vor Augen hält, welche Lasten in Zukunft auf die Schultern der jungen Generation gelegt werden, dann muss man auch zum Thema Rente konsequent sein – so konsequent, wie wir es bei der Pflegeversicherung und bei der Gesundheitsprämie gewesen sind. Für uns ist es daher wichtig, auch im Bereich der Rentenversicherung einen grundlegenden Systemwechsel anzumahnen. Denn das von der Herzog-Kommission vorgeschlagene Modell reicht uns an dieser Stelle nicht aus. Die Beitragslast wird auch zukünftig bei deutlich mehr als 20 Prozent verharren. Trotzdem sagt man der jungen Generation, sie solle, zusätzlich zu der hohen Verschuldung und zu den hohen Beitragslasten, die uns aufgebürdet werden, Eigenvorsorge betreiben. Das ist aus unserer Sicht nicht darstellbar und hat mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

In der Herzog-Kommission, wo sich mein Stellvertreter Johannes Pöttering eingebracht hat, haben wir dieses Konzept mehrmals beantragt und dafür gekämpft. Schließlich waren wir in der Antragskommission mit fünf zu sieben unterlegen; gerade aus dem Bereich der Mittelstandsvereinigung gab es große Sympathie für dieses Konzept. Uns ist klar, dass es Probleme beim Übergang gibt.

Aber genauso wie Professor Herzog mit seinem Namen für dieses Modell, das hier zur Abstimmung gestellt wird, bürgt, bürgen auch Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel für unseren Antrag. Insofern bitte ich Sie, auch an dieser Stelle ein Zeichen für Generationengerechtigkeit und für eine deutliche Entlastung der jungen Generation zu setzen. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort wird noch einmal vonseiten der Antragskommission gewünscht. – Laurenz Meyer, bitte.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Anliegen der Jungen Union ist vom Prinzip her verständlich. Wir haben es in der Herzog-Kommission sehr intensiv diskutiert. Es ist nicht möglich. Kein Mensch hat bisher für den Übergang von einem System zum anderen eine vernünftige Lösung vorgeschlagen. Das ist genau der entscheidende Punkt: Der Übergang von einem System zum anderen ist nicht zu finanzieren. Abgesehen davon, dass das Modell in sich, insbesondere für die junge Generation, Risiken birgt: Auch Biedenkopf und Miegel haben dazu keine Lösungen vorschlagen können. Darüber hinaus sind wir der Meinung: Es besteht ein Unterschied zwischen der Pflegeversicherung und der Gesundheitsversicherung auf der einen und der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung auf der anderen Seite. Bei der Renten- und der Arbeitslosenversicherung richten sich, wenn wir bei der Lohnbezogenheit bleiben wollen, die Auszahlungen nach der Länge und der Höhe der Einzahlungen. Das muss auch für die Zukunft gewährleistet sein, wenn man diese Systeme weiterführen will. Bei der Gesundheitsversicherung und bei der Pflegeversicherung wollen wir, dass die Leistungen dort für alle gleich sind. Deshalb können auch gleiche Preise verlangt werden.

Wir sind nach Prüfung aller einschlägigen Modelle der festen Überzeugung, dass das nur geht, wenn man im bisherigen System der Rente abschmilzt. Das wird dazu führen – da machen wir keinem etwas vor; das wird in der Antragslage sehr ehrlich beschrieben –, dass die Summen, die jemand in den Jahren 2030 folgende erhält, im Verhältnis zu den Bruttoeinkommen wesentlich geringer sein werden als heute und dass deshalb private und betriebliche Vorsorge einen zusätzlichen Stellenwert bekommen müssen.

Liebe Freunde, ich darf ganz nachdrücklich dafür werben, der Antragskommission und damit auch dem Grundanliegen der Herzog-Kommission zu folgen und bei dem bisherigen System zu bleiben, weil das System in dieser Form bereits so viele Vorleistungen enthält, dass ein Wechsel nicht möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 51 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 134 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und Enthaltungen ist die Empfehlung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 52 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 140 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 326 und A 327. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die

Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 52 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 140 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist diese Empfehlung ebenfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 53 auf Seite 141 auf. Dazu gehören die Anträge A 328 und A 329. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 53 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 141 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diese Empfehlung ist bei wohl einer Gegenstimme ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Es kommt dann die Ziffer 54 auf den Seiten 141 und 144 zur Abstimmung. Dazu gehören die Anträge A 330 bis A 340. Es liegt eine Wortmeldung von Michael Billen aus Rheinland-Pfalz vor.

Michael Billen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer es mit Ehe, Familie und der Erziehung der Kinder sowie der Verantwortung der Eltern für die Kinder sehr ernst meint, kann die Hinterbliebenenrente nicht ganz streichen.

(Teilweise Beifall)

Ich habe mir die Freiheit herausgenommen, noch einmal nachzurechnen. Nach dem neuen Modell muss die Familie acht Kinder bekommen, damit die Frau, ohne arbeiten zu gehen, die 40 Jahre voll bekommt und somit einen anständigen Rentenanspruch erhält. Nach dem alten Modell müsste sie 16 Kinder haben, damit sie in ihrem Anspruch die Hinterbliebenenrente ersetzt bekommt. Insofern denke ich: Wer es ernst meint, sollte die Hinterbliebenenrente beibehalten und nicht ganz streichen. Das mit dem Abschmelzen hört sich ja gut an, aber das Endergebnis des Abschmelzens ist: Weg mit der Hinterbliebenenrente. Ich glaube, wir sollten die Entscheidung der Familie überlassen und keine politischen Vorgaben dazu machen, ob einer zu Hause bleiben will oder nicht, und zwar über die gesamte Lebenszeit.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, dass das, was hier gerade gesagt wurde, schon eine arge Überspitzung war. Denn das Abschmelzen ist wirklich so zu verstehen, wie es da steht. Wir werden – das weiß doch jeder hier im Saal – Gott sei Dank veränderte Erwerbsbiografien bei Frauen erleben und wir unterstützen das mit unserer Politik. Wir wollen, dass junge Frauen wirklich die Chance erhalten, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, wenn sie das wollen. Wir werden in viel stärkerem Maße als bisher Erwerbstätigkeit erleben. Gegenüber früher ist die Frauenerwerbsquote ganz wesentlich gestiegen. Deshalb werden die Summen, die wir für die Witwenrente brauchen, geringer. Wenn Sie sich einmal die Zahlen

anschauen, dann werden Sie finden: Wir werden bis zum Jahr 2020 die Witwenrente unverändert erhalten; es gibt einen Abschmelzungsprozess in der Größenordnung von ungefähr fünf Prozent. Erst im Jahre 2030 und in den folgenden Jahren wird die Witwenrente in der Summe über alles nach den Berechnungen ungefähr 25 Prozent niedriger sein. Das hängt damit zusammen, dass wir Erziehungszeiten mit Entgeltpunkten bewerten und damit natürlich die entsprechenden Höhen bei der Witwenrente wegfallen müssen. Wir sind auch durchaus der Überzeugung, dass wir hier auch Anrechnungen vornehmen sollten. Eine gute Versorgung, die jemand selbst hat, braucht nicht noch zusätzlich durch entsprechende Witwenrenten aufgestockt zu werden. Wir brauchen eine Versorgung der Frauen; das wird in diesem System absolut sichergestellt. Es wird Aufgabe bei der Formulierung des Gesetzestextes sein, das fein auszutarieren, dass wir in Zukunft eine stärkere eigenständige Versicherung der Frauen haben werden, dass wir aber für diejenigen, die über keine eigenständige Versicherung verfügen, auch weiterhin die Witwenrente zahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Billen, wollen Sie noch einmal erwidern? – Bitte schön.

Michael Billen: Herr Meyer, die Frage ging nicht darum, dass diejenigen Frauen, die arbeiten gehen, noch eine zusätzliche Witwenrente erhalten müssen. Vielmehr ist die entscheidende Frage: Wenn eine Frau sich anders entscheidet, dann sollte sie auch noch den Anspruch auf die Witwenrente behalten und sie sollte keine acht Kinder bekommen müssen, damit sie über die Anrechnung der Erziehungszeiten eine anständige Rente erhält, wie das neue Modell das vorsieht. Vielmehr sollte man auch, nachdem man zwei Kinder erzogen hat, mit der Witwenrente existieren können. Dafür muss die Witwenrente insgesamt erhalten bleiben. Dass man sie verrechnet, ist eine andere Frage. Nach den Vorstellungen, wie sie sich in dem Papier finden, ist sie auf Dauer vollständig weg. Dagegen wehren wir uns.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie anderer Meinung sind, können Sie ja dem Antrag von Rheinland-Pfalz zustimmen. Mehr steht da nicht drin.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Der Generalsekretär hat das Wort.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, dann steht für die Witwenrenten zurzeit eine Summe von ungefähr 35 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Abschmelzungsprozess findet auf diese Summe hin berechnet statt. Das heißt jedoch nicht, dass sich jede einzelne Witwenrente vom Prinzip her ändern muss. Ob das so ist, wird man für jeden Einzelfall austarieren müssen. Rheinland-Pfalz schreibt, dass sich am bisherigen System der Hinterbliebenenrente nichts ändern soll. So soll es in der Zukunft allerdings nicht sein. Es soll sich schon etwas ändern.

Auf die spezifische Situation einer Frau soll Bezug genommen werden. Darüber werden wir im Gesetzgebungsverfahren – sicherlich im Sinne Ihres Vortrages – entscheiden können, aber nicht im Sinne Ihres Textes. Ihr Anliegen ist erkannt. Das wird bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen sein. Ich sage sehr offen: Sie können Ihren Antrag problemlos zurückziehen, weil er von seiner Intention her der Intention der Antragskommission durchaus entspricht; allerdings kommt das in Ihrer Formulierung nicht zum Ausdruck. Wir können nicht zusichern, dass die Hinterbliebenenrente mit dem Bestandteil, wie er heute ist, aufrechterhalten kann. Eine solche Zusicherung ist nicht unsere Position.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 54, die Laurenz Meyer eben noch einmal dargelegt hat, abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 141. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich muss für das Tagungspräsidium feststellen, dass der Vorgang wiederholt werden muss, weil hier oben nicht direkt ersichtlich war, was die Mehrheit war. – Frau Vorsitzende, bitte.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Da diese Abstimmung wiederholt werden muss, möchte ich auf folgenden Zusammenhang hinweisen: Wer dem Antrag von Rheinland-Pfalz jetzt zustimmt, der kann nachher, wenn es um die bessere Anerkennung von Rentenerziehungszeiten von Frauen geht, nicht mehr den Antragskommissionsempfehlungen folgen. Beides gleichzeitig geht nicht; andernfalls wäre es eine ganz unrealistische Betrachtung.

(Vereinzelt Beifall)

Das muss jeder jetzt wissen. Man kann nachher nicht so abstimmen, wie ich es gerade beschrieben habe. Dann müssten wir uns ein neues Votum überlegen und dann können die Erziehungszeiten nicht besser anerkannt werden. Ich wiederhole: Beides gleichzeitig geht nicht.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich gehe davon aus, Sie teilen meine Einschätzung, dass diese Abstimmung wiederholt werden muss, weil die vorherige kein eindeutiges Ergebnis gebracht hat. Gegebenenfalls müssen wir die Stimmen auszählen. Das geht nicht anders. Einverstanden? – Das ist der Fall.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 54 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Wir sind uns einig, dass das Erste die klare Mehrheit war. Deshalb ist die Ziffer 54 in der Formulierung der Antragskommission angenommen.

Ziffer 55 auf Seite 144/145. Dazu gehören die Anträge A 341, A 342 und A 478. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 55 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 145 der Antragsbroschüre und auf Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlung ist einmütig angenommen worden.

Ziffer 56 auf Seite 145 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 343 und A 344. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung zu Ziffer 56 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 145 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Neinstimmen und Enthaltungen ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 57 auf Seite 145 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge A 345 und A 346. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 57 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 145 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist diese Empfehlung angenommen worden.

Ich komme zu den Ziffern 58 und 59 auf den Seiten 146 und 147. Dazu gehören die Anträge A 347 bis A 350 und die Anträge A 382, A 386, A 396 sowie A 479. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 58 und 59 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 146 und 147 der Antragsbroschüre und auf Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist die Empfehlung ebenfalls mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe die Ziffern 60 und 61 des Antrags des Bundesvorstands auf den Seiten 148 und 149 auf. Dazu gehören die Anträge A 351 bis A 368. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Reinhard Göhner vor.

Dr. Reinhard Göhner: Dieser Antrag enthält folgende Forderung: Nach 45 Versicherungsjahren soll jeder mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen können. Gemeint ist: Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat oder in diesen Zeiten Erziehungszeiten vorzuweisen hat, der soll mit 63 ohne Abschläge in Rente gehen können. Versicherungsjahre sind aber etwas ganz anderes. Theoretisch wäre es nach dieser Formulierung denkbar – das ist natürlich nicht beabsichtigt –, dass jemand nur ein einziges Jahr gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, die restliche Zeit Arbeitslosengeld und vor allem Arbeitslosenhilfe bezogen hat und trotzdem auf 45 Versicherungsjahre käme. Um ein anderes Beispiel zu nennen: Jemand geht mit 57 für sechs Jahre in Altersteilzeit und er bekommt mit 63 vorzeitig abschlagsfrei Rente. Das ist natürlich nicht unsere Absicht. Deshalb muss an dieser Stelle formuliert werden: „Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat oder in dieser Zeit Erziehungszeiten erfüllt hat ...“. Damit würde man diesen Aspekt richtig darstellen.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Generalsekretär, Sie haben das Wort zu einer Stellungnahme.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Da das Anliegen berechtigt ist, darf ich den Tagungspräsidenten darum bitten, dass sich der Kollege Storm und der Kollege Göhner an dieser Stelle eine Formulierung überlegen und wir diese Formulierung ganz am Schluss dieses Rentenkapitels in den Antrag hinein nehmen. Das Anliegen, das Reinhard Göhner geschildert hat, ist richtig. Wir wollen aber nicht mit den Anliegen zu Erziehungsjahren und Entgeltpunkten kollidieren, die wir an anderer Stelle beschließen, sodass die Formulierungen schlüssig sein müssen. Deswegen bitte ich darum, dass die beiden Kollegen die Formulierung untereinander abstimmen und wir die Abstimmung zu diesem Punkt am Ende durchführen, wenn Sie einverstanden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag des Generalsekretärs gehört, die Abstimmung über die Ziffern 60 und 61 mit dem Ziel auszusetzen, dass uns die beiden genannten Herren einen beschlussfähigen Vorschlag machen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann gehe ich davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Dann würde ich diesen Antrag zur Seite legen, in der Abstimmung fortfahren und ihn nachher noch einmal aufrufen. Einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe die Ziffern 62 und 63 des Antrags des Bundesvorstandes auf den Seiten 153 ff der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge 369 bis 378 sowie A 2 V und A 482. Zu A 482 liegt eine Wortmeldung von Ingrid Fischbach, Nordrhein-Westfalen, vor.

Ingrid Fischbach: Herr Vorsitzender, mein Anliegen geht in die gleiche Richtung, die gerade schon der Kollege Göhner angesprochen hat. Ich bitte um Ergänzung; denn der Antrag berücksichtigt zwar die vollzeitige Beschäftigung, aber nicht die Kindererziehungszeiten. Deshalb bitte ich um Ergänzung durch folgenden Satz nach „ausgestaltet wird“, also vor dem letzten Satz des ersten Abschnitts: „Dabei sind die Rentenzeiten für Kindererziehung und Pflege mit einzubeziehen.“ – Das heißt, die Regelung, die schon jetzt gilt, soll anerkannt und in den Antrag aufgenommen werden.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich sehe, dass der Vorsitzende der Antragskommission nickt. Das fasse ich als Zustimmung auf. Können Sie, Frau Kollegin Fischbach, die Ergänzung wiederholen, damit alle wissen, an welcher Stelle was stehen soll?

Ingrid Fischbach: Zum Ende des Abschnitts steht: „... die bedarfsabhängig und steuerfinanziert ausgestaltet wird.“ Neu eingefügt werden soll: „Dabei sind die Rentenzeiten für Kindererziehung und Pflege mit einzubeziehen.“

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Besteht Klarheit, an welcher Stelle die Ergänzung erfolgen soll? – Die Antragskommission signalisiert Zustimmung. Das bedeutet, dass ich jetzt über den

Antrag der Antragskommission in der eben leicht geänderten Formulierung von Frau Fischbach abstimmen lassen werde. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 62 und 63 einschließlich der eben vorgeschlagenen Veränderungen entsprechend den Empfehlungen auf Seite 153 und 154 der Antragsbroschüre zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen ist dieser Antrag ebenfalls beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 64 und 65 auf den Seiten 156 und 157 auf. Dazu gehören die Anträge A 379, 380, 381, 383 bis 385, 387 bis 395, 397 bis 400 und 476 im Anhang II sowie A 483 und 484. Dazu liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als Erster hat Herr Mißfelder das Wort. Dann sprechen Dr. Hans Geisler, Julia Klöckner und Regina van Dinter. Bitte halten Sie sich bereit. Philipp Mißfelder.

Philipp Mißfelder: Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender der Jungen Union möchte ich auch im Namen meiner Vereinigung den Antrag der Frauen-Union an dieser Stelle unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in der Antragskommission lange diskutiert. Das Anliegen der Frauen-Union auf diesem Parteitag noch einmal zu diskutieren, ist vollkommen richtig, weil es bei dieser zentralen Frage um den Grundsatz geht, wie glaubwürdig die Förderung von Frauen sein soll und wie glaubwürdig wir in der Frauenpolitik sein wollen. Wenn wir nur zukunftsgerichtet, was ich grundsätzlich begrüße, weil es auch um meine Zukunft geht, eine aktive Bevölkerungspolitik machen wollen, dann gehört gleichzeitig dazu, dass wir in der Rückschau die Vergangenheit derjenigen beachten müssen, die bereits Kinder geboren haben. Deswegen ist dies eine Frage der Glaubwürdigkeit und der Gerechtigkeit. Ich bitte Sie daher im Namen der Jungen Union um Unterstützung für den Antrag der Frauen-Union.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächster spricht Dr. Hans Geisler.

Dr. Hans Geisler: Ich möchte zu der Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen Stellung nehmen und den Antrag der Frauen-Union eindeutig unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Uns liegen zwei Anträge vor. Mir geht es um den Initiativantrag. Dazu möchte ich noch ein paar Worte sagen. Gegenwärtig werden bei den Erziehungsjahren für Kinder, die vor 1992 geboren sind, ein Entgeltpunkt und für Kinder, die nach 1992 geboren sind, drei Entgeltpunkte berücksichtigt. Der Vorschlag der Herzog-Kommission geht dahin, die Zahl der Entgeltpunkte in beiden Fällen zu verdoppeln. Das führt zu zwei bzw. sechs Entgeltpunkten. Damit bleibt das ungleiche Verhältnis von 1 : 3 erhalten.

Diese Ungerechtigkeit – in Mark bzw. in Euro ausgedrückt – macht in ihrer Größenordnung deutlich, dass sie von uns nicht weiter getragen werden kann. Das heißt – ich vereinfache es jetzt etwas – eine Anhebung von 75 auf 150 Euro für die Mütter von Kindern, die nach 1992 geboren worden sind. In der anderen Gruppe steigt der Betrag von 25 auf 50 Euro. Am Ende stehen 150 zu 50 Euro. Der Vorschlag der Frauen-Union führt dazu, dass am Ende ein Verhältnis von 25 zu 175 Euro herauskommt. Das ist zwar immer noch eine Ungerechtigkeit, aber wir halbieren die Ungerechtigkeit. Das ist ein notwendiges Signal.

In diesem Zusammenhang kommt sofort die Frage nach der Finanzierung auf. Das ist in der Antragskommission im Grunde das Gegenargument gewesen. Die Reduzierung der Anrechnung von sechs auf fünf Jahre stellt einen Teil der Finanzierung sicher. Der Einstieg – das ist der Antrag bezüglich A 484 – in den steuerfinanzierten Zuschuss für die Rentenversicherungsbeiträge von 50 Euro soll stufenweise geschehen. Dies würde eine parallele Entwicklung bei der Erhöhung für diese Rentenbeiträge und eine sinkende Nachfrage bei den Rentenbeträgen der Frauen mit Kindern, die vor 1992 Kinder geboren haben, mit sich bringen. Durch diese Maßnahmen ist der Antrag gegenfinanziert.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Gedanken nennen. Bei den Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben und denen nach Herzog zwei Jahre angerechnet werden sollen, wird auch mit zwei Kindern der Anspruch auf Grundsicherung nicht erfüllt. Erst nach fünf Jahren besteht ein Anspruch auf Rente. Im Antrag ist dieser Anspruch schon nach zweieinhalb Jahren erreicht. Ich aber stimme für den Anspruch nach drei Jahren, denn nach zwei Jahren ist der Anspruch auf Rente für die Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben, erst einmal durchzusetzen. Ich stimme also dem Antrag A 483 der Frauen-Union voll zu.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als Nächste spricht Julia Klöckner.

Julia Klöckner: Sehr geehrte Delegierte! Man kann soziale Ungerechtigkeiten nicht dadurch aus der Welt schaffen, indem man neue soziale Ungerechtigkeiten schafft. Insofern plädiere ich für den Antrag der Frauen-Union, den auch die Junge Union unterstützt.

Es kann nicht angehen, dass die Frauen, die vor 1992 Kinder geboren und erzogen haben, in dem Maße hinter den Frauen zurückstehen müssen, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben.

(Beifall)

Außerdem geht es um diejenigen, die Rente erst beziehen werden und nicht um diejenigen, die schon heute Renten bekommen.

Letztlich ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen, und zwar auch mit Blick auf die CSU, die diejenigen Frauen außen vorlässt, die sich vor 1992 um Kinder gekümmert haben. Diese Frauen sind auch ein

Wählerklientel; das müssen wir bedenken. Wir setzen heute ein Zeichen, dass wir sozial ausgewogen denken und handeln können. Auch dieser Personenkreis hat unsere Unterstützung verdient und soll uns wählen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste Rednerin rufe ich Regina van Dinther auf.

Regina van Dinther: Liebe Delegierte, die Frauen sind in den letzten Wochen mit den Vorschlägen der Herzog-Kommission unter dem Arm im Lande unterwegs gewesen. Die beiden Anträge, die jetzt zur Diskussion gestellt werden, spiegeln die Reaktionen wider, die wir von vielen Frauen erfahren haben.

Gerade Frauen im mittleren Alter werden von den Systemveränderungen doppelt betroffen sein. Sie haben sich auf das klassische Modell der Hausfrau und Mutter eingelassen, weil Witwenrente und Mitversicherung in der Krankenversicherung nicht infrage standen. Nicht wenige dieser Frauen sind zum Beispiel im Ehrenamt tätig und verrichten in unserer Gesellschaft unentgeltliche Arbeit für das Gemeinwohl.

(Beifall)

Die Frauen dieser Generation haben ihre Kinder bekommen, als es zum Beispiel keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gab. Sie sind nun als erste betroffen, die eine kräftige Abschmelzung der Rente hinnehmen müssen. Sie müssen sich als erste Generation zum Beispiel gefallen lassen, dass die Ausbildungszeiten nicht mehr anerkannt werden. Sie werden durch unsere neuen Reformen, die wir gerade beschlossen haben, zukünftig stärker belastet.

Gleichzeitig haben diese Frauen nicht mehr die Chance, durch eigene Erwerbstätigkeit ihre Rentenlücken noch zu schließen. Deshalb fordern wir vom Parteitag etwas mehr Gerechtigkeit bei den Müttern. Lassen Sie uns das Gute durch diese Reform noch besser machen! Lassen Sie uns bei den Müttern drei und fünf Entgeltpunkte wählen statt zwei und sechs. Wir reden über Neuzugänge, nicht über diejenigen, die bereits Rente beziehen. Wir bitten Sie herzlich, nicht an die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern hier mit Ihren Stimmen zu beschließen.

(Beifall)

Mütter sind auch Wählerinnen. Mütter sollten möglichst CDU-Wählerinnen sein!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Als Vertreter der Antragskommission nimmt nun Herr Storm Stellung.

Andreas Storm, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Merkmal in der rentenpolitischen Debatte unterscheidet uns von allen politischen Mitbewer-

bern, nämlich die Stärkung der familienpolitischen Elemente bei der Rente. Es gibt zwei große Elemente. Das erste Element, nämlich die Stärkung der Familien durch einen Beitragsbonus von 50 Euro pro Monat – darüber haben wir eben schon befunden -, ist nachträglich in den Ursprungsbeschluss der Herzog-Kommission aufgenommen worden. Das wird am Ende neun Milliarden Euro kosten. Darüber hinaus haben wir uns in der Herzog-Kommission darauf geeinigt, dass die Kindererziehung langfristig zu einer echten Erziehungsrente führt und am Ende sechs Beitragsjahre angerechnet werden. Das soll auch über eine stärkere Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente gegenfinanziert werden.

Damit haben wir zwei sehr starke Elemente. Wenn man nun fordert, die Kindererziehungszeiten sofort von einem Jahr auf drei Jahre zu erhöhen, dann wäre das eine Leistung, die jeder sofort unterstützen würde. Realistisch betrachtet können wir das aber nicht mehr finanzieren. Denn es würde bereits nach sehr kurzer Zeit 8 Milliarden Euro zusätzlich erfordern. Das Argument, langfristig statt sechs nur fünf Jahre anzurechnen, stellt keine echte Gegenfinanzierung dar. Denn das würde erst langfristig im Jahr 2030 greifen, der Beschluss aber, der jetzt von der Frauen-Union vorgelegt wird, würde in den Jahren 2004 und 2005 zu deutlichen Mehrkosten führen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sollten in der Bundestagsfraktion noch intensiv diskutieren, wie wir vermeiden, dass sich bei der Kindererziehungszeit eine Kluft öffnet. Wir müssen aber vermeiden, dass die Solidität unseres Rentenreformkonzepts durch einen Beschluss infrage gestellt wird, der, zwar aus guten Gründen, über das Ziel hinausschießt und am Ende nicht zu realisieren ist. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag der Antragskommission zu folgen und den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

(Teilweise Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Es gibt eine weitere Wortmeldung von Frau Hildegard Müller.

Hildegard Müller: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gegen das Votum der Antragskommission sprechen

(Beifall)

und weise noch einmal ausdrücklich auf den Antrag der Frauen-Union hin, in dem steht, das Ganze solle nicht zu Mehrkosten führen. Das zeigt, dass sich die Frauen-Union mit ihrem Antrag durchaus bewusst ist, dass es eine Erhöhung der Kosten geben wird. Aber sie macht das Angebot, auf die Anrechnung eines Beitragsjahres zu verzichten, was in Zukunft schon bei einem Kind einen Rentenanspruch begründen wird und schlägt zusätzlich die Gegenfinanzierung über die

Staffelung des Kinderbonus vor, den wir auch fordern. Ich glaube, dass wir eine solche Gerechtigkeitslücke in der Öffentlichkeit nicht vertreten können und bitte Sie, in dem Punkt anders abzustimmen, als es die Antragskommission empfiehlt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Es ist Bewegung in die Diskussion gekommen. Als nächstes spricht der Kollege Arentz. Danach haben Maria Böhmer und dann Laurenz Meyer für die Antragskommission das Wort.

Hermann-Josef Arentz: Liebe Parteifreunde, der Antrag der Frauen-Union ist mir sympathisch.

(Beifall)

Er schafft aber zwei Probleme. Das erste Problem ist, dass der Antrag der Frauen-Union darauf abzielt, die Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben und noch nicht in Rente sind, besser zu stellen. Das wird zu einer verschärften Diskussion führen wie damals bei der Diskussion um die Renten für die Trümmerfrauen. Denn diejenigen, die schon in Rente sind, bekommen auch weiterhin nur einen Beitragspunkt. Nur diejenigen, die noch nicht in Rente sind, sollen mehr bekommen. Das verschärft die Situation zwischen Frauen, die in Rente sind, und Frauen, die noch nicht in Rente sind. Ich garantiere Ihnen, die Diskussion wird sich verschärfen, ganz wie damals bei der Diskussion um die Trümmerfrauen, was die Folge haben wird, dass durch den großen Druck allen Frauen drei Beitragspunkte gegeben werden. Das wird unbezahlbar.

Ich finde es hoch problematisch, wenn die Frauen-Union zur Finanzierung vorschlägt, den Kinderzuschuss für die Eltern, die jetzt Kinder erziehen – das ist ein Schmuckstück und wird von der CSU dem Grunde nach genauso gesehen –, mit einer zeitlichen Verzögerung einzuführen. Auf diese Weise betreiben wir aktive Familienpolitik. Wenn wir das beschließen, was Sie fordern, kochen wir es wieder weich. Deswegen empfehle ich, so sympathisch das Anliegen ist, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen. Das vermeidet einen Teil der Diskussion um die Stellung der Trümmerfrauen und schafft mehr Anreize für die Menschen, die heute Kinder erziehen. – Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Nun hat Frau Böhmer das Wort.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Um es ganz klar zu sagen: Wir führen keine Trümmerfrauendiskussion.

(Beifall)

Es geht um die vielen Frauen, die heute 55 Jahre und älter sind – sie haben ihre Kinder vor 1992 geboren – und die vor dem Eintritt in die Rente stehen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit,

dass wir auch für diese Frauen die Kindererziehungszeiten erhöhen, und zwar in dem Umfang der Erhöhung für diejenigen Frauen, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben. Das bedeutet also eine Erhöhung für alle Frauen um zwei Jahre.

(Beifall)

Wir, die Frauen-Union, haben uns das sehr wohl überlegt. Ich habe auch mit vielen Männern darüber gesprochen. Ich bin sehr dankbar, dass alle – von der Jungen Union bis hin zur Seniorenunion – gesagt haben, dass an dieser Stelle etwas getan werden müsse. Wir haben auch einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht. Wir fordern also nicht immer nur mehr. Wir haben auch das Votum der jungen Generation, die signalisiert hat, dass sie bereit ist, um der Gerechtigkeit willen beiden Gruppen zwei Jahre mehr bei den Rentenansprüchen zuzugestehen. Die Kindererziehungszeiten werden dann also gleich gewichtet. Das ist gerecht und darauf kommt es an.

(Beifall)

Kein Thema ist so ernst, wenn es um die Anerkennung von Erziehungszeiten geht, wie das Rententhema; denn dort beweist sich, wo wir stehen. Es war eine Revolution in der Rentenversicherung – dafür hatten wir jahrelang gekämpft -, als wir Erwerbsarbeit und Familienarbeit gleichgestellt haben.

(Beifall)

Ich bitte Sie alle, heute ein entsprechendes Signal zu geben. Wir alle wissen, wie schwierig die Finanzsituation ist. Aber wir haben, wie gesagt, einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht. Wir sind auch mit einer schrittweisen Einführung einverstanden. Aber es wäre falsch, diesen Vorschlag abzulehnen; denn das wäre das falsche Signal für die Mütter.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Laurenz Meyer spricht nun für die Antragskommission.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir können das Thema völlig emotionslos sehen. Ich möchte die Alternativen, über die wir zu entscheiden haben, vor der Abstimmung noch einmal klar machen: Bereits in der Antragskommission wurde von der Frauen-Union und den Sozialausschüssen der Antrag eingebracht, neben der Verdoppelung der Entgeltpunkte 50 Euro pro Kind als Zuschuss zum Rentenversicherungsbeitrag zu gewähren. Das ist sowohl in der Antragskommission als auch in der Herzog-Kommission draufgesattelt worden, und zwar im sicheren Wissen um das Finanzvolumen und die Belastungen, die wir uns damit zumuten.

Der Alternativvorschlag lautet nun, statt eines Zuschusses in Höhe von 50 Euro pro Kind diejenigen Frauen besser zu stellen, die vor 1992 Kinder geboren haben und die zukünftig in Rente gehen werden. Das soll zusätzlich gewährt werden. Herr Arentz hat natürlich Recht, wenn er darauf

hinweist, dass es Druck geben wird, auch die Trümmerfrauen einzubeziehen. Darüber dürfen wir uns nicht im Unklaren sein; denn alle zukünftigen Rentnerinnen sollen bei dieser Aufstockung bedacht werden, nicht aber diejenigen, die schon jetzt in Rente sind. Auf diese Unterscheidung möchte ich Sie nur aufmerksam machen.

Zur Finanzierung der Aufstockung zugunsten derjenigen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, werden zwei Elemente herangezogen. Erstens: Bei denjenigen Frauen, die nach 1992 Kinder geboren haben, werden bei den Kindererziehungszeiten statt sechs Jahren nur noch fünf Jahre berücksichtigt. Zweitens: Des Weiteren soll das, was noch fehlt, bei den Zuschüssen zu den Rentenbeiträgen eingespart werden. Da die Summen, die für die Finanzierung der Besserstellung derjenigen Frauen notwendig sind, die vor 1992 Kinder geboren haben, eher anfallen – sie werden schon in den nächsten Jahren ihren Höhepunkt erreichen –, während die Beträge für diejenigen Frauen, die nach 1992 Kinder geboren haben, erst ab 2020 ihren Höhepunkt erreichen werden – es geht um etwa fünf Milliarden Euro –, müssen wir davon ausgehen, dass bei Annahme des Vorschlags der Frauen-Union für die Zeit bis 2020 keine Mittel zur Verfügung stehen werden, um Zuschüsse zu den Rentenbeiträgen zu gewähren.

Auf diese Alternativen wollte ich Sie nur hinweisen. Wenn Sie also dem Antrag der Frauen-Union zustimmen, dann bedeutet das im Umkehrschluss, dass es auf absehbare Zeit keine Zuschüsse zu den Rentenbeiträgen geben wird. Wenn Sie dagegen dem Antrag, so wie er von Andreas Storm für die Antragskommission vorgetragen wurde, zustimmen, dann gibt es pro Kind 50 Euro Zuschuss zum Rentenbeitrag. Dafür erhalten aber diejenigen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, kein zusätzliches Jahr bei ihren Rentenansprüchen anerkannt.

Ich hoffe, dass die Alternativen, über die Sie jetzt zu entscheiden haben, damit klar sind. In ihren finanziellen Auswirkungen sind die beiden Anträge fast identisch. Die entscheidende Frage lautet aber: Wollen wir Gerechtigkeit für diejenigen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, oder wollen wir auf die Zukunft setzen und das Demographieproblem lösen? Das ist die Situation.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wer möchte noch das Wort ergreifen? – Herr Müller möchte noch zwei Sätze sagen. Danach kommen wir zur Abstimmung.

Peter Müller: Ich glaube nicht, dass man eine Alternative zwischen Gerechtigkeit und Zukunft aufbauen kann. Das ist nicht die Alternative.

(Beifall)

Wir wollen sowohl Gerechtigkeit als auch Zukunft. Jede Lösung, die wir finden, muss beiden Kriterien Rechnung tragen.

Ich glaube auch nicht, lieber Laurenz, dass wir über dieses Thema emotionslos diskutieren können.

(Beifall)

Die momentane Situation ist ungerecht. Die Erziehungszeiten von Frauen, die nach 1992 Kinder geboren haben, werden in der Rentenversicherung dreimal stärker berücksichtigt. Diese bestehende Ungerechtigkeit wird, wenn der Vorschlag der Antragskommission angenommen wird, verdoppelt. Eine Verdopplung der Ungerechtigkeit ist der falsche Weg. Deshalb ist der Antrag der Frauen-Union berechtigt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, uns ist bei der Wortmeldeliste ein Fehler unterlaufen. Hat sich die Wortmeldung von Frau Widmann-Mauz, die schon seit längerer Zeit besteht, erledigt? – Das ist der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse wie immer zuerst über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 64 und 65 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 156 und 157 der Antragsbroschüre und auf Seite 5 der Sammlung der Initiativanträge. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Vorschlag der Antragskommission abgelehnt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir noch keinen anderen Antrag beschlossen haben. Es geht also noch weiter. Herr Storm, ich bitte die Antragskommission, zu entscheiden, wie wir weiter verfahren sollen. Wir sind nach wie vor bei den Ziffern 64 und 65. Ich bitte um einen Vorschlag zum Verfahren, damit wir keinen Fehler machen.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Der Antrag 64 des Bundesvorstands ist unstrittig. Deshalb sollte über ihn gesondert abgestimmt werden. Danach sollte über den Antrag 65 in der Fassung, wie sie eben beschlossen worden ist, abgestimmt werden.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich als erstes über den Antrag A 379 des Bundesvorstandes abstimmen. Das ist die Ziffer 64. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Es ist bisher auch nichts Gegenteiliges dazu gesagt worden. Wer bezogen auf die Ziffer 64 der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gab ganz wenige Gegenstimmen. Mit großer Mehrheit so angenommen.

Jetzt kommen wir zur Ziffer 65. Ich bitte die Antragskommission, meine Vorschläge zu begleiten und gegebenenfalls Einspruch zu erheben. Wenn ich das richtig sehe, müssten wir jetzt über den Initiativantrag A 483 der Delegierten Böhmer, Falk etc. abstimmen.

(Zuruf)

– Nein, Herr Meyer, wir haben nicht abgestimmt. Wir haben den Antrag der Antragskommission abgelehnt. Entsprechend den Vorschlägen, die mir die Geschäftsstelle gemacht hat, muss ich anschließend noch über die anderen Anträge abstimmen lassen. Es ist so.

Wenn ich es richtig sehe, stimmen wir jetzt über den Antrag A 483 der Frauen-Union ab und anschließend über den Antrag A 484, weil der damit zusammenhängt. Das ist doch korrekt. Wenn ich damit fertig bin, frage ich die Antragskommission noch einmal, was mit dem Rest geschieht. Ich bitte Sie, sich bis dahin zu überlegen, ob dann noch etwas zu tun ist.

Ich lasse jetzt über den Initiativantrag A 483 abstimmen. Er betrifft die Ziffer 65. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Wie eben vorgeschlagen, muss ich jetzt über den Antrag A 484 abstimmen lassen, weil die beiden Anträge in einem Zusammenhang stehen.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Wir müssen jetzt den Antrag des Bundesvorstandes mit den Änderungen, die gerade beschlossen worden sind, insgesamt zur Abstimmung stellen. Dann haben wir es.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Manchmal wird etwas klarer und manchmal wird etwas unklarer. Ich bleibe bei meiner Auffassung. Wir müssen erst über A 484 abstimmen. Herr Storm, das ist doch richtig?

(Beifall)

Das ist nicht so einfach.

(Hartmut Schauerte meldet sich zu Wort)

– Kollege Schauerte, wir befinden uns in der Abstimmung, sodass ich normalerweise nicht das Wort erteile. Ist die Wortmeldung aber zur Geschäftsordnung und zum Abstimmungsverfahren, dann sollten wir ihm kurz das Wort geben.

Hartmut Schauerte: Im Antrag A 484 steht, dass wir auf drei erhöhen und sechs belassen.

(Widerspruch)

Wenn das nicht der Fall ist –

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Schauerte, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Es geht nicht, dass Sie jetzt einen Sachbeitrag machen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Was in dem Antrag A 484 steht, kann man sehen, wenn man ihn liest.

(Beifall)

Ich würde jetzt tatsächlich über den Antrag A 484 abstimmen lassen, es sei denn, der Vorsitzende der Antragskommission hat Bedenken oder möchte dazu etwas sagen.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Das Missverständnis kommt von folgender Tatsache: Es geht nicht, dass wir einem der Anträge der Frauen-Union einzeln zustimmen. Es handelt sich um ein Paket. Der Punkt „Ersetze in Ziffer 65 Abs. 2 Satz 2 bis 4“ durch...“ und der nächste Antrag A 484 gehören unmittelbar inhaltlich und sachlich zusammen. Das Paket ist auch zusammen in der Diskussion behandelt worden.

Insofern möchte ich Ihnen vorschlagen, es uns relativ problemlos zu machen, wenn wir jetzt über Punkt 65 abstimmen. Die Antragskommission erklärt, dass der Punkt 65, Bundesvorstand, so zu ändern ist, dass die Anträge A 483 und A 484 eingearbeitet werden müssen. Wir können dann eine Gesamtabstimmung über den Punkt machen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das ist doch etwas. Der Vorsitzende der Antragskommission hat vorgeschlagen, auch den Antrag A 484 anzunehmen und beide Anträge, A 483 und A 484, in die Ziffer 65 einzuarbeiten.

(Beifall)

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Ich lasse einmal über A 484 abstimmen und dann über den Zusatz. Den einen Antrag haben wir angenommen, Herr Meyer, den anderen hatten wir noch nicht angenommen. Dann sollen beide angenommenen Anträge eingearbeitet werden. Ist das so korrekt?

(Beifall)

Ich lasse jetzt über die Ziffer 65 in der von Herrn Generalsekretär Meyer vorgeschlagenen Form abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Man kann sagen, dass sich die Frauen-Union bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen bei diesem Antrag voll durchgesetzt hat.

(Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium jetzt an Wolfgang Bosbach.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Ich rufe die Ziffer 66 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 163 ff. auf. Dazu gehören die Anträge A 401 bis A 405. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 66 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 163 ff. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 67 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 165 und 166 auf. Dazu gehören die Anträge A 406 bis A 423. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 67 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 165/166. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 68 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 171/172 auf. Dazu gehören die Anträge A 424 bis A 426. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 68 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 171. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 69 bis 71 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 172 und 173 auf. Dazu gehören die Anträge A 427 bis A 431. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 69 bis 71 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 172 und 173. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 72 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 174 f. auf. Dazu gehören die Anträge A 432 bis A 435. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 72 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 174 und 175. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Es ist bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 73 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 176 bis 178 auf. Dazu gehören die Anträge A 436 bis A 438 und A 480. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 73 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf Seite 176 f. und auf Seite 3 der Sammlung der Initiativanträge. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist bei zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 74 und die Ziffer 75 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 178 und 179 auf. Dazu gehören die Anträge A 439 bis A 441. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Ziffern 74 und 75 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 178 f. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 76 bis 78 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 179 und 180 auf. Dazu gehören die Anträge A 442 bis A 446. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Spontan ist das nicht der Fall, aber gemeldet hatte sich vorher schon der Kollege Norbert Barthle. Norbert, du hast das Wort.

Norbert Barthle: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Der Kreisverband Ostalb ist der Auffassung, dass mit dem kleinen und unscheinbaren Antrag 446 ein großes und wichtiges Signal von diesem Parteitag ausgehen könnte.

Was schlagen wir vor? Wir sagen, wir stehen vorbehaltlos hinter dem Prinzip, das wir in der Krankenversicherung angewandt haben, das ich kurz zusammengefasst auf den Nenner bringen möchte: Wir deckeln die Arbeitgeberanteile und übertragen die Risiken möglicher Schwankungen bei den Kosten auf die Eigenverantwortung der einzelnen Menschen. Das halten wir für richtig, denn der Einzelne hat einen großen Einfluss auf die Entwicklung der eigenen Kosten.

Wir schlagen vor, dass man genau dieses Prinzip jetzt auf die Arbeitslosenversicherung übertragen sollte, aber eben mit umgekehrten Vorzeichen. Wir sagen, wir deckeln die Kosten der Arbeitslosenversicherung bei den Arbeitnehmern und beziehen die Verantwortung der Arbeitgeber mit für mögliche Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Das wäre die konsequente und logische Übertragung des erwähnten Prinzips von der Krankenversicherung auf die Arbeitslosenversicherung.

Warum schlagen wir das vor? Wir meinen, alle unsere Vorschläge werden mit Sicherheit vom politischen Gegner mit dem Argument diffamiert werden, das alles gehe zu Lasten der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen. Ich nehme an, der SPD-Generalsekretär, auch Scholzomat genannt, hat einen entsprechenden Satz bereits in die Kameras gesagt. Auch um dem entgegen zu können, schlagen wir diesen Wechsel vor.

Liebe Freunde, wenn das stimmt, was im Antrag 444 vom Bundesvorstand vorgetragen und zur Zustimmung empfohlen wird, nämlich dass es, langfristig gesehen, gelingen wird, die Kosten für die Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf bis zu vier Prozent abzusenken, dann kann unser Vorschlag auch nicht mit dem Argument entkräftet werden, damit würden wir eine Senkung der Lohnnebenkosten, die wir alle wollen, erschweren oder verhindern.

Wir sind also, liebe Freunde, gut beraten, wenn wir ein Signal aussenden: Die CDU ist auch die Partei der Arbeitnehmer. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg haben bewiesen, dass wir da ein großes Stimmenpotenzial haben. Ich persönlich als Mittelständler und Angehöriger des PKM stehe außer Verdacht, ein ausgewiesener Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zu sein. Deshalb bitte ich Sie und die Antragskommission, sorgsam über diesen Vorschlag nachzudenken. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Norbert.

Gehe ich recht in der Annahme, dass die Antragskommission zu dieser Wortmeldung nicht gesondert das Wort ergreifen möchte? – Doch. Also Laurenz Meyer, bitte.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Ich sage ganz ausdrücklich: Wir müssen bei unserer Empfehlung bleiben. Dieser Antrag muss abgelehnt werden. So gut er gemeint ist, ist er doch völlig außerhalb der Realität. Wir wollen Lohnnebenkosten senken.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen sie im Blick auf die Arbeitsplätze nicht steigern. Wenn in schlechten Zeiten die Kosten noch zusätzlich stiegen, würden ja noch mehr Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Antrag ist sicher gut gemeint, aber in diesem Fall nicht gut.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – 16 Stimmen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dem Votum der Antragskommission mit überwältigender Mehrheit gegen 16 Stimmen gefolgt worden.

Ich rufe die Ziffern 79 bis 81 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 180 bis 182 auf. Dazu gehören die Anträge A 447 bis A 452. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 79 bis 81 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 180 und 181. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Fünf. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist bei fünf Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 82 bis 84 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 182 und 183 auf. Dazu gehören die Anträge A 453 bis A 460. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 82 bis 84 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 182 bis 184 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Zehn. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist bei zehn Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 85 des Antrages des Bundesvorstands auf Seite 185 auf. Dazu gehören die Anträge A 461 bis A 469. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zur Ziffer 85 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf der Seite 185. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind zehn.

(Widerspruch)

– Entschuldigung, 13. Durch Winken werden es nicht mehr. Ob Sie winken oder die Karte nur hochhalten, ändert am Ergebnis der Abstimmung nichts.

(Beifall)

Ich frage aber noch einmal: Wer stimmt dagegen? – Es sind 23 Stimmen.

(Zurufe: Aha!)

Gibt es Enthaltungen? – Dann ist bei 23 Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 86 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 186 und 187 auf. Dazu gehören die Anträge A 470 bis A 474. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zur Ziffer 86 abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 187 f. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind 10. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltungen; es ist bei 10 Gegenstimmen so beschlossen.

Damit wären wir mit den Einzelberatungen eigentlich am Ende, wenn wir nicht die Beratung und Beschlussfassung über die Ziffern 60 und 61 des Antrages zurückgestellt hätten. Da hatten wir die Kollegen Reinhard Göhner und Andreas Storm gebeten, einen Formulierungsvorschlag zu finden, der jetzt vom Generalsekretär vorgetragen wird.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, bitte schlagen Sie die Seite 149 Ihrer Antragsbroschüre auf. Der Kollege Göhner hat vorhin auf eine Formulierung hingewiesen. Es geht um folgende Formulierung in den Zeilen 6 ff. der Empfehlung der Antragskommission: „Wer 45 Versicherungsjahre nachweist und das 63. Lebensjahr vollendet hat ...“. Wir schlagen nunmehr vor, diese Formulierung durch die folgende Formulierung zu ersetzen: „Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt oder in dieser Zeit Erziehungs- und Pflegezeiten erfüllt hat und das 63. Lebensjahr vollendet hat ...“. Die Antragskommission empfiehlt Annahme der Empfehlung mit dieser Formulierung.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission in der Fassung, die Laurenz Meyer gerade vorgetragen hat, abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist es so beschlossen.

Damit ist die Einzelberatung über den Antrag „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.“ abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes „Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.“ in der durch die

Einzelabstimmung festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Vier Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung ist es so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für das Tagungspräsidium darf ich mich bei Ihnen zunächst sehr herzlich für die sehr zügige, konstruktive Beratung einer komplizierten Materie bedanken. Ein herzliches Dankeschön gilt aber auch allen Mitgliedern unserer Antragskommission, an der Spitze unserem Generalsekretär Laurenz Meyer. Die Antragskommission möge nicht betrübt sein, wenn die eine oder andere Abstimmung nicht in ihrem Sinne ausgefallen ist. Das spricht nicht gegen die Weisheit der Antragskommission, sondern für die Weisheit der Delegierten auf diesem Parteitag.

(Heiterkeit und Beifall)

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, wir sollten diese Abstimmung nicht einfach so verstreichen lassen und zur Tagesordnung übergehen. Hinter uns allen liegt ungefähr ein Jahr mit viel Arbeit. Wir haben Weichen weit in die Zukunft hinein gestellt. Wir haben heute wirklich nach langer, intensiver und kontroverser Diskussion Beschlüsse gefasst, die für die nächsten Jahrzehnte Weichenstellungen sind. Wir sollten uns der Bedeutung dieser Entscheidungen auch bewusst sein.

Ich möchte – auch im Namen von Angela Merkel – ausdrücklich allen danken, die hier kontrovers an dieser Diskussion teilgenommen haben. Alle, die sich beteiligt haben, haben einen Beitrag dazu geleistet, dass wir heute in so großer Geschlossenheit ein Zeichen setzen konnten, dass die CDU insgesamt einen neuen Weg in die Zukunft einschlägt und dass wir dies geschlossen tun. Das ist die allerwichtigste Botschaft dieses Tages.

(Beifall)

Was hat man uns nicht alles nachgesagt! Es war von Zerreißprobe die Rede. Es hieß, wir seien zerstritten. Was hat man alles geunkelt, als Angela Merkel am 1. Oktober ihre Rede gehalten und klar Position bezogen hat! Der heutige Tag bestätigt nicht nur Angela Merkel, sondern uns alle als CDU Deutschlands: Wir sind die geschlossene Alternative zu einer zerstrittenen, chaotischen Regierung. Das ist die Botschaft, die wir an die Deutschen aussenden.

(Beifall)

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, an dieser Stelle – Herr Professor Herzog sitzt sehr zufrieden in der ersten Reihe – noch einmal allen, die mitgearbeitet haben, herzlichen Dank. In dem Sinne, wie wir es bei uns in Westfalen immer sagen, kann ich jetzt nahtlos überleiten: „Wer feste arbeitet, darf auch feste feiern.“ Unmittelbar im Anschluss an das Plenum findet der

Sachsenabend statt. Wir freuen uns alle, dass wir zusammen sein können und diesen ereignisreichen Tag zusammen bei einem Glas Bier und gutem Essen ausklingen lassen können. Viel Vergnügen heute Abend!

Morgen geht es pünktlich um 9 Uhr weiter.

(Beifall)

(Schluss: 20.56 Uhr)

Dienstag, 2. Dezember 2003

Zweite Plenarsitzung

Beginn: 9:16 Uhr

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Ich eröffne hiermit die zweite Plenarsitzung und begrüße Sie heute Morgen alle ganz herzlich. Ich hoffe, dass Sie alle fit, frisch und munter sind, damit wir mit Elan in den Tag einsteigen können. Gestern hatten wir schon gute Beratungen und einen tollen Sachsenabend, für den wir uns bei den Sachsen ganz herzlich bedanken wollen.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT,
HARTMUT NASSAUER MDEP

Hartmut Nassauer: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Europäische Union ist nicht in bester Verfassung. Die rot-grüne Bundesregierung trägt dazu maßgeblich bei. Deswegen müssen wir uns auch auf diesem Parteitag, der andere wichtige Themen zu entscheiden hat, damit befassen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat Ihnen einen Arbeitsbericht vorgelegt, in dem sie viele Einzelheiten unserer Tätigkeit – auch zur Gesetzgebung – finden. Auch mein Bericht liegt schriftlich vor. Deswegen kann ich mich heute Morgen auf einige wenige Anmerkungen konzentrieren.

Helmut Kohl hat als eines der Leitziele seiner Europapolitik immer ausgegeben, die europäische Einigung müsse unumkehrbar werden. Eigentlich sind wir der Meinung, dass mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam und vor allem mit der Einführung der gemeinsamen Währung dieses Ziel auch erreicht ist. Nun gibt es dieser Tage zwei Entwicklungen, die im Hinblick darauf Sorge bereiten.

Da ist zum einen der vorsätzliche, ja, schamlose Bruch des Stabilitätspaktes durch eine Mehrheit der europäischen Finanzminister, angeführt von Bundesfinanzminister Eichel, allerdings – das soll nicht verschwiegen werden – unter nachhaltiger Assistenz seines französischen Kollegen. Der Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman hat sich zwar geirrt, als er prognostiziert hat, die Europäer fänden sich niemals zu einer Währungsunion zusammen. Seine andere Vorhersage aber, die gemeinsame Währung werde in den nächsten fünf bis 15 Jahren untergehen, zielt auf einen wunden Punkt. Er unterlegt sie nämlich mit der Befürchtung, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt verkümmern werde, wenn der Euro erst einmal da sei, weil die

Regierungen dann nicht mehr gewillt seien, strikte Haushaltsdisziplin zu halten. Die rot-grüne Bundesregierung und leider auch die französische Regierung tun gegenwärtig alles, um diese schlimme Prognose zu bestätigen.

(Beifall)

Denn eine gemeinsame Geldpolitik, die aus Gründen des notwendigen Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften auf eine einheitliche Wirtschaftspolitik verzichten muss, kann nur funktionieren, wenn sie von der Klammer einer soliden Finanzpolitik zusammengehalten wird. Der Streit um den Stabilitäts- und Wachstumspakt ist deswegen mehr als ein politischer oder wirtschaftlicher Richtungskampf. Wer den Stabilitätspakt unterminiert, gefährdet den Euro. Wer den Euro aufs Spiel setzt, legt Hand an einen Stützpfeiler der Europäischen Union. Auf genau diesen verhängnisvollen Weg hat sich der deutsche Finanzminister mit ausdrücklicher Billigung seines Chefs begeben. Niemals wäre eine unionsgeführte Regierung einen solch verhängnisvollen Weg gegangen.

(Beifall)

Alles, was die Deutschen in Europa tun, wird sorgfältig beobachtet. Und machen wir uns nichts vor, liebe Freunde: Auch die Unionsparteien werden von den europäischen Partnern im Auge behalten. Deswegen möchte ich darauf hinweisen: Soweit das laufende Vermittlungsverfahren das deutsche Haushaltsdefizit berührt, wird die Union den Eindruck zu vermeiden haben, sie sanktioniere mit ihrem Verhalten im Vermittlungsausschuss das gedankenlose verhängnisvolle Vorgehen Eichels in Brüssel. Darauf wird es ankommen.

(Beifall)

Es gibt einen zweiten Gesichtspunkt, der im Zusammenhang mit der Unumkehrbarkeit unseres und des französischen Weges gesehen werden muss; das ist die Erweiterung. Keine Frage, die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist ohne jede Einschränkung für die Erweiterung, die am 1. Mai des nächsten Jahres wirksam wird. Die Wiedervereinigung Europas im Gefolge der Wiedervereinigung unseres Landes – das ist zweifellos das herausragende politische Projekt einer ganzen Generation. Aber für die Erweiterung dieser Union gibt es Grenzen. Geographisch sind sie im Vertrag selbst festgelegt; Mitglied der Europäischen Union können nur europäische Länder werden. Aber es gibt auch kulturelle und politische Grenzen. Eine Union, die politische Handlungsfähigkeit besitzen und bewahren will, kann nicht eine beliebige Vielzahl unterschiedlicher Staaten und Gesellschaften einbinden. Deswegen wäre die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ein Schritt, der ihre Integrationsfähigkeit bei weitem überfordert.

(Beifall)

Das Ziel der politischen Union würde in unerreichbare Ferne rücken. Der Charakter der Europäischen Union würde sich verändern. Das können wir nicht wollen. Auch das steht im Zusammenhang mit der Unumkehrbarkeit dieses Weges, dem wir uns verpflichtet haben.

Ich sage das ungern und eigentlich nur mit Schwierigkeiten. Denn die Türkei ist ohne Frage ein wichtiger und überaus verlässlicher Bündnispartner der Allianz, die vor allen Dingen auch in den schwierigen Zeiten des Kalten Krieges unsere Existenz gesichert hat. Die Türkei ist ein mit Deutschland befreundetes Land; und das seit vielen Jahrzehnten, seit Beginn der staatlichen Existenz der Bundesrepublik Deutschland. In unserem Land leben 2 Millionen Türken, die meisten von ihnen auf Dauer. Es liegt in unserem nationalen Interesse, dass sie in unser Land integriert werden, soweit sie bei uns bleiben. Das geht nicht ohne wohlwollende Mitwirkung der türkischen Regierung. Deswegen hat die Türkei Anspruch darauf, dass wir mit ihr offen, ehrlich und freundschaftlich umgehen. Wir können mit Berechtigung sagen, dass die Türkei ein erstklassiger Verbündeter auch der Europäischen Union ist, aber an der Seite der Europäischen Union und nicht als Mitglied in ihren Reihen.

(Beifall)

Deswegen müssen wir das Konzept der privilegierten Partnerschaft mit der Türkei zielstrebig ausbauen.

Der Generalsekretär der Sozialdemokraten hat nach deren Parteitag erklärt, er wolle die Europawahl zur Abstimmung über die SPD machen. Ich finde, das ist ein prima Gedanke; das in der Tat sollten wir tun.

(Beifall)

Dazu haben wir einige Überlegungen beizusteuern.

Die Regierungskonferenz berät im Augenblick über den Verfassungsentwurf des Konvents, über eine neue Verfassung für Europa. Natürlich ist es schwierig, dort zu einer Einigung zu kommen. In der Vergangenheit haben nicht zuletzt die Deutschen, weil man ihnen vertraute, dazu beitragen können, dass in Krisensituationen Einigungen möglich waren. Wie sollen jetzt die Deutschen, zusammen mit den Franzosen – nach dem Aushebeln des Stabilitätspaktes –, noch Vertrauen in Anspruch nehmen, damit wir zu einer Einigung gelangen? Wo ist in diesem Prozess der europäischen Verfassungsdiskussion eigentlich die Handschrift der deutschen Bundesregierung zu erkennen, immerhin der Regierung des mit Abstand größten Mitgliedstaats? Wo hat sich die Bundesregierung zu Wort gemeldet, etwa bei der Frage der Kompetenzabgrenzung, des Gottesbezugs, der Daseinsvorsorge, die viele Kommunalpolitiker in unserem Land zu Recht besorgt macht, bei der Frage der allgemeinen Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Eine Position des Bundeskanzlers ist nicht bekannt geworden. Der Bundesaußenminister soll dem Vernehmen nach auch gelegentlich in Brüssel gewelt haben. Sein sichtbares Bemühen galt der

zweifellos wichtigen Frage der Ausstattung des neuen Amtes eines europäischen Außenministers. Aber sein Engagement in dieser Sache schwankt in dem Maße, in dem deutlich wurde, dass die Trauben für ihn etwas zu hoch gehangen haben.

Die deutsche Stimme im Konvent – das war nicht der Bundeskanzler, das war nicht der Bundesaußenminister; die deutsche Stimme – das war der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel.

(Beifall)

Er hat wie kein anderer die Anliegen der Länder und Regionen und damit der bundesstaatlichen Struktur unseres Landes in die Verfassungsberatungen eingebracht. Organisiert hat die Arbeit der EVP-Fraktion unser Kollege Elmar Brok mit Ideenreichtum und mit einer Effektivität, die von keiner anderen Konventsfraktion auch nur von Ferne erreicht worden wäre. Zusammen mit Peter Altmaier von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Joachim Wuermeling von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament haben Teufel und Brok sicherlich mehr bewirkt als die gesamte deutsche Bundesregierung. Der Bundeskanzler hinterlässt im europäischen Geschehen keine Lücke, die ihn ersetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, die Unionsparteien haben eine gute Chance, im kommenden Jahr wieder stärkste europäische Kraft in Deutschland zu werden. Wir haben mit Hans-Gert Pöttering einen Spitzenkandidaten, dessen Wort nicht nur im Europäischen Parlament, sondern in der gesamten Europäischen Union Gewicht hat. Ihm als Vorsitzendem ist es gelungen, die EVP-ED-Fraktion zusammenzuhalten und dabei weit gespannte politische Positionen – von unseren niederländischen Freunden etwa bis zu den britischen Tories – einzubinden. Das verlangt ein beträchtliches Maß an politischer Urteilsfähigkeit, die Festigkeit im Grundsätzlichen mit der gelegentlich notwendigen Flexibilität verbindet. Das ist unserem Freund Hans-Gert Pöttering beispielhaft gelungen.

(Beifall)

Damit die Europäische Volkspartei auch im künftig erweiterten Europäischen Parlament bestimmende politische Kraft wird, müssen CDU und CSU mit einem herausragenden Erfolg in Deutschland das Fundament legen. Die Mehrheit der deutschen Mandate – das ist unser Ziel. Gemeinsam und geschlossen kämpfen – das ist der Weg. Ein kraftvolles, geeintes Europa, das Sicherheit und Wohlstand seiner Bürger gewährleistet und für Frieden und Freiheit in der Welt wirksam eintritt – das ist unsere Vision. Dafür bitten die CDU- und CSU-Europaabgeordneten um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Ich danke Hartmut Nassauer für seinen Bericht. Dank auch der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für ihren engagierten Einsatz.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES DER CDU DEUTSCHLANDS

„EIN MODERNES EINKOMMENSTEUERRECHT FÜR DEUTSCHLAND“

Ich bitte zum TAGESORDNUNGSPUNKT 12 a)

den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz um seine

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG.

Friedrich Merz: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben gestern einen weit in die Zukunft reichenden Antrag beschlossen, der die Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland zum Inhalt hat. Wir wollen heute über das Steuerkonzept der Zukunft beraten.

Ich konnte mich bei der Vorbereitung dieses Teils unseres Parteitags, anders als bei der Sozialpolitik, auf sehr viel weiter zurückreichende Diskussionen und Vorschläge beziehen, die wir – jedenfalls in den Grundzügen – schon einmal auf einem Bundesparteitag diskutiert haben. Ich erinnere mich an die Diskussion, die wir auf dem Bundesparteitag im Oktober 1996 in Hannover geführt haben. Damals – Parlament und Regierung hatten ihren Sitz noch in Bonn – standen wir in der Regierungsverantwortung. Wir haben eine intensive Debatte geführt. Diese Debatte ist ohne jeden Übergang in eine Gesetzgebung im Deutschen Bundestag eingeflossen. Wir haben Ende Juni 1997 in zweiter und dritter Lesung ein Steuerreformgesetz verabschiedet, das wir mit dem Begriff „Petersberger Vorschläge“ bezeichnet haben und das in die steuerpolitische Geschichte unseres Landes eingegangen ist.

Ich erinnere heute aus zwei Gründen an den Parteitag in Hannover: zum einen, weil ich mich bei meinen Vorbereitungen auf heute auf das stützen konnte, was wir schon damals beschlossen haben; zum anderen, um ein weiteres Mal daran zu erinnern, dass wir schon seit vielen Jahren ein vereinfachtes Steuersystem hätten, über das wir heute wieder reden müssen, wenn es nicht eine rein parteipolitisch blockierte Blockade der Sozialdemokraten von Herrn Eichel, von Herrn Schröder und von Herrn Lafontaine gegeben hätte. Ohne diese Blockade hätte dieses Steuersystem schon längst Wirklichkeit sein können in Deutschland.

(Beifall)

Es ist damals nicht zustande gekommen, weil Sozialdemokraten es nicht wollten, weil Sozialdemokraten im Bundesrat blockiert haben und vielleicht auch weil wir etwas zu spät damit begonnen haben.

Das machen wir jetzt besser und anders. Wir bereiten uns in der Zeit der Opposition auf die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung vor. Ich bin dem Bundesvorstand und dem Präsidium der CDU dankbar, dass sie vor gut einem Monat sehr schnell – die Beratung war kurz – diejenigen Vorschläge übernommen haben, die ich in den letzten Monaten erarbeitet habe. Ich konnte mich dabei nicht nur auf unsere eigenen Vorarbeiten stützen, sondern auch auf eine ganze Reihe von Arbeiten, die in den letzten Jahren in Deutschland etwa von der Steuerrechtswissenschaft erstellt worden sind. Ich zähle dazu insbesondere – wenn auch nicht nur – das Konzept von Professor Paul Kirchhof, der in diesen Tagen nach der Zusammenarbeit mit einer breit angelegten Arbeitsgruppe, die aus Wissenschaftlern und Praktikern bestand, mit der nachhaltigen Unterstützung einer Reihe von Bundesländern einen ausformulierten Gesetzentwurf – sogar in überarbeiteter Fassung – vorgelegt hat. Ich berufe und stütze mich auch auf die Vorarbeiten, die Professor Joachim Lang aus Köln geleistet hat. Er hat ein ausformuliertes Einkommensteuergesetz vorgelegt, das sich auf Grundgedanken stützt, die denen von Paul Kirchhof ähneln.

Nicht nur die wissenschaftliche, sondern auch die internationale Diskussion ist weitergegangen. Der Druck auf die Mitgliedstaaten in der Europäischen Union, ein binnenmarktkonformes, wettbewerbsfähiges Steuersystem zu etablieren, ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Der Druck, für eine Neugestaltung der Steuersätze zu sorgen, ist im globalen Wettbewerb nicht kleiner, sondern größer geworden. Noch größer geworden ist die Verzweiflung derjenigen Menschen in Deutschland, die steuerehrlich sein wollen, die es aber immer weniger sein können, weil sie das, was ihnen der Steuergesetzgeber vorlegt, weil insbesondere das, was er ihnen in den letzten fünf Jahren vorgelegt hat, immer weniger verstehen, immer weniger nachvollziehen können. Sie haben das Gefühl – in der Wissenschaft wird es so seit geraumer Zeit formuliert –, dass wir es mit einem Zustand voranschreitender Chaotisierung des deutschen Steuersystems zu tun haben.

(Beifall)

Ein solches System provoziert Ausweichreaktionen und Rechtsverweigerung. Wenn wir vom Bürger Steuerehrlichkeit und Rechtstreue erwarten, dann kann der Bürger von uns erwarten, dass wir ihm Gesetze vorlegen, die er wieder versteht. Anders formuliert: Ein demokratischer Rechtsstaat kann von seinen Bürgern nur dann Rechtsgehorsam erwarten, wenn seine Gesetze für den durchschnittlich begabten und verständigen Bürger ohne Hinzuziehung von Sekundärliteratur und ohne aufwändige und kostspielige Rechtsberatung aus sich selbst heraus lesbar, in ihren Grundzügen verständlich und nachvollziehbar sind.

(Beifall)

Die Bürger müssen aus der Steuergesetzgebung Belastungsgrund und Belastungshöhe erkennen können. Das können sie aus unseren gegenwärtigen Steuergesetzen, insbesondere aus dem

Einkommensteuergesetz, nicht mehr. Da dies so ist, habe ich auch bei meinen Vorbereitungen für den heutigen Tag jeden Versuch sofort eingestellt, an dem gegenwärtigen Einkommensteuergesetz irgendwelche Veränderungen vorzunehmen. Dieses Einkommensteuergesetz ist nicht mehr reformierbar.

(Beifall)

Wir sollten jeden Versuch aufgeben, dieses Gesetz noch einmal zu verändern, zu reformieren oder zu modernisieren. Es ist weder zu modernisieren noch zu reformieren. Das heißt im Klartext – dies ist sozusagen die Grundmelodie; dies ist der erste Leitsatz für die Vorschläge, die wir heute diskutieren, beraten und beschließen wollen -: Wir brauchen ein grundlegendes, neu formuliertes Einkommensteuergesetz. Das bestehende muss aufgehoben werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir uns darauf verständigen, dann haben wir auch in der psychologischen Durchsetzung dieses Konzepts die erste wichtige Weiche gestellt; denn wir bringen damit automatisch all diejenigen, die etwas erhalten und von den Steuergestaltungsmöglichkeiten der Gegenwart herüberretten wollen, in die Defensive. Ansonsten wären wir als Gesetzgeber in der Defensive, zu begründen, warum die eine Ausnahme wegfällt und die andere Ausnahme bestehen bleibt. Wenn wir ein neues Gesetz formulieren, tragen diejenigen die Beweis- und Begründungslast, die das Alte erhalten wollen. Unterschätzen wir also nicht die psychologische Bedeutung eines solchen grundlegend neu formulierten Gesetzes.

Nicht nur die Gesetzgebungstechnik ist wichtig. Wichtiger als Technik ist der Inhalt. Lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Inhalt machen. Wenn wir es mit einem gerechten und einfachen Steuersystem ernst meinen, dann müssen wir zu dem zurückkehren, was wir in Deutschland über viele Jahre und Jahrzehnte hatten, nämlich den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

Was heißt das? Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als jedes Markteinkommen, unabhängig davon, wo es erzielt wird, wie es verwendet wird und welche Rechtsform das möglicherweise zugrunde liegende Unternehmen hat, gleichmäßig und gleich zu besteuern. Dies ist aus meiner Sicht jenseits des Vereinfachungsgedankens materiell der wichtigste Gedanke. Wir dürfen uns als Steuergesetzgeber grundsätzlich nicht anmaßen, durch die Steuergesetzgebung zu entscheiden, was gute Einkommen sind, die niedrig besteuert werden, und was weniger gute Einkommen sind, die höher besteuert werden.

Liebe Freunde, Sie erinnern sich an die Auseinandersetzung, die wir mit Rot-Grün schon im Wahlkampf 1998 hatten, als der damalige Kandidat erklärt hat, er wolle die Unternehmen, aber nicht die Unternehmer in Deutschland entlasten. Darauf sind bedauerlicherweise viele Unternehmer in Deutschland hereingefallen, die es gut fanden, dass Unternehmen und nicht Unternehmer entlastet werden. Das Ergebnis dieser Politik können wir heute besichtigen: Über

40 000 Unternehmensinsolvenzen haben etwas damit zu tun, dass sich der rot-grüne Steuer- gesetzgeber angemaßt hat, Kapitalgesellschaften stärker als Personengesellschaften zu entlas- ten. Das hat mit der rot-grünen Philosophie zu tun.

(Beifall)

Noch einmal: Wir müssen zum Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zurückkehren. Das heißt, dass Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit nicht danach steuerlich differenziert belastet werden können, ob die eine Tätigkeit in einer Kapitalgesellschaft und die andere in einer Personengesellschaft ausgeübt wird. Wenn wir es mit dem Mittelstand ernst meinen und dies nicht nur bloße Rhetorik sein soll, wenn es unser Ziel ist, dass wir unsere Volkswirtschaft in der ganzen Breite der Unternehmenslandschaft gut aufstellen wollen – große Unternehmen und große international tätige Kapitalgesellschaften genauso wie gewerblicher Mittelstand und klei- nere Betriebe wie Handwerk, Handel und kleinere Gewerbe -, dann müssen wir an dieser ent- scheidenden Stellschraube dafür sorgen, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die Personenunternehmer in diesem Lande, die mit ihrem ganzen Vermögen und ihrem Einkommen für das Unternehmen haften, steuerlich nachhaltiger entlastet werden, als dies ge- genwärtig der Fall ist.

(Beifall)

Dieser Grundsatz bedeutet aber auch, dass bei der Besteuerung der persönlichen Einkommen grundsätzlich keine Ausnahmen mehr gemacht und zugelassen werden. Grundsätzlich wird das Markteinkommen gleichmäßig besteuert. Wir machen davon in den Vorschlägen, die Ihnen vor- liegen und über die wir heute diskutieren wollen, nur drei Ausnahmen.

Erste Ausnahme: Natürlich muss in der Besteuerungshöhe, in der Belastung durch Steuern in Form der Einkommensteuer, der Familienstand berücksichtigt werden. Dies haben wir gestern in einem anderen Zusammenhang schon mehrfach miteinander diskutiert. Selbstverständlich ist der Verfassungsgrundsatz, dass nämlich Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staat- lichen Ordnung stehen – so steht es in Artikel 6 unseres Grundgesetzes -, von unmittelbarer und direkter Bedeutung für das Steuerrecht. Das heißt – ich möchte noch einmal dafür werben, dass dies so bleibt -: Das so genannte Ehegattensplitting muss aufrechterhalten bleiben. Im Grundgesetz ist aus guten Gründen von der Ehe und nicht von der Lebensgemeinschaft die Rede. Natürlich ist dies ein unmittelbarer Bezug zur Erwerbsgemeinschaft und Zugewinnngemeinschaft der Ehe. Sie kann nicht wie eine beliebige andere Form des Zusammenlebens besteuert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ein besonderes Augenmerk müssen wir in diesem Zusammenhang – Roman Herzog hat dies in seinem Appell richtig zum Ausdruck gebracht – auf die Kinder legen. Wenn wir das addieren, was ich Ihnen vorschlage, dass wir nämlich einen einheitlichen Grundfreibetrag von 8 000 Euro und

keinen gesonderten Kinderfreibetrag zugrunde legen, sodass Kinder vom ersten Tag an den Grundfreibetrag der Erwachsenen bekommen und dies innerhalb des Familienverbundes frei übertragbar bleibt, dann stellen Sie fest, dass mit einer steigenden Zahl von Kindern Familien steuerlich überproportional entlastet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist kein zufälliges Ergebnis meines Konzeptes, sondern dies ist ein gewolltes Ergebnis meines Konzeptes; denn wir müssen gerade in diesem Zusammenhang überproportional etwas für die Familien mit Kindern tun.

(Beifall)

Damit werden große Teile der unteren und mittleren Arbeitnehmereinkommen vollständig steuerfrei. Ein Grundfreibetrag von 8 000 Euro pro Person in der Familie bedeutet, dass eine vierköpfige Familie ein steuerfreies Einkommen von 32 000 Euro hat. Kommen dazu die Arbeitnehmerfreibeträge hinzu, dann sind es schon 33 000 oder 34 000 Euro. Mit jedem weiteren Kind steigt das steuerfreie Familieneinkommen erneut um 8 000 Euro. Das heißt, eine Familie mit vier Kindern, sechs Personen, hat mit Arbeitnehmerfreibetrag schon ein steuerfreies Einkommen von 50 000 Euro. Große Teile der Arbeitnehmer mit Kindern werden damit vollständig von Steuern freigestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie so wollen, entspricht es auch unserem Menschenbild, dass wir den Familien in Deutschland nicht mit Steuern etwas nehmen, was wir ihnen an anderer Stelle mit Transfereinkommen wieder zufließen lassen müssen. Dies ist eine wesentliche Entscheidung unseres Steuerkonzeptes.

(Beifall)

Mir hat es – das sage ich ganz selbstkritisch – schon seit langer Zeit missfallen, dass dieser Steuerstaat etwas nimmt, was er an anderer Stelle aufgrund unserer Verfassung wieder zurückgeben muss. Das ist nicht unser Menschenbild. Es ist nicht unsere Vorstellung vom Verhältnis zwischen Staat und Bürger, dass dieser Steuerstaat etwas nimmt, was er an anderer Stelle wieder zurückgeben muss.

Das Bild vom freien Menschen, das wir haben, bedeutet, dass wir den Menschen das Einkommen lassen müssen, das sie brauchen, um existenznotwendige Aufwendungen tätigen zu können. Wir dürfen es ihnen nicht durch Steuern nehmen, um es ihnen durch Zuwendungen wieder zustecken zu müssen.

(Beifall)

Es gibt einen zweiten großen Bereich, der von der Steuer freigestellt werden muss – darüber werden wir übrigens in kürzester Zeit zu entscheiden haben –, nämlich die wesentlichen Aufwendungen für die Vorsorge im Alter. Dahinter verbirgt sich der für die meisten geläufige Begriff der so genannten nachgelagerten Besteuerung. Sagen Sie nicht, liebe Freunde, das sei nur ein steuertechnischer Begriff für Feinschmecker. Nein, das ist von großer Bedeutung für die steuerliche Leistungsfähigkeit und den zulässigen und unzulässigen Steuerzugriff des Staates. Wir werden darüber im nächsten Jahr entscheiden müssen, weil uns das Bundesverfassungsgericht die Frist gesetzt hat, bis zum 1. Januar 2005 die Besteuerung der Alterseinkommen neu zu regeln. Man darf den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nicht nur das nicht nehmen, was sie für den Unterhalt der Familie brauchen, sondern darf ihnen auch das nicht nehmen, was sie für die Altersvorsorge aufwenden müssen, damit sie sich für das Alter ein angemessenes Einkommen aus Rentenversicherung, privater und betrieblicher Altersversorgung schaffen können.

(Beifall)

Liebe Freunde, das heißt gleichzeitig aber auch, dass diejenigen, die sich aus Einkommen, das sie nicht versteuern mussten, eine Altersvorsorge geschaffen haben und daraus später Leistungen beziehen, diese Leistungen im Alter ganz normal, natürlich mit Freibeträgen versehen, versteuern müssen. Auch das muss ich der Vollständigkeit halber sagen.

Wir machen eine dritte Ausnahme. Das will ich an dieser Stelle besonders erwähnen. Wir wollen, dass Spenden an anerkannte gemeinnützige Einrichtungen auch in Zukunft steuerlich abzugsfähig sind.

(Beifall)

Darüber kann man mit Fug und Recht lange streiten. Aber mit einem Verweis auf andere Länder dieser Welt, in denen es ein hohes Spendenaufkommen gebe, ohne dass Spenden steuerlich abzugsfähig seien, hilft man uns in Deutschland nicht viel weiter. Denn wir wissen, dass manch einer nur dann bereit ist, zu spenden, wenn er dafür auch eine Spendenbescheinigung bekommt. Wir wissen, dass Aufwendungen etwa für karitative Organisationen, für den Denkmalschutz – dazu haben wir gestern Morgen in der Thomaskirche eindrucksvolle Worte gehört – oder für den Sport, insbesondere für den Sport mit Kindern und Jugendlichen, nur dann geleistet werden, wenn sie steuerlich abzugsfähig bleiben.

(Beifall)

Man kann mit Recht einwenden, damit durchbreche man das Prinzip des Markteinkommens und das Nettoprinzip. Das hilft aber nicht weiter: Wenn diese Gesellschaft eine menschliche Gesellschaft bleiben soll, dann müssen wir in Deutschland auch in Zukunft sicherstellen, dass Spenden an anerkannte gemeinnützige Einrichtungen – das betone ich – abzugsfähig bleiben. Bei den Organisationen, die dazugehören, müssen wir strenger sein als heute; reine

Freizeitvereine zählen dann nicht mehr dazu. Aber das, was diese Institutionen im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse unserer Gesellschaft machen, bedarf auch in Zukunft der steuerlichen Förderung. Deshalb muss die Abzugsfähigkeit von Spenden, die die Menschen in Deutschland zur Verfügung stellen, bestehen bleiben.

(Beifall)

Das sind alle Ausnahmen, mehr gibt es nicht. Auch so genannte gemischte Aufwendungen, also Aufwendungen, die zum Teil privat und zum Teil beruflich veranlasst sind, gehören nicht mehr dazu. An dieser Stelle möchte ich mit großem Nachdruck so wie vor sieben Jahren dafür eintreten – ich kann mich noch gut an die Debatte in Hannover erinnern –, dass wir uns in dieser Hinsicht klar darüber sind und Entscheidungen treffen können. Wer wirklich niedrige Steuersätze will und wer es ernst meint mit der Besteuerung des Einkommens ohne Rücksicht auf Entstehung und Verwendung und ohne Rücksicht auf die Rechtsform, der muss zugeben, dass der Katalog der Ausnahmen nicht verlängert werden darf. Mehr Ausnahmen sind nicht mehr möglich.

(Beifall)

Wenn wir mehr Ausnahmen zulassen – ich kenne die Antragslage – und das aufweichen, dann sage ich Ihnen voraus: Wenn wir anfangen, den kleinen Finger zu reichen, werden manche nach dem ganzen Oberarm greifen. Dann können wir ein Steuersystem vergessen, das für sich in Anspruch nehmen kann, ohne jede Ausnahme gleichmäßig zu besteuern. Nur mit breiter steuerlicher Bemessungsgrundlage ohne Ausnahmen sind wir in der Lage, die Steuersätze zu senken.

Liebe Freunde, ich habe mich nach langen Überlegungen und vielen Diskussionen mit Mitarbeitern, Kolleginnen und Kollegen sowie Fachleuten von außerhalb dazu entschlossen, Ihnen einen Stufentarif mit den Stufen von 12, 24 und 36 Prozent vorzuschlagen. Darüber kann man auch lange philosophieren. Aber wenn wir es ernst mit einer Vereinfachung meinen, wenn wir es ernst damit meinen, dass wir ein Steuersystem etablieren wollen, das die Menschen wieder verstehen und sich sehr einfach, etwa auf einem Bierdeckel, ausrechnen können, wie hoch ihre Steuerschuld ist, dann dürfen wir nicht weiter an dem komplizierten Formeltarif unseres Einkommensteuergesetzes festhalten. Wir müssen wie fast alle OECD-Staaten und alle modernen Industrienationen dieser Welt Steuerstufen einführen. Ich schlage Stufen von 12, 24 und 36 Prozent vor.

(Beifall)

Lassen Sie mich zur Vermeidung von Missverständnissen an dieser Stelle deutlich sagen: Es handelt sich um einen Staffeltarif. Das bedeutet, dass die Einkommen unabhängig von der Gesamthöhe auf jeder Stufe besteuert werden. Es wird nicht mit dem gesamten Einkommen nach einer Stufe besteuert, man rutscht bei einer Einkommenssteigerung auch nicht in eine höhere

Stufe hinein. Jedes Einkommen, egal ob 40 000 Euro oder 300 000 Euro, wird zuerst mit 0 Prozent, dann mit zwölf Prozent, dann mit 24 Prozent und erst ab 40 000 Euro mit 36 Prozent besteuert. Hierzu gibt es so manches Missverständnis.

Wer sich das System genau ansieht, wird feststellen, dass wir es erreichen, dass die Durchschnittsbelastung für alle moderat sein wird. Die Belastung der kleinen Einkommen ist sehr niedrig, aber auch die Belastung der oberen Einkommen ist erträglich. Zur Vermeidung von Missverständnissen möchte ich aber klar und deutlich sagen: Einen Spielraum nach oben gibt es bei dieser Struktur mit dieser Steuertarifgestaltung nicht mehr. Denn mit einem Spitzensteuersatz von 36 Prozent, der bereits ab einem Einkommen von 40 000 Euro zu zahlen ist und zu dem Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag hinzukommen, sind wir im internationalen Vergleich schon wieder zu hoch. Wir liegen bei der Spitzensteuerbelastung in jedem Fall wieder bei über 40 Prozent. Wenn wir ein international wettbewerbsfähiges Einkommensteuerrecht in Deutschland wollen, dann müssen wir bei der Belastung eher weiter runter, aber auf keinen Fall weiter hoch.

Ich sage dies auch deshalb, weil wir ein weiteres Element eingeführt haben, was aus meiner Sicht längst überfällig war, nämlich die Anpassung des Steuertarifs an die Inflation alle zwei Jahre. Liebe Freunde, als der linear-progressive Einkommensteuertarif vor rund 100 Jahren in Deutschland eingeführt worden war, unterlagen nur vier Prozent der Deutschen – das waren absolute Spitzenverdiener – dem Spitzensteuersatz. Heute sind selbst mittelmäßig gut verdienende Facharbeiter mit ihrem Einkommen quasi in den Spitzensteuersatz hineingewachsen. Wir dürfen die heimlichen Steuererhöhungen, die durch nominale Wertzuwächse, durch das Hineinwachsen in die Steuerprogression entstehen, nicht fortsetzen. Deshalb müssen wir den Steuertarif alle zwei Jahre an die Inflationsrate anpassen, sodass die reale Belastung für die Menschen in Deutschland nicht höher wird, sondern gleichmäßig bleibt.

(Beifall)

Dies alles geht einher mit einer Neuordnung des Steuerverfahrens. Ich möchte Sie nicht mit Details langweilen und nur auf einen Sachverhalt hinweisen, der für unsere weitere Diskussion wichtig ist. Die Frage ist, ob wir eine Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge erheben wollen oder ob wir eine Vorauszahlung wollen, wie ich Ihnen das vorschlage. Die Besteuerung von Kapitaleinkünften ist nicht nur eines der kompliziertesten Themen, sondern auch eines, bei dem der internationale Wettbewerbsdruck am höchsten ist. Deshalb müssen wir darauf achten, dass es ein einfaches Verfahren gibt, bei dem die Belastungen niedrig gehalten werden. Ich meine, dass ich Ihnen hier einen guten Vorschlag gemacht habe. Außer Dividenden sollen Kapitalerträge pauschal mit 24 Prozent besteuert werden. Dies ist aber keine Abgeltungsteuer, also keine definitiv endgültige Besteuerung, sondern eine Einkommensteuervorauszahlung, die anschließend das Finanzamt auf die durchschnittliche Steuerschuld anrechnet. Ich mache Ihnen diesen Vorschlag nicht nur, weil dies eine Möglichkeit ist, das Ganze relativ einfach zu verwalten und Kapitalerträge in Deutschland moderat zu besteuern,

sondern auch, weil nur diese Option die Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge ermöglicht. Das sollten wir bedenken. All diejenigen – auch ich habe einmal dazugehört -, die glauben, einen einfachen Weg gefunden zu haben, und deshalb für eine Abgeltungsteuer eingetreten sind, können mit der Erhebung einer Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge die Erhebung der Kirchensteuer nicht verbinden. Ich möchte an dieser Stelle klar und deutlich sagen: Ich bekenne mich zu dem bestehenden System der Erhebung von Kirchensteuern. Das gilt auch für die Zukunft.

(Beifall)

Bei Kapitalerträgen, deren Bedeutung zunehmen wird, ist dies nur möglich, wenn wir den Weg einer Vorauszahlung und nicht den einer Abgeltungsteuer beschreiten.

Ich komme zum letzten großen Thema, das uns im Zusammenhang mit den heutigen Vorschlägen, aber auch im laufenden Vermittlungsverfahren beschäftigt, nämlich zur Zukunft der Unternehmensbesteuerung und insbesondere der Gewerbesteuer. Ich bin fest davon überzeugt, dass ein Einkommensteuer- und Körperschaftsteuersystem nur dann einfach, plausibel und überzeugend ist, wenn in Deutschland nicht zusätzlich eine Gewerbesteuer erhoben wird.

(Beifall)

Ich weiß, dass dies viel leichter gesagt als getan ist. Deswegen möchte ich der Bitte vieler Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion, aber auch vieler Kommunalpolitiker folgen, heute Morgen nicht nur etwas zur Reform, sondern auch ein Wort zur aktuellen Diskussion über die Gewerbesteuer zu sagen. Sie werden mich nie an der Seite derer finden, die für die Revitalisierung der Gewerbesteuer eintreten.

(Beifall)

Aber Sie werden mich und die gesamte Bundestagsfraktion immer an der Seite der Kommunalpolitiker finden, wenn es darum geht, den Städten und Gemeinden in Deutschland eine verlässliche Steuerquelle zu sichern, die ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben auf Dauer ermöglicht.

(Anhaltender Beifall)

Dies hat einen aktuellen Bezug zum laufenden Vermittlungsverfahren. Die rot-grüne Bundesregierung lässt nämlich in ihrem Bemühen nicht nach, uns davon zu überzeugen, dass wir dem Vorschlag zustimmen sollten, die Gewerbesteuer nicht nur auf Freiberufler, sondern auch auf Mieten, Pachten und Leasingraten auszudehnen. Stellen wir uns einmal vor, was das bedeuten würde. Dies bedeutet, dass Unternehmen in Deutschland in viel größerem Umfang als bisher nicht nur auf Einnahmen, sondern auch auf Kosten, also auf Betriebsausgaben Gewerbesteuer zahlen. Wie weit wollen wir die Unvernunft in diesem Land noch treiben?

(Beifall)

Welch ein Unsinn ist das, gerade jetzt, wo der Mittelstand landauf, landab beklagt, dass er keine Kredite und Darlehen mehr von den Banken bekommt, und dass deshalb viele Unternehmen zwangsläufig dazu übergehen, einen großen Teil der Investitionen über Leasing zu finanzieren, auf Leasingraten noch Gewerbesteuer zu erheben? Dies führt allenfalls kurzfristig zu höheren Einnahmen. Aber letztendlich führt dies zu einer Verstetigung bzw. Vergrößerung der Pleitewelle in den Städten und Gemeinden. Deshalb dürfen wir einen solchen Weg nicht mitgehen.

(Beifall)

Ich möchte auch deutlich sagen, dass wir strikt dagegen sind, dass die Gewerbesteuer auf die Freiberufler ausgedehnt wird, nicht weil wir etwa dagegen sind, dass auch die Freiberufler ihren Beitrag zur Finanzierung kommunaler Aufgaben leisten sollen. Das ist doch selbstverständlich. Das tun sie übrigens schon heute über die Einkommensteuer. Aber Welch ein Unfug ist das, bei 700 000 bis 800 000 Freiberuflern in Deutschland Gewerbesteuer zu erheben, um anschließend die Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer zu verrechnen? In der Abgabenordnung steht, dass der Staat Steuern zur allgemeinen Finanzbedarfsdeckung erhebt. Er erhebt also keine Steuern, um sie mit anderen Steuern zu verrechnen. Einen solchen Unsinn wird die Union nicht mitmachen.

(Beifall)

Aber wir sagen hier nicht alternativlos Nein. Wir haben vielmehr ein sehr konkretes Angebot gemacht, das im Gegensatz zu den Vorschlägen von Rot-Grün sofort wirkt. Die Erhebung zusätzlicher Steuern wirkt frühestens in einem Jahr. Unsere Vorschläge dagegen wirken sofort, zum Beispiel bei der Begrenzung der Ausgaben. Wir dürfen nicht nur über die Einnahmen, sondern wir müssen noch mehr über die Ausgaben und insbesondere über die Begrenzung der kommunalen Ausgaben sprechen. Aber auch bei den Einnahmen sind unsere Vorschläge eine Hilfe, beispielsweise die Senkung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Städte und Gemeinden. Liebe Freunde, dieses Paket hat ein Entlastungsvolumen von über sechs Milliarden Euro. Das hilft den Gemeinden sofort. Wir stehen auch im Vermittlungsausschuss zu dem, was wir im Wahlkampf gesagt haben, nämlich den Gemeinden sofort zu helfen. Wenn die Sozialdemokraten ebenfalls helfen wollen, dann liegt ein Angebot auf dem Tisch, das den Städten und Gemeinden in Deutschland sofort hilft.

(Beifall)

Wenn wir das gemeinsam verabschiedet haben, haben wir Zeit für eine Debatte über grundlegende Reformen gewonnen. Damit schließt sich der Kreis zu den Vorschlägen, über die wir heute diskutieren. Diesbezüglich liegt ein Antrag der KPV und der Mittelstandsvereinigung vor. Liebe Freunde, ich möchte mich ausdrücklich dafür aussprechen, dass wir so vorgehen, wie das die Antragskommission vorgestern beschlossen hat und wie das in den Anträgen empfohlen wird. Wir sollten diesen Antrag mit der Maßgabe annehmen, dass Bundesvorstand und Bundestags-

fraktion aufgefordert werden, auf der Grundlage unserer Einkommensteuerreformvorschläge ergänzende Vorschläge zur Ersetzung der Gewerbesteuer einschließlich der Beteiligung der Gemeinden an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer zu erarbeiten.

(Beifall)

Ich will mich in diesem Zusammenhang bei vielen Ministerpräsidenten bedanken. Noch mehr bedanken will ich mich bei vielen Kommunalpolitikern. Ich nenne stellvertretend für viele Petra Roth und Oliver Wittke. Liebe Freunde, Sie können sich darauf verlassen: Wenn wir Vorschläge machen, wie die Gewerbesteuer ersetzt werden soll, dann werden diese Vorschläge mit Ihnen zu Ende diskutiert, bevor die Gewerbesteuer abgeschafft wird. Wir werden sorgfältig darauf achten, dass dasselbe wieder geschieht, was 1969 bei der Einführung der Gewerbesteuerumlage geschehen ist. Die ist übrigens, was die wenigsten heute noch wissen, auf Wunsch der Gemeinden eingeführt worden, nicht auf Wunsch des Bundes oder der Länder. Die Gemeinden sind seit dieser Zeit an der Einkommensteuer beteiligt.

1996 haben wir die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft und dafür die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer eingeführt. Ich war damals dabei und habe das mit zu verantworten. Jedes Mal war dies für die Gemeinden in Deutschland per Saldo ein gutes Geschäft. Jedes Mal sind die Einnahmen später höher gewesen als die früheren Einnahmen, die weggefallen sind. Dabei muss es auch bei der Reform der Gewerbesteuer und ihrer Ersetzung durch eine kommunale Steuer bleiben. Wir verbürgen uns dafür und sagen den Kommunalpolitikern in der Union fest zu, dass wir keine Reform gegen die Städte und Gemeinden in Deutschland machen, sondern eine Reform mit den Städten und Gemeinden in Deutschland, weil wir genau wissen, dass die Union in aller erster Linie eine Kommunalpartei ist und ihre Politik in den Städten und Gemeinden stattfindet, nicht nur im Bund oder in den Ländern.

(Beifall)

Heute haben wir die große Chance, das, was wir gestern in der Sozialpolitik beschlossen haben, durch Beschlüsse zur Einnahmenseite zu ergänzen. Ich habe mich sehr über die große Zustimmung gefreut, die ich in den ersten Tagen nach der Beschlussfassung im Präsidium und im Bundesvorstand bekommen habe. Es gab darüber hinaus ein breites Spektrum, das zugestimmt hat, von den Arbeitgeberverbänden bis hin zum Zentralkomitee der PDS. In diesem breiten Spektrum ist auch noch Platz für die CSU.

(Heiterkeit)

Auch die CSU kann dem noch zustimmen.

(Beifall)

Genauso wie das, was wir gestern beschlossen haben, innerhalb der Union überzeugend ist, so ist auch das, was wir heute zur Steuerpolitik beschließen, innerhalb der Union überzeugend. Diese Beschlüsse bereiten uns auf die finale Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung vor. Denn wenn wir heute nach Hause fahren, dann legen wir nicht die Hände in den Schoß. Im Gegenteil: Dann geht es erst richtig rund.

(Beifall)

Dann wird uns niemand mehr sagen können, wir seien eine Union, die im Bundestag und im Bundesrat Nein sage. Wir sagen zwar zu dem ganzen Unfug, der von der rot-grünen Bundesregierung gemacht wird, klar und deutlich Nein, aber wir stellen dem Nein auch eine eigene, bessere Alternative gegenüber. Das ist die entscheidende Botschaft.

(Beifall)

Wir wollen gemeinsam für dieses Land, für dieses Volk und für diese Gesellschaft hoffen, dass dieser Spuk maximal noch drei Jahre dauert. Es wäre gut, wenn er schneller zu Ende ginge. Jeder Tag, den diese Regierung früher verschwindet, ist ein guter Tag für Deutschland. Daran, dass diese Regierung bald verschwindet, können wir uns beteiligen.

(Beifall)

So werden wir die Auseinandersetzung führen. Wir führen die Auseinandersetzung mit diesen Dilettanten, mit diesen selbstverliebten Staatsschauspielern, die an der Regierung sind.

(Beifall)

Opposition ist nicht schön. In der Opposition zu sein, macht keinen Spaß. Das ist nur die zweit-schönste Sache in der Politik. Was mich aber persönlich am meisten berührt und jedes Mal beschämt, wenn ich im Bundestag sitze, ist die Truppe, die auf der Regierungsbank sitzt. Es ist für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland unwürdig, ein solches Personal zu haben.

(Anhaltender Beifall)

Je schneller wir diese Leute aus dem Tempel jagen, umso besser ist es nicht etwa für die Union – unsere Aufgabe wird verdammt schwierig werden –, sondern für Deutschland, für die Menschen in diesem Land und für diese Gesellschaft, die, verdammt noch mal, mehr leisten kann und mehr ist, als sie gegenwärtig unter der versagenden rot-grünen Bundesregierung ist.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Freunde, wünsche ich mir, dass wir die Debatte über die Steuerpolitik hier so kontrovers, kameradschaftlich und zielorientiert führen wie die gestrige Diskussion über die

Sozialpolitik. Noch mehr wünsche ich mir, dass wir wissen, wo der Gegner steht, wenn wir den Saal verlassen, wissen, was unsere Aufgabe ist, und dafür sorgen, dass dieses Land wieder gut regiert wird. Es geht um Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Lieber Friedrich Merz, ganz herzlichen Dank für Ihre engagierte Rede. Meine Damen und Herren, es ist wieder einmal deutlich geworden, dass wir mit Friedrich Merz in der Partei und in der Bundestagsfraktion im Bereich Wirtschaft und Finanzen wirklich hervorragend aufgestellt sind.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt die Leitung des Parteitages an Wolfgang Bosbach.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 12 b auf:

AUSSPRACHE UND BESCHLUSSFASSUNG

Es geht jetzt also um die Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“ und über die dazu gestellten Ergänzungs- und Änderungsanträge sowie um die Beschlussfassung. Sie finden diese Anträge in der Sammlung der Anträge, Band II, auf den Seiten 1 bis 19.

Bevor wir dazu kommen, begrüßen wir aus gegebener Veranlassung mit besonderer Freude den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, den Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, unseren Freund Michael Glos.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Tagungspräsidium schlägt Ihnen zum Verfahren vor, zunächst die Anträge zur Reform des Einkommensteuerrechts zu behandeln und über diese Anträge abschließend Beschluss zu fassen. Erst danach sollen die Anträge B 2 bis B 5, B 42 und B 44 aufgerufen werden, die sich mit der Umstellung der Gemeindefinanzierung befassen. Dieses Vorgehen ist sachgerecht, da die eine Reform die Voraussetzung für die andere ist.

Können wir so vorgehen, oder gibt es dagegen Widerspruch? – Letzteres ist nicht der Fall; dann ist dieses Verfahren so beschlossen.

Wir kommen nun zur allgemeinen Aussprache über die Reform des Einkommensteuerrechts. Erster Redner in dieser Aussprache ist Ministerpräsident Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Herr Tagungspräsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Von Albert Einstein stammt der Satz: Um eine Einkommensteuererklärung abgeben zu können, muss man Philosoph sein; es ist zu schwierig für einen Mathematiker.

Was würde Albert Einstein wohl heute über das geltende Einkommensteuerrecht sagen? Friedrich Merz nannte es zu Recht „Chaotisierung“. Das deutsche Steuerrecht ist derart kompliziert, unübersichtlich und umfangreich, dass es selbst für Fachleute immer schwerer zu durchschauen ist. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen wird es mit jeder Änderung noch komplizierter.

Friedrich Merz hat deshalb Recht: Das derzeitige Einkommensteuerrecht ist nicht mehr fort-schreibbar, ist nicht mehr reformierbar. Es bedarf einer ganz grundlegenden Erneuerung.

Meine Damen und Herren, wir alle sagen Friedrich Merz und all denen, auf deren Vorstellungen er – wie er gesagt hat – mit aufbaut, Dank und Anerkennung dafür, dass er ein geschlossenes Gesamtkonzept vorgelegt hat, das die ganze Union mit trägt.

(Beifall)

Ich möchte seinen Aussagen zum Ehegattensplitting, zu den Freibeträgen von 8000 Euro pro Person und zum Arbeitnehmerfreibetrag ausdrücklich zustimmen. Viele Familien werden steuerfrei sein, viele Bürgerinnen und Bürger haben mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun.

Anerkennen müssen wir Vorsorgeaufwendungen für das Alter, wenn die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards, den ein Arbeitnehmer sich aufgebaut hat, ausreicht. Dazu gehört dann allerdings auch, dass wir die erste Priorität aller Bürgerinnen und Bürger zur Eigenvorsorge für das Alter, nämlich die Eigentumsbildung im Wohnungsbau, weiterhin fördern.

Ich unterstreiche auch alles, was Friedrich Merz zur Gewerbesteuer gesagt hat; aus Zeitgründen also nur die Überschriften:

Über drei Punkte bitte ich in den nächsten Monaten, bis wir dann zu einem Gesetzgebungsverfahren kommen, noch einmal nachzudenken. Friedrich Merz sagt zu Recht, alle Einkunftsarten sollten gleich besteuert werden. Hier kann ich mir noch eine Verbesserung vorstellen, nämlich die Zusammenfassung der vier Einkommensarten, die es im Entwurf gibt, zu einer einzigen Einkommensart, also zu einer Einkommensart, in der die Einkommensteuer, die Lohnsteuer, die Körperschaftsteuer und die Steuer auf Einkünfte aus Kapital zusammengefasst werden. Das hätte einen unglaublichen Vorteil: Wir müssten dem mittelständischen Unternehmer nicht mehr erklären, dass er genauso besteuert wird wie eine Aktiengesellschaft. Es gäbe einen einheitlichen Steuersatz und eine Einkunftsart für alle. Auch für Kapitalerträge wäre dies ein großer Vorteil.

Der zweite Punkt betrifft die Abgeltungssteuer. Ich glaube, es wäre eine wesentliche Vereinfachung, wenn wir Kapitalerträge nicht mit einer vorläufigen Besteuerung, die dann auf die endgültige Einkommensteuer angerechnet wird, belegen würden, sondern mit einer echten Abgeltungssteuer – zusammen mit einem Steuersatz, der dazu führt, dass Kapital nicht mehr ins Ausland geht, sondern für Investitionen im eigenen Land zur Verfügung steht.

Das Dritte: Ich gestehe auch, dass ein Spitzensteuersatz von 36 Prozent an der obersten Grenze ist, vor allem auch, wenn man den Kapitalmarkt in Deutschland erhalten will und wenn man Kapital in Deutschland halten will.

Insgesamt gesehen ist dieses Konzept ein großer Wurf, mit dem sich die CDU/CSU nicht nur sehen lassen kann, sondern der auch einen Fortschritt für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bringt.

Wie geht es weiter? Ich habe das Thema auch in die Ministerpräsidentenkonferenz eingebracht. Wir, die unionsgeführten Länder, unterstützen ein solches Konzept. Es wäre außerordentlich erwünscht, wir könnten die jetzt die Bundesregierung tragenden Parteien über die Ministerpräsidentenkonferenz davon überzeugen, dass wir eine solche grundlegende Steuerreform jetzt brauchen, noch in dieser Legislaturperiode, und nicht drei Jahre verstreichen lassen dürfen. Wenn das nicht gelingt, wird dies ein Hauptthema im kommenden Bundestagswahlkampf und ein Hauptziel für eine neue, von uns gestellte Bundesregierung sein.

Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für dieses Konzept.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Nächster Redner ist Eugen Abler.

Eugen Abler: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass wir eine radikale Steuerreform benötigen. Das wird allein schon dadurch belegt, dass rund drei Viertel der Steuerliteratur auf dieser Welt in Deutsch verfasst sind. Das muss man sich einmal überlegen! Deutschland ist in Europa beim Wachstum Schlusslicht. Aber in jeder Schwierigkeit liegt auch eine Möglichkeit, um Einstein zum zweiten Male zu zitieren.

Das vorgestellte Konzept ist geeignet, Deutschland wieder auf die Überholspur zu bringen und Dynamik und damit Wachstumskräfte freizusetzen. Es ist ein Konzept, das den Namen „Reform“ zu Recht tragen würde. Wir sollten diese historische Gelegenheit nutzen, an einigen Stellen das gültige Steuerrecht noch gründlicher zu entrümpeln, als es das Modell von Ihnen, verehrter Herr Merz, vorsieht; denn je einfacher, desto gerechter.

Häufig diskutiert wird ein weiterer Vorschlag, und zwar der von Paul Kirchhof. Experten bescheinigen dem ehemaligen Verfassungsrichter den radikalsten und modernsten Ansatz. Zwar sind rund 80 Prozent der Vorschläge von Merz und Kirchhof identisch; Gemeinsamkeiten sind die radikale Vereinfachung, die Schließung von Steuerschlupflöchern und vor allem die Stärkung von Familien.

Die verbleibenden Unterschiede sind aber gravierend. Wesentliche Vorteile des Kirchhof-Modells sind, dass es nur noch eine Einkommensteuerart und nur noch einen Steuersatz von 25 Prozent auf jede Form von Einkommen gibt. Die Finanzierung ist aufkommensneutral.

Ein wichtiger Punkt innerhalb eines jeden Steuersystems ist die Besteuerung von Kapitaleinkünften. Je geringer die Steuer ist, desto mehr Kapital bleibt in Deutschland. Wenn wir unser Land zu einem attraktiven Marktplatz machen wollen, dann darf es keinen Grund mehr geben, Kapital im Ausland anzulegen.

(Vereinzelt Beifall)

Durch die Geschichte ist belegt: Dort, wo die Händler und Märkte waren, war auch Wohlstand. Das dürfen wir auch heute bei dieser Diskussion nicht vergessen. Besteuern Sie Kapitaleinkünfte deshalb ganz gering.

Das Kirchhof-Modell wird übrigens bereits erfolgreich in Neuseeland angewendet. Nach Durchführung dieser Reform hat sich die Leistungsfähigkeit der neuseeländischen Wirtschaft einem Rating der OECD zufolge wesentlich verbessert. Der Vorschlag von Friedrich Merz geht in die richtige Richtung. Er beinhaltet aber einige Punkte, bei denen noch nachgebessert werden muss. Die CDU hat eine historische Chance. Nutzen wir sie!

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Adler. Nächster Redner ist der hessische Ministerpräsident Roland Koch. Nach ihm spricht der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert.

Roland Koch: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir sind – nachdem nun jeder von uns weiß, was wir im Arbeitsrecht wollen, und nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion alles schon in Gesetzesform eingebracht hat, nachdem seit gestern auch jeder von uns weiß, was wir in den wesentlichen Fragen der Sozialreformen in diesem Land wollen, und nachdem wir das auch mit großer Einmütigkeit beschlossen haben – nun bei dem dritten entscheidenden Punkt. Die drei Elemente Arbeit, Sozialsysteme und Steuern werden dafür bestimmend sein, ob das Ziel, das wir uns in der politischen Öffentlichkeit gesetzt haben, nämlich Wachstum zum entscheidenden Faktor zu machen, mit dem die zukünftigen Entwicklungen in Deutschland möglich sind, am Ende tatsächlich erreicht werden kann oder nicht.

Ich glaube deshalb, dass es ein wirklich einschneidendes Ergebnis ist, dass Friedrich Merz gesagt hat – es ist ja nicht ohne Risiko zu sagen: Ich lege einmal ein Konzept aus einem Guss vor; die vielen Bedenken, die es sozusagen rechts und links gibt und die jeder äußern kann, lassen wir einmal beiseite; auch ein Ministerpräsident kann solche Bedenken äußern, wenn er alles im Einzelnen nachrechnet -: Wir einigen uns zunächst einmal auf Prinzipien, und zwar solche, die mit Paul Kirchhof eine wissenschaftliche Basis haben und deren Auswirkungen an vielen Stellen durchgerechnet worden sind. Wir als politische Partei haben auch noch die Chance, mit dem Professor darüber zu diskutieren, wo es bestimmte Steuerungselemente gibt und wie sich Progression und Sozialausgleich darstellen, um auf diese Weise zu einem System zu kommen, das wissenschaftlich haltbar und politisch durchsetzbar ist.

Ich möchte dem Vorredner sagen: Es ist meines Erachtens eines der großen Verdienste des Vorschlages von Friedrich Merz, dass er sagt: Wir werden bei den Unternehmen und bei den Steuern gewissermaßen immer am Weltmarkt operieren müssen. Kein Mensch weiß genau, wohin die Entwicklung geht. Wir sind leider nicht mehr der alleinige Spieler. Wir haben gestern aber beschlossen – Norbert Blüm hat uns gewarnt, das könne in dieser Größenordnung vielleicht nicht alles gehen -, den Sozialausgleich im Steuersystem stattfinden zu lassen. Liebe Freunde, der Sozialausgleich im Steuersystem ist nicht nur ein Gegenstand internationalen Wettbewerbs. Es geht vielmehr auch um die Frage, ob das System sich am Ende rechnet und ob wir Recht haben, dass man den Sozialausgleich bezahlen kann. Deshalb ist es richtig, dass Körperschaft- und Einkommensteuer nicht zwingend unauflösbar immer das Gleiche sind. Die Politik muss vielmehr die Freiheit haben zu sagen: Die Unternehmen müssen in Deutschland bleiben; man muss sich mit jedem auf der Welt vergleichen können. Wir müssen unsere Gesellschaft gemeinsam finanzieren. Darüber müssen wir als Bürger dieses Landes entscheiden. – Es ist eine richtige Entscheidung, die Friedrich Merz getroffen hat. Ich glaube, dass wir diese Entscheidung sehr verteidigen müssen, weil wir sonst anschließend, auch mit den Sozialdemokraten, Debatten führen, die wir in der Öffentlichkeit nie überstehen werden, wobei es auch nicht nötig ist, dass diese Debatten mit uns geführt werden. Insofern ist die Entscheidung von Friedrich Merz richtig.

(Beifall)

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen. Wenn man auf diesem Parteitag mit den Beteiligten und den Beobachtern spricht, wird einem immer wieder gesagt: Ihr habt über alles geredet, nur nicht darüber, wie ihr es bezahlen wollt. – In der Tat kostet das Sozialsystem, über das wir gestern gesprochen haben, mehr als das heutige. Ich will noch einmal für alle sagen: Es kostet aber weniger, als wenn wir nichts machen würden. Es wird immer so schön gesagt: Wenn wir älter werden und gesund bleiben wollen, kostet das in der Tat Geld. – Zu behaupten, dieses System sei so teuer und das andere wäre so billig gewesen, ist aber eine schlichte Lüge. Wenn wir nichts tun, landen wir bei Sozialbeiträgen in Höhe von 60 Prozent. Insofern sind wir prinzipiell schon auf dem richtigen Weg.

Hier reden wir nun über eine Steuerreform. Friedrich Merz hat einmal gesagt, dass fünf, sechs, sieben oder acht Milliarden Euro für diese Reform benötigt würden. Ja, diese Mittel werden da sein müssen. Sonst sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen Steueränderungen nicht machbar. Sind wir Leute, die vergessen haben, dass wir in finanziellen Schwierigkeiten sind? Sind wir eine Partei, die auf einem Parteitag sozusagen nur Schönes beschließt und anschließend die Rechnung anderen Leuten schickt? Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir auf diesem Parteitag auch festhalten: Nein, das sind wir nicht. Roman Herzog hat gestern mit großem Nachdruck und, wie ich finde, mit beeindruckender Klarheit und Einfachheit auf eines hingewiesen: Wenn unser Wohlstand in Deutschland der bleiben soll, der er zurzeit ist, werden wir wirtschaftliches Wachstum brauchen. Wenn wir über Reformen nur noch unter der Bedingung diskutieren, dass wir so wirtschaften, wie wir in den letzten drei Jahren gewirtschaftet haben, sind wir eine Konkursverwaltungspartei und keine Zukunftspartei mehr. Deshalb wird man sich darauf nicht einrichten können.

(Beifall)

Was wir hier beim Arbeitsmarkt, bei den Sozialsystemen und beim Steuersystem tun, hat eine Gemeinsamkeit: Wir wollen über ein Jahrzehnt hin ordnen, wie eine moderne Wirtschaft, ein modernes Wettbewerbsland Bundesrepublik Deutschland aussehen kann. Am Ende werden für alle diese Reformen – die Steuerreform steht dabei mittendrin – zwei Dinge erforderlich sein. Es muss zum einen eine klare Rangordnung geben, was zuerst und was danach kommen muss. Zum anderen muss es eine klare Begrenzung geben, über die wir uns moralisch und politisch nicht hinwegsetzen.

Was die Rangordnung angeht – das hat Bedeutung für diese Tage -, so gilt: Erst muss die Grundlage dafür geschaffen werden, wo wir das Geld wieder verdienen können. Wenn wir es nicht schaffen, dass mehr Leute in diesem Lande in Arbeit sind, dass mehr Leute Lohnsteuer und Sozialabgaben zahlen, wenn wir dabei bleiben, so wenig Menschen in Arbeit zu haben und so viel Sozialhilfe zahlen zu müssen und damit auf Steuern verzichten zu müssen, wird keine Reform erfolgreich sein. Punkt eins ist deshalb, den Arbeitsmarkt in Deutschland aufzubrechen und den Menschen in Deutschland wieder Chancen zu geben zu arbeiten und eine Gelegenheit zu haben, damit Einkommen zu erzielen.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum wir im Augenblick im Vermittlungsausschuss über Steuerreformen unter der Bedingung von Arbeitsmarktreformen diskutieren. Eine Steuerreform finanziert sich niemals selbst, wenn daraus nicht Beschäftigung entstehen kann. Wenn ich ein Arbeitsrecht habe, bei dem kein deutscher Unternehmer sich mehr traut, in Deutschland einen Arbeitsplatz zu schaffen, kann ich sogar eine Nullsteuer für ihn vorsehen; er wird aber selbst dann keinen Arbeitsplatz schaffen, weil es sich für ihn nicht rechnet.

Es geht in den nächsten Tagen also darum, die Stufe 1 zu erreichen und einen Arbeitsmarkt in Deutschland zu schaffen, bei dem die Menschen wieder sagen: Wir investieren nicht in Polen, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Amerika, sondern wir investieren bei den qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland, weil wir wieder rechtliche Rahmenbedingungen haben, bei denen wir etwas erreichen können. Das ist das Erste, was wichtig ist, was in diesen Tagen zu geschehen hat.

(Beifall)

Wenn wir eine Million weniger Arbeitslose haben, wenn wir 500 000 oder 600 000 weniger Sozialhilfeempfänger haben, lassen sich alle Berechnungen, die wir hier angestellt haben, sozusagen ganz leger „nebenbei“ – ich sage das provozierend – formulieren. Ich will darauf hinweisen, dass wir letztlich nicht mit der Steuerschraube, sondern mit dem Wirtschaftswachstum die Zukunft dieses Landes gestalten. Darin liegt unsere Chance. Weil wir in einem solchen Umfang schlechte Performer sind, weil wir so stark unter dem Durchschnitt in Europa liegen, können wir daraus die Kraft entwickeln zu sagen: Wenn wir nur wieder das normale Niveau erreicht haben, werden wir das alles in einer vernünftigen Weise finanzieren und realisieren können.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt spielt in diesen Tagen ebenfalls eine Rolle, nämlich das moralische Korrektiv: Wir können ja nicht einfach behaupten – gewissermaßen träumen -, dass wir so gut sind und das Geld einnehmen. Deshalb müssen wir immer die zweite große Linie berücksichtigen, nämlich die Frage der Verschuldung. Sie ist sozusagen der Maßstab dafür, ob wir träumen oder realistische Optionen umsetzen. Wenn wir eine Million mehr Arbeitskräfte und weniger Sozialhilfeempfänger haben, dann müssen wir uns an dem Maßstab messen lassen, ob wir es schaffen, weniger Schulden zu machen. Denn es kann doch nicht sein, dass wir in jeder Situation so weitermachen mit der Verschuldung.

Erst wenn die CDU/CSU mutige Reformen glaubwürdig transportiert, haben die Bürgerinnen und Bürger die Garantie, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben, sondern eine solide Haushaltspolitik machen, in der das Verhältnis von Einnahmen zu Ausgaben – auch das von konsumtiven zu investiven – vernünftig bleibt. Sonst wird es uns so ergehen, wie es der Bundesregierung in den letzten zwei Jahren ergangen ist.

(Beifall)

Deshalb ist ein mutiger Weg von Reformen erforderlich. Dieser Weg wird andere Finanzstrukturen als derzeit erfordern und Veränderungen in der Sozialpolitik wie der Steuergesetzgebung nötig machen. Möglich ist das Ganze nur, wenn diese beiden Elemente zusammenkommen.

In diesem Zusammenhang – das ist mein letzter Punkt – bekommt der Vertrag von Maastricht eine große Bedeutung. Er ist unser ökonomisches Grundgesetz, an dem sich Solidität misst. Wer will sonst sagen, was Schulden sind, wer will abstrakt behaupten, wie viel Verschuldung tragbar ist? Wenn wir einfach fünf Wirtschaftswissenschaftler hinzuziehen und sie befragen, wird der eine „zwei Prozent“, der nächste sagt „drei Prozent“ und der letzte „fünf Prozent“ sagen. Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass das verlässlich ist und dass wir nicht einfach die Wissenschaftler einladen, die unser Programm genehmigen, auch wenn ein paar Euro Schulden herauskommen? Deshalb ist es ja gut, dass es einen formalen Rahmen gibt. Wer diesen Rahmen nicht mehr ernst nimmt und ihn nicht einhält, der zerstört die Seriosität zukünftiger Reformarbeit, weil er den Bürgerinnen und Bürgern den Maßstab nimmt und Politikerinnen und Politiker dazu verleitet, über ihre Verhältnisse zu leben, statt in einer geordneten, zukunftssicheren Entwicklung mutige Schritte zu tun. Zwischen „über den Verhältnissen leben“ und „mutige Schritte tun“ liegt ein schmaler Grat. Dieser definiert sich dadurch, ob wir an die Regeln glauben, die wir uns selbst gegeben haben. Auch diese Frage wird in den nächsten Wochen sicher eine entscheidende Rolle spielen, auch diese Frage hat mit dem zu tun, wie wir mit dieser Bundesregierung und ihrem Bruch mit dem Vertrag von Maastricht umgehen.

Ich möchte dafür werben, dass wir uns nach diesem Parteitag – sowohl in der Sozialpolitik wie auch in der Steuerpolitik – nicht den Schneid abkaufen lassen, auch nicht dadurch, dass es sich um mutige Projekte handelt. In Bezug darauf, was wir den Bürgern zumuten, sind diese Projekte nämlich genauso mutig wie hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und ihres finanziellen Rahmens. Wir müssen solide und verlässlich bleiben, um in einer modernen Gesellschaft beide Elemente verantworten zu können: Die Menschen müssen mit ihrem Arbeitsplatz mehr verdienen können und die Politik muss ihre sich selbst gegebenen Regeln einhalten. Zudem müssen die Probleme in einer Generation gelöst werden. Es kann nicht sein, dass wir die schönen Dinge jetzt haben und unseren Kindern dafür die Rechnung schicken. Wenn wir das beachten, ist das eine erfolgreiche und vertrauenswürdige Botschaft für die Zukunft. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Nächster Redner ist Dr. Norbert Lammert.

Dr. Norbert Lammert: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Mit dem großen Wurf einer Steuerreform, die Friedrich Merz heute dem Parteitag vorgestellt hat, tut die Union nicht nur einen großen Schritt hin zu einer radikalen Vereinfachung unseres Steuerrechts – im Übrigen auch, was nicht weniger wichtiger ist, zu mehr Steuergerechtigkeit -, sondern auch, was vielleicht nicht auf dem ersten Blick erkennbar ist, einen großen Schritt hin zur tatsächlichen Etablierung der Bürgergesellschaft, die wir auf vielen Parteitagen in allgemeinen Resolutionen

beschworen haben. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass sich diese Gesellschaft entfesselt und dass das hohe Maß an staatlicher Aufsicht, Kontrolle, Bevormundung und Verteilung aller möglichen Lebenssachverhalte wesentlich korrigiert und neu geordnet wird.

Friedrich Merz hat davon gesprochen, dass endlich Schluss sein muss damit, dass dem Bürger aus der einen Tasche das gezogen wird, was ihm auf der anderen Seite in die Tasche gesteckt wird. Lassen Sie mich mit einem Aspekt an eine Randbemerkung anknüpfen, die Friedrich Merz bei der Erläuterung der wenigen verbleibenden Ausnahmeregelungen gemacht hat, die in dem von ihm entwickelten und hier vorgestellten Steuersystem verbleiben müssen, nämlich die Absetzbarkeit von Spenden an gemeinnützige Organisationen und Aktivitäten. Das hat nämlich im Kern etwas zu tun mit dem Selbstverständnis einer Bürgergesellschaft, also einer Gesellschaft, in der die Bürger zunächst einmal selbst verantwortlich sind für die Erledigung von wichtigen Angelegenheiten in dieser Gemeinschaft.

Neben dem bereits angesprochenen großen Bereich sozialer, auch sportlicher Aktivitäten verdient ein anderer in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung. Damit meine ich die Unterstützung der Förderung von Kunst und Kultur. Wir leben in einer Gesellschaft, die aus guten Gründen – das ist über Jahrhunderte historisch gewachsen – die Förderung von Kunst und Kultur auch und gerade als öffentliche Aufgabe versteht. Aber ich vermute, den Allerwenigsten wird bewusst sein, dass in Deutschland von allen Aufwendungen für die Förderung von Kunst und Kultur mehr als 90 Prozent aus öffentlichen Kassen des Bundes, der Länder und vor allen Dingen der Kommunen bestritten werden. Ich bin entschieden dafür, dass es im Grundsatz dabei bleibt, dass die Förderung von Kunst und Kultur öffentliche Aufgabe ist. Aber glaubt angesichts der Haushaltssituation von Bund, Ländern und Kommunen wirklich irgendjemand hier, dass die hohen Aufwendungen aus öffentlichen Kassen in diesem Bereich unangefochten auf dem heutigen Niveau bleiben können? Viele Delegierte – insbesondere jene mit einem kommunalpolitischen Mandat – können berichten, wie schwierig es ist, den Kulturetats in seiner Höhe zu halten. Denn im Unterschied zu manch anderen Aufgaben handelt es sich hier nicht um rechtlich verpflichtende, sondern um, wie es so schon missverständlich heißt, freiwillige Aufgaben handelt.

Deswegen ist hier die Bürgergesellschaft gefordert. Die Menschen müssen im stärkeren Maße selbst Verantwortung übernehmen. Dies können sie nur, wenn sie die Möglichkeit dazu haben und insbesondere das Steuerrecht die entsprechenden Voraussetzungen schafft.

Es gibt im Übrigen ein mutiges Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit, was nicht zufällig ebenfalls die Handschrift der Union trägt: Wir haben vor drei Jahren das Stiftungsrecht neu geordnet und insbesondere Schneisen ins Stiftungssteuerrecht geschlagen – um diejenigen Männer und Frauen zu ermutigen, die bereit sind, aus eigenem Einkommen und Vermögen einen konkreten eigenen Beitrag zur Förderung von Kunst und Kultur in unserem Land zu leisten. Seit der Ände-

rung des Stiftungsrechts und seit den neuen Regelungen im Stiftungssteuerrecht werden Jahr für Jahr in Deutschland beinahe 10 000 neue Stiftungen gegründet. Das ist der Weg, auf dem wir gemeinsam voranschreiten müssen.

Deswegen, lieber Friedrich Merz: Wenn der Parteitag mit einer kaum noch zu überbietenden Sympathieerklärung vorhin „Zugabe!“ gerufen hat, dann galt das nicht nur Deiner grandiosen Rede, sondern auch der einen oder anderen Arbeit, die wir anschließend gemeinsam leisten müssen. Dazu gehört ganz sicher auch die Feinarbeit im Bereich des Gemeinnützigkeitsrechtes. Wir müssen – Du hast das Stichwort genannt – konkretisieren, welche Bereiche auch in Zukunft förderfähig bleiben müssen, und diese abzugrenzen von dem, was Privatangelegenheit ist und deswegen aus privatem Einkommen bestritten werden sollte.

Liebe Freunde, ich habe – wie die Allermeisten von Ihnen – schon manch schönen Parteitag erlebt, aber selten bin ich von einem Parteitag so zufrieden nach Hause gegangen, wie das diesmal der Fall sein wird. Wir haben nämlich gestern wie heute buchstäblich Schneisen in die Landschaft geschlagen, wir haben mit großem Mut weit reichende Veränderungen in unserem Land angekündigt. Das eine Projekt haben wir bereits gestern mit haushoher Mehrheit verabschiedet; das andere wird heute – hoffentlich geht die Abstimmung ähnlich einmütig aus – folgen.

Ich kann mir schon vorstellen, dass die Fernsehzuschauer, die heute Morgen hoffentlich zahlreich den Auftritt von Friedrich Merz am Fernsehschirm verfolgt haben, gewissermaßen in ihrer eigenen Orientierung darauf reagieren, nämlich zu sich selbst sagen: Jeder Tag, den Hans Eichel noch im Amt ist, erscheint als mittlere Provokation, weil man sich ständig fragt, warum nicht längst Friedrich Merz im Amt ist.

Deswegen, liebe Freunde, sollten wir jetzt wirklich mit großer Mehrheit das beschließen, was er uns vorgestellt hat. Wir sollten uns dabei bewusst sein, dass der eine oder andere Punkt sicherlich noch im Rahmen der Konkretisierung nachgetragen werden kann. Aber wenn wir das mit der Balance zwischen dem Mut zur Veränderung und dem Blick auch für das Detail hinbekommen, dann kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir möglichst schnell, möglicherweise früher als zu dem rechtlich vorgesehenen Termin, in der Verantwortung sind, auf die sich dieser Parteitag vorbereitet.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Lammert. – Im allgemeinen Teil der Aussprache haben wir jetzt noch drei Wortmeldungen. Es sind dies in der Reihenfolge Peter Jungen, Michael Meister und Fritz Böhringer.

Peter Jungen: Meine Damen und Herren! Deutschland wird häufig als der Europameister im Export bezeichnet; neuerdings sind wir aufgrund des Dollar-Euro-Kurses sogar der Weltmeister im Export. Aber wir exportieren seit einiger Zeit etwas, was in den Statistiken nur sehr wenig zum

Ausdruck kommt; wir exportieren nämlich zunehmend Kapital, Unternehmer und Talente aus unseren wissenschaftlichen Hochschulen, die in die USA oder in andere Länder dieser Welt gehen und die nicht die Absicht haben, nach Deutschland zurückzukommen. Nach Schätzungen sind es zurzeit 27 000 junge Forscher, die dieses Land verlassen haben und die jetzt an amerikanischen Hochschulen tätig sind. Die Zuwachsraten beim Export von diesen jungen Talenten, von Kapital und von Unternehmern, die in diesem Lande – ob vor oder nach Steuern – keine Möglichkeit mehr zu erfolgreicher Tätigkeit sehen, steigen. Dies ist einer der wesentlichen Gründe dafür, dass vor kurzem in der „Financial Times“ ein Artikel unter der Überschrift stand: „Deutschland zieht Europa runter“. – Wir waren vor 20 oder 30 Jahren das Land, das Europa nach oben gezogen hat, und heute ziehen wir Europa nach unten.

Es gibt ja viele in Deutschland – manche davon sogar auch in unserer Partei -, die in den letzten zehn, zwanzig Jahren häufig gesagt haben: Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse. – Hätten wir amerikanische Verhältnisse und hätten damit in den letzten zehn oder zwölf Jahren, also in den 90er-Jahren, im Wesentlichen ein Wachstum wie in den USA gehabt, wäre das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland heute etwa um 5 000 bis 6 000 Euro pro Kopf der Bevölkerung höher, als es heute ist.

(Vereinzelt Beifall)

Welche Auswirkungen das für die sozialen Systeme, über die wir ja gestern gesprochen haben, hätte, kann sich jeder ausrechnen. Dieser Mangel an Innovation, der langsame Strukturwandel, die zu langen Umsetzungszeiten und die sich daraus ergebenden Beschäftigungsprobleme sind es, die mit steigender Geschwindigkeit die Probleme aufzeigen. Robert Schiller von der Yale-Universität hat vor kurzem einen Aufsatz sogar in einer deutschen Zeitung veröffentlicht und hat darin geschrieben, dass wir wieder Dynamik lernen müssten. Die Frau Vorsitzende hat uns gestern gesagt: Wachstum, Wachstum, Wachstum. – Die Voraussetzung dafür ist, dass wir wieder lernen, wie in Deutschland wirtschaftliche Dynamik entstehen kann. Es reicht eben nicht aus, nur zu wissen, wie wir den immer kleiner werdenden Kuchen verteilen können.

In diesem Zusammenhang spielt die progressive Besteuerung, wie wir sie bisher hatten, eine ganz entscheidende Rolle. Die progressive Besteuerung ist im Grunde genommen eine relativ neue Erfindung. Irgendjemand kam in der Mitte des vorvorigen Jahrhunderts und empfahl, das Proletariat solle seine Macht dazu nutzen, mit einer schweren progressiven Einkommensteuer den Bürgerlichen das Kapital zu nehmen und alle Produktionsmittel beim Staat zu konzentrieren. Sie haben alle richtig geraten: Es handelt sich um Karl Marx und Friedrich Engels, die uns dieses empfohlen haben. Und was haben wir gemacht? – Wir waren die Ersten. In Preußen hat man die progressive Einkommensteuer eingeführt; das war im Jahre 1891. Allerdings kann man von den damals geltenden Raten heute nur noch träumen. Die Progressivität bewegte sich zwischen 0,67 Prozent und vier Prozent der Einkommensteuer. Erst Jahrzehnte später – das war in

Großbritannien und in den USA – ist die Rate auf acht Prozent heraufgesetzt worden. Am Ende bewegte sie sich dann, wie wir inzwischen wissen, auf 90 Prozent. Das, was wir hier machen, ist für uns aus folgendem Grund so revolutionär: Es ist die Verabschiedung von einer Politik, die über 100 Jahre in die falsche Richtung gelaufen ist. Die progressive Einkommensbesteuerung sollte Ungleichheiten verringern. Sie führt aber dazu, dass bestehende Ungleichheiten zum Dauerzustand werden, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Progression führt nämlich dazu, dass diejenigen, die wohlhabend sind, durch eine hohe Einkommensteuer vor dem Wettbewerb neuer Talente und junger Unternehmensgründer geschützt werden, die ihnen ihren Platz im Wettbewerb streitig machen wollen, das aber deshalb nicht können, weil eine hohe Einkommensteuer sie daran hindert, Kapital zu bilden. Deshalb ist diese Stelle im Steuersystem der Schlüssel für Kapitalbildung und dafür, Vermögen – im Gegensatz zum alten Reichtum – in neue Hände zu legen.

Eine vorletzte Bemerkung: Wie Friedman einmal gesagt hat – nicht der Friedman, sondern Milton Friedman -, ist die Wirksamkeit der progressiven Besteuerung deshalb so niedrig, weil die Fähigsten im Lande ihre Kräfte darauf verwenden, die Besteuerung so niedrig wie möglich zu halten, und nicht darauf, die Grundlage für die Besteuerung so hoch wie möglich zu machen, sprich: Geld vor Steuern zu verdienen ist weniger attraktiv, als Geld nach Steuern durch Steuervermeidung zu verdienen. Deshalb gehen wir mit unserem Weg einen Schritt in die richtige Richtung. Aber wir müssen eines ebenfalls wissen: Dies ist nicht das Ende der Diskussion. Es gibt inzwischen in Europa die Diskussion über die Flat-Rate-Tax. Auch in unserem Konzept sehen wir feste Raten mit einigen wenigen Stufen vor. Wir erleben jetzt die Renaissance einer alten Idee, nämlich Einkommen mit einem einzigen Satz zu besteuern. Ich möchte darauf hinweisen, dass darüber der neue Wettbewerb in der EU geht. Inzwischen haben Estland, Lettland, Litauen, Russland – das ist nicht EU-Mitglied – und die Slowakei – sie wird Mitglied – eine Flat-Rate-Tax eingeführt. Die Sätze lauten: 26 Prozent, 25 Prozent, 19 Prozent und 13 Prozent. Die Nächsten werden die Polen sein; unsere polnischen Parteifreunde werden mit dem Vorschlag einer Flat-Rate-Tax, eines einzigen niedrigen Einkommensteuersatzes, in den Wahlkampf ziehen. Sie machen es zum Wahlkampfschlager. Die Prognose geht dahin, dass in Kürze alle Beitrittsländer eine solche niedrige Einkommensbesteuerung haben werden. Das ist gut so. Deshalb sollten auch wir jetzt diesen Wettbewerb aufnehmen.

Denn die Beschäftigungsprobleme in diesem Lande wird nicht der Staat lösen. Keine Regierung, keine Gewerkschaft, kein Betriebsrat und auch keine Partei und kein Politiker haben jemals einen einzigen Arbeitsplatz geschaffen, der seine Kosten im Wettbewerb hat verdienen können. Es sind viele künstliche erhalten oder geschaffen worden, aber nie einer, der im Wettbewerb bestanden hat. Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir diesen radikalen Schnitt als einen ersten Einstieg, damit wir in Deutschland wieder wissen und lernen, wie Dynamik entsteht. Ludwig Erhard hat 1948 einen radikalen Schritt getan, als er gleichzeitig mit der Einführung der D-Mark das

System der Bewirtschaftung abgeschafft hat. Er wurde von General Clay angerufen und zu einem Gespräch zitiert. Er sagte: Herr Professor Erhard, Sie wissen doch, dass es Ihnen nicht gestattet ist, die Regeln der Bewirtschaftung zu ändern. Daraufhin hat Erhard gesagt: Herr General, das weiß ich. Ich habe sie nicht geändert; ich habe sie abgeschafft. Worauf General Clay sagte: Herr Professor Erhard, aber alle meine Berater sagen mir: Marktwirtschaft kann in Deutschland nie funktionieren. Worauf Erhard ihm sagte: Herr General, trösten Sie sich: Meine Berater sagen mir genau das Gleiche. – Ohne den Mut, den Ludwig Erhard damals bewiesen hat, wären wir heute nicht in der Situation, dass wir relativ komfortabel über das diskutieren können, was wir jetzt machen wollen. Wir können eine Menge von denen lernen, die vor uns waren – im Interesse derjenigen, die nach uns kommen, deren Treuhänder wir sind. Wir sind nichts anderes als die Treuhänder unserer Kinder und Enkel. Sie verdienen es, dass wir die Lehre aus einem Irrweg ziehen und an den Erfahrungen derjenigen anknüpfen, die es vor uns schon gut und in manchen Dingen sogar besser gemacht haben, als wir es in den letzten Jahrzehnten getan haben. – Danke schön.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Die beiden letzten Redner in der Aussprache – allgemeiner Teil – sind der Kollege Michael Meister sowie Herr Fritz Böhringer.

Michael Meister: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Wenn wir uns die deutsche Steuerpolitik der letzten Monate und Jahre anschauen, dann erkennen wir: Ihr Markenzeichen ist die Orientierungslosigkeit. Der Bundesfinanzminister hat keinerlei Rückhalt in den eigenen Reihen. Die Debattenlage bei Rot-Grün sorgt dafür, dass täglich neue Überlegungen kommen, wie das deutsche Steuerrecht verändert werden soll. Dies führt dazu, dass wir keinerlei Vertrauen und keinerlei Klarheit mehr haben, wie sich die Rahmenbedingungen überhaupt gestalten. Mit dem, was der Kollege Friedrich Merz heute Morgen vorgelegt hat, haben wir die große Chance, in die steuerpolitische Debatte in Deutschland wieder Orientierung zu bringen. Orientierung und Vertrauen tun Not; sie sind wichtig, damit in Deutschland wieder eine Aufbruchstimmung entsteht.

Aufbruchstimmung und Perspektive sind notwendig. Deshalb möchte ich darum werben, nicht die Unterschiede in den Konzepten von Herrn Kirchhoff, von Herrn Lang und von Herrn Merz herauszuarbeiten; vielmehr sollten wir gemeinsam klarstellen: Diese Konzepte zeigen uns einen Weg, wie wir den Steuerschunzel in Deutschland lichten können, wie wir eine Schneise durch diesen Dschungel schlagen können und wie wir wieder Vertrauen und Sicherheit schaffen können. Ich rufe uns alle dazu auf, die Reformkräfte zu bündeln. Wir sollten versuchen, mit den Vorschlägen von Friedrich Merz einen Schritt voranzugehen.

Der Vorschlag, den Friedrich Merz gemacht hat, enthält zwei zentrale Aspekte, die uns in der Öffentlichkeit weiterhelfen: Das eine ist die Einfachheit der Sprache, die er gewählt hat. Damit wirbt er dafür, dass die Menschen in Deutschland verstehen können, was mit dem neuen Steuersystem tatsächlich gemeint ist. Das andere ist die von ihm gewählte Begrifflichkeit, die die

Steuerkundigen kennen. Das führt dazu, dass wir nicht vollkommen neue Begriffsdefinitionen brauchen, wie es bei anderen Konzepten der Fall ist. Ich glaube, damit haben wir einen Weg gewählt, der es sowohl ermöglicht, einen Aufbruch zu vollziehen, als auch, dass wir uns auf einem verlässlichen Grund bewegen.

Die rot-grüne Steuerpolitik ist eine reine Fiskalpolitik. Man glaubt, den Haushalt durch Steueränderungen, insbesondere durch Steuererhöhungen, sanieren zu können. Die rot-grüne Steuerpolitik ist durch keinerlei Systematik gekennzeichnet. Wenn Sie sich die Ergebnisse anschauen, dann erkennen Sie: Die Politik von Herrn Eichel endet in einem riesigen Fiasko: Die Haushalte werden nicht saniert, die Probleme mit dem Vertrag von Maastricht bestehen fort und die Staatsverschuldung ist weiterhin zu hoch. Dazu kommt ein wüstes Durcheinander in unserem Steuersystem. Deshalb sollten wir diesen täglich neuen Botschaften nicht nacheifern. Es ist besser, mit einem komplett neuen System anzutreten. Es ist also besser, keine kleine Änderung, sondern den großen Wurf anzustreben.

Ich möchte auf das Thema „Rechtsform von Unternehmen“ zu sprechen kommen. Es ist richtig, dass wir versuchen, den Unterschied zwischen Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen zu überwinden. Wir müssen den Unternehmen die Botschaft vermitteln: Es kommt nicht mehr auf eure Rechtsform an, es kommt nicht darauf an, dass ihr euch mit Steuerrecht beschäftigt; wichtig ist vielmehr, dass ihr euch mit euren Unternehmenszielen beschäftigt, dass ihr eure Geschäfte macht; das Steuerrecht steht nicht mehr im Mittelpunkt eurer Aktivitäten. Das Konzept von Friedrich Merz bietet die Grundlage dafür, dass sich Unternehmer wieder auf ihr Unternehmen und ihre eigene Wirtschaft konzentrieren können und sich nicht mehr so sehr mit einem komplexen Steuersystem auseinandersetzen müssen.

Ein weiterer Punkt beflügelt dieses System. Wir versuchen nicht, über Steuern zu steuern; wir versuchen nicht, über den Staat vorzugeben, wie sich Unternehmen entwickeln sollen. Vielmehr versuchen wir, den Menschen ein Stück weit Freiheit zurückzugeben. Deshalb möchte ich Sie bitten, das Konzept von Friedrich Merz und die weiteren Schritte der Gesetzgebung mitzutragen, damit wir es tatsächlich schaffen – nicht nur auf diesem Parteitag, sondern in ganz Deutschland -, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Ich wünsche mir hier im Plenum und bei der weiteren Gesetzgebung eine möglichst breite Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael. – Letzter Redner in der Aussprache ist Herr Fritz Böhringer, Landesverband Baden-Württemberg.

Fritz Böhringer: Es wurde vorhin darauf hingewiesen, dass es früher, als die progressive Steuer noch nicht eingeführt worden war, deutlich besser war. Wenn man etwas genauer hinsieht, dann stellt man fest, dass es auch damals eine progressive Steuer gab. Sie war allerdings nach der ech-

ten Leistungsfähigkeit und nach der Verdienstfähigkeit gestaffelt. Es wurde vor einer neuen progressiven Steuer gewarnt, durch die die Zusatzarbeit besteuert wurde. Man hat von selbstmörderischem Kommunismus gesprochen, wenn eine zusätzliche Arbeitsstunde – von wem auch immer – zu sehr besteuert wird. Man kann zwar für eine vertikale Progression sorgen; aber eine horizontale Progression, durch die Mehrarbeit besteuert wird, geht nicht.

Ich möchte eine Warnung aussprechen. Zurzeit besteht die Tendenz, die Gewerbesteuer als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer zu verstehen. Wenn es dazu käme, dann hätte das zur Folge, dass die Grenzbelastung in die Höhe getrieben würde. Das wäre der falsche Weg. Über diese Angelegenheit müssen wir reden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Wir treten in die Einzelberatungen zu den Steueranträgen ein.

Ich rufe den Antrag B 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 1 der Antragsbroschüre auf. Dazu sind die Anträge B 2 bis B 10 gestellt worden. Wir sind vorhin übereingekommen, die Beratungen der Anträge B 2 bis B 5 zunächst zurückzustellen. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge B 6 bis B 10 als erledigt zu betrachten und den Antrag B 1 anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge B 1 und B 6 bis B 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Anträge B 11 und B 12 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Zu dem Antrag B 12 sind die Anträge B 13 und B 14 gestellt worden. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 11 und B 12 sowie die Ablehnung der Anträge B 13 und B 14. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge B 11 bis B 14 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag B 15 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Diesem Antrag wurde durch die Antragskommission der Antrag B 22 zugeordnet. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme beider Anträge in der ausgedruckten Fassung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge B 15 und B 22 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag B 16 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu wurde der Antrag B 17 gestellt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags B 16 und die Ablehnung des Antrags B 17. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die

Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 16 und B 17 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Anträge B 18 und B 19 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Zum Antrag B 19 wurde der Antrag B 20 gestellt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 18 und B 19 sowie die Ablehnung des Antrages B 20. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge B 18 bis B 20 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu diesen Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt eine Enthaltung. Dann ist diese Empfehlung fast einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 21 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu wurden die Anträge B 23 bis B 27 gestellt. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf Seite 10 ausgedruckt. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 21 und B 23 bis B 27 abstimmen. Wer diesen Empfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest, dass es eine Enthaltung gibt. Ansonsten ist diese Empfehlung einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 28 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu wurden die Anträge B 29 bis B 33 gestellt. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf Seite 13 abgedruckt. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B 28 bis B 33 abstimmen. Wer diesen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 34 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu wurden die Anträge B 35 und B 47 gestellt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge in der ausgedruckten Fassung anzunehmen. Fundstelle ist die Antragsbroschüre II auf Seite 14 und die Sammlung der Initiativanträge auf Seite 5. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Ich frage: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Thomas Dörflinger.

Thomas Dörflinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte Sie bitten, dem Initiativantrag B 47 von Frau Böhmer und anderen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zuzustimmen, und zwar aus folgendem Grund.

Das Konzept des Familiengeldes stand im Sprachgebrauch unserer politischen Wettbewerber immer im Verdacht, ein Wahlkampfschlager zu sein, der nach den Bundestags- oder anderen Wahlen wieder kassiert werde. Mit der Formulierung, die uns die Antragskommission vorschlägt, wird genau dieser Verdacht bestätigt. Es heißt dort: Mit dieser steuerlichen Entlastung von Familien wer-

de das Konzept des Familiengeldes umgesetzt. Das kann man in zweierlei Hinsicht verstehen. Einerseits kann es als zeitliche Vorgabe aufgefasst werden. Andererseits ist es aber auch so auszulegen, dass durch die Vorschläge, die Friedrich Merz unterbreitet hat, das Familiengeld quasi obsolet sei.

Der uns vorliegende Initiativantrag wählt eine andere und konkretere Formulierung, mit der sichergestellt wird, dass das Familiengeld ein Konzept sui generis ist und die Familienoffensive der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Vorschlägen von Friedrich Merz nicht ihr Ende gefunden hat, sondern damit ein Einstieg formuliert worden ist. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Initiativantrag B 47 zuzustimmen und hier eine klare und eindeutige Festlegung zu treffen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Dörflinger. Wer spricht für die Antragskommission? – Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser Antrag – ich glaube, auch Frau Böhmer wird sich dazu äußern – ist durch die anderen Punkte, die wir in der Antragskommission berücksichtigt haben, erledigt; denn wir haben an anderer Stelle angenommen, dass die Formulierung von Friedrich Merz in dem Antrag zur Steuerpolitik mit dem Freibetrag von 8 000 Euro pro Kopf für diejenigen umgesetzt werden soll, die diese steuerlichen Vorteile mangels Einkommen in Form eines zusätzlichen Kindergeldes nicht ausschöpfen können. In dem Antrag ist festgelegt, dass wir diese Regelung schrittweise einführen wollen. Das ist unsere Familiengeldkomponente, wie sie mit der Frauen-Union und der CDA besprochen ist. Insofern hat sich dieser Antrag erledigt.

Die von der Antragskommission vorgeschlagene Formulierung, dass mit der steuerlichen Entlastung von Familien das Konzept des Familiengeldes umgesetzt wird, trifft haargenau den Punkt, den wir gemeint haben.

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Um noch einmal deutlich zu machen, was hier zur Abstimmung steht, nehmen Sie bitte die Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission zur Hand. Auf Seite 5 finden Sie links unten den Initiativantrag, zu dem Thomas Dörflinger zuvor gesprochen hat, und rechts unten die Empfehlung der Antragskommission, die gerade noch einmal von Laurenz Meyer begründet worden ist.

Ich lasse zunächst über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? -Gibt es Enthaltungen? – Dann ist bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so beschlossen worden, wie es die Antragskommission diesem Parteitag empfohlen hat.

Ich rufe die Anträge B 36 und B 37 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Zu Antrag B 37 wurden die Anträge B 38 und B 39 gestellt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge B 36 und B 37 und die Ablehnung der Anträge B 38 und B 39. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B 36 bis B 39 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge B 40 und B 41 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Zu Antrag B 41 wurden die Anträge B 43, B 45 und B 46 gestellt. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 16 und 17. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen B 40 bis B 46 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit sind die Einzelberatungen des Antrages des Bundesvorstandes, sofern sie sich auf die Reform des Einkommensteuerrechts beziehen, abgeschlossen.

Wir kommen nun gemäß des zu Beginn der Debatte vereinbarten Verfahrens zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes „Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“ in der durch die einzelnen Abstimmungen festgelegten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen. Ein herzliches Dankeschön für die gute Beratung.

(Beifall)

Ich rufe nun die Anträge B 2 bis B 5, B 42 und B 44 auf. Das sind die Anträge, die sich mit einer Umstellung der Gemeindefinanzierung befassen. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 1 bis 5 und auf der Seite 17 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieser Anträge in der ausgedruckten Fassung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Uns liegt bereits eine Wortmeldung beim Tagungspräsidium vor. Es spricht zunächst Herr Engelbert Rau.

Engelbert Rau: Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU ist die Kommunalpartei und muss es bleiben. Das hat Friedrich Merz heute Morgen sehr deutlich und überzeugend dargelegt. Herzlichen Dank für die klaren Worte auch zur Reform der Gemeindefinanzen.

Die Zielrichtung der CDU im Vermittlungsausschuss ist richtig: Wir müssen die Gewerbesteuerumlage senken. Die Gemeinden müssen sofort einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer bekommen, damit sie die Probleme in den Gemeinden bewältigen können. Ich wünsche Herrn Kauder als Verhandlungsführer viel Erfolg, damit er dies so umsetzt.

Bei der Abschaffung der Gewerbesteuer müssen wir allerdings auf die Konsequenzen achten. Es handelt sich um eine Systemveränderung. Die Gewerbesteuer ist wie die Grundsteuer eine Realsteuer. Es ist wichtig, dass alle – die Grundsteuerzahler und die bisherigen Gewerbesteuerzahler – die Infrastruktur in den Städten und Gemeinden mitfinanzieren. Es besteht die Gefahr, dass wir die Steuerlast von den Unternehmen auf die breite Masse der Einkommensteuerzahler verlagern. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu einer doppelten Entlastung für die Großunternehmer kommt. Wir müssen eine vernünftige Balance in einem möglicherweise neuen System finden.

Es besteht auch die Gefahr, dass es bei ausschließlicher Grundlage und Anknüpfung an die Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer zu einem Ungleichgewicht kommt. Es gibt Städte und Gemeinden mit einem niedrigen und einem hohen Einkommensteuerniveau. Das Stadt-Land-Gefälle ist zu beachten. Auch die Unterschiede zwischen Ost und West sind zu berücksichtigen. All dies muss bedacht werden.

Zunächst einmal müssen die Modelle gerechnet werden, bevor man sich festlegt. Ich plädiere zusammen mit der KPV und den kommunalen Spitzenverbänden für eine überzeugende Lösung. Die Ziele sind richtig. Sie müssen aber vernünftig und im Interesse aller Städte und Gemeinden umgesetzt werden. Dazu haben wir noch etwas Zeit, weil wir die Umsetzung nicht vor 2006 schaffen werden. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Wolfgang Bosbach, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen zu den Anträgen, die ich gerade aufgerufen habe? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 2 bis B 5, B 42 und B 44 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und fünf Enthaltungen ist das so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind die Beratungen zur Steuerpolitik, Tagesordnungspunkt 12, abgeschlossen. Im Namen des Tagungspräsidiums danke ich Ihnen sehr herzlich für die gute und konstruktive Mitarbeit bei der Beratung der Anträge.

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Dazu übergebe ich den Vorsitz an die Kollegin Dr. Martina Krogmann.

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir ziehen Tagesordnungspunkt 19 vor. Ich rufe nun also TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

SONSTIGE ANTRÄGE

Sie finden die Anträge hierzu in Band 1 der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 307 bis 321 und im Anhang 2.

Ich rufe den Antrag E 1 der Jungen Union und den wortgleichen Antrag E 2 der Senioren-Union auf den Seiten 307 und 308 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 1 und E 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu diesen beiden Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Anträge E 3 bis E 8 der Mittelstandsvereinigung auf den Seiten 308 bis 315 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 3 bis E 8 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Enthaltungen sind die Anträge angenommen.

Ich rufe den Antrag E 9 des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark auf Seite 315 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 9 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Empfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 10 des Kreisverbandes Wesel auf Seite 315 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 11 des Kreisverbandes Schönebeck auf Seite 316 f. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 11 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe die Anträge E 12 bis E 14 der Frauen-Union, der CDA und des Landesverbandes Rheinland-Pfalz auf den Seiten 317 und 318 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist

nicht der Fall. Dann lasse ich über die Anträge E 12 bis E 14 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Anträge sind bei einigen wenigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den Antrag E 15 des Kreisverbandes Hamm auf Seite 318 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 15 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 16 des Kreisverbandes Vechta auf Seite 318 f. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus Berlin. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 16 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 17 der Frauen-Union auf Seite 319 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Generalsekretär. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 17 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 18 des Landesverbandes Berlin auf Seite 319 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 18 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 19 der CDU Niedersachsen auf Seite 319 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 19 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 20 des Kreisverbandes Solingen auf Seite 319 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Generalsekretär. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 20 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag E 21 der Senioren-Union auf den Seiten 320 bis 322 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU-Fraktionen der Landtage. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 21 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen wenigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den Antrag E 22 des Kreisverbandes Hamburg-Altona auf den Seiten 322 bis 326 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 22 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 23 der KPV auf den Seiten 326 bis 328 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 23 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Gibt es Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Ich unterbreche unsere Antragsberatungen und begrüße unter uns ganz herzlich den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Dr. Edmund Stoiber.

(Anhaltender Beifall)

Wir setzen die Antragsberatungen – Tagesordnungspunkt 19 – fort.

Ich rufe den Antrag E 24 des evangelischen Arbeitskreises im Anhang II der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 24 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag E 25 des Evangelischen Arbeitskreises im Anhang II der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird hierzu

das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 25 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag E 26 auf Seite 6 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 26 abstimmen. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag E 27 auf Seite 7 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 27 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag E 28 auf den Seiten 8 bis 12 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 28 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen wenigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den Initiativantrag E 29 auf Seite 12 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag E 29 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir über alle sonstigen Anträge beraten und entschieden. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Mitarbeit. Tagesordnungspunkt 19 ist damit erledigt. Ich übergebe die Leitung an Herrn Milbradt.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, wir kommen zurück zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 7,

Grußworte. Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten und dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei CSU, Dr. Edmund Stoiber, das Wort. Herzlich willkommen, Dr. Stoiber.

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde der CDU! Liebe Frau Merkel, Ihnen allen überbringe ich wie bei jedem Parteitag die herzlichsten und die besten Grüße der Christlich-Sozialen Union. Dieser Reformparteitag ist ein wichtiger Meilenstein für die notwendige Erneuerung Deutschlands. Er zeigt – in diese Richtung geht auch die Kommentierung in allen großen Zeitungen -: Die CDU packt entschlossen und mutig an.

(Beifall)

Angela Merkel hat es gestern wie auch schon bei ihrer viel beachteten Grundsatzrede zum Tag der Deutschen Einheit in Berlin auf den Punkt gebracht: Deutschland steht am Scheideweg. Entweder Resignation und Kapitulation oder Aufbruch und Aufstieg! Ich glaube, dass die CDU auf diesem Parteitag ein ganz klares Signal für Aufbruch und Aufstieg gegeben hat.

(Beifall)

Um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, braucht Deutschland unzweifelhaft einen Paradigmenwechsel. Wir müssen unsere Sozialsysteme umstrukturieren, das Steuerrecht und den Arbeitsmarkt reformieren, den Föderalismus erneuern, ja, wir müssen im Grunde genommen unseren Staat neu justieren. Wir dürfen nicht bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme stehen bleiben. Die Reform ist eine ganz wichtige Voraussetzung, aber sie sagt nichts darüber aus, wovon wir morgen und übermorgen leben.

Wir brauchen eine ganz andere Einstellung und eine Mentalitätsveränderung in Deutschland im Hinblick auf die moderne Technologie und die Bereitschaft, moderne Technologien anzunehmen. Wir dürfen in moderner Technologie oder in technischen Neuerungen nicht sofort eine Bedrohung sehen. Das ist eines unserer großen Probleme. Ebenso wie wir im Bereich der Sozialversicherung unsere Mentalität ändern müssen, müssen wir sie auch in Bezug auf die technischen Erneuerungen ändern.

Ich glaube, dass die CDU diese Aufgaben mutig angeht und Konzepte entwickelt hat, die sie gestern und heute beschlossen hat. Es geht um grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft Deutschlands. Wir müssen die Weichen richtig stellen. Aufgabe von beiden Parteien, von der CDU und der CSU, ist es, aus ihren Reihen heraus Reformvorschläge und Positionen zu entwickeln. Unsere Aufgabe ist es aber auch, diese Konzepte zusammenzuführen. Auf diese Gemeinsamkeit von CDU und CSU haben sich die Menschen in Deutschland immer verlassen können. Dafür stehen beide Parteivorsitzende, Angela Merkel und ich persönlich. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall)

Daran ändern auch pointierte Wortmeldungen von verschiedenen Seiten überhaupt nichts. Wenn es um grundlegende Weichenstellungen und einen Paradigmenwechsel geht, dann ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass um den Paradigmenwechsel gerungen wird. Auch nach diesem Parteitag wird selbstverständlich um einzelne Formulierungen und Gesetzesvorschläge gerungen werden. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit für eine Partei wie die Ihre mit über 600 000 Mitgliedern oder für eine Partei wie die CSU mit über 200 000 Mitgliedern. Es ist logisch, dass in der Sache gestritten wird. Aber am Ende müssen wir und werden wir eine gemeinsame Konzeption haben. Sonst würde die Union ihrer Aufgabe, Deutschland zu reformieren, nicht gerecht werden.

(Beifall)

Wichtig ist, dass wir in zwei zentralen gesellschaftlichen Weichenstellungen völlig übereinstimmen. Erstens. Sozial ist, was Arbeit schafft. Deshalb müssen wir die Sozialkosten deutlich von den Arbeitskosten abkoppeln. Richtig ist auch – das ist die einheitliche Position von CDU und CSU, wenn ich es richtig sehe –, dass die Bürgerversicherung ein Irrweg ist. Sie wird von uns nicht akzeptiert.

(Beifall)

Zweitens: Priorität haben Familien und Kinder. Deshalb müssen Kinder bei den notwendigen Sozialreformen eine zentrale Rolle spielen. Niemand hat das eindrucksvoller dargelegt als Professor Herzog, der das gestern mit großer Verve, mit großer Eindringlichkeit und mit großer Prägnanz dargestellt hat.

(Beifall)

Wir müssen uns alle für die Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte ein bisschen an die eigene Brust klopfen. Die entscheidenden Weichenstellungen für die Kinder hat vielfach das Bundesverfassungsgericht gestellt, weil wir vielleicht nicht den politischen Mut hatten, politisch die entscheidenden Weichenstellungen zu treffen.

Ihr Parteitag in Leipzig eröffnet Zukunftsperspektiven. Wie anders – das sollte man nie vergessen – hat sich die SPD vor zwei Wochen in Bochum präsentiert. Die Reformer in der SPD haben eine Quittung erhalten, die sich gewaschen hat. Alles, was von diesem SPD-Parteitag in der Öffentlichkeit übrig blieb, waren zwei Botschaften. Erstens: mehr Steuern. Zweitens: Schröder und Co. machen sich gegenseitig fertig. Es kann uns letzten Endes egal sein, ob sie sich in der SPD gegenseitig fertig machen, aber es kann uns nicht egal sein, dass sie mit ihrer Politik Deutschland fertig gemacht haben und fertig machen. Das müssen wir verhindern.

(Beifall)

„Das Wichtige tun“ war das Motto des SPD-Parteitages in Bochum. Ich frage: Ist es angesichts von weit über vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland wichtig, die Erbschaftsteuer zu erhöhen? Ich sage: Nein. Das treibt das Kapital und Arbeitsplätze weiter ins Ausland. Richtig ist: Runter mit den Steuern. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall)

Ist es angesichts von 40 000 Unternehmenspleiten wichtig, eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen? Nein. Das heißt doch milliardenschwere Mehrbelastungen für Handwerk und Mittelstand, noch mehr Bürokratie und erst recht keine neuen Ausbildungsplätze. Richtig ist: Deutschland braucht mehr Wachstum und Beschäftigung, keine neuen Abgaben.

(Beifall)

Ich frage, wenn ich mir das Motto anschau, ob es angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands in den letzten Jahren wichtig ist, den demokratischen Sozialismus wieder zu beleben. Gerhard Schröder hat das in Bochum angekündigt. Das ist nicht wichtig. Der Sozialismus ist ein für alle Mal gescheitert, welches Adjektiv man ihm auch immer anheftet.

(Beifall)

Richtig ist: Wir brauchen weniger Umverteilung, aber mehr Leistung, Wettbewerb und vor allen Dingen mehr Realitätssinn für die Veränderungen in der Welt und dafür, wie sich die Volkswirtschaften in Europa auf die Europäische Union einstellen. Das Umdenken schafft die SPD nicht. Kein Wunder, denn in ihrer 140-jährigen Geschichte stand immer die Umverteilung im Mittelpunkt des Programms, in Zeiten der Klassengesellschaft vielleicht mit einigem Recht. Aber im Jahre 2003 taugen die alten Rezepte des 19. Jahrhunderts nicht mehr. Unsere Probleme lauten: Schlusslicht beim Wachstum, Massenarbeitslosigkeit, Pleitewellen, Rekordverschuldung.

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der schwersten Krise seit ihrer Gründung. Ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben. Erinnern wir uns: Wir haben gesagt, Deutschland sei ein Sanierungsfall. Heute bestreitet das niemand mehr. Im Jahre 2002 wurde die Aussage noch heftigst als Nestbeschmutzung des eigenen Landes kritisiert. Es war aber nur eine klare Beschreibung. Heute schreibt jeder, dass Deutschland ein Sanierungsfall sei und wir aus der Krise heraus müssten. Hätten wir die Weichen früher stellen können, dann würde Deutschland nicht in der Situation sein, in der es sich heute befindet. Das sollten wir sehr deutlich sagen.

(Beifall)

Wir sollten uns aber nicht täuschen. Viele Menschen in Deutschland sehen noch nicht, dass wir in einer bedrückenden Lage sind. Viele sehen noch nicht, dass wir eine wirklich große gemeinsame Anstrengung brauchen.

Es gibt in unserem Lande nach wie vor ein Erkenntnisproblem. Viele klammern sich an die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Da schien es nur eine Richtung zu geben: aufwärts – mit weniger Anstrengung zu immer mehr Wohlstand. Diese Zeiten sind vorbei. Wir leben heute massiv von der Substanz. Wer am lautesten geklagt und gejammert hat, der konnte sich die größten Hoffnungen auf Subventionen machen. Alle politisch Verantwortlichen haben dazu ihren Teil beigetragen. Jetzt müssen wir feststellen: Wir leisten uns mehr, als wir leisten.

Ich glaube, dass jeder das spürt, jeder Kollege, der in den Ländern Verantwortung trägt, der vor dramatischen Situationen in seinem Haushalt steht und der natürlich den gesellschaftlichen Gruppen Zumutungen auferlegen muss, um aus der Haushaltsmisere herauszukommen. Dann merkt man natürlich, dass viele im Prinzip immer noch nicht verinnerlicht haben, dass wir eine Gemeinschaftsanstrengung brauchen, um unser Land wieder auf eine vernünftige Grundlage zu stellen.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt vom Sparen und von Reformen die Rede ist, dann nehmen viele Menschen und Verbände automatisch eine Abwehrhaltung ein und rufen uns in leichter Abwandlung des berühmten Zitats zu: „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, räum andere aus.“

Meine Damen und Herren, das ist das, was mir – auch bei der Umsetzung von Konzeptionen – so viele Sorgen bereitet: Im Prinzip besteht in unserem Lande leider zu wenig Hoffnung auf die Zukunft. Wir haben ein Stück zu viel Bedencklichkeit, zu viel Ängstlichkeit vor der Zukunft. Sie wissen, dass ich ein leidenschaftlicher Fußballanhänger bin und Sachverhalte manchmal mit der Wirklichkeit auf dem Fußballplatz vergleiche. Mir kommt es so vor, dass unser Land im Prinzip oder in einem bestimmten Maße das verinnerlicht hat, was die Italiener in den 70- und 80er-Jahren auf dem Fußballplatz so erfolgreich praktiziert haben, nämlich den so genannten Cattenaccio. Da war es wichtig, kein Tor zu bekommen. Man hat sich weniger darum gekümmert, eines zu schießen. Das Hauptaugenmerk war darauf gerichtet, zu null zu spielen. Diese Mentalität müssen wir in Deutschland durchbrechen. Es kommt nicht darauf an, immer die Besitzstände zu wahren und einen Riegel vor sie zu legen, sondern wir brauchen ein Stück Aufbruchstimmung, damit man auch bereit ist, komplizierte Wege zu gehen, um ein oder zwei Tore zu schießen. Das fehlt uns gegenwärtig!

(Beifall)

Wir müssen also die Mentalität der Besitzstandswahrung durchbrechen. In unserer jetzigen Situation sind wirklich alle gefordert, einen Beitrag zum Aufbruch zu leisten. Ich räume ein, das ist vor allem dem Durchschnittsverdiener, der sich anstrengt und etwas leistet, oft schwer zu vermitteln, denn dessen Spielräume sind ja schon jetzt relativ gering. Trotzdem sage ich: „Alle sind gefordert.“ Aber wir müssen uns bei den Reformen auch genau überlegen, wem wir was zumuten können.

Unser Land braucht heute Reformen; sonst geht es uns morgen schlechter. Letztendlich sitzen wir alle in einem Boot. Unser Boot Deutschland ist leckgeschlagen. Da heißt es für jeden: nicht lange klagen, sondern gemeinsam anpacken, um das Boot wieder flott zu machen. Das muss verantwortungsvolle Politik heute erklären, gerade denen, die nur wenig finanziellen Spielraum haben und trotzdem ihren Beitrag leisten müssen.

Ich bleibe dabei: Nur mit einer großen Gemeinschaftsanstrengung kommt Deutschland wieder in die Offensive. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist, wie ich glaube, schwierig, das umzusetzen. Diejenigen, die politische Verantwortung unmittelbar in der Regierung haben, spüren das in ihrem Bereich natürlich. Aber ich denke, dass unser Volk, unsere Bevölkerung intuitiv spürt, dass es einer gemeinsamen Anstrengung bedarf. Sonst hätten heute – wenn ich diese Anklänge einmal nehmen darf – solche Filme wie „Das Wunder von Bern“ nicht solchen Erfolg. Vor zehn Jahren hätte dieses „Wunder von Bern“ wahrscheinlich nur wenige hinter dem Ofen hervorgehockt. Heute ist es einer der erfolgreichsten Filme überhaupt, weil die Menschen im Prinzip gerne sehen, wie man sich durch Anstrengung nach oben arbeiten kann.

(Beifall)

Die Leute wollen Gemeinschaftsgefühl, und deswegen hat heute auch „Das Wunder von Lengede“ Konjunktur. Das gesellschaftliche Spiegelbild zeigt, dass die Menschen auf Gemeinschaftsanstrengungen ansprechbar sind. Wir müssen es nur tun und dürfen uns nicht von Verbänden und sonstigen Interessengruppen sofort daran hindern lassen. Wir müssen diese Auseinandersetzung suchen und sie bestehen!

(Beifall)

Schönreden hilft in dieser Situation nicht weiter. Wie war es denn in den letzten Jahren? Schröder & Co. haben – man muss es so hart sagen – die Lage zurechtgebogen und zurechtgelogen. Sie haben sie sich so zurechtgelogen, dass sich die Balken biegen. Ich erinnere nur an den Lügenausschuss, der das meines Erachtens bewiesen hat. Schröder verabreicht heute noch Beruhigungspillen für das Volk. In Bochum tönte er auf dem SPD-Parteitag: Wir sind eine reiche Gesellschaft. – Das sind wir leider in dem Maße nicht mehr, wie wir es in den 70- oder 80er- oder 90er-Jahren einmal waren. Wir dürfen mit solchen Worten nicht spielen, weil man damit bei unserer Bevölkerung, bei unseren Menschen einen völlig falschen Eindruck hervorruft.

Von welchem Reichtum redet der eigentlich? Reich an Arbeitslosen, reich an Schulden, reich an Pleiten! Das einzig Verlässliche an dieser Regierung ist das Chaos:

(Beifall)

Haushaltschaos, Rentenchaos, Mautchaos, Dosenpfandchaos. Meine Damen und Herren, es sind nicht nur die Inhalte, sondern es ist auch handwerklich derartig schlecht, dass die Mitgliedstaaten der

Europäischen Union sich über uns lustig machen. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass Österreich, Spanien und sogar Griechenland uns Angebote machen, wie wir die Maut einführen, und fragen, ob wir es nicht mehr könnten. Meine Damen und Herren, die Griechen – bei aller Wertschätzung der Leistungsfähigkeit dieses kleinen Volkes, aber das ist die Situation, in der wir uns heute befinden.

(Beifall)

Natürlich bleibt es dabei, und das ist ja auch der lange Weg, auf den sich auch die CDU mit ihrer Positionierung gestern und heute begeben hat: Das beste Konjunkturprogramm für Deutschland ist die Ablösung der Regierung Schröder. Sie hat kein Vertrauen mehr, und ohne Vertrauen kannst du in der Politik nichts bewegen.

(Beifall)

Wie soll denn jemand unser Land aus der Krise herausführen, der sich die Realitäten so schönredet, wie es der Bundeskanzler tut? Schönreden führt zur Lethargie. Mit der „ruhigen Hand“ hat Schröder seine Reformunwilligkeit kaschiert. Die Folge: ein Jahr Stillstand, ein Jahr weiterer Abstieg. Schönreden führt zu halbherzigen Entscheidungen. Die schmalbrüstige Agenda 2010 ist nur das halbe Rezept für die halbe Wahrheit. Das alles reicht hinten und vorne nicht aus. Wir werden natürlich versuchen, das im Vermittlungsausschuss entscheidend anzureichern.

Schönreden führt auch zu falschen Entscheidungen. Immer mehr neue Schulden sind der falsche Weg. Die Finanzpolitik von Rot-Grün ist ein einziges Desaster. Rot-Grün ist Europameister im Schuldenmachen. Wir wollen sicher in Portugal Europameister im Fußball werden, auch wenn die Aussichten nicht besonders glänzend sind, aber wir wollen auf keinen Fall Europameister im Schuldenmachen sein. Jeden Tag muss der Bund über 100 Millionen Euro nur für Zinsen zahlen. Das ist sozusagen das Bezahlen der Vergangenheit, und so geht es nicht mehr weiter. Schuldenmachen ist unmoralisch gegenüber der nachfolgenden Generation.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, eines erstaunt mich, aber vielleicht ist es wiederum gar nicht so erstaunlich: Es gibt da einige, die früher die Nachhaltigkeit der Politik und das „sustainable development“ wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben, die gesagt haben: Wir müssen die Umwelt für die nächste Generation schonen, wir haben kein Recht darauf, die Umwelt zu belasten. Sie haben das für sich allein als Monopol angesehen und haben es, wie gesagt, wie eine moralische Monstranz vor sich hergetragen.

Die Grünen – auch das darf man nie vergessen – stimmen doch allem zu. Die Schuldenmacherei ist ein Verstoß gegen die Nachhaltigkeit. Das ist für die nächste Generation genauso eine Verschmutzung und in gleicher Weise abzulehnen wie Umweltverschmutzung.

(Lebhafter Beifall)

Es muss in unsere Köpfe hinein – dies macht im Übrigen unsere Schwierigkeit aus -: Wer Schulden macht, versündigt sich genauso an den Lebenschancen unserer Kinder und Enkel wie derjenige, der die Umwelt schädigt. Es ist leider so: Ihre privaten Schulden drücken Sie. Wenn Sie jeden Monat 2 000 oder 3 000 Euro mehr ausgeben, als Sie einnehmen, werden Sie irgendwann einmal ein Problem bekommen, ein Problem in der Familie, ein Problem bei Ihren Freunden, ein Problem bei Ihrer Bank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schulden der öffentlichen Hand sind jahrzehntelang eigentlich nur als eine statistische Größe angesehen worden. Man hat über eine Pro-Kopf-Verschuldung von X und eine Pro-Kopf-Verschuldung von Y gelesen. Das hat die Menschen aber nicht besonders berührt. In der Zwischenzeit merken wir aber natürlich, dass Schuldenmachen die Lebenschancen und unsere Politik einschränkt. Schulden von gestern müssen wir mit Zinsen von heute bezahlen. Diese Mittel fehlen uns für die Investitionen von morgen. Je mehr Zinsen wir bezahlen müssen, je mehr Schulden wir haben, desto mehr engen wir unsere Handlungsspielräume ein, desto weniger können wir Reformen angehen. Das darf man nicht vergessen. Deswegen muss das auch weiterhin in den Mittelpunkt unserer Diskussionen gestellt werden. Wir dürfen nicht noch mehr auf Kosten der Generation von morgen leben.

Das gilt erst recht angesichts unserer demographischen Probleme. Die Jungen, die die Schulden von heute einmal abzahlen müssen, werden in Deutschland immer weniger. Deswegen sage ich: Schluss mit der Schuldenmacherei! Nur so schaffen wir neue Perspektiven für die Zukunft. Meine Damen, meine Herren, angesichts der Schuldsituation und all dessen, was in den letzten Wochen passiert ist, haben die Menschen auch kein besonderes Vertrauen mehr. Sie konsumieren und investieren nicht mehr. Sie warten ab und halten das Geld zusammen. Das verhindert Wachstum. Wir müssen den Marsch immer weiter hinein in den Schuldenstaat stoppen. Wir müssen heraus aus diesem Schuldenstaat.

Was macht Eichel? Er stellt einen neuen Schuldenrekord auf: Über 43 Milliarden Euro neue Schulden in diesem Jahr. Jetzt will Eichel auch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform fast ausschließlich auf Pump finanzieren. Hören Sie sich einmal folgendes Zitat an:

„Steuersenkungen auf Pump darf es und wird es nicht geben. Sie sind ein Betrug an den Steuerzahlern.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wer das gesagt hat? Das war Hans Eichel im Jahre 1999. Damals vor vier Jahren war er noch der so genannte „eiserne Hans“. Wer diesen Glaubenssatz mit der heutigen Finanzpolitik noch unter einen Hut bringen will, muss sich einer Gehirnwäsche unterzogen haben.

(Beifall)

Genau das ist der Punkt: Was soll man denn als Bürger glauben? Die Leute haben doch noch im Ohr, dass der Regierung Kohl im Prinzip Schuldenmacherei vorgeworfen worden ist und dass man

sich selbst an die Spitze der Sparer gestellt und gesagt hat: Wir wollen sparen. Sparen ist das Maß aller Dinge. – Heute, vier Jahre später, wird das, was vor drei Jahren richtig war, als falsch deklariert. Wer glaubt, damit könne man das Vertrauen der Menschen in die Stabilität der Politik gewinnen, täuscht sich. Deswegen sind Rot und Grün auch im Ansehen so abgesackt. Sie sind richtigerweise abgesackt. Sie müssen abgelöst werden, denn sie führen uns immer mehr in eine schwierige Situation hinein. Je länger sie regieren, desto schwerer haben wir es, die Fehler zu kompensieren. Wir müssen bei vernünftigen Reformen zwar mitmachen, zugleich aber die Auseinandersetzung mit ihnen so führen, dass den Menschen klar wird: Mit denen ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen.

(Beifall)

Ich gehe noch weiter: Diese Bundesregierung betrügt auch die Menschen in Europa mit dem skrupellosen Bruch des Stabilitätspaktes. Damit setzt ausgerechnet eine deutsche Regierung Europa auf das Gleis einer möglichen morgigen Inflation. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist fatal. Ich will noch einmal Folgendes ins Gedächtnis rufen. Warum haben denn Helmut Kohl und Theo Waigel den Stabilitätspakt durchgesetzt? Der Stabilitätspakt war die Grundvoraussetzung dafür, dass wir bei den Menschen überhaupt ein Mindestmaß an Zustimmung dazu bekommen haben, dass die starke D-Mark in den Euro umgewechselt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie erinnern sich: Wir haben gesagt, es sei natürlich ein riskantes Unternehmen, wenn man zehn Volkswirtschaften unter das Dach einer Währung bringt, ohne dass es im Prinzip eine einheitliche Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik gibt. Es gibt nirgendwo in der Welt eine unterschiedliche Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik unter dem Dach einer einheitlichen Währung. Man braucht im Grunde genommen am Ende dann ein Raster, womit man die Ergebnisse der Politik vergleichen kann. Deswegen gibt es die Maastricht-Kriterien. Man mag über sie sagen, sie seien dumm, weniger dumm oder intelligent, aber sie sind notwendig. Man könnte auch daran denken, die Finanz- und die Wirtschaftspolitik auf europäischem Feld zu zentralisieren. Das will niemand; ich will es jedenfalls nicht und Sie wahrscheinlich auch nicht. Wenn Sie bei einer einheitlichen Währung die Souveränität der Nationalstaaten in Bezug auf Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik im Prinzip aber belassen wollen, brauchen Sie feste Regelungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann dann nicht sein, dass die Großen sich von den Regeln, die sie selber durchgedrückt haben, absentieren und die Kleinen, die sich daran halten, glauben sollen, dass es in Europa gerecht zugeht. Hier ist mehr Schaden für Europa entstanden, als man sich heute vorstellen kann.

(Beifall)

Meine Damen und meine Herren, ich unterstütze voll und ganz – Sie tun es ja auch; wenn ich mir die Umfragen anschau, stelle ich fest, dass es auch zwei Drittel der Bürger tun -, was die Europäische Kommission uns Deutschen ins Stammbuch geschrieben hat. Solbes hat Schröder ins

Stammbuch geschrieben: Ohne solide Staatsfinanzen gibt es kein dauerhaftes Wachstum. – Fakt ist: Die EU-Länder mit der höchsten Verschuldung haben das geringste Wachstum – schauen Sie sich Frankreich und Deutschland an – und diejenigen, die ihre Haushalte in Ordnung gebracht haben, haben ein höheres Wachstum, wie ein Blick auf Finnland, die Niederlande oder auch Österreich zeigt. Schröder schert sich um diese Dinge nicht. Er fordert noch mehr Schulden mit der abenteuerlichen Begründung, der Aufschwung dürfe nicht gefährdet werden. Das muss man sich einmal vor Augen führen! Was wir gegenwärtig in Deutschland tun, ist sozusagen Keynes hoch drei: deficit spending. Bund, Länder und Kommunen machen in diesem Jahr über 93 Milliarden Euro Schulden. Es sind genau 93,4 Milliarden Euro. Das tun wir nur, um sozusagen unseren laufenden Betrieb zu finanzieren. Damit sind keinerlei größere Aktionen verbunden.

Schröder und andere plädieren nun dafür, die Steuerreform auf der Basis der Vorlage, wie sie uns die Bundesregierung unterbreitet hat, vorzuziehen und dafür weitere Schulden in Kauf zu nehmen. Man glaubt also, mit mehr Schulden ein höheres Wachstum zu erzielen. Mit dieser Politik haben wir bittere Erfahrungen in den 70er- und 80er-Jahren gemacht. Wer heute noch aus kurzfristigen Erwägungen heraus glaubt, man könne Wachstum durch mehr Schulden generieren, macht einen entscheidenden Fehler. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist mit uns nicht zu machen und darf mit uns nicht zu machen sein – bei aller Wertschätzung von Persönlichkeiten, die glauben, das Vorziehen der Steuerreform sei das Maß aller Dinge. Es bringt nur dann etwas, wenn es durch Einsparungen kompensiert wird. Schulden sind der falsche Weg. Wir ruinieren auch weiterhin unsere Haushalte, wenn wir einfach so weitermachen, wie es uns die Regierung vorschreibt.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich bin der festen Überzeugung, die Reformfähigkeit Deutschlands entscheidet sich an unserer Fähigkeit, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen.

Schuldenabbau und Rückkehr zu soliden Finanzen – das ist für mich die Mutter aller Reformen in Deutschland. Ohne diese Reformen werden wir uns schwer tun, die anderen Reformen vernünftig durchzubekommen. Jeder Bürger weiß: Niemand kann auf Dauer mehr ausgeben, als er einnimmt. Auch der Staat muss lernen, mit dem auszukommen, was er einnimmt. Die richtige Konsequenz heißt: Sparen statt neuer Schulden! Alles muss auf den Prüfstand, ohne Tabus. Bei allen Maßnahmen und Reformvorschlägen müssen wir die Finanzierung immer im Blick haben.

Wo wir, CDU und CSU, Verantwortung tragen, handeln wir auch entsprechend. Wir machen glaubwürdige und konsequente Reformen. In Hessen und in Niedersachsen räumen Roland Koch und Christian Wulff mit einer konsequenten Sparpolitik die rot-grünen Hinterlassenschaften beiseite.

(Beifall)

Sie gehen einen ebenso schweren Weg wie ich. Bei einem Haushalt von 33,5 Milliarden Euro in einem Jahr 2,5 Milliarden Euro einzusparen, um im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vor-

legen zu können, heißt, den demonstrationsreichen Weg zu gehen. Studenten, Bauern, Polizisten stehen in Wiesbaden und Hannover ebenso vor der Staatskanzlei wie in all den anderen Ländern, in denen jetzt eingespart werden muss.

Bequemer ist es, nicht zu sparen. Das ist das eigentliche Schizophrene: Wenn man nicht sparen, sondern sich das Geld bei der Bank holen würde, um all die Wünsche zu erfüllen, würde niemand auf die Straße gehen. Ich habe in Deutschland noch nicht eine Demonstration gegen die Schuldenpolitik einer Regierung erlebt. Letztendlich ist es also bequemer, in Schulden auszuweichen. Aber damit verbauen wir unsere Zukunft. Mit hoher Schuldenlast und immer höheren Zinslasten bezahlen wir die Vergangenheit, statt in die Zukunft – in Forschung, in Bildung – zu investieren. Deswegen lege ich so großen Wert darauf, dass wir in dieser Sache so dicht beieinander bleiben.

(Beifall)

Überall dort, wo wir regieren, wird gespart und angepackt. Ich nenne nur wenige Beispiele:

Erwin Teufel macht in Baden-Württemberg eine umfassende Verwaltungsreform.

Peter Müller – dort wirkt offenbar die Reformbereitschaft des Nachbarlandes – verabschiedet sich von den Erhaltungssubventionen für Kohle und Stahl, bricht in die Zukunft auf. Er geht keinen leichten Weg, schließlich muss auch er sich mit Interessengruppen auseinander setzen, zumal die SPD – zuletzt der Kanzler vor 14 Tagen – den Leuten alle möglichen weiteren Subventionen verspricht.

Hamburg bekommt Spitzennoten, trotz mancher Schwierigkeiten. Gratuliere, Ole von Beust!

Der Industriestandort Mitteldeutschland wird trotz aller Schwierigkeiten konsequent aufgebaut. Dieter Althaus, Wolfgang Böhmer und Georg Milbradt strengen sich an, um die Industriestandorte Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen weiter voranzubringen.

(Beifall)

Man nimmt Schwierigkeiten in Kauf, aber geht die Reformen trotzdem mutig an. Das wird sich auszahlen, auch bei den Wahlen im nächsten Jahr.

Mit diesem klaren Spar- und Reformkurs gehen CDU und CSU einen schweren und einen steinigen Weg. Es hagelt reihenweise Beschwerdebriefe, öffentliche Aufschreie und Protestdemonstrationen. Zu viele sehen halt nur ihre eigenen Interessen, vor allem die Verbände. Aber es geht um das Ganze, es geht um unser Land, nicht um Einzelinteressen. Sparen ist doch kein Selbstzweck, auch wenn jetzt manch bittere Medizin notwendig ist. Warum nehmen wir diese Einschnitte denn vor? – Damit das Land wieder Perspektiven hat. Warum ringen wir so intensiv um Reformkonzepte? – Damit die Menschen in unserem Land wieder eine Zukunft haben.

Wir wollen mit den großen und mutigen Reformen, die CDU und die CSU in den nächsten Monaten gemeinsam auf den Weg bringen, den Menschen eine positive Lebensperspektive bieten und sie dafür gewinnen, diesen schwierigen Weg mitzugehen. Das ist unsere Hauptaufgabe: Die Politik hat die Bringschuld, den Menschen klar zu machen, dass es einer gewaltigen gemeinsamen Anstrengung bedarf, um aus dieser Situation wieder herauszukommen. Wenn dieses Gefühl bei den Menschen nicht entsteht, werden wir mit separaten Interessen immer wieder Probleme haben und das große Ziel nicht erreichen. Ich bin der festen Überzeugung, dass von Leipzig ein Signal in die richtige Richtung ausgeht; wir müssen es nur weiter verstärken.

Nur wer tragfähige Konzepte hat, kann die Grundlagen für den Aufbruch in Deutschland legen. Das Deutschland unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard – auch unter Franz Josef Strauß – hat die soziale Marktwirtschaft stark gemacht. Leistung, Markt und Wettbewerb haben zu Wachstum und Innovationen geführt und dafür gesorgt, dass neue Arbeitsplätze und damit eine tragfähige soziale Sicherheit entstehen. Markt und Wettbewerb brauchen aber soziale Leitplanken. Sie geben dem sprichwörtlichen kleinen Mann Schutz und existenzielle Verlässlichkeit. Die Sorge um diesen Schutz und um diese existenzielle Verlässlichkeit sind in Kontinentaleuropa, gerade in Deutschland, natürlich weiter verbreitet als in den angelsächsischen Ländern. Diese Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft haben uns Deutschen nach dem Krieg Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegeben; sie haben ungeahnte Leistungskräfte freigesetzt.

Natürlich stiften – ich glaube, Angela Merkel ist gestern auf diesen Punkt auch eingegangen – gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur und Geschichte deutsche Identität. Aber das gilt bei uns angesichts unserer Vergangenheit weit weniger als bei anderen Nationen. Wir haben leider nicht dieses einigende Band, das andere Länder haben und das die anderen damit auch zu größeren Gemeinschaftsleistungen fähig macht. Ein wesentlicher Teil des einigenden Bandes der Deutschen nach 1945 war und ist der Stolz auf Leistung, auf Wachstum, auf Wohlstand und soziale Sicherheit. Nach der sanften Revolution 1989 war dieses Band deshalb so stark, weil es die Menschen geschafft hatten, die Diktatur in Mitteldeutschland abzuschütteln.

Aber dieses einigende Band wird natürlich umso brüchiger, je stärker Wirtschaft, soziale Leistungen und Innovationen der Forschung absacken. Wir merken, dass andere Länder uns überholen. Man muss sich das immer wieder vor Augen halten: Vor 30 Jahren lag das Bruttosozialprodukt pro Kopf, das ein Deutscher erwirtschaftet hat, doppelt so hoch wie das der Briten und immerhin noch ein Drittel höher als das der Franzosen oder Italiener. Das ist leider Vergangenheit. Die Franzosen und vor allem die Engländer haben uns nicht nur eingeholt, sie haben uns in der Zwischenzeit in der wirtschaftlichen Produktivität überholt. Ein Land, das so stolz auf seine Wirtschaftskraft – immerhin sind wir die fünftgrößte Volkswirtschaft – und auf seine soziale Ausstattung ist, wird unruhig, wenn dieses einigende Band der wirtschaftlichen

Leistungskraft und der sozialen Symmetrie brüchiger wird. Das bereitet uns Schwierigkeiten. Deshalb müssen wir dieses Band gemeinsam erneuern. Nur dann wird es in Zukunft Alt und Jung, Arbeitnehmer und Unternehmer, Starke und Schwache zusammenhalten.

Die Union hat in der Vergangenheit stets Wirtschafts- und Sozialkompetenz bewiesen. Wir werden dies auch in einem veränderten Umfeld beweisen. In der Sozialpolitik geht es heute nicht mehr allein um den Konflikt zwischen Arm und Reich:

Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts betrifft Millionen von Arbeitslosen. Ein einmal gut gemeinsames Arbeits- und Tarifrecht versperrt den Menschen heute den Weg zurück in den Arbeitsmarkt. Wenn man also davon ausgeht, dass sozial ist, was Arbeit schafft, dann müssen wir am Tarifrecht, auch beim Betriebsverfassungsgesetz, etwas ändern.

Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts betrifft Millionen von jungen Menschen.

Explodierende Schulden bedeuten für sie unerträgliche Lasten für ihre Zukunft. Sozial ist, was geordnete Staatsfinanzen schafft. Machen wir uns nichts vor, meine sehr verehrten Damen und Herren: Diejenigen, die Mitte der 60er-Jahre in das Arbeitsleben eingetreten sind, die also damals um die 25 Jahre alt waren – das waren die Jahre 1965, 1966, 1967 –, hatten keine ökonomischen Sorgen. Sie fanden ihren Platz in der Wirtschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Diejenigen, die in den 60er-Jahren geboren worden sind und Mitte der 80er-Jahre in das Arbeitsleben eingetreten sind, hatten keine existenziellen Ängste und Sorgen. Wer eine gute Ausbildung hatte, der hat auch einen Arbeitsplatz gefunden. Wir müssen aber auch klar sehen: Diejenigen, die heute 23 oder 24 Jahre alt sind, die in den 80er-Jahren, in den goldenen 80er-Jahren, geboren worden sind, haben heute, auch bei bester Ausbildung, oft Schwierigkeiten, einen adäquaten Arbeitsplatz auf Dauer oder auch nur für längere Zeit zu finden. Diese jungen Menschen haben eine viel größere Herausforderung, in diesem Punkt jedenfalls, zu bewältigen, als sie wir oder ich in meiner Generation oder die heute 40-jährigen damals bewältigen mussten.

(Beifall)

Darauf müssen wir achten: Wenn wir heute den jungen Menschen mit Schulden das Leben zupflastern, dann versündigen wir uns an deren Lebenschancen und erhöhen die Schwierigkeiten, die sie haben, um ein Vielfaches.

(Vereinzelt Beifall)

Die soziale Frage betrifft drittens Millionen von Familien. Sie fühlen sich mit den Lasten der Kindererziehung vielfach allein gelassen, obwohl sie mit ihrer Leistung den Fortbestand der gesamten Gesellschaft sichern. Wir müssen uns darüber im Klaren sein – das hat ja auch Professor

Herzog gestern eindringlich dargestellt –: Das demographische Problem ist die größte Herausforderung für unser Volk im 21. Jahrhundert. Nur mit mehr Kindern gibt es eine gute Zukunft für unser Land. Sozial bedeutet auch absolute Priorität für Familien mit Kindern. In den Grundsatzzprogrammen von CDU und CSU heißt es übereinstimmend: „Familien sind das Fundament der Gesellschaft.“ Die wirkliche Dimension dieser Aussage wird jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, deutlich, wo uns dieses Fundament mehr und mehr wegbricht, wo wir uns um unseren Nachwuchs und damit auch um den Erhalt unserer Sozialsysteme Sorgen machen.

Die Solidarität zwischen Jung und Alt kommt am stärksten in der Rentenversicherung zum Ausdruck. In vielen Diskussion zur Rentenreform wird eines gern übersehen: Unser Rentensystem beruht auf einem Umlageverfahren. Die Beiträge, die die Arbeitnehmer heute einzahlen, werden nicht für später angespart, sondern jetzt und sofort an die ältere Generation als Rente ausbezahlt. Hier in diesem Saal weiß das jeder. Aber viele Menschen haben natürlich das Gefühl, dass sie mit ihrem Rentenversicherungsbeitrag praktisch einen Anspruch gegen einen Kapitalfonds oder irgendjemanden erwerben, weil sie etwas eingezahlt haben. Aber wir müssen uns im Klaren sein: Das, was heute die aktive Generation in die Rentenversicherung einbezahlt, ist sofort weg; es sind die Renten der Rentnerinnen und Rentner heute. Das ist der Kern unseres Zwei-Generationen-Vertrages: Die aktive Generation bezahlt mit ihren Beiträgen die Rente der Älteren und die aktive Generation verlässt sich darauf, dass sie ihrerseits einmal später von den Jungen finanziert wird. Dieser Vertrag funktioniert aber nur, wenn die aktive Generation zwei Leistungen erbringt: Sie muss Beiträge zahlen und sie muss – das ist elementar – auch für Nachwuchs sorgen.

Konrad Adenauer hat bei der großen Rentenreform 1957, als die Debatte, die ja tagelang dauerte, auf dem Höhepunkt war, gegenüber Professor Schreiber, der das Konzept damals entwickelt hatte und der auch noch eine Kinderkasse einführen wollte, argumentiert: Was wollen Sie denn überhaupt? Kinder kriegen die Leute von selbst. – Gemessen an seinem Erfahrungswert stimmte das ja auch. Er hat Beispiele herangezogen; er sagte: Wenn die Menschen 1917 und 1918, in der größten Not des Ersten Weltkriegs, genauso viele Kinder bekommen haben wie vor dem Ersten Weltkrieg, wenn die Geburtenjahrgänge 1943, 1944, 1945, 1946 keinen eklatanten Einbruch aufgewiesen haben, dann ist doch klar, dass die Menschen Kinder immer bekommen. Sie brauchen sich darum keine Sorgen zu machen. – Unter Zugrundelegung der damaligen Erfahrung war das sicherlich auch richtig. Nur, die Rechnung geht heute nicht mehr auf, weil wir zu wenige Kinder haben.

Deshalb müssen wir den Zwei-Generationen-Vertrag zwischen Arbeitnehmern und Rentnern zu einem Drei-Generationen-Vertrag erweitern. Das bedeutet, auch die Kinder und die Erziehungsleistung der Eltern müssen unseres Erachtens in das System der sozialen Sicherung einbezogen werden. Das ist auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Machen wir doch einmal eine ehrliche Rechnung auf! Familien sind in Deutschland leider massiv finanziell benachteiligt. Leider sind

heute Kinder – Sie wissen das genauso gut wie ich – in vielen Fällen ein Armutsrisiko. Wer Kinder hat, trägt mehr finanzielle Lasten; wer Kinder hat, kann weniger sparen, zum Beispiel für den Aufbau seiner Altersvorsorge. Vergessen wir auch nicht: Grob geschätzt trägt jedes Kind als späterer Beitragszahler rund 100 000 Euro zur Rentenversicherung bei, die Eltern bekommen aber gegenwärtig als Ausgleich für ihre Erziehungsleistung nur 4 000 bis 10 000 Euro zurück, so hat das Ifo-Institut das einmal berechnet. Ich will jetzt die Zahlen nicht als Absolutum nehmen. Es ist eine Vergleichszahl, an der man sich orientieren kann.

Das ist für mich sozial ungerecht gegenüber unseren Familien mit Kindern. Deshalb haben wir ja – Sie haben das gestern anders entschieden – in unserem gemeinsamen Wahlprogramm und in unserem gemeinsamen Regierungsprogramm als Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pflegeversicherung festgelegt, dass im Rentenrecht ein Kinderbonus und eine verstärkte Anrechnung der Kindererziehungszeiten bei der Rente notwendig sind. Das war unser gemeinsamer familienpolitischer Ansatz im Bundestagswahlprogramm und im Regierungsprogramm. Das Konzept der CSU sieht eine Finanzierung im System vor.

Unser großes gemeinsames Ziel ist doch, mit einer wirklich grundlegenden Steuerreform zu drastisch niedrigeren Steuersätzen zu kommen. Das ist der Reformschlüssel schlechthin für einen Aufschwung und eine bessere Perspektive. Das hat vor mir Friedrich Merz ja in seiner Rede hier eindrucksvoll dargelegt. Wir wollen eine Steuerreform mit einer echten Entlastung für alle, wie sie Friedrich Merz vorgeschlagen hat. Wir sollten gemeinsam darauf achten, dass unsere Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen und in der Steuerpolitik miteinander zu vereinbaren sind. Am Ende müssen Sozialreformen und Steuerreform gut zusammenpassen. Wenn das nicht der Fall wäre, dann hätten wir unser wirkliches Ziel nicht erreicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich gehe davon aus, meine Damen und Herren: Das wird noch sehr schwierig werden. Aber wir werden auch hier eine gemeinsame Lösung finden. Ich möchte zu dem zurückkommen, was ich anfangs gesagt habe: Selbstverständlich entwickeln wir Positionen zu den großen Fragen. Wir müssen aber am Ende diese Positionen zu einer gemeinsamen Linie zusammenführen, weil sonst die Union ihrem Auftrag nicht gerecht werden würde, für Deutschland die starke Kraft zu sein.

(Beifall)

Wenn wir der Familie absolute Priorität einräumen, dann geht es dabei natürlich nicht nur um ökonomische oder rentenrechtliche Fragen. Ich will das auch vom Ökonomischen einmal abtrennen. Es geht auch darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent weiter zu verbessern, vor allem natürlich durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und den entsprechenden Sozialeinrichtungen. Aber ich will ebenfalls deutlich sagen: Finanzieren müssen das in erster Linie die Kommunen; finanzieren müssen das in erster Linie die Länder. Jetzt schauen Sie

sich doch einmal die finanzielle Situation der Kommunen an! Zwei Drittel der Kommunen in Deutschland sind nicht mehr in der Lage, gegenwärtig einen ordnungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Eine Reihe unserer Länder machen mehr Schulden, als sie für Investitionen ausgeben, und haben damit eigentlich keinen verfassungsgemäßen Haushalt. Wir diskutieren über das Vorziehen der Steuerreform auf Pump, aber gleichzeitig wollen wir im Familienbereich mehr Betreuungseinrichtungen und mehr Entlastungen für die Familien. Aber das geht nicht zusammen. Denn diejenigen, die das bezahlen müssen, die Kommunen und die Länder, sind gegenwärtig dazu nicht in ausreichendem Maße in der Lage.

Im Grunde genommen ist es unsere Aufgabe, denen, die von einem Vorziehen der Steuerreform, womöglich auf Pump finanziert, träumen, klar zu machen, dass das die Kommunen und die Länder natürlich noch mehr in die Misere treibt und ihnen wichtige Aufgaben in der Bildungspolitik, in der Förderpolitik und in der Forschungspolitik völlig unmöglich macht. Diejenigen, die immer vom Vorziehen der Steuerreform träumen, stellen diesen Zusammenhang leider nie so richtig her.

(Beifall)

Wir alle müssen uns wieder mehr vor Augen führen – ich kann nur unterstreichen, was Professor Herzog gestern gesagt hat -, was uns Familien und Kinder alles geben. Leider wird die Anzahl der Haushalte, in denen Kinder leben, immer geringer. Trotzdem sind Familien mit Kindern von überragender gesellschaftlicher Bedeutung. Familienpolitik steht trotz ihrer Bedeutung in den „Charts“ relativ weit unten. Wenn man die Menschen fragt, was sie für besonders wichtig halten und welche Probleme die Politik lösen muss, dann kommt die Antwort „Familie“ sehr oft erst an siebter, achter, neunter oder zehnter Stelle. Das hängt natürlich damit zusammen, dass wir im Grunde genommen eine „kindergleichgültige“ Gesellschaft geworden sind. Man hat nämlich immer weniger Kinder. In elf Prozent der Haushalte der Hauptstadt meines Landes Bayern – es handelt sich um eine Millionenstadt – gibt es noch Kinder bis 18 Jahre. Das heißt: Numerisch gesehen werden Kinder ein immer geringerer Faktor. Deswegen ist es politisch außerordentlich mutig, sich zu diesem Punkt zu bekennen; denn dafür kann man aus emotionalen Gründen zunächst einmal nicht alle Mehrheiten hinter sich sammeln. Dieses Thema interessiert viele nicht in dem Maße, wie es sie interessieren sollte.

(Beifall)

Die Union muss diejenige politische Kraft sein, die für die Familien massiv Partei ergreift. Keine anderen Parteien in Deutschland bekennen sich so zur Familie und zeigen ein so klares familienpolitisches Profil wie CDU und CSU. Das müssen wir ausbauen und da müssen wir Schwerpunkte setzen.

Glaubwürdige Konzepte, glaubwürdige Rezepte für Deutschland, Gemeinsamkeit und Geschlossenheit sind der Schlüssel zu unserem Erfolg. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen

in der CDU, die zum Wahlsieg der CSU in Bayern beigetragen haben. Ganz besonders bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Merkel, und bei meinen Kollegen aus den Ländern. Noch einmal: Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir stehen nächstes Jahr vor einer großen gemeinsamen Herausforderung. Am 13. Juni 2004 geht es bei den Europawahlen für CDU und CSU darum, ein gutes Ergebnis zu erzielen, damit es zu einer starken Interessenvertretung Deutschlands in Europa kommt. Letztendlich geht es auch um eine starke EVP-Fraktion in Straßburg und in Brüssel. Am 13. Juni geht es allerdings auch um ein Signal an Berlin.

Aber auch in dieser Hinsicht müssen wir uns darüber klar werden, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben; denn das Interesse der Menschen in Deutschland an den großen Fragen der europäischen Integration ist – wie in allen anderen Ländern Europas – leider viel zu gering. Wir müssen alles tun, um den Menschen die Sorgen und die Ängste, die durch die Erweiterung der Europäischen Union zweifelsohne bestehen, zu nehmen. Wir müssen ihre Schwierigkeiten ansprechen und Lösungen für ihre Probleme anbieten.

Außerdem finden im nächsten Jahr viele Landtags- und Kommunalwahlen statt, die wir bestehen müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie sie bestehen werden. Diese Wahlen sind nicht nur von entscheidender Bedeutung für das Saarland, für Thüringen oder für Sachsen – um nur drei Länder zu nennen –; diese Wahlen sind vielmehr auch für Deutschland bedeutsam, weil sie weitere Schritte auf dem Weg zur Ablösung der Regierung Schröder in Berlin sind. Diese Ablösung wird spätestens 2006 stattfinden.

(Beifall)

Man muss immer die Doppelgleisigkeit dieser Wahlen sehen.

Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute. Wir haben das gemeinsame Interesse, dass diese Wahlen optimal gestaltet werden. Wir müssen diese Wahlen gewinnen. Wir wollen in Deutschland wieder regieren; denn wir haben eine Vision für dieses Land. Wir wollen ein Land, in dem wieder mehr Menschen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze finden. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen neues Vertrauen in die soziale Sicherheit gewinnen. Wir wollen ein Land, das seine Bürger von Bürokratie und Ausgaben entlastet und so zu mehr Leistung, Anstrengung und Kreativität motiviert. Wir wollen ein Land, in dem keine neuen Schulden gemacht werden. Wir wollen vor allen Dingen ein Land, in dem Kinder als etwas Wertvolles angesehen werden und in dem Eltern für ihre besonderen Leistungen angemessen gewürdigt werden. Wir wollen letztendlich ein Land, in dem Menschen wohnen, die mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft blicken. Wir wollen ein Land, auf das wir stolz sein können. Dafür arbeiten wir hart und mit ganzem Herzen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall – Zahlreiche Delegierte erheben sich)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Lieber Edmund Stoiber, im Namen des Parteitages danke ich Ihnen für Ihr Grußwort. Sie haben die Schwierigkeiten beschrieben, vor deren Bewältigung Deutschland steht. In den nächsten drei Wochen bis Weihnachten wird sich erweisen – das wird auch für uns nicht ganz einfach sein –, wie wichtig es ist, dass wir vor allen Dingen gegenüber Rot-Grün einig sind. Im Bundesrat steht jetzt nämlich eine ganze Reihe von Entscheidungen über Gesetzentwürfe an. Lieber Edmund Stoiber, ich glaube, wir beide sind uns einig, dass CDU und CSU der Bundesregierung nur das zugestehen werden, was für unser Land wirklich gut ist, und nicht das, was sich Rot-Grün erwünscht. Das ist unsere gemeinsame Maxime.

(Beifall)

In diesem Sinne will ich einfach nur sagen: Selbst wenn wir in einigen Fragen unterschiedliche Positionen haben, so kann ich mit Blick auf die Geschichte von CDU und CSU aus meiner Erfahrung sagen: Die Zusammenarbeit mit Edmund Stoiber ist besser, verlässlicher und vertrauensvoller als manches, was die Geschichte von CDU und CSU schon erlebt hat. Herzlichen Dank, Edmund Stoiber.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES DER CDU DEUTSCHLANDS „BÜRGERPARTEI CDU – REFORMPROJEKT FÜR EINE LEBENDIGE VOLKSPARTEI“

Ich gebe unserem Generalsekretär Laurenz Meyer das Wort.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben uns unmittelbar nach der Bundestagswahl nach dem Motto – um im Bild von Edmund Stoiber zu bleiben – „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ zusammengesetzt, um die Weichen für kommende Wahlkämpfe zu stellen und uns nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch vorzubereiten, weil wir besser werden müssen.

Wir haben gestern und heute wichtige inhaltliche Weichen gestellt. Wir verfügen über ein programmatisches Angebot, was vergleichbar keine andere Partei in Deutschland aufbringen kann. Um diese inhaltliche Stärke voll zu entfalten, bedarf es einer weiteren Intensivierung und Verbesserung funktionierender Parteistrukturen und einer modernen effektiven Kommunikation auf allen Ebenen.

Wir sind eine Partei mit mehreren Hunderttausend aktiven Mitgliedern, leistungsstarken Orts- und Kreisverbänden und guter Zusammenarbeit in den Ländern und im Bund. Dieser Verbesserung der Zusammenarbeit soll unser Projekt Bürgerpartei dienen. Der Bundesvorstand hat im letzten Dezember eine Kommission eingesetzt, die in fünfmonatiger Arbeit dieses Ihnen

vorliegende Papier mit all den Konsequenzen erarbeitet hat, die sich daraus ergeben. Alle Landesverbände, alle Gliederungsstufen, die Sonderorganisationen, externe Experten aus dem Bereich der Kommunikation und der Wissenschaft waren vertreten. Wir können heute, 14 Jahre nach den letzten Reformbeschlüssen für die Bundespartei – das war der Bremer Parteitag 1989 – ,eine weitere wichtige Stufe in der Strukturentwicklung der Union erreichen.

Wir haben schon gestern auf unserem Sachsenabend einige besonders erfolgreiche Orts- und Kreisverbände in der Mitgliederwerbung ausgezeichnet. Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind. Es ist nicht mehr so wie vor 20, 30 oder 40 Jahren. Die Gesellschaft hat sich in wirklich rasantem Tempo verändert. Wir haben es auch in der Altersstruktur der Partei mit einer ganz anderen demographischen Zusammensetzung zu tun. Die Erwerbs-, Bildungs- und Familienstrukturen sind heute anders. Die Individualisierung des täglichen Lebens schreitet voran. Die vielfältigen Milieus und Lebensstile haben dazu geführt, dass zumindest unsere Traditionsmilieus bröckeln. Ich will ein Beispiel nennen. Heute sind mehr Mitglieder bei kommerziellen Fitnessstudios als in den Kleingartenvereinen eingeschrieben, die es früher in großer Zahl gegeben hat.

Wir haben diese Prozesse bisher nur teilweise nachvollzogen. Neue Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation und auch Bürgerinitiativen haben wir als politische Akteure oft unterschätzt. Wir brauchen deshalb verstärkte Anstrengungen, dieses bürgerschaftliche Engagement zu werten. Es hat nicht weniger Bedeutung als früher, sondern es ist hinsichtlich parteipolitischer Aktivität nur etwas distanzierter. Genau das ist das Kernanliegen des Projekts Bürgerpartei. Wir wollen den Spagat schaffen. Wir wollen die Lücke zwischen moderner Bürgergesellschaft und Politik schließen.

Die CDU muss für sich selbst den vopolitischen Raum neu vermessen. Ich bin froh, dass dies in den Kreisverbänden in so großer Zahl mit großer Begeisterung und Engagement diskutiert worden ist. An den vielen Anträgen können wir sehen, wie sehr Sie diesen Prozess mitgetragen haben. Wir müssen aktiver Ansprechpartner für Netzwerke und auch informelle Gruppen im vopolitischen Raum sein, damit wir das bleiben, was wir heute sind, nämlich die große Volkspartei der Mitte.

Was ist zu tun? Es gibt drei wichtige Aufgaben. Erstens: Es müssen möglichst viele der gesellschaftlich Aktiven an die CDU herangeführt werden. Es geht darum, zunächst einmal zu ermitteln: Wo sind die relevanten Partner? Wie können sie gepflegt und einbezogen werden? Die CDU muss sich dieser Aufgabe auf der ganzen Ebene im regionalen Bereich, aber auch im sektoralen Bereich über unsere Vereinigungen und Sonderorganisationen widmen.

Zweitens: Wir müssen die Mitgliederwerbung verstärken. Die Mitgliederwerbaktion läuft seit dem Sommer. Sie hat zu sehr positiven Ergebnissen geführt. Im September ist nach dem Ende der Sommerferien in sieben Landesverbänden eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Das ist ein erster wichtiger und sehr guter Schritt.

Drittens: Es muss uns gelingen, mehr Qualifizierte und Engagierte aus der Mitte der Gesellschaft und unserer Mitgliedschaft zu gewinnen, die zur Übernahme von Ämtern und Mandaten bereit sind. Es ist nicht überall so, dass sich die Mitglieder um Mandate und Ämter streiten, sondern in vielen Bereichen ist die Situation so, dass wir uns engagiert um Nachwuchs und Schulung der Menschen kümmern müssen.

Um diese Aktivierung der Partei zu leisten, müssen wir ein tragfähiges, organisatorisches Gerüst und vor allen Dingen zeitgemäße Kommunikationsstrukturen entwickeln, um die Professionalität und das Dienstleistungsangebot in der Partei auch durch intensive Schulungsangebote zu vertiefen, wie wir sie schon jetzt auf der Kreisgeschäftsführerebene installiert haben. Wir werden Ihnen im nächsten Jahr ein datenbankgestütztes Dialogmanagementsystem präsentieren können. An der Erstellung dieses Managementsystems arbeiten wir schon das ganze Jahr. Mit Hilfe dieser Technologien werden wir alle Wege zusammenführen, auf denen die Partei mit dem Bürger kommuniziert, also Telefon, Telefax, E-Mail usw.

Die Kontakte, die auf allen Ebenen der Partei vorhanden sind, werden wir so gemeinsam nutzbar machen können. Wenn zum Beispiel jemand in Zukunft die Bundesgeschäftsstelle anschreibt und wirtschaftspolitische Themen anspricht, dann wird die Kreisgeschäftsstelle in der Lage sein, ihn zur nächsten Zusammenkunft über wirtschaftspolitische Fragen einzuladen. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, damit wir überhaupt die Kontakte verbessern können und sich die Bürger, die sich an uns wenden, angenommen fühlen. Auf diese Weise können wir besser auf die Menschen zugehen.

Wir planen und erarbeiten viele Maßnahmen, die zusätzliche Anstrengungen von uns allen erforderlich machen. Ich möchte mich bei der Kommission bedanken, die in fünfmonatiger Arbeit in einem sehr dichten Arbeitsprogramm mit manchmal schwierigen Diskussionen wirklich gute Ergebnisse gezeigt hat. Zu diesem Projekt liegen uns sehr detaillierte Anträge vor. Herzlichen Dank an alle Kommissionsmitglieder, insbesondere an die Externen, die hier mitgemacht haben.

Wir haben die große Chance, uns von der SPD weiter deutlich abzusetzen. Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Bochum unsere Gliederung zu diesem Projekt Bürgerpartei nahezu abgeschrieben und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die für den nächsten Parteitag der SPD im nächsten Jahr etwas Ähnliches ausarbeiten soll wie das, was wir hier vorgelegt haben. Die Jusos haben vor dem Parteitag – das konnte man in den Meldungen nachlesen – beklagt, dass die SPD auch auf diesem Gebiet weit hinter die CDU zurückgefallen sei. Ich kann das nur mit Genugtuung feststellen. Wir müssen nicht nur im programmatischen, sondern auch im organisatorischen Bereich schneller sein.

Wir haben die bessere programmatische Alternative. Wir haben die schlagkräftigere Struktur. Wir wollen mit einem modernen Auftritt zurück in die bundespolitische Verantwortung. Es gibt hier kein Entweder-oder zwischen Programmatik und Organisation. Aus beiden zusammen wird ein Schuh. Deshalb ist das Projekt Bürgerpartei ein wichtiger Meilenstein für uns und unsere weite-

re Arbeit, und zwar nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für Sie alle in den Kreis- und Ortsverbänden und den Landesparteien. Ich hoffe, dass Sie alle bei der Durchführung dieses Projekts, wenn wir denn heute dazu Beschlüsse gefasst haben, mitwirken, um die Voraussetzungen zu schaffen, die uns bei geringerer Mitarbeiterzahl und geringer werdenden Mittel trotzdem unschlagbar machen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich herzlich für die Einbringung des Antrages.

Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 13 b:

AUSSPRACHE UND BESCHLUSSFASSUNG ZUM ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
DER CDU DEUTSCHLANDS: „BÜRGERPARTEI CDU – REFORMPROJEKT FÜR EINE
LEBENDIGE VOLKSPARTEI“

Sie finden diesen Antrag des Bundesvorstandes und der entsprechenden Ergänzungs- und Änderungsanträgen in der Sammlung der Anträge Band I auf den Seiten 190 bis 301. Die Anträge tragen den Kennbuchstaben C.

Mir liegt eine Wortmeldung zur Grundsatzaussprache vor. Das Wort hat Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Generalsekretär Meyer, Sie haben eben gesagt: Wir sind besser. Wir sind schneller. Wir sind geschlossener. Ich füge hinzu: Wir sind auch fröhlicher.

(Beifall)

Es macht wieder Spaß, in der CDU zu sein. Ich habe ein neues Auto. Als erstes habe ich einen Aufkleber der CDU aufgeklebt.

Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitglieder in Schleswig-Holstein und die Mitglieder der CDU insgesamt wieder das Gefühl haben, das nach außen zeigen zu können. Das hat nichts mit der allgemeinen Stimmung in diesem Land zu tun. Dass sich die Stimmung verbessert hat, ist auch auf die bessere Arbeit zurückzuführen. Die Arbeit ist besser und offener geworden. Im Vorfeld dieses Parteitags und während seines Verlaufs hat sich gezeigt, dass die Mitglieder mitarbeiten wollen. Es gibt eine neue Art des Arbeitens in der CDU. Das Interesse bei den schwierigen Themen, mit denen sich Professor Herzog beschäftigt hat, die hohe Anzahl engagierter Besucher auf Regionalkonferenzen und rund 1 000 Änderungsanträge – selten habe ich ein so dickes Buch zu einem Parteitag mitnehmen müssen – zeigen, dass die Mitglieder der CDU mitmachen. Wir sind wirklich eine arbeitende Volkspartei geworden.

Die CDU in Schleswig-Holstein hat zwei große Parteireformen durchgeführt. Das war im Jahr 1992 und im März 2001. Für uns ist es selbstverständlich, in allen Kreisverbänden Mitgliederparteitage

durchzuführen, obwohl das in meinem Wahlkreis mit Inseln und Halligen schwierig ist. Es ist selbstverständlich, dass es zu einem aktiven Parteileben gehört, dass alle zwei Jahre gewählt wird. Es ist selbstverständlich, dass wir es den Frauen und den Müttern leicht machen müssen, an Parteitagen teilzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wie erfolgreich unsere Reformen waren, können Sie unter anderem dem Frauenbericht des Bundesverbandes entnehmen. Dort steht – ich will die Schleswig-Holsteiner an dieser Stelle einmal lobend erwähnen –:

Auch bei den Delegierten zu den Landesparteitagen gab es Zunahmen bei den Frauen. An der Spitze liegt zurzeit Schleswig-Holstein mit 49 Prozent Frauen und Baden-Württemberg mit knapp 40 Prozent Frauen.

Ich ergänze: Auch beim Frauenanteil in den Landesvorständen liegen wir in Schleswig-Holstein mit 47,5 Prozent an der Spitze.

(Beifall)

Ich fasse zusammen: Unsere Satzungsänderungen haben sich bewährt. Die CDU in Schleswig-Holstein ist nicht nur in ihrem Land ganz oben, sondern macht auch bei dem Prozess der Parteireform ganz vorne mit. Deswegen werbe ich hier besonders für drei schleswig-holsteinische Anträge. Die Antragskommission empfiehlt, sie abzulehnen. In Schleswig-Holstein gehören die Inhalte, die wir in den Anträgen vorschlagen, zum Alltag in der lebendigen Volkspartei.

In der laufenden Nummer 9 schlagen wir vor, nach dem zweiten Absatz einen dritten Absatz einzufügen, in dem es heißen sollte: Sitzungszeiten sind so anzupassen, dass es Frauen besser ermöglicht wird, sich politisch zu engagieren. Bei CDU-Veranstaltungen soll konsequent eine Kinderbetreuung sichergestellt werden.

(Beifall)

In der laufenden Nummer 15 wird empfohlen, den ersten Spiegelstrich zu ersetzen. Das hat einen ganz einfachen Grund. Von Herrn Herzog und Herrn Merz haben wir gehört, wir müssten entbürokratisieren. Wenn wir eine solche Formulierung aufnehmen, hat das mit Entbürokratisierung nichts mehr zu tun. Deswegen schlagen wir vor, dass es lauten sollte: Kreisparteitage erfolgen grundsätzlich als Mitgliederversammlung. Delegiertenparteitage sind nur zulässig, wenn im Einzelfall ein Mitgliederparteitag aus besonderen Gründen unzumutbar ist. Die Entscheidung trifft der Landesvorstand. – Das ist einfach zu verstehen und schnell zu lesen.

(Beifall)

Wir schlagen vor, die laufende Nummer 17 zu streichen. Für uns ist es nicht haltbar, dass der Wahlzyklus für Vorstandswahlen auf drei Jahre verlängert werden soll.

(Vereinzelt Beifall)

Eine solche Initiative lehnen wir ab. Zu einer lebendigen Volkspartei gehört es, dass alle zwei Jahre gewählt wird. Dass es zutreffen soll, dass eine Partei mehr diskutieren würde, wenn sie seltener wählt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Die Aktivität unserer Ortsverbände hängt nicht von anderen Faktoren ab, insbesondere nicht davon, ob wir alle zwei oder drei Jahre wählen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Das war die einzige Wortmeldung zur Grundsatzausprache. Es gab Hinweise zu einzelnen Ziffern, über die wir später abstimmen werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, rufe ich die Anträge C 1 bis C 11 und C 375 aus Anhang 3 auf. In Ihrer Antragsbroschüre sind die Empfehlungen der Antragskommission vermerkt. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen C 1 bis C 11 und C 375 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlungen der Antragskommission sind bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich komme zu Antrag C 12 des Bundesvorstandes, und zwar zunächst zu Ziffer 1. Dazu gehören die Anträge C 12, C 13 und C 15 bis C 26 auf den Seiten 192 bis 198. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 1 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf den Seiten 194 bis 196. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlung ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstands auf den Seiten 198 bis 200 auf. Dazu gehören die Anträge C 27 bis C 32. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 2 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf der Seite 198. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 33 bis C 41. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 3 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 200 und 201. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Ziffer 3 so angenommen.

Ich rufe Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 42 bis C 44 und C 46. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 4 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 202 und 203. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 4 ist bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe Ziffer 5 auf den Seiten 204 und 205 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge C 47 bis C 50. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 5 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf der Seite 204. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 5 angenommen.

Ich rufe Ziffer 6 auf den Seiten 205 bis 207 auf. Dazu gehören die Anträge C 51 bis C 55. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 6 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf Seiten 205 und 206. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 6 angenommen.

Ich rufe Ziffer 7 auf den Seiten 207 bis 209 auf. Dazu gehören die Anträge C 56 bis C 62. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 7 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf den Seiten 207 und 208. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 7 bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe Ziffer 8 auf den Seiten 209 und 210 auf. Dazu gehören die Anträge C 63 bis C 65. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 8 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf den Seiten 209 und 210. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 8 angenommen.

Ich rufe Ziffer 9 auf den Seiten 210 bis 213 auf. Dazu gehören die Anträge C 66 sowie C 68 bis C 76. Wird dazu das Wort gewünscht? – Der Generalsekretär, bitte.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Ich möchte etwas zu dem Punkt sagen, zu dem eben der Kollege Carstensen für den Landesverband Schleswig-Holstein Stellung genommen hat. Ich tue mich mit der Formulierung schwer, dass wir überall die Kinderbetreuung sicherstellen sollen. Wir haben auf Bundesparteitagen schon Kinderbetreuungsangebote gemacht. Leider ist dieser Aufwand in der Vergangenheit ohne Erfolg geblieben. Wenn die bisherige Formulierung stehen bleiben würde, dann wäre das eine Verpflichtung, beispielsweise auf dem nächsten

Bundesparteitag wieder entsprechende Angebote zu machen. Wenn wir die Formulierung durch „Die Kinderbetreuung soll bei Bedarf sichergestellt werden“ ersetzen, dann ist das in Ordnung. Das gilt für die örtlichen Ebenen stärker als für die Bundesebene.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium. Schönen Dank. – Dazu gibt es noch eine weitere Wortmeldung. Bitte schön.

Albert Rathjen, Bremervörde: Es geht um den letzten Absatz der Ziffer 9. Hier bekommt man aufgrund der Formulierung den Eindruck, dass die Rolle des Bundesausschusses bei der Partearbeit „abgewertet“ werden soll. Der CDU-Kreisverband Rotenburg/Wümme, in dessen Namen ich hier spreche, sieht das anders. Ich bitte deshalb, den Antrag C 74, wie er vom CDU-Kreisverband Rotenburg/Wümmer gestellt worden ist, anzunehmen, um die Rolle des Bundesausschusses im Sinne der Öffnung der Parteiaktivitäten zu stärken und nicht „abzuwerten“. – Ich danke Ihnen.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium. Für die Antragskommission spricht noch einmal der Generalsekretär.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Mit den politischen Inhalten Ihres Antrags, den Sie gerade vertreten haben, habe ich kein Problem. Wir wollen in der Satzung nur keine Festlegung mehr, wie oft der Bundesausschuss tagen soll. Das ist der Punkt. Die Regularien für den Bundesausschuss sind sehr streng und legen unter anderem fest, wer Bericht geben muss. Zwei Drittel der Zeit sind schon weg, wenn alle Berichte abgegeben worden sind. Deswegen wollen wir mehr Flexibilität hineinbringen. Wir wollen – das ist sicherlich in Ihrem Sinne – den Bundesausschuss durchaus als Gremium für politische Diskussionen und Entscheidungen bei Bedarf einsetzen. Wir wollen aber in der Satzung nicht vorschreiben, wie oft er zu tagen hat. Ich bitte Sie deshalb, den letzten Satz, in dem es darum geht, dass der Bundesausschuss einmal jährlich zusammentreten soll, herauszunehmen. Wenn Sie das tun, dann können wir Ihren Antrag mit aufnehmen.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission mit den eben formulierten Änderungen abstimmen. Das sind die Seiten 210 und 211. Wer dem Votum der Antragskommission mit den Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 9 wie besprochen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 10 auf den Seiten 213 bis 215 auf. Dazu gehören die Anträge C 77 bis C 85. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 10 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 213 und 214. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Ziffer 10 ist bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 11 auf den Seiten 215 bis 217 auf. Dazu gehören die Anträge C 14 und C 86 bis C 90. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung

der Antragskommission zu Ziffer 11 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf der Seite 216. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ziffer 11 ist bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 12 auf den Seiten 217 bis 224 auf. Dazu gehören die Anträge C 67 und C 91 bis C 112. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 12 abstimmen. Sie finden die Empfehlung auf den Seiten 217 bis 219. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ziffer 12 ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe Ziffer 13 auf den Seiten 224 bis 229 auf. Dazu gehören die Anträge C 113 und C 115 bis C 118 sowie C 120 bis C 130. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 13 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 224 und 225. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 13 angenommen.

Ich komme zur Ziffer 14 auf den Seiten 229 und 230. Dazu gehören die Anträge C 119 und C 131 bis C 134. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Siegfried Kauder vor. Bitte schön.

Siegfried Kauder: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wann ist eine Volkspartei lebendig? Lebendig ist sie dann, wenn wie gestern und heute untereinander diskutiert wird, wenn möglichst viele ihre Meinung einbringen können und wenn sich möglichst viele Mitglieder in den Entscheidungen einer Partei wieder finden. Deshalb haben wir vom Kreisverband Schwarzwald-Baar in dem Antrag C 134 die Forderung eingebracht, dass Vorstandssitzungen auf Orts-, Stadtbezirks-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisverbandsebene grundsätzlich mitgliederöffentlich durchzuführen sind, wenn nicht der Beratungsgegenstand Nichtöffentlichkeit bedingt.

Wir im Kreisverband Schwarzwald-Baar praktizieren das seit vielen Jahren erfolgreich. Es macht für die Mitglieder das Mitgliederdasein attraktiver. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in anderen Kreisverbänden und in anderen Landesverbänden anders ist. Deswegen bitte ich, den Antrag der Antragskommission abzulehnen und unserem Antrag C 134 zuzustimmen. – Vielen Dank.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Der Generalsekretär hat für die Antragskommission das Wort.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Dieser Punkt zieht sich durch die ganze Vorlage. Wir wollen, dass die Kreisverbände möglichst viele Freiheiten haben, die Dinge so zu regeln, wie sie es möchten.

(Beifall)

Wir wollen möglichst wenig zentrale Vorgaben der Bundesebene für die unteren Ebenen. Welchen Kreisverband hindert unsere Satzung, das Verfahren, das Herr Kauder eben beschrieben hat, für sich aufzugreifen? Kein Kreisverband ist durch unseren Vorschlag daran gehindert. Deswegen plädiere ich dringend dafür, keine zentrale Vorgabe für alle Kreisverbände zu machen, sondern dabei zu bleiben, dass jeder Kreisverband das für sich regeln kann.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 14 abstimmen. Die Empfehlung finden Sie auf der Seite 229. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenziehen. – Gibt es Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Dann ist Ziffer 14, so wie von der Antragskommission vorgeschlagen, angenommen.

Ich rufe Ziffer 15 auf. Das sind die Seiten 230 bis 236. Dazu gehören die Anträge C 135 bis C 157. Mir liegen Wortmeldungen von Herrn Dr. Wilhelm und Werner Jostmeier vor. Herr Dr. Wilhelm, bitte.

Dr. Wendelin Wilhelm: Es geht darum, das Mitgliederprinzip gegenüber dem Delegiertenprinzip zu stärken. Das ist der Inhalt der Ziffer 15. Es stellt sich aber die Frage, wie weit wir mit der Formulierung in dem Antrag des Bundesvorstandes kommen. Dort gibt es das unselige Quorum von 25 Prozent der Mitglieder. Es heißt, dass die Entscheidung über die Anwendung des Delegierten- oder des Mitgliederprinzips die Mitglieder in einer Mitgliederversammlung treffen, sofern mindestens 25 Prozent der Mitglieder eine solche Versammlung wünschen. Das kann man in den Kreisverbänden praktisch nicht machen. Dem steht einmal ein rechtliches Hindernis entgegen. Der Schutz der Information verbietet, dass jemand die Mitgliederlisten überhaupt erhält.

Zum anderen besteht die Schwierigkeit, dass es praktisch ausgeschlossen ist, eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die darüber entscheiden darf, ob das Mitgliederprinzip eingeführt wird. Dafür müsste jemand 25 Prozent der Stimmen sammeln. Das ist prohibitiv.

In unserem Antrag C 140 geht es darum, das Quorum zu streichen. Darin heißt es: „Die Kreisverbände berufen bis Ende 2005 eine Mitgliederversammlung ein, auf der entschieden wird, ob in Zukunft für den Kreisverband das Mitglieder- oder das Delegiertenprinzip gilt.“ Wenn wir neue Mitglieder anwerben und diese halten wollen, dann müssen wir die Partei dadurch attraktiv machen, dass wir den Mitgliedern Entscheidungsrechte über Kandidaturen, etwa von Bundestagsabgeordneten und Kandidaturen für die unteren Ebenen, geben. Das betrifft auch alle Sachfragen. Im Sinne des Antrags „Bürgerpartei CDU“ würden wir mehr Basisdemokratie in die Partei bringen. Das Quorum von 25 Prozent, um überhaupt eine solche Versammlung einzuberufen, ist prohibitiv. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag C 140 zuzustimmen.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Zum Antrag C 135 spricht jetzt Werner Jostmeier, danach zum Antrag C 138 Markus Wolf.

Werner Jostmeier: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte das, was vom Kreisverband Bonn vorgeschlagen worden ist, im Namen des Kreisverbandes Coesfeld nachdrücklich unterstützen. Es geht darum, wie hoch wir die Hürde dafür setzen, damit Vorstände und damit Mitgliederversammlungen selber entscheiden können, ob sie am Delegiertenprinzip festhalten wollen oder ob sie das nicht wollen. Nach dem vorliegenden Vorschlag muss man mindestens 25 Prozent der Mitglieder gewinnen, bevor eine Versammlung über diese Frage entscheiden kann. Das hätte zur Folge, dass den Vorständen die Hände gebunden sind und es praktisch kaum möglich wäre, ein solches Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Generalsekretär hat vorhin gesagt, dass möglichst viele Kompetenzen an die unteren Ebenen gegeben werden sollen. Ich habe die herzliche Bitte, dass wir den ersten Spiegelstrich des Antrags C 135 auf Seite 230 streichen und in diesem Punkt der Antragskommission nicht folgen. – Danke schön.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Jetzt hat Markus Wolf und danach Stephan Eisel das Wort.

Markus Wolf: Ich komme vom Kreisverband Bad Dürkheim, Rheinland-Pfalz. Ich kann meine beiden Vorredner nur unterstützen. Wir sehen dieselbe Problematik bei dem Text, der von der Antragskommission vorgeschlagen wurde. Die 25-Prozent-Hürde schließt nahezu aus, dass eine Delegiertenversammlung in eine Mitgliederversammlung umgewandelt werden kann. Wir ziehen unseren Antrag zurück und unterstützen den Antrag C 140 des Kreisverbandes Bonn, in dem vorgesehen wird, den Kreisparteitag entscheiden zu lassen. Uns erscheint die Hürde von 25 Prozent als zu hoch, weil damit ausgeschlossen wird, dass in Zukunft in Mitgliederversammlungen getagt werden kann. – Danke.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herr Stephan Eisel.

Dr. Stephan Eisel: Meine Damen und Herren, ich hatte die Freude, in der Kommission „Bürgerpartei“ mitzuarbeiten. Ich habe als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Bonn Erfahrungen mit dem Mitgliederprinzip gesammelt. Der Kreisverband Bonn hat das Mitgliederprinzip Anfang der 70er-Jahre mit 5 000 bis 6 000 Mitgliedern eingeführt. Es hat seit dem hervorragend funktioniert. Peter Harry Carstensen hat beschrieben, dass es auch in einem Flächenkreisverband mit Halligen und Inseln hervorragend funktioniert.

(Beifall)

Wenn wir es ernst damit meinen, dass Mitglieder in der CDU stärker beteiligt werden sollen, dann ist die Gretchenfrage: Geben wir Mitgliedern das Stimmrecht bei Sach- und Personalfragen bis hin zur Kreisebene? Wir sind uns in der Kommission einig gewesen, dass die Entscheidung darüber von den Mitgliedern selbst getroffen werden soll und deswegen eine Mitgliederversammlung einberufen werden soll. Es gibt jetzt Differenzen über das Quorum. Ich möchte Sie bitten, das Votum der Antragskommission zu diesem Punkt zunächst abzulehnen, damit wir darüber sprechen können, ob die Hürde für die Entscheidung der Mitglieder nicht tiefer gelegt werden kann.

Wenn wir das Votum der Antragskommission ablehnen, steht der Vorschlag von Schleswig-Holstein im Raum, generell die Mitgliederversammlung auf Kreisebene einzuführen. Das ist ein Vorschlag, den ich unterstütze.

(Beifall)

Wenn Ihnen das zu weit geht, steht der Vorschlag des Kreisverbandes Bonn, der Antrag C 140, zur Diskussion, dass alle Kreisverbände eine Mitgliederversammlung einberufen müssen, um über diese Frage bis Ende 2005 zu entscheiden. Dann würde ich Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, lassen Sie uns doch vor den Mitgliedern keine Angst haben!

(Vereinzelt Beifall)

Auch wir als Delegierte brauchen keine Angst davor zu haben. Die SPD muss Angst vor den eigenen Mitgliedern haben, aber wir in der CDU doch nicht. Wir sind eine Mitgliederpartei, und deshalb brauchen die Mitglieder auch mehr Rechte. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Für die Antragskommission Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Antragskommission: Liebe Freunde, die Diskussion zeigt, dass das, was in der Kommission breit diskutiert worden ist, offensichtlich ein Thema ist, das auch den Parteitag bewegt. Wir kamen in der Antragskommission deshalb zu unserer Überlegung, weil es in den einzelnen Landesverbänden sehr unterschiedliche Übungen gibt. Es gibt ja auch Anträge, die sagen: Mitgliederversammlung bitte nur auf Ortsebene und auf Stadtebene, aber auf der Kreisebene das Delegiertenprinzip, und das sollten wir festlegen.

Wir waren der Meinung, das sollten wir nicht tun. Wir sollten den Kreisverbänden und den Landesverbänden die Freiheit lassen, sich entweder für das Mitgliederprinzip zu entscheiden oder dagegen, denn es gibt ja auch Fragen der Praktikabilität. Andere Parteien gehen teilweise vom Mitgliederprinzip weg und zum Delegiertenprinzip über, wobei es manchmal um willkürliche Ergebnisse geht. Es ist sinnvoll, diese Entscheidung vor Ort zu treffen, sei es durch den Kreisvorstand, sei es durch den Kreisparteitag, oder gegebenenfalls auf der Landesebene. Da dies sehr unterschiedlich praktiziert wird, wären wir der Auffassung, dass wir diese Entscheidung auch vor Ort belassen sollten. Sie können entscheiden, ob Sie das Mitgliederprinzip anwenden oder nicht.

Die Diskussion ging dann darum, wie wir sozusagen ein Minderheitenvotum einbauen können. Wenn ein Kreisverband entscheidet, nur das Delegiertenprinzip anzuwenden, wenn aber ein Teil der Mitglieder oder auch der Ortsverbände doch will, dass eine Mitgliederversammlung einberu-

fen wird, dann sollte über diese 25 Prozent ein Minderheitenschutz gewährt werden. Wenn es um die Praktikabilität geht, kann man auch über 25 Prozent der Ortsverbände reden, damit dieses Votum entsprechend registriert wird und dann eine Mitgliederversammlung durchgeführt wird.

Ich warne nur davor, dass wir jetzt beschließen, generell alles über die Mitgliederversammlung entscheiden zu lassen. Denn dann besteht in Landesverbänden, die zum Delegiertenprinzip übergegangen sind, zunächst die Verpflichtung, Mitgliederversammlungen einzuberufen, um gegebenenfalls wieder zum Delegiertenprinzip zu kommen. Das führt zu einem hohen Aufwand, der weder praktikabel noch effektiv ist.

Unser Votum lautet deshalb: Die Kreisebene soll diese Entscheidung treffen können, sei es der Kreisvorstand, sei es der Kreisparteitag. Wir wollen es in der Entscheidungskompetenz der Landesverbände lassen, ob dem Delegiertenprinzip oder dem Mitgliederprinzip gefolgt wird. Beim Minderheitenvotum gibt es die Idee mit den 25 Prozent, und da können wir über Mitglieder und Ortsverbände reden. So kommen wir dazu, dass die Mitglieder, auch was diese Frage angeht, in ihren Rechten nicht völlig ausgehebelt werden können.

Unser Petition ist also, dass die Kreisverbände und die Landesverbände diese Entscheidung treffen können sollen. Wir wollen vonseiten der Bundesebene nicht vorschreiben, dass erst einmal überall Mitgliederversammlungen durchgeführt werden. Ich bitte, das Votum der Antragskommission in diesem Sinne zu unterstützen. – Besten Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Jetzt der Generalsekretär, bitte schön.

Laurenz Meyer: Ich darf mich jetzt als Delegierter äußern, weil ich in der Antragskommission unterlegen war. Ich war nämlich für ungefähr so ein Verfahren, wie der Kreisverband Bonn es vorschlägt.

(Vereinzelt Beifall)

Allerdings war ich gegen das Verfahren, das der Landesverband Schleswig-Holstein vorschlägt, weil es da natürlich auch wieder eine zentrale und für alle einheitliche Vorgabe gibt, nämlich die, dass man dem Mitgliederprinzip entsprechen muss. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen es den Kreisverbänden überlassen, im Einzelfall zu regeln, wie es vor Ort möglich und durchführbar ist. Das erhöht den Freiheitsgrad für die Kreisverbände.

(Vereinzelt Zustimmung)

Nun würde ich gern noch einen Vorschlag machen, und zwar unabhängig davon, dass Franz Josef Jung hier eben zu Recht die Antragskommission vertreten hat. Ich wende mich an den Kreisverband Bonn. Es gibt ja unterschiedliche Positionen zu diesem Punkt. Könnte es ein Kompromiss

sein, wenn wir sagen würden, 25 Prozent der Mitglieder oder der Ortsverbände? Dann würde nämlich der Punkt völlig wegfallen, dass man erst in großem Umfang Mitgliederunterschriften sammeln müsste. Das Problem beim Antrag des Kreisverbandes Bonn ist doch: Wenn überhaupt kein Bedürfnis besteht, braucht man doch nicht von hier aus zentral den Kreisverband zu verpflichten, mit großem Aufwand bis 2005 eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Warum sollen wir diesen Punkt vorgeben?

(Vereinzelt Zustimmung)

Wenn in Zukunft das Bedürfnis existiert, Mitgliederversammlungen durchzuführen, werden 25 Prozent der Ortsverbände schnell zusammenkommen. Wenn man schreibt, dass dann, wenn 25 Prozent der Mitglieder bzw. 25 Prozent der Ortsverbände in einem Kreisverband es verlangen, eine Mitgliederversammlung durchgeführt werden muss, ist das ein Kompromiss, der den Kreisverbänden Flexibilität gibt und keine zusätzlichen Kosten verursacht.

(Vereinzelt Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich fasse das gleich zusammen, aber Stephan Eisel hat sich noch einmal gemeldet.

Dr. Stephan Eisel: Liebe Freunde, zunächst möchte ich dem Delegierten Laurenz Meyer für die Unterstützung des Antrages des Kreisverbandes Bonn herzlich danken.

(Vereinzelt Beifall)

Denn, lieber Herr Meyer, wir haben ja in der Bürgerkommission lange darüber diskutiert: Die Frage ist, wer denn entscheidet, ob das Delegiertenprinzip oder das Mitgliederprinzip zum Zuge kommt. Da meinen wir, die Mitglieder müssen es selbst entscheiden. Sie können dann von Kreisverband zu Kreisverband selbst entscheiden. Deshalb meine ich, es sollte zunächst dabei bleiben, dass die Mitglieder vor Ort entscheiden. Jeder Kreisverband ruft die Mitglieder zusammen, und dort wird die Entscheidung getroffen. Wie sie ausgeht, wird vor Ort geklärt.

Sie haben vorgeschlagen, bei den 25 Prozent ergänzend zu sagen, dass es auch 25 Prozent der Ortsverbände sein können. Das wäre aus meiner Sicht ein Kompromissvorschlag, wenn der Antrag von Schleswig-Holstein bzw. von Bonn abgelehnt würde – aber ich hätte doch die Bitte, dass zuerst darüber abgestimmt wird, ob wir nicht die weitergehende Lösung wählen, dass wir die Mitglieder selbst befragen. Liebe Freunde, ich sage noch einmal: keine Angst vor den Mitgliedern, sondern mit den Mitgliedern für die Ablösung der SPD!

(Vereinzelt Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Jetzt frage ich, ob Schleswig-Holstein noch einmal das Wort haben möchte. – Ich verstehe es so, dass der Vorschlag von Franz Josef Jung darauf hinausläuft, dass neben der Mitgliedschaft auch die Ortsverbände dieses Quorum von 25 Prozent erfüllen können. – Bitte schön, Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Ich habe mich gerade mit dem Kollegen Jung darauf verständigt, dass die Antragskommission meinen Kompromissvorschlag als ihren Vorschlag übernimmt, sodass wir von der Antragskommission jetzt sagen könnten: 25 Prozent der Mitglieder bzw. 25 Prozent der Ortsverbände.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Bitte schön, Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen: Bevor wir gar nicht mehr ganz genau wissen, was wir wollen, würde ich Folgendes vorschlagen. Wir stimmen über den Spiegelstrich der Antragskommission ab, und dann stimmen wir über den Vorschlag von Schleswig-Holstein ab. Wenn dem nicht zugestimmt wird, werden wir den Bonner Antrag unterstützen. Ich würde es in dieser Reihenfolge machen; dann haben wir Klarheit in der Geschichte.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Genau so hatte ich es vor. Das ist auf Seite 230 der erste Spiegelstrich, und zwar von C 135. Ich möchte zunächst über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen, und dann zeigt sich, wie das Ganze weitergeht.

Wir stimmen also von C 135 auf Seite 230 über den ersten Spiegelstrich ab. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist der Antrag der Antragskommission angenommen. So wurde es hier vorn ganz eindeutig eingeschätzt.

(Teilweise Widerspruch)

– Doch, glauben Sie es mir. Es sind viele, die das von hier oben in voller Breite einschätzen können.

Damit ist erst über einen Teil des Antrags C 135 abgestimmt. Wir stimmen jetzt über den verbleibenden Teil des Antrags C 135 ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen ist es dann so, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, beschlossen.

Ich frage die Schleswig-Holsteiner jetzt noch einmal, ob sie sich dem Antrag des Kreisverbandes Bonn anschließen. – Damit ist das dann erledigt.

Wir stimmen nun über den Vorschlag der Antragskommission zu den verbleibenden Anträgen C 136 bis C 157 ab. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt

es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen ist es so beschlossen. Damit ist die Abstimmung zu Ziffer 15 abgeschlossen.

Ich rufe die Ziffer 16 auf den Seiten 236 bis 240 auf. Dazu gehören die Anträge C 158 bis C 172. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 16 abstimmen. Sie finden sie auf den Seiten 236 und 237. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Ziffer 16 so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 17 auf den Seiten 240 bis 242 auf. Dazu gehören die Anträge C 173 bis C 186. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Peter Harry Carstensen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier wird empfohlen, die Wahlperiode von zwei auf drei Jahre zu verlängern, und zwar mit der Begründung, dass die unattraktiven Wahlen – so habe ich es verstanden – dann nicht mehr so oft stattfinden. Ich finde es ganz spannend, dass man wählt. Ich will diese Wahlen auch alle zwei Jahre haben. Nun gibt es Ortsverbände – in Schleswig-Holstein natürlich nicht -, deren einzige Aktivität in Wahlen besteht. Insofern würden wir denen noch etwas von ihrer Aktivität nehmen.

Wenn wir schon darüber sprechen, dass wir mehr Kraft, mehr Saft, mehr Entscheidungen in die Ortsverbände und an die Basis verlegen, dann sollten wir solche Entscheidungen auch alle zwei Jahre treffen können. Es ist ein Unrecht in der Demokratie, Personen zu wählen. Es sollte auch weiterhin ein Unrecht sein, alle zwei Jahre zu sagen: Ich bestätige dich oder ich wähle dich ab. Deswegen haben wir beantragt, diese Ziffer ersatzlos zu streichen.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Das betrifft den Antrag C 174. Für die Antragskommission hat dazu nun der Generalsekretär das Wort.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Liebe Freunde! Ich finde das, was Peter Harry Carstensen hier gesagt hat, völlig in Ordnung. Aus verschiedenen Bereichen – aus Verbänden – war der Wunsch an uns herangetragen worden, dass die Möglichkeit, die in Ziffer 17 dargestellt wird, für die Zukunft geschaffen wird. Es handelt sich also nicht um eine Verpflichtung, sondern um eine Möglichkeit. Wegen des Parteiengesetzes kann diese Möglichkeit im Übrigen zurzeit noch gar nicht eröffnet werden. Deswegen ist in Ziffer 17 auch die Vorbedingung genannt, dass zunächst einmal Gespräche mit den anderen Parteien aufgenommen werden müssten. Wir könnten uns durchaus darauf verständigen, dass diese Gespräche geführt werden und wir dann auf einem weiteren Parteitag über die erwähnte Möglichkeit entscheiden. Ich habe damit überhaupt kein Problem. Wir wollten, wie gesagt, nur dem Wunsch Rechnung tragen, der aus verschiedenen

Verbänden an uns herangetragen wurde, die Möglichkeit von dreijährigen Wahlperioden zum Beispiel auf der Ortsebene zu schaffen. Das ist das einzige Motiv. Wenn eine andere Meinung besteht, so habe ich persönlich überhaupt kein Problem damit, auch dieser Rechnung zu tragen.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich schlage vor, dass wir zuerst über das Votum der Antragskommission zu Antrag C 173 abstimmen. Die restlichen Anträge können wir im Anschluss daran behandeln. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 240. Wer dem Votum der Antragskommission zu Antrag C 173 folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das sind eindeutig weniger. Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Antrag C 173 entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Wir kommen nun zu den Anträgen C 174 bis C 186. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie ebenfalls auf Seite 240. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Wenige Stimmenthaltungen. Damit ist die Abstimmung über Ziffer 17 abgeschlossen.

Ich rufe die Ziffer 18 auf. Dies betrifft die Seiten 242 bis 245. Dazu gehören die Anträge C 187 bis C 195. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Henrik Bröckelmann: Ich habe eine generelle Frage an die Antragskommission. Mir ist aufgefallen, dass viele Anträge an den Generalsekretär überwiesen werden. Ich frage mich, warum das so ist. Wollte sich die Antragskommission mit diesen Anträgen nicht beschäftigen? Das betrifft zum Beispiel den Antrag C 190, aber auch weitere Anträge. Ich möchte wissen, was mit den Anträgen passiert, wenn der Generalsekretär sie dann bearbeitet.

(Beifall)

Hier wird gerade „Ablage“ gerufen. Ich hätte die Frage, ob der Generalsekretär uns oder zumindest den antragstellenden Verbänden zum kommenden Bundesparteitag nicht einen Bericht darüber geben könnte, was mit diesen Anträgen geschehen ist.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Der Generalsekretär hat mir eben mitgeteilt, dass er dies zusagt. Die antragstellenden Kreisverbände werden also bis zum nächsten Bundesparteitag eine Reaktion bekommen.

Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 18 abstimmen. Sie finden diese Empfehlung auf den Seiten 242 und 243. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 18 so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 19 auf. Dies betrifft die Seiten 246 und 247. Dazu gehören die Anträge C 196 bis C 199. Wird dazu das Wort gewünscht? – Nein.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 19 abstimmen, wie Sie sie auf Seite 246 finden. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Stimmenthaltungen? – Nein. Damit ist Ziffer 19 so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 20 auf. Dazu gehören die Anträge C 200 bis C 210. Sie finden diese auf den Seiten 247 bis 249. Wird dazu das Wort gewünscht? – Nein.

Wer der Empfehlung der Antragskommission, die Sie auf Seite 247 finden, zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist Ziffer 20 so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 21. Dazu gehören die Anträge C 114 und C 211 bis C 226 sowie C 376. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir über die Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 249 bis 251 der Antragsbroschüre sowie der Seite 6 der Sammlung der Initiativanträge ab. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 21 so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 22 auf den Seiten 253 bis 256 auf. Dazu gehören die Anträge C 227 bis C 235. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 253 bis 255. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 22 so bestätigt.

Zur Ziffer 23 auf den Seiten 256 bis 258, Anträge C 236 bis C 238: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf der Seite 257. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 23 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 24 auf, Seite 258. Dazu gehören die Anträge C 239 bis C 241. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Voten der Antragskommission auf Seite 258. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 24 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 25 auf, Seiten 258 und 259. Dazu gehören die Anträge C 242 bis C 244. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Voten der Antragskommission auf Seite 258. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 25 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 26 auf, Seiten 259 und 260, Anträge C 245 bis C 247. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Das Votum der Antragskommission steht auf Seite 259. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist Ziffer 26 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 27 auf, Seiten 260 und 261, Anträge C 248 bis C 250. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Voten der Antragskommission finden Sie auf Seite 260. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Ziffer 27 ist bestätigt.

Ich rufe Ziffer 28 auf, Seite 261, Anträge C 251 und C 252. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Empfehlung der Antragskommission ist auf Seite 261. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Ziffer 28 ist bestätigt.

Ziffer 29, Seiten 261 bis 265, Anträge C 253 bis C 264: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Voten der Antragskommission sind auf den Seiten 261 bis 263. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Ziffer 29 ist bestätigt.

Ich rufe Ziffer 30 auf, Seiten 265 bis 267, Anträge C 265 bis C 275. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Voten der Antragskommission sind auf den Seiten 265 und 266. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 30 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 31 auf, Seiten 267 bis 271, Anträge C 276 bis C 281. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Henrik Bröckelmann: Ich habe noch eine Frage zu Antrag C 280. Wir fordern in diesem Antrag, mit aufzunehmen, dass auch die Geschäftsstellen, Stiftungen und Wirtschaftsbetriebe künftig mehr Praktikumsplätze anbieten sollen; denn ich sehe gar nicht ein, dass das nur für die Mandatsträger gelten soll. Auch in den Geschäftsstellen kann doch sinnvolle Nachwuchsarbeit geleistet werden; ich selber war Praktikant bei der Bundesgeschäftsstelle und habe dort viel gelernt. – Das Votum der Antragskommission verstehe ich in diesem Fall nicht.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Wer erläutert das Votum der Antragskommission? – Aha, die Antragskommission nimmt das Votum auf. Sind Sie einverstanden? – Sehr gut.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Ich verweise auf die Seiten 267 bis 271 und auf die vom Antragsteller soeben eingebrachte Änderung. Wer der Empfehlung der Antragskommission

inklusive der Änderung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 31 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 32 auf, Seiten 271 und 272, Anträge C 282 bis C 285. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Das Votum der Antragskommission befindet sich auf der Seite 271. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 32 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 33 auf, Seiten 272 bis 274, Anträge C 286 bis C 290 und C 298. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 272 und 273. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 33 bestätigt.

Ich rufe die Ziffern 34 und 35 auf. Das betrifft die Seiten 274 und 275; dazu gehören die Anträge C 291 bis C 294. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 274 und 275. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit sind die Ziffern 34 und 35 bestätigt.

Ich rufe die Ziffer 36 auf. Das sind die Seiten 275 bis 278, Anträge C 295 bis C 297 und C 299 bis C 300. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die entsprechenden Voten der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 276 und 277. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 36 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 37 auf, Seiten 278 und 279, Anträge C 301 und C 302. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Empfehlung der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 278 und 279. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist Ziffer 37 bestätigt.

Ich rufe Ziffer 38 auf. Das ist auf den Seiten 279 und 280. Es handelt sich um die Anträge C 303 und C 304. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Voten der Antragskommission finden Sie auf der Seite 279. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung ist Ziffer 38 bestätigt.

Ziffer 39. Das sind die Seiten 280 bis 282. Es handelt sich um die Anträge C 305 bis C 311. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Auf Seite 280 finden Sie die Empfehlungen der

Antragskommission. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist diese Ziffer bestätigt.

Ich rufe Ziffer 41 auf. Das sind die Seiten 282 und 283. Es handelt sich um die Anträge C 314 bis C 316. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 282. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 41 bestätigt.

Ziffer 42. Das sind die Seiten 283 und 284. Es handelt sich um die Anträge C 317 bis C 319. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 283. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 42 so bestätigt.

Ich rufe Ziffer 43 auf. Das sind die Seiten 284 und 285. Es handelt sich um die Anträge C 320 und C 321. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 284. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 43 bestätigt.

Ziffer 44. Das ist die Seite 285. Es handelt sich um die Anträge C 322 und C 323. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 285. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 44 bestätigt.

Ziffer 45. Das sind die Seiten 285 und 286. Es handelt sich um die Anträge C 324 und C 325. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 285 und 286. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist diese Ziffer bestätigt.

Ziffer 47. Das sind die Seiten 288 und 289. Es handelt sich um die Anträge C 336 und C 337. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 288. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist Ziffer 47 bestätigt.

Ich rufe auf die Ziffern 48 und 49. Das sind die Seiten 289 und 290. Es handelt sich um die Anträge C 338 und C 342. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 289. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Ziffern 48 und 49 bestätigt.

Ich rufe auf die Ziffern 50 bis 55. Das sind die Seiten 290 bis 295. Es handelt sich um die Anträge C 343 bis C 358. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die entsprechenden Antragsempfehlungen auf den Seiten 290 bis 294. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme sind die Ziffern 50 bis 55 bestätigt.

Ich rufe die Ziffern 56 bis 59 auf. Das sind die Seiten 295 bis 301. Es handelt sich um die Anträge C 359 bis C 374. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten 295 bis 299. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme sind die Ziffern 56 bis 59 bestätigt.

Damit sind die Einzelberatungen des Antrags „Bürgerpartei CDU“ abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstands „Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mit übergroßer Mehrheit bestätigt.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Ihnen für die konstruktive Mitarbeit und bei der Kommission und der Antragskommission für die gute Vorarbeit. Ich danke allen noch einmal dafür, dass sie so aktiv mitgearbeitet haben, damit wir die Antragsberatungen abschließen können.

Ich leite nun über zu Maria Böhmer und Tagesordnungspunkt 18.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dieter Althaus. Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ANTRÄGE
ZUR ÄNDERUNG DES STATUTS, DER FINANZ- UND
BEITRAGSORDNUNG UND DER GESCHÄFTSORDNUNG DER CDU

Die dazugehörigen Anträge sind in der Sammlung der Anträge, Band I, auf den Seiten 302 bis 306 zu finden. Da es sich hierbei auch um Änderungen in Bezug auf das Statut handelt, ist gemäß § 41 der Verfahrensordnung die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten erforderlich. Ich habe mich im Saal umgeschaut und sehe eine Wortmeldung des Generalsekretärs. – Bitte schön, Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Anträge D 1 bis D 11 sind eine Wiedergabe der Beschlüsse, die wir gerade gefasst haben. In dem

Antrag D 3 allerdings müsste entsprechend der Veränderung von eben die Formulierung aufgenommen werden: „25 Prozent der Mitglieder bzw. der Ortsverbände“. Damit ist gewährleistet, dass das zu dem kompatibel ist, was eben beschlossen worden ist. Ansonsten handelt es sich um die reine Wiedergabe der Beschlüsse von eben, die in Satzungsrecht gefasst werden. Um uns etwas Arbeit und Zeit zu sparen, wäre mein Vorschlag, dass die Vorschläge D 1 bis D 11 insgesamt zur Abstimmung gestellt werden.

(Beifall)

Es wäre nach dem, was wir eben besprochen haben, völlig unproblematisch.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das ist ein Vorschlag, der allen sehr nahe kommt. Ich habe aufgrund des kurzen Zwischenapplauses registriert, dass Sie damit einverstanden wären. Kann ich davon ausgehen, dass wir über die Anträge D 1 bis D 11 en bloc abstimmen? – Gut, bestens.

Nachdem ich mich umgeschaut habe, meine ich, dass in diesem Saal die notwendige absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten ist. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir in die Abstimmung eintreten.

Ich lasse jetzt über die Anträge D 1 bis D 11 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Anträge D 1 bis D 11 mit vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

Der Antrag D 12 wurde zurückgezogen.

Ich rufe den Antrag D 13 der Jungen Union auf. Dieser Antrag befindet sich auf Seite 304 der Antragsbroschüre. Mir liegt hierzu eine Wortmeldung von Astrid Jantz vor. Bitte, Frau Jantz.

Astrid Jantz: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Vorstandsmitglied der Jungen Union. In dieser Eigenschaft vertrete ich diesen Antrag und somit auch den Beschluss der Jungen Union Deutschlands vom letzten Deutschlandtag. Dort haben wir diesen Antrag beschlossen. Auf diesem Deutschlandtag gab es ebenfalls eine heftige Diskussion. Wir haben über die Abschaffung des Quorums debattiert. Grundsätzlich fällt es vielen jungen Frauen schwer, Gefallen an der Zwangsvorgabe eines Quorums und somit am Stempel „Quotenfrau“ zu finden. Daher resultiert diese Beschlusslage. Engagierte und selbstbewusste Frauen brauchen keine Quote. Sie überzeugen durch Qualifikation und Leistung.

(Beifall)

Dies entspricht dem Bild der Jungen Union von einer modernen Bürgerpartei.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass vielerorts nicht genügend Frauen aktiv mitarbeiten und dass wir um das Engagement von Frauen in der Union werben müssen. Das ist aber etwas an-

deres. Unsere Vereinigung muss Wege finden, flexible Angebote machen, und zwar unter Berücksichtigung des Wandels der Lebensmöglichkeiten und der Berufswelt. Dies kann die Quote aber nicht leisten.

Mit diesem Antrag wollen wir deutlich machen, dass weder das Geschlecht noch die Haut noch die Haarfarbe noch andere Äußerlichkeiten ausschlaggebend sind. Kompetenz und Qualifikation sollen entscheiden. Daher beantragen wir die Änderung von § 15 des Statutes. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich gebe jetzt Christian Wulff das Wort.

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte aus dem Landesverband Niedersachsen berichten, dass wir dort ohne irgendwelche Abstriche ausgesprochen positive Erfahrungen mit dem gestiegenen Frauenanteil in den Parlamentariergruppen, in den kommunalen Parlamenten und auch in den Parteigremien gemacht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Nach den leidvollen Debatten auf den Parteitag in Karlsruhe und Hannover ist das auch eine Folge des Frauenquorums in unserem Statut.

Ich habe in den letzten Tagen den „Frauenbericht“ unseres Generalsekretärs gelesen. Dabei habe ich festgestellt, dass der Anteil der Frauen in unserer Partei leicht zurückgegangen ist. In einigen Bereichen ist er sogar auf das Niveau des letzten Jahrhunderts zurückgefallen. Mir ist besonders aufgefallen, dass der Frauenanteil im Bundesvorstand der Jungen Union auf den Stand von vor mehr als zehn Jahren zurückgefallen ist. Wenn wir dieses Problem durch Attraktivitätssteigerung, durch Nachwuchsarbeit und durch die Gewinnung von jungen, qualifizierten Frauen lösen wollen, dann mache ich mir Sorgen, ob auf diese Art und Weise genügend weiblicher Nachwuchs für die Gremien der Union gewonnen werden kann.

Ich habe die herzliche Bitte, es beim jetzigen Statut zu belassen. Ich spreche mich hiermit ausdrücklich gegen den Antrag der Jungen Union aus. Wir sollten dieses Thema auf der Agenda der nächsten Jahre belassen. Wir haben Nachholbedarf. Frauen machen über 50 Prozent der Bevölkerung aus; dennoch sind sie am politischen Geschehen nicht angemessen beteiligt. Wir sollten es beim jetzigen Frauenquorum belassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Wulff. – Als Nächste spricht Tanja Gönner.

Tanja Gönner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben über diesen Antrag in Hannover zum letzten Mal abgestimmt. Wir haben damals nach einer geheimen Abstimmung festgelegt, dass dieses Quorum unbefristet gilt. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass es nicht sinnvoll ist, bestimmte Themen bei jedem Parteitag zur Abstimmung zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich unterstreiche noch Folgendes: Natürlich wollen wir, dass Frauen aufgrund ihrer Qualifikation gewählt werden. Wir Frauen sind der Überzeugung, dass wir aufgrund unserer Qualifikation gewählt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff hat es gerade richtig gesagt: Die Anzahl der Frauen in unserer Partei ist geringer geworden. Mir als jemandem, der in der Jungen Union groß geworden ist und dort aktiv war, tut es wirklich sehr weh, sagen zu müssen: Die Junge Union hat es nicht einmal mehr geschafft, in den geschäftsführenden Bundesvorstand eine Frau zu wählen, obwohl eine Frau kandidiert hat. Dies zeigt, wie notwendig es nach wie vor ist, dass wir Frauen beteiligen und dass wir eben doch darüber nachdenken, dieses – leichte – Quorum beizubehalten.

(Beifall)

Wir wollen die Beteiligung von Frauen fördern; denn wir wissen: Wir brauchen Frauen, wenn unsere Partei in Zukunft attraktiv sein soll. Man bedenke, dass die Mehrheit der Wähler weiblich ist. Ich wiederhole: Wir brauchen die Beteiligung von Frauen. Wenn wir den Anteil der Frauen in unserer Partei nicht anders steigern können, dann müssen wir das eingeführte Regularium Quorum – es ist übrigens sehr weich – aufrechterhalten. Wir müssen natürlich in bestimmten Abständen prüfen, ob wir es noch brauchen oder nicht. Fakt ist: Solange die Beteiligung von Frauen geringer wird, haben wir unser Ziel nicht erreicht. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik und nicht weniger. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Jungen Union abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Tanja Gönner. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag D 13. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 13 abzulehnen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen und der Antrag D 13 ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 14 der Jungen Union auf Seite 304 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand. Mir liegt eine Wortmeldung von Tim Peters vor.

Tim Peters: Liebe Parteifreunde! Ich möchte darum bitten, diesen Antrag anzunehmen und ihn nicht zu überweisen. Wir von der CDU haben beschlossen, eine Bürgerpartei zu werden. Angesichts dessen sollten wir auch normalen Bürgern die Chance geben, an einem Parteitag teilzunehmen. Normale Bürger arbeiten unter der Woche, sie müssen zur Universität oder zur Schule. Wenn wir unter der Woche tagen, dann können sie nur eingeschränkt teilnehmen. Deswegen bitte ich darum, dass wir beschließen, dass Parteitage grundsätzlich am Wochenende stattfinden. Ich bitte darum, das Votum der Antragskommission abzulehnen und unseren Antrag anzunehmen. Ich denke, das wäre ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Bürgerpartei. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Danke. Wünscht dazu die Antragskommission das Wort? – Herr Generalsekretär.

Laurenz Meyer, Antragskommission: Dem Anliegen steht im Prinzip jeder zunächst einmal positiv gegenüber, aber es geht nicht. Bundesparteitage können nicht am Wochenende durchgeführt werden. Wir haben das nach allen Seiten hin geprüft. Wir haben das auch mit der Jungen Union besprochen. Ich möchte hier nicht die ganzen Gründe aufzählen. Ich möchte Sie bitten, bei dem Votum der Antragskommission zu bleiben. Es sprechen diverse Gründe von der Hallennutzung bis zur Medienbegleitung dafür, das Verfahren weiter so fortzusetzen, wie wir es bisher gemacht haben. Zumindest Bundesparteitage können nicht am Wochenende durchgeführt werden.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Danke schön. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über den Antrag D 14 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit einigen Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen angenommen und der Antrag D 14 wird insofern an den Bundesvorstand überwiesen.

Ich komme jetzt zum Antrag D 15 der Jungen Union auf Seite 304 folgende der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldung. Auch die Antragskommission will dazu nicht das Wort ergreifen. Dann lasse ich jetzt über den Antrag D 15 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wird der Empfehlung der Antragskommission mit einigen Gegenstimmen und einer Enthaltung gefolgt.

Ich komme jetzt zum Antrag D 16 des Landesverbandes Sachsen auf Seite 305 der Antragsbroschüre. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Generalsekretär, um juristische Aspekte prüfen zu lassen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission will ebenfalls nicht das Wort ergreifen. Dann lasse ich jetzt über den Antrag D 16 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Demnach ist die Empfehlung der Antragskommission mit einer Gegenstimme und keiner Enthaltung angenommen.

Ich komme zum Antrag D 17 des Kreisverbandes Trier-Saarburg auf Seite 305 der Antragsbroschüre. Uns liegt die Empfehlung der Antragskommission vor, diesen Antrag an die Bundesfinanzkommission zu überweisen. Mir liegt inzwischen eine Wortmeldung von Herrn Günther Schartz vor.

Günther Schartz: Liebe Parteifreunde! Uns geht es mit diesem Antrag darum, überprüfen zu lassen, ob das so weitergehen kann. Wir stellen bei uns im Kreisverband fest, dass immer mehr Mitglieder durch die Gesamtthematik Sonderbeiträge, aber vor allem auch durch die Sonderbeiträge für die einzelnen Vereinigungen verunsichert werden. Die Mitglieder verstehen nicht mehr, warum sie zweimal bezahlen sollen. Ich habe das Gefühl – das sind unsere Erfahrungen –, dass wir damit Mitglieder aus der CDU herausdrängen.

Ähnlich ist es mit der Frage der Abführung von Geldern an die Bundespartei. Das hat mittlerweile Ausmaße angenommen, die für uns finanziell nicht mehr verkraftbar sind.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern möchten wir den Antrag ändern. Ich weiß, es ist nicht so einfach, von einer Minute auf die andere auf diese Zahlungen zu verzichten. Aber wir möchten gerne eine Überprüfung mit dem Ziel der Abschaffung dieser Sonderregelungen, um wieder eine einheitliche Beitrags- und Finanzstruktur in den Kreisverbänden zu erreichen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidentin: Danke schön. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall. Es bleibt also beim Votum der Antragskommission. Deshalb lasse ich jetzt über den Antrag D 17 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit Gegenstimmen angenommen.

Ich komme jetzt zum Antrag D 18 des Kreisverbandes Wittenberg auf Seite 305 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag D 18 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Empfehlung der Antragskommission so angenommen.

Ich rufe den Antrag D 19 des Landesverbandes Sachsen-Anhalt auf Seite 305 der Antragsbroschüre auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über D 19. Wer hier der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmige Annahme gegeben.

Wir kommen zu Antrag D 20 des Kreisverbandes Hochtaunus auf Seite 305 der Antragsbroschüre. Hier empfiehlt die Antragskommission teilweise Erledigung und teilweise Ablehnung. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über D 20 ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission mit einer Gegenstimme gefolgt worden. Damit haben wir alle Anträge auf Änderungen des Satzungsrechts entschieden. Ich danke Ihnen ganz herzlich, dass wir so zügig verfahren konnten. Damit ist der Tagesordnungspunkt 18 erledigt.

Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS,
VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 2001 GEM. § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich gebe das Wort Herrn Dr. Wolfgang Peiner.

Dr. Wolfgang Peiner: Frau Tagungspräsidentin! Frau Merkel! Meine Damen und Herren! Es gab Zeiten in der CDU, in denen der Bericht des Schatzmeisters der spannendste Teil der Tagesordnung war. Ich bin sehr froh, dass dies heute nicht mehr der Fall ist, sondern dass wir dies sozusagen in kleiner Runde diskutieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Der Ihnen vorliegende Rechenschaftsbericht 2001 ist fristgerecht und mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen im Herbst letzten Jahres beim Bundestagspräsidenten eingereicht worden. Heute muss er formal behandelt werden. Über die materielle Entwicklung der Jahre 2000 und 2001 habe ich schon auf dem Parteitag in Hannover informiert. Ich möchte deswegen heute die Gelegenheit nutzen, kurz über die Entwicklungen der Jahre 2002 und 2003 zu berichten.

Auch das Jahr 2002 ist planmäßig verlaufen. Durch eine sehr disziplinierte Haushaltsführung konnten die Ausgabenansätze sowohl des ordentlichen Etats als auch des Bundestagswahlkampfes eingehalten werden. Ich glaube, es ist eine gute Botschaft für alle, dass gerade in schwierigen Wahlkampfzeiten trotzdem Ausgabendisziplin geherrscht hat. Deswegen konnten wir auch im Jahre 2002 die im Sanierungsplan der Partei vorgesehenen Ziele erreichen und einhalten. Mittlerweile ist der Rechenschaftsbericht 2002 fristgerecht und mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen beim Bundestagspräsidenten eingereicht worden.

Auch für das Jahr 2003 zeichnet sich ab, dass die geplanten Ergebnisse im Etat der Bundesgeschäftsstelle erreicht werden und wir insofern die Verschuldung der Bundespartei planmäßig weiter zurückführen können. Diese positive Entwicklung ist eine Leistung der gesamten Partei. Ich möchte an dieser Stelle den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle, Herrn Hausmann und Herrn Winter, danken, die über Jahre eine disziplinierte und sparsame Haushaltsführung sichergestellt haben. Ich möchte aber auch allen Landes- und Kreisverbänden danken; denn ohne deren Unterstützung hätten diese Erfolge nicht erzielt werden können. Soweit die positive Botschaft.

Sie werden aber auch gehört haben, dass wir in diesem Jahr einen Rückschlag erlitten haben, der uns hart trifft. Die CDU hat den Rechtsstreit über die Sanktionen des Bundestagspräsidenten verloren. Die strittige Rückzahlungsforderung in Höhe von rund 21 Millionen Euro hat im Februar dieses Jahres Rechtskraft erlangt. Wir haben dagegen Verfassungsbeschwerde eingelegt, die allerdings keine aufschiebende Wirkung hat. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist erfahrungsgemäß frühestens im Jahr 2005 zu erwarten.

Von der Verpflichtung in Höhe von 21 Millionen Euro hat der Landesverband Hessen – das werden Sie gehört haben – die Hälfte übernommen und finanziert. Dafür ist er kurz nach der Landtagswahl bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Deswegen sollten wir den Hessen meiner Meinung nach trotz aller Probleme, die sie vielleicht auch mit verursacht haben, danken, dass sie eine echte Anstrengung für die Lösung unternommen haben und dazu beigetragen haben, dass die erste Hälfte finanziert werden konnte.

(Beifall)

Wir haben aber noch Schwierigkeiten, den zweiten Teil zu finanzieren. Wir haben darüber eine Tilgungsvereinbarung mit der Bundestagsverwaltung treffen können, die ich heute den Schatzmeistern der Landesparteien zur Kenntnis gegeben habe. Wir werden in den nächsten Monaten darüber sprechen müssen, wie wir dies abarbeiten können.

Ein weiteres Thema, auf das ich kurz zu sprechen kommen will, ist das neue Parteiengesetz. Das neue Parteiengesetz hat sich im Prinzip bewährt. Es sorgt für mehr Transparenz bei der Rechnungslegung. Es schafft in der Praxis aber auch neue Probleme. Insbesondere die neuen

Rechnungslegungsvorschriften und die Ausweitung des Spendenannahmeverbots müssen von allen strikt beachtet werden. Alle Verantwortlichen auf allen Ebenen der Partei sind aufgefordert, die Regelungen des Parteiengesetzes ernst zu nehmen; ich glaube, das ist klar. Ich bitte Sie alle, hier konsequent zu sein. Denn wer in Zukunft vorsätzlich gegen die Vorschriften des Parteiengesetzes verstößt und der Partei Schaden zufügt, muss auch mit persönlichen Konsequenzen rechnen.

Ich möchte betonen, dass die Bundespartei aber auch jederzeit bereit ist, bei Problemen Unterstützung zu geben. Der Finanzbeauftragte der Partei hat bereits intensive Aufklärungsarbeit geleistet und ist für alle Zweifelsfragen jederzeit ansprechbar.

Das neue Parteiengesetz kann und wird einen Beitrag dazu leisten, in der Öffentlichkeit verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Dieses Vertrauen betrifft die Parteien insgesamt, betrifft aber auch die Spendenbereitschaft. Es ist uns gelungen, die Spendenbereitschaft vor der Bundestagswahl auf einem vernünftigen Niveau zu sichern. Das war wichtig für die Finanzierung des Wahlkampfes. Aber wir merken im Moment – das hat sicherlich auch konjunkturelle Gründe – eine deutliche Zurückhaltung bei vielen Spendern. Es zeigt sich dabei auch, dass die Geschäftsführer und die Vorstände vieler Unternehmen dahingehende Beschlüsse gefasst haben, dass sie grundsätzlich keine Parteispenden mehr leisten wollen. Ich halte derartige Entscheidungen für falsch. Spenden sind vom Gesetzgeber ausdrücklich gewollt, ob sie nun von Unternehmen oder Privatpersonen kommen. Spenden sind für die politische Arbeit der Parteien in unserem Land unverzichtbar.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bundespartei, aber auch Sie alle haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, damit die CDU den Weg der finanziellen Konsolidierung erfolgreich gegangen ist. Das bei allen Mitgliedern und Anhängern gewonnene Vertrauen wollen wir auch in Zukunft durch sparsame Haushaltsführung und eine solide und seriöse Finanzorganisation rechtfertigen. Ich denke, es muss unser Ziel sein, als große Volkspartei wieder über solide Finanzen verfügen zu können. Wir tun alles, um diesem Ziel durch unsere Sanierungsarbeit Stück für Stück näher zu kommen. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herr Dr. Peiner, vielen Dank für diesen Bericht, vor allem aber für Ihre Arbeit als Bundesschatzmeister.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich gebe das Wort an Herrn Ferdinand Tillmann.

Ferdinand Tillmann: Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben noch anwesenden Parteifreundinnen und Parteifreunde! Eigentlich verpflichtet mich das Parteiengesetz dazu, Ihnen einen umfangreichen Bericht zu erstatten. Aber angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mir den

Vorschlag erlauben – das ist sicherlich auch im Sinne meiner Mitprüfer Claudia Nolte und Dr. Franz Möller –, meinen Bericht bis auf das Votum, das darin enthalten ist, zu Protokoll zu geben. Sie müssen mir allerdings versichern, Frau Präsidentin, dass der Bericht im Protokoll abgedruckt wird. Mit diesem Vorschlag komme ich Ihnen, glaube ich, entgegen.

(Beifall)

In unserem Bericht ist sehr viel Gutes, Richtiges und Wichtiges enthalten. Es wäre also wirklich schade, wenn die Delegierten das zu Hause nicht nachlesen würden.

Ich will bestätigen, dass das, was der Schatzmeister vorgetragen hat, auch aus der Sicht der Rechnungsprüfer in Ordnung ist und von mir als richtig bestätigt werden kann.

Nun zum Votum: Im Parteiengesetz ist vorgeschrieben, dass der Rechenschaftsbericht der Partei jeweils auf dem der Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag zur Erörterung vorzulegen ist. Angesichts dessen empfehlen Ihnen die Rechnungsprüfer den Rechenschaftsbericht für das Jahr 2001, der mit dem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen ist, zur Kenntnis zu nehmen. Er ist in Ihren Tagungsunterlagen enthalten.

Abschließend möchten wir Ihnen empfehlen, dem Vorstand, dem Finanzmanagement unserer Partei und der Bundesgeschäftsstelle uneingeschränkte Entlastung zu erteilen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Mein herzlicher Dank geht an Herrn Tillmann und an die anderen Rechnungsprüfer für den Bericht und die Arbeit bei der Prüfung. Es ist alles ordnungsgemäß erfolgt.

Ich komme nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

WAHLEN

Zunächst wählen wir die Delegierten für den XVI. EVP-Kongress. Dann werden wir ein stellvertretendes Mitglied für das Bundesparteigericht nachwählen.

Kommen wir zunächst zur Wahl der Delegierten für den XVI. EVP-Kongress. Ich darf zunächst einige Hinweise geben. Die Delegierten und die stellvertretenden Delegierten werden laut § 31 Abs. 4 des Statuts der CDU auf Vorschlag des Bundesvorstands gewählt. Die Landesverbände sind vor dem Bundesparteitag schriftlich gebeten worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge liegen als Tischvorlage an Ihren Plätzen aus. Zudem sollen die Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand als Delegierte und Ersatzdelegierte zum XVI. EVP-Kongress gewählt werden. Die Liste liegt Ihnen ebenfalls als Tischvorlage vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir bei der Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XVI. EVP-Kongress offen abstimmen. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Vorschlag des Bundesvorstandes zustimmen wollen um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XVI. EVP-Kongress gewählt. Ich gratuliere Ihnen allen ganz herzlich und wünsche Ihnen gute Arbeit.

(Beifall)

Ich darf damit an Georg Milbradt weitergeben.

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 17 b auf:

NACHWAHL EINES STELLVERTRETENDEN MITGLIEDS DES BUNDESPARTEIGERICHTS.

Diese Nachwahl ist erforderlich geworden, nachdem das bisher stellvertretende Mitglied Oberstaatsanwalt a. D. Helmut Rehborn aus gesundheitlichen Gründen aus dem Bundesparteigericht der CDU ausgeschieden ist. Wir danken Herrn Rehborn an dieser Stelle für sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement. Lieber Herr Rehborn, herzliche Grüße des Parteitags nach Dortmund und für die Zukunft Gesundheit.

(Beifall)

Wir kommen nun zur Nachwahl. Für den Rest der Wahlperiode, die am 6. November 2004 enden wird, schlägt Ihnen der Bundesvorstand der CDU ein bekanntes Parteimitglied vor, nämlich Dr. Willi Hausmann.

(Beifall)

Wir alle kennen ihn und freuen uns, dass sich Herr Hausmann zur Übernahme dieser wichtigen Aufgabe bereit erklärt hat, nachdem er seinen bisherigen Posten gestern aufgegeben hat. Nach Statut und Parteigesetz können die Mitglieder des Bundesparteigerichts in einer offenen Abstimmung gewählt werden. Angesichts der Zeit schlage ich Ihnen vor, so zu verfahren. – Ich höre keinen Widerspruch. Wer für die Wahl von Dr. Willi Hausmann ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Dr. Hausmann gewählt. Darf ich fragen, ob er die Wahl annimmt? – Danke sehr.

(Beifall)

Dann kommen wir zum letzten Tagesordnungspunkt – TOP 20 -:

SCHLUSSWORT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS DR. ANGELA MERKEL.

Vor dem Schlusswort unserer Vorsitzenden sehen wir noch einen kurzen Film.

(Filmvorführung)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde, wenn man eben den Film gesehen hat, dann muss man feststellen, dass das ein fröhlicher Parteitag gewesen ist. Ich denke, wir können zufrieden von diesem Parteitag nach Hause fahren und sagen: Wir haben etwas geschafft, was uns manche nicht zugetraut haben und woran viele Anteil hatten. Dass dieser Parteitag mit seinen Entscheidungen möglich war, hatte seine Vorgeschichte. Dazu haben Roman Herzog, Friedrich Merz mit seinem Entwurf eines Steuerkonzeptes, die Regionalkonferenzen und Sie, liebe Delegierte, in den Vereinigungen sowie in den Orts- und Kreisverbänden beigetragen. Es ist uns gelungen, aus anfänglich völlig unterschiedlichen Positionen zum Schluss tolle Anträge zu machen. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben. Eine Partei, die sich auf das Wichtige konzentrieren kann, ist besser als eine Partei, die solche Worte nur an die Wand schreibt. Das unterscheidet uns von der Sozialdemokratie, liebe Freunde.

(Beifall)

Dass wir von diesem Parteitag nach Hause fahren, um weiter zu argumentieren und unsere Mitglieder zu informieren, hat seinen weiterführenden Grund darin – das hat der Film auch gezeigt –, dass nach den Projekten Steuerkonzept und Herzog-Kommission im Jahr 2003 ein neues Projekt 2004 kommt, ein Projekt, das wie ein Dach für das ist, was wir jetzt in Angriff genommen haben. Wachstum ist die Voraussetzung und die Notwendigkeit, aber auch die Möglichkeit, die in diesem Land steckt. Damit werden wir uns im nächsten Jahr befassen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn schon heute die Alternative zu Rot-Grün sichtbar ist, dann bin ich mir sicher, dass die Alternative im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen im nächsten Jahr beim Thema Wachstum noch sichtbarer wird. Wir werden bei den acht Kommunalwahlen, der Europawahl sowie bei den vier Landtagswahlen zeigen, dass wir diejenigen sind, die Deutschland wirklich verändern, nach vorne bringen, eine Chance geben und die die Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Liebe Freunde, Georg Milbradt und Dieter Althaus sind zwei von denjenigen, die im nächsten Jahr bei Wahlen bestehen müssen. Diese beiden Ministerpräsidenten werden wie die beiden anderen und unsere Kommunalvertreter sowie die Kandidaten für die Europawahl dann erfolgreich sein, wenn wir auch im nächsten Jahr das Geheimnis oder – besser gesagt – das Prinzip befolgen, das wir schon in diesem Jahr beherzigt haben, nämlich gemeinsam gegen die anderen intensiv zu diskutieren und nach draußen gemeinsam zu agieren. Das wird das Motto für das nächste Jahr sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden uns ungefähr in einem Jahr zu einem Parteitag wieder sehen. Dann waren in Nordrhein-Westfalen bereits Kommunalwahlen und dann werden sich Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auf ihre Landtagswahlen vorbereiten. Wir werden zu dem Parteitag in

Nordrhein-Westfalen gehen, um das Signal an unseren größten Landesverband zu senden, dass wir alles tun wollen, um in NRW, aber auch in Schleswig-Holstein einen Wechsel herbeizuführen. Ich glaube, die Chancen sind gut. Wir werden das gemeinsam schaffen.

(Anhaltender Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss all denen danken, die dazu beigetragen haben, dass das ein guter Parteitag war. Das sind natürlich Sie, die Delegierten, und das ist das Land Sachsen. Stellvertretend nenne ich den Ministerpräsidenten. Herzlichen Dank, lieber Georg Milbradt. Viermal in Sachsen zeigt, dass etwas an diesem Land dran sein muss.

(Beifall)

Ich möchte mich bei der Stadt Leipzig und bei der Messe bedanken. Wir hatten es hier gut und wir sind prima betreut worden.

(Beifall)

Ich danke den zahlreichen Ausstellern und Sponsoren. Es waren noch nie so viele wie dieses Mal. Ich danke auch dafür, dass Sie viele Gespräche mit den Ausstellern geführt haben.

Ich möchte mich bei der Polizei, den Sicherheitskräften, der Feuerwehr, den Sanitätern und den Ärzten ganz herzlich bedanken. Sie haben zurzeit auch Sorgen. Trotzdem haben sie uns gut betreut.

(Beifall)

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle und den vielen Helfern vom Landesverband Sachsen, von den Kreisverbänden und insbesondere von dem hier heimischen Kreisverband Leipzig.

Ich danke den Mitgliedern der Antragskommission, die die Anträge immer so aufbereitet haben, dass die Abstimmungsprozedur funktioniert hat. Das ist gar nicht so einfach. Dafür ist ganz besonders Laurenz Meyer zu danken, dem es prima gelungen ist, dass wir alles über die Bühne bekommen haben.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen neben einem guten Nachhauseweg eine frohe und gesegnete Adventszeit und einen guten Wechsel ins neue Jahr wünschen. Partei und Privates sollen in dieser Zeit gemeinsam zu ihrem Recht kommen.

Ich glaube, es war ein großartiger und ein wichtiger Parteitag, ein Parteitag, der uns Kraft und Mut gibt. Herzlichen Dank Ihnen, den Delegierten.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt, Tagungspräsidium: Damit ist der 17. Parteitag beendet.

(Schluss: 14.33 Uhr)

A N H A N G**Beschlussprotokoll
des 17. Parteitages der CDU Deutschlands
am 1./2. Dezember 2003 in Leipzig****Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und
Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 8b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11a) Bericht des Vorsitzenden der Kommission „Soziale Sicherheit“
- 11b) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
„Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.“
- 11c) Aussprache und Beschlussfassung
12. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
„Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“
 - a) Einführung
 - b) Aussprache und Beschlussfassung

13. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
„Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“
 - a) Einführung in den Antrag
 - b) Aussprache und Beschlussfassung
14. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion
des Europäischen Parlaments
15. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands,
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 2001 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
16. Bericht der Rechnungsprüfer
17. Wahlen
 - a) Wahl der Delegierten für den XVI. EVP-Kongress
 - b) Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts
18. Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zur Änderung des Statuts,
der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU
19. Sonstige Anträge
20. Schlusswort der Vorsitzenden

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 17. Parteitages der CDU Deutschlands am 1. Dezember 2003 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Vorsitzender:	Prof. Dr. Georg Milbradt MdL
Beisitzer:	Dieter Althaus MdL Wolfgang Bosbach MdB Prof. Dr. Maria Böhmer MdB Dr. Martina Krogmann MdB Bernd Neumann MdB

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 17. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Laurenz Meyer MdB
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Willi Hausmann
Weitere Mitglieder:	David Mc Allister MdL Dr. Peter Bendixen Ralf Brauksiepe MdB Jochen Borchert MdB Birgit Diezel Ilse Falk MdB Peter Götz MdB Uda Heller MdB Dr. Franz Josef Jung MdL Jörg Kastendiek Volker Kauder MdB Julia Klöckner MdB

Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Karl-Josef Laumann MdB
Dr. Ursula von der Leyen MdL
Dr. Michael Meister MdB
Philipp Mißfelder
Hartmut Nassauer MdEP
Helma Orosz
Peter Rauen MdB
Hans-Joachim Reck
Eckhardt Rehberg MdL
Katherina Reiche MdB
Birgit Schnieder-Jastram
Klaus Schuck
Andreas Storm MdB
Marlies Wanjura
Annette Widmann-Mauz MdB
Matthias Wissmann MdB
Barbara von Wnuk-Lipinski
Prof. Dr. Otto Wulff

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 17. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Ulf Leisner
Leiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Bernhard Herzog
CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen

Randolf Stamm
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen

Dorothea Störr-Ritter
Geschäftsführerin des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Jürgen Zander		
	CDU-Bundesgeschäftsstelle		
Stellv. Vorsitzender:	Hasso Schmidt		
	Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Leipzig		
Weitere Mitglieder:	Winfried Adams	KGf	Vogelsberg
	Christoph Beckmann	KGf	Herzogtum Lauenburg
	Uwe Beye		LV-Sachsen-Anhalt
	Dieter Burfeind	KGf	Braunschweig
	Jürgen Dönninghaus	KGf	Ostalb u. Heidenheim
	Wilma Gatzka	KGFin	Wetterau
	Friedhelm Gerhards	KGf	Cochem-Zell
	Rainer Haulsen	KGf	Schleswig-Flensburg
	Imke Jeske-Werner	KGFin	Peine
	Roland Kirsten	KGf	Delitzsch/Eilenburg
	Josef Lehnert	KGf	Bad Kreuznach
	Thomas Leimbach	KGf	Ludwigshafen
	Manfred Lorenz	KGf	Kleve
	Andy Lübke	KGf	Anhalt-Zerbst, Jerichower Land und Ohre-Kreis
	Reinhold Meisel	KGf	Neckar-Odenwald
	Horst Naumann	KGf	Torgau-Oschatz
	Juliane Nehrig-Lotz	KGFin	Wartburgkreis
	Michael Ohm		LV Hamburg
	Harald Orthey	KGf	Westerwald

Rudolf Patzenhauer	KGF	Merseburg-Querfurt, Sangerhausen
Daniel Peters		Bad Doberan
Dirk Reitze		LV Berlin
Alexander Rubeck		LV Saar
Norbert Solberg	KGF	Essen
Marianne Stauß	KGFin	Trier-Stadt
Dr. Vera Anna Touché		CDU-Bundes- geschäftsstelle
Andreas Veit		St. Wendel
Uwe Voss	KGF	Segeberg
Bernd Wießel	KGF	Altmarkkreis/Stendal

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8a)/8b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9a)/9b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Die **Mandatsprüfungskommission** des 17. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11.00 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 17. Parteitages 936 anwesend.

Der 17. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner

– Vorsitzender –

gez. Bernhard Herzog

gez. Randolf Stamm

gez. Dorothea Störr-Ritter

Zu TOP 11a): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der Kommission „Soziale Sicherheit“, Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Herzog**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands **„Deutschland fair ändern. Ein Generationenvertrag für unser Land.“ durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11c): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 477 (Präambel) ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band I“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 477 (Initiativantrag) bis A 484 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

A 1 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ziffern 1 und 3
Ablehnung: Ziffern 2, 4 und 5

A 2 Annahme: Ziffern I und II
Annahme idF der Antragskommission: Ziffer III
Erledigung: Ziffer IV
Ablehnung: Ziffer V

- A 3 Annahme idF der Antragskommission
- A 4 Ablehnung
- A 5 Annahme idF der Antragskommission
- A 6 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 7 Annahme idF der Antragskommission
- A 8 Annahme idF der Antragskommission
- A 9 Ablehnung
- A 10 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 11 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 12 Ablehnung
- A 13 Annahme idF der Antragskommission
- A 14 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 15 erster Spiegel: Ablehnung,
zweiter Spiegel: Annahme idF Antragskommission
- A 16 Annahme idF der Antragskommission
- A 17 Annahme idF der Antragskommission
- A 18 Erledigung
- A 19 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 20 Ablehnung
- A 21 Annahme idF der Antragskommission
- A 22 Annahme
- A 23 Ablehnung
- A 24 Ablehnung
- A 25 Annahme
- A 26 Ablehnung
- A 27 Annahme idF der Antragskommission

- A 28 Annahme
- A 29 Ablehnung
- A 30 Ablehnung
- A 31 Annahme
- A 32 Annahme
- A 33 Ablehnung
- A 34 Ablehnung
- A 35 Annahme
- A 36 Annahme idF der Antragskommission
- A 37 Annahme idF der Antragskommission
- A 38 Ablehnung
- A 39 Ablehnung
- A 40 Ablehnung
- A 41 Annahme
- A 42 Ablehnung
- A 43 Ablehnung
- A 44 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 45 Annahme idF der Antragskommission
- A 46 Annahme idF der Antragskommission
- A 47 Annahme idF der Antragskommission
- A 48 Annahme idF der Antragskommission
- A 49 Annahme idF der Antragskommission
- A 50 Ablehnung
- A 51 Ablehnung
- A 52 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 53 Annahme idF der Antragskommission

- A 54 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 55 Annahme idF der Antragskommission
- A 56 Annahme idF der Antragskommission
- A 57 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 58 Ablehnung
- A 59 Ablehnung
- A 60 Ablehnung
- A 61 Ablehnung
- A 62 Ablehnung
- A 63 Ablehnung
- A 64 Ablehnung
- A 65 Ablehnung
- A 66 Ablehnung
- A 67 Annahme idF der Antragskommission
- A 68 Ablehnung
- A 69 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 70 Erledigung
- A 71 Ablehnung
- A 72 Annahme idF der Antragskommission
- A 73 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 74 Annahme
- A 75 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 76 Ablehnung
- A 77 Ablehnung
- A 78 Ablehnung
- A 79 Ablehnung

- A 80 Ablehnung
- A 81 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 82 Ablehnung
- A 83 Ablehnung
- A 84 Ablehnung
- A 85 Ablehnung
- A 86 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 87 Annahme idF der Antragskommission
- A 88 Annahme idF der Antragskommission
- A 89 Erledigung
- A 90 Ablehnung
- A 91 Ablehnung
- A 92 Ablehnung
- A 93 Ablehnung
- A 94 Ablehnung
- A 95 Ablehnung
- A 96 Annahme idF der Antragskommission
- A 97 Annahme idF der Antragskommission
- A 98 Ablehnung
- A 99 Ablehnung
- A 100 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 101 Ablehnung
- A 102 Ablehnung
- A 103 Ablehnung
- A 104 Ablehnung
- A 105 Ablehnung

- A 106 Ablehnung
- A 107 Annahme idF der Antragskommission
- A 108 Ablehnung
- A 109 Ablehnung
- A 110 Ablehnung
- A 111 Ablehnung
- A 112 Annahme idF der Antragskommission
- A 113 Erledigung
- A 114 Annahme idF der Antragskommission
- A 115 Erledigung
- A 116 Erledigung
- A 117 Annahme idF der Antragskommission
- A 118 Erledigung
- A 119 Erledigung
- A 120 Annahme idF der Antragskommission
- A 121 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 122 Ablehnung
- A 123 Annahme idF der Antragskommission
- A 124 ohne Beschluss
- A 125 Annahme idF der Antragskommission
- A 126 Annahme idF der Antragskommission
- A 127 Annahme idF der Antragskommission
- A 128 Ablehnung
- A 129 Annahme idF der Antragskommission
- A 130 Ablehnung
- A 131 Annahme idF der Antragskommission

- A 132 Ablehnung
- A 133 Ablehnung
- A 134 Ablehnung
- A 135 Ablehnung
- A 136 Ablehnung
- A 137 Annahme idF der Antragskommission
- A 138 Ablehnung
- A 139 Ablehnung
- A 140 Erledigung
- A 141 Ablehnung
- A 142 Ablehnung
- A 143 Ablehnung
- A 144 Ablehnung
- A 145 Ablehnung
- A 146 Ablehnung
- A 147 Ablehnung
- A 148 Ablehnung
- A 149 Ablehnung
- A 150 Ablehnung
- A 151 Ablehnung
- A 152 Ablehnung
- A 153 Ablehnung
- A 154 Ablehnung
- A 155 Ablehnung
- A 156 Ablehnung
- A 157 Ablehnung

- A 158 Ablehnung
- A 159 Ablehnung
- A 160 Ablehnung
- A 161 Ablehnung
- A 162 Ablehnung
- A 163 Annahme idF der Antragskommission
- A 164 Annahme idF der Antragskommission
- A 165 Annahme idF der Antragskommission
- A 166 Annahme idF der Antragskommission
- A 167 Annahme idF der Antragskommission
- A 168 Annahme idF der Antragskommission
- A 169 Ablehnung
- A 170 Ablehnung
- A 171 Ablehnung
- A 172 Ablehnung
- A 173 Ablehnung
- A 174 Ablehnung
- A 175 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 176 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 177 Annahme idF der Antragskommission
- A 178 Annahme idF der Antragskommission
- A 179 Annahme idF der Antragskommission
- A 180 Annahme idF der Antragskommission
- A 181 Ablehnung
- A 182 Annahme idF der Antragskommission
- A 183 Ablehnung

- A 184 Ablehnung
- A 185 Ablehnung
- A 186 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 187 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 188 Ablehnung
- A 189 Ablehnung
- A 190 Ablehnung
- A 191 Erledigung
- A 192 Ablehnung
- A 193 Ablehnung
- A 194 Annahme idF der Antragskommission
- A 195 Erledigung
- A 196 Erledigung
- A 197 Ablehnung
- A 198 Erledigung
- A 199 Ablehnung
- A 200 Ablehnung
- A 201 Erledigung
- A 202 Ablehnung
- A 203 Ablehnung
- A 204 Erledigung
- A 205 Ablehnung
- A 206 Erledigung
- A 207 Erledigung
- A 208 Erledigung
- A 209 Erledigung

- A 210 Ablehnung
- A 211 Ablehnung
- A 212 Erledigung
- A 213 Erledigung
- A 214 Erledigung
- A 215 Annahme idF der Antragskommission
- A 216 Annahme idF der Antragskommission
- A 217 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 218 Ablehnung
- A 219 Annahme idF der Antragskommission
- A 220 Annahme idF der Antragskommission
- A 221 Annahme idF der Antragskommission
- A 222 Ablehnung
- A 223 Annahme idF der Antragskommission
- A 224 Annahme idF der Antragskommission
- A 225 Annahme idF der Antragskommission
- A 226 Ablehnung
- A 227 Annahme
- A 228 Erledigung
- A 229 Ablehnung
- A 230 Annahme
- A 231 Ablehnung
- A 232 Ablehnung
- A 233 Annahme idF der Antragskommission
- A 234 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 235 Annahme idF der Antragskommission

- A 236 Ablehnung
- A 237 Ablehnung
- A 238 Annahme idF der Antragskommission
- A 239 Ablehnung
- A 240 Ablehnung
- A 241 Annahme idF der Antragskommission
- A 242 Annahme idF der Antragskommission
- A 243 Ablehnung
- A 244 Ablehnung
- A 245 Annahme idF der Antragskommission
- A 246 Ablehnung
- A 247 Annahme idF der Antragskommission
- A 248 Ablehnung
- A 249 Annahme idF der Antragskommission
- A 250 Ablehnung
- A 251 Ablehnung
- A 252 Annahme idF der Antragskommission
- A 253 Annahme idF der Antragskommission
- A 254 Annahme
- A 255 Ablehnung
- A 256 Ablehnung
- A 257 Ablehnung
- A 258 Ablehnung
- A 259 Ablehnung
- A 260 Ablehnung
- A 261 Annahme

- A 262 Ablehnung
- A 263 Ablehnung
- A 264 Annahme
- A 265 Annahme
- A 266 Ablehnung
- A 267 Ablehnung
- A 268 Annahme
- A 269 Ablehnung
- A 270 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 271 Annahme idF der Antragskommission
- A 272 Annahme idF der Antragskommission
- A 273 Annahme idF der Antragskommission
- A 274 Annahme idF der Antragskommission
- A 275 Erledigung
- A 276 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 277 Annahme
- A 278 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 279 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 280 Annahme idF der Antragskommission
- A 281 Annahme idF der Antragskommission
- A 282 Annahme idF der Antragskommission
- A 283 Annahme idF der Antragskommission
- A 284 Annahme idF der Antragskommission
- A 285 Annahme idF der Antragskommission
- A 286 Annahme idF der Antragskommission
- A 287 Annahme

- A 288 Ablehnung
- A 289 Ablehnung
- A 290 Ablehnung
- A 291 Ablehnung
- A 292 Ablehnung
- A 293 Erledigung
- A 294 Erledigung
- A 295 Erledigung
- A 296 Erledigung
- A 297 Erledigung
- A 298 Erledigung
- A 299 Erledigung
- A 300 Erledigung
- A 301 Erledigung
- A 302 Erledigung
- A 303 Erledigung
- A 304 Erledigung
- A 305 Erledigung
- A 306 Erledigung
- A 307 Erledigung
- A 308 Erledigung
- A 309 Erledigung
- A 310 Erledigung
- A 311 Erledigung
- A 312 Erledigung
- A 313 Annahme idF der Antragskommission

- A 314 Erledigung
- A 315 Ablehnung
- A 316 Ablehnung
- A 317 Ablehnung
- A 318 Ablehnung
- A 319 Ablehnung
- A 320 Annahme idF der Antragskommission
- A 321 Erledigung
- A 322 Erledigung
- A 323 Erledigung
- A 324 Annahme
- A 325 Ablehnung
- A 326 Annahme
- A 327 Ablehnung
- A 328 Annahme
- A 329 Ablehnung
- A 330 Annahme
- A 331 Ablehnung
- A 332 Ablehnung
- A 333 Ablehnung
- A 334 Ablehnung
- A 335 Ablehnung
- A 336 Ablehnung
- A 337 Ablehnung
- A 338 Ablehnung
- A 339 Ablehnung

- A 340 Ablehnung
- A 341 Annahme
- A 342 Ablehnung
- A 343 Annahme
- A 344 Ablehnung
- A 345 Annahme
- A 346 Ablehnung
- A 347 Annahme idF der Antragskommission
- A 348 Annahme idF der Antragskommission
- A 349 Ablehnung
- A 350 Annahme idF der Antragskommission
- A 351 Annahme
- A 352 Annahme idF der Antragskommission
- A 353 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 354 Ablehnung
- A 355 Annahme idF der Antragskommission
- A 356 Ablehnung
- A 357 ohne Beschluss
- A 358 ohne Beschluss
- A 359 ohne Beschluss
- A 360 Ablehnung
- A 361 Erledigung
- A 362 Ablehnung
- A 363 Ablehnung
- A 364 Annahme idF der Antragskommission
- A 365 Ablehnung

- A 366 Ablehnung
- A 367 Ablehnung
- A 368 Ablehnung
- A 369 Annahme
- A 370 Annahme idF der Antragskommission
- A 371 Annahme idF der Antragskommission
- A 372 Ablehnung
- A 373 Annahme idF der Antragskommission
- A 374 Ablehnung
- A 375 Annahme idF der Antragskommission
- A 376 Ablehnung
- A 377 Ablehnung
- A 378 Annahme idF der Antragskommission
- A 379 Annahme
- A 380 Annahme
- A 381 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 382 Annahme idF der Antragskommission;
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 383 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 384 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 385 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 386 Annahme idF der Antragskommission;
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 387 Ablehnung
- A 388 Ablehnung
- A 389 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 390 Ablehnung

- A 391 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 392 Ablehnung
- A 393 Ablehnung
- A 394 Ablehnung
- A 395 Ablehnung
- A 396 Annahme idF der Antragskommission;
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 397 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 398 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 399 Erledigung
- A 400 Ablehnung
- A 401 Annahme idF der Antragskommission
- A 402 Annahme idF der Antragskommission
- A 403 Annahme idF der Antragskommission
- A 404 Annahme idF der Antragskommission
- A 405 Annahme idF der Antragskommission
- A 406 Annahme idF der Antragskommission
- A 407 Annahme idF der Antragskommission
- A 408 Annahme idF der Antragskommission
- A 409 Ablehnung
- A 410 Annahme idF der Antragskommission
- A 411 Ablehnung
- A 412 Erledigung
- A 413 Annahme idF der Antragskommission
- A 414 Annahme idF der Antragskommission
- A 415 Annahme idF der Antragskommission

- A 416 Ablehnung
- A 417 Annahme idF der Antragskommission
- A 418 Ablehnung
- A 419 Ablehnung
- A 420 Ablehnung
- A 421 Ablehnung
- A 422 Annahme idF der Antragskommission
- A 423 Erledigung
- A 424 Annahme
- A 425 Ablehnung
- A 426 Ablehnung
- A 427 Annahme
- A 428 Annahme
- A 429 Annahme
- A 430 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 431 Ablehnung
- A 432 Annahme idF der Antragskommission
- A 433 Annahme idF der Antragskommission
- A 434 Erledigung
- A 435 Annahme idF der Antragskommission
- A 436 Annahme
- A 437 Ablehnung
- A 438 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 439 Annahme
- A 440 Annahme
- A 441 Ablehnung

- A 442 Annahme
- A 443 Annahme
- A 444 Annahme
- A 445 Ablehnung
- A 446 Ablehnung
- A 447 Annahme
- A 448 Annahme
- A 449 Annahme
- A 450 Ablehnung
- A 451 Ablehnung
- A 452 Ablehnung
- A 453 Annahme
- A 454 Annahme
- A 455 Annahme idF der Antragskommission
- A 456 Annahme idF der Antragskommission
- A 457 Annahme idF der Antragskommission
- A 458 Ablehnung
- A 459 Ablehnung
- A 460 ohne Beschluss
- A 461 Annahme
- A 462 Ablehnung
- A 463 Ablehnung
- A 464 Ablehnung
- A 465 Ablehnung
- A 466 Ablehnung
- A 467 Erledigung

- A 468 Ablehnung
- A 469 Ablehnung
- A 470 Annahme idF der Antragskommission
- A 471 Annahme idF der Antragskommission
- A 472 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 473 Ablehnung
- A 474 (KV Steinfurt) Ablehnung
- A 474 (EAK) Annahme idF der Antragskommission
- A 475 Annahme idF der Antragskommission
- A 476 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 477 (Präambel) Annahme
- A 477 (Initiativantrag) Annahme idF der Antragskommission
- A 478 Ablehnung
- A 479 Annahme idF der Antragskommission
- A 480 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 481 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 482 Annahme idF der Antragskommission
- A 483 Annahme idF der Antragskommission
- A 484 Annahme idF der Antragskommission

Zu TOP 12a): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands **„Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“** durch den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 46 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band II“ abgedruckt. Der Wortlaut des Antrags B 47 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- B 1 Annahme
- B 2 Annahme idF der Antragskommission
- B 3 Annahme idF der Antragskommission
- B 4 Annahme idF der Antragskommission
- B 5 Annahme idF der Antragskommission
- B 6 Erledigung
- B 7 Erledigung
- B 8 Erledigung
- B 9 Erledigung
- B 10 Erledigung
- B 11 Annahme
- B 12 Annahme
- B 13 Ablehnung
- B 14 Ablehnung
- B 15 Annahme idF der Antragskommission
- B 16 Annahme
- B 17 Ablehnung
- B 18 Annahme
- B 19 Annahme
- B 20 Ablehnung
- B 21 Annahme idF der Antragskommission
- B 22 Annahme idF der Antragskommission

- B 23 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- B 24 Annahme idF der Antragskommission
- B 25 Ablehnung
- B 26 Annahme idF der Antragskommission
- B 27 Annahme idF der Antragskommission
- B 28 Annahme
- B 29 Erledigung
- B 30 Ablehnung
- B 31 Ablehnung
- B 32 Erledigung
- B 33 Ablehnung
- B 34 Annahme idF der Antragskommission
- B 35 Annahme idF der Antragskommission
- B 36 Annahme
- B 37 Annahme
- B 38 Ablehnung
- B 39 Ablehnung
- B 40 Annahme
- B 41 Annahme
- B 42 Annahme idF der Antragskommission
- B 43 Ablehnung
- B 44 Annahme idF der Antragskommission
- B 45 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- B 46 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- B 47 Annahme idF der Antragskommission

Zu TOP 13a): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den Antrag **„Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“** durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands **„Bürgerpartei CDU – Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 375 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band I“ abgedruckt. Der Wortlaut des Antrags C 376 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- C 1 Annahme idF der Antragskommission
- C 2 Ablehnung
- C 3 Ablehnung
- C 4 Erledigung
- C 5 Ablehnung
- C 6 Erledigung
- C 7 Ablehnung
- C 8 Erledigung
- C 9 Ablehnung
- C 10 Erledigung
- C 11 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 12 Annahme idF der Antragskommission
- C 13 Annahme idF der Antragskommission
- C 14 Annahme idF der Antragskommission
- C 15 Ablehnung

- C 16 Ablehnung
- C 17 Erledigung
- C 18 Annahme idF der Antragskommission
- C 19 Annahme idF der Antragskommission
- C 20 Ablehnung
- C 21 Annahme idF der Antragskommission
- C 22 Annahme idF der Antragskommission
- C 23 Ablehnung
- C 24 Annahme idF der Antragskommission
- C 25 Ablehnung
- C 26 Erledigung
- C 27 Annahme
- C 28 Ablehnung
- C 29 Ablehnung
- C 30 Ablehnung
- C 31 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 32 Ablehnung
- C 33 Annahme idF der Antragskommission
- C 34 Annahme idF der Antragskommission
- C 35 Erledigung
- C 36 Erledigung
- C 37 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 38 Ablehnung
- C 39 Ablehnung
- C 40 Ablehnung
- C 41 Annahme idF der Antragskommission

- C 42 Annahme idF der Antragskommission
- C 43 Annahme idF der Antragskommission
- C 44 Ablehnung
- C 45 Ablehnung
- C 46 Ablehnung
- C 47 Annahme idF der Antragskommission
- C 48 Annahme idF der Antragskommission
- C 49 Annahme idF der Antragskommission
- C 50 Annahme idF der Antragskommission
- C 51 Annahme idF der Antragskommission
- C 52 Ablehnung
- C 53 Annahme idF der Antragskommission
- C 54 Annahme idF der Antragskommission
- C 55 Annahme idF der Antragskommission
- C 56 Annahme idF der Antragskommission
- C 57 Annahme idF der Antragskommission
- C 58 Ablehnung
- C 59 Annahme idF der Antragskommission
- C 60 Ablehnung
- C 61 Annahme idF der Antragskommission
- C 62 Annahme idF der Antragskommission
- C 63 Annahme idF der Antragskommission
- C 64 Ablehnung
- C 65 Annahme idF der Antragskommission
- C 66 Annahme idF der Antragskommission
- C 67 Annahme idF der Antragskommission

- C 68 Ablehnung
- C 69 Ablehnung
- C 70 Annahme idF der Antragskommission
- C 71 Ablehnung
- C 72 Erledigung
- C 73 Ablehnung
- C 74 Annahme idF der Antragskommission
- C 75 Ablehnung
- C 76 Ablehnung
- C 77 Annahme idF der Antragskommission
- C 78 Ablehnung
- C 79 Ablehnung
- C 80 Ablehnung
- C 81 Ablehnung
- C 82 Ablehnung
- C 83 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 84 Annahme idF der Antragskommission
- C 85 Erledigung
- C 86 Annahme idF der Antragskommission
- C 87 Annahme idF der Antragskommission
- C 88 Ablehnung
- C 89 Ablehnung
- C 90 Erledigung
- C 91 Annahme idF der Antragskommission
- C 92 Ablehnung
- C 93 Annahme idF der Antragskommission

- C 94 Annahme idF der Antragskommission
- C 95 Annahme idF der Antragskommission
- C 96 Ablehnung
- C 97 Ablehnung
- C 98 Ablehnung
- C 99 Ablehnung
- C 100 Annahme idF der Antragskommission
- C 101 Ablehnung
- C 102 Annahme idF der Antragskommission
- C 103 Ablehnung
- C 104 Ablehnung
- C 105 Ablehnung
- C 106 Annahme idF der Antragskommission
- C 107 Ablehnung
- C 108 Ablehnung
- C 109 Ablehnung
- C 110 Erledigung
- C 111 Annahme idF der Antragskommission
- C 112 Annahme idF der Antragskommission
- C 113 Annahme idF der Antragskommission
- C 114 Annahme idF der Antragskommission
- C 115 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 116 Ablehnung
- C 117 Ablehnung
- C 118 Überweisung an den Generalsekretär
- C 119 Überweisung an den Generalsekretär

- C 120 Ablehnung
- C 121 Erledigung
- C 122 Ablehnung
- C 123 Ablehnung
- C 124 Erledigung
- C 125 Ablehnung
- C 126 Ablehnung
- C 127 Annahme idF der Antragskommission
- C 128 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 129 Annahme idF der Antragskommission
- C 130 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 131 Annahme
- C 132 Ablehnung
- C 133 Ablehnung
- C 134 Ablehnung
- C 135 Annahme idF der Antragskommission
- C 136 Ablehnung
- C 137 Ablehnung
- C 138 zurückgezogen
- C 139 Ablehnung
- C 140 Ablehnung
- C 141 Annahme idF der Antragskommission
- C 142 Ablehnung
- C 143 Ablehnung
- C 144 Ablehnung
- C 145 Ablehnung

- C 146 Ablehnung
- C 147 Ablehnung
- C 148 Ablehnung
- C 149 Erledigung
- C 150 Ablehnung
- C 151 Ablehnung
- C 152 Ablehnung
- C 153 Ablehnung
- C 154 Ablehnung
- C 155 Ablehnung
- C 156 Ablehnung
- C 157 Annahme idF der Antragskommission
- C 158 Annahme idF der Antragskommission
- C 159 Ablehnung
- C 160 Ablehnung
- C 161 Annahme idF der Antragskommission
- C 162 Ablehnung
- C 163 Ablehnung
- C 164 Ablehnung
- C 165 Ablehnung
- C 166 Ablehnung
- C 167 Ablehnung
- C 168 Ablehnung
- C 169 Ablehnung
- C 170 Ablehnung
- C 171 Ablehnung

- C 172 Ablehnung
- C 173 Annahme
- C 174 Ablehnung
- C 175 Ablehnung
- C 176 Ablehnung
- C 177 Ablehnung
- C 178 Ablehnung
- C 179 Überweisung an den Generalsekretär
- C 180 Ablehnung
- C 181 Ablehnung
- C 182 Ablehnung
- C 183 Ablehnung
- C 184 Ablehnung
- C 185 Ablehnung
- C 186 Ablehnung
- C 187 Annahme idF der Antragskommission
- C 188 Annahme idF der Antragskommission
- C 189 Annahme idF der Antragskommission
- C 190 Überweisung an den Generalsekretär
- C 191 Annahme idF der Antragskommission
- C 192 Ablehnung
- C 193 Annahme idF der Antragskommission
- C 194 Erledigung
- C 195 Ablehnung
- C 196 Annahme idF der Antragskommission
- C 197 Erledigung

- C 198 Überweisung an den Generalsekretär
- C 199 Annahme idF der Antragskommission
- C 200 Annahme
- C 201 Ablehnung
- C 202 Ablehnung
- C 203 Ablehnung
- C 204 Ablehnung
- C 205 Ablehnung
- C 206 Ablehnung
- C 207 Erledigung
- C 208 Ablehnung
- C 209 Ablehnung
- C 210 Ablehnung
- C 211 Annahme idF der Antragskommission
- C 212 Ablehnung
- C 213 Ablehnung
- C 214 Ablehnung
- C 215 Überweisung an den Generalsekretär
- C 216 Ablehnung
- C 217 Überweisung an den Generalsekretär
- C 218 Ablehnung
- C 219 Ablehnung
- C 220 Annahme idF der Antragskommission
- C 221 Ablehnung
- C 222 Überweisung an den Generalsekretär
- C 223 Überweisung an den Generalsekretär

- C 224 ohne Beschluss
- C 225 Überweisung an den Generalsekretär
- C 226 Ablehnung
- C 227 Annahme idF der Antragskommission
- C 228 Erledigung
- C 229 Ablehnung
- C 230 Erledigung
- C 231 Annahme idF der Antragskommission
- C 232 Erledigung
- C 233 Ablehnung
- C 234 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 235 Ablehnung
- C 236 Annahme idF der Antragskommission
- C 237 Erledigung
- C 238 Annahme idF der Antragskommission
- C 239 Annahme
- C 240 Überweisung an den Generalsekretär
- C 241 Überweisung an den Generalsekretär
- C 242 Annahme
- C 243 Ablehnung
- C 244 Erledigung
- C 245 Annahme
- C 246 Erledigung
- C 247 Überweisung an den Generalsekretär
- C 248 Annahme
- C 249 Überweisung an den Generalsekretär

- C 250 Überweisung an den Generalsekretär
- C 251 Annahme
- C 252 Ablehnung
- C 253 Annahme idF der Antragskommission
- C 254 Annahme idF der Antragskommission
- C 255 Erledigung
- C 256 Ablehnung
- C 257 ohne Beschluss
- C 258 Ablehnung
- C 259 Ablehnung
- C 260 Erledigung
- C 261 Ablehnung
- C 262 Ablehnung
- C 263 Ablehnung
- C 264 Ablehnung
- C 265 Annahme idF der Antragskommission
- C 266 Annahme idF der Antragskommission
- C 267 Annahme idF der Antragskommission
- C 268 Ablehnung
- C 269 Annahme idF der Antragskommission
- C 270 Erledigung
- C 271 Ablehnung
- C 272 Ablehnung
- C 273 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 274 Ablehnung
- C 275 Ablehnung

- C 276 Annahme idF der Antragskommission
- C 277 Ablehnung
- C 278 Annahme idF der Antragskommission
- C 279 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 280 Annahme idF der Antragskommission
- C 281 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- C 282 Annahme idF der Antragskommission
- C 283 Annahme idF der Antragskommission
- C 284 Erledigung
- C 285 Erledigung
- C 286 Annahme idF der Antragskommission
- C 287 Annahme idF der Antragskommission
- C 288 Ablehnung
- C 289 Überweisung an den Generalsekretär
- C 290 Überweisung an den Generalsekretär
- C 291 Annahme
- C 292 Annahme idF der Antragskommission
- C 293 Annahme idF der Antragskommission
- C 294 Annahme idF der Antragskommission
- C 295 Annahme idF der Antragskommission
- C 296 Überweisung an den Generalsekretär
- C 297 Annahme idF der Antragskommission
- C 298 Annahme idF der Antragskommission
- C 299 Ablehnung
- C 300 Erledigung
- C 301 Annahme idF der Antragskommission

- C 302 Annahme idF der Antragskommission
- C 303 Annahme
- C 304 Ablehnung
- C 305 Annahme
- C 306 Ablehnung
- C 307 Erledigung
- C 308 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 309 Ablehnung
- C 310 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 311 Überweisung an den Generalsekretär
- C 312 Annahme
- C 313 Ablehnung
- C 314 Annahme
- C 315 Ablehnung
- C 316 Ablehnung
- C 317 Annahme
- C 318 Ablehnung
- C 319 Ablehnung
- C 320 Annahme
- C 321 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 322 Annahme
- C 323 Überweisung an den Generalsekretär
- C 324 Annahme
- C 325 Ablehnung
- C 326 Ablehnung
- C 327 Annahme

- C 328 Ablehnung
- C 329 Ablehnung
- C 330 Ablehnung
- C 331 Ablehnung
- C 332 Ablehnung
- C 333 Ablehnung
- C 334 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- C 335 Ablehnung
- C 336 Annahme
- C 337 Ablehnung
- C 338 Annahme
- C 339 Annahme idF der Antragskommission
- C 340 Überweisung an den Generalsekretär
- C 341 Annahme idF der Antragskommission
- C 342 Ablehnung
- C 343 Annahme idF der Antragskommission
- C 344 Annahme idF der Antragskommission
- C 345 Annahme idF der Antragskommission
- C 346 Annahme idF der Antragskommission
- C 347 Annahme
- C 348 Ablehnung
- C 349 Ablehnung
- C 350 Annahme idF der Antragskommission
- C 351 Annahme idF der Antragskommission
- C 352 Annahme
- C 353 Überweisung an den Generalsekretär

- C 354 Überweisung an den Generalsekretär
- C 355 Annahme
- C 356 Ablehnung
- C 357 Überweisung an den Generalsekretär
- C 358 Ablehnung
- C 359 Annahme idF der Antragskommission
- C 360 Annahme idF der Antragskommission
- C 361 Überweisung an den Generalsekretär
- C 362 Ablehnung
- C 363 Annahme
- C 364 Ablehnung
- C 365 Annahme
- C 366 Überweisung an den Generalsekretär
- C 367 Annahme
- C 368 Überweisung an den Generalsekretär
- C 369 Überweisung an den Generalsekretär
- C 370 Überweisung an den Generalsekretär
- C 371 Ablehnung
- C 372 Ablehnung
- C 373 Überweisung an den Generalsekretär
- C 374 Überweisung an den Generalsekretär
- C 375 Ablehnung
- C 376 Überweisung an die Bundesfinanzkommission

Zu TOP 14:

Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15: Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundes-schatzmeisters der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Peiner**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz vorgelegten schriftlichen **Rechenschafts-bericht 2001** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 16: Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Einführung in den **Bericht der Rechnungsprüfer** durch Herrn Ferdinand Tillmann zustimmend zur Kenntnis. Der vollständige Bericht der Rechnungsprüfer ist als Anhang zum Beschlussprotokoll abgedruckt (Seite 310 ff.).

Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand für das Kalenderjahr 2001 Entlastung.

Zu TOP 17a): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands wählte **auf Vorschlag der CDU-Landesverbände** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XVI. EVP-Kongress:**

Delegierte:

Thomas Bareiß

Daniel Caspary

Dr. Inge Gräßle MdL

Andreas Apelt MdA

Martin Habermann MdL

Bernd Neumann MdB

Dr. Detlef Gottschalck

Elisabeth Apel MdL

Dr. Peter Lennert MdL

Aloys Lenz MdL

Kristin Vorpahl

Wilhelm Hogrefe MdL

Stellv. Delegierte:

Dorothea Beetz

Prof. Dr. Kurt Lauk

Birgit Veith

Stefan Tromp

Michael Teiser

Christoph Eggers

Gudrun Osterburg MdL

Reinhard Otto MdL

Birgit Feller

Helmut Sauer

Bernd Josef Scherer

Jutta Zemke-Heyl

Dr. Friedbert Pflüger MdB	Alice Neuhäuser
Wiltrud Schumann	Dr. Markus Pieper
Dr. Stefan Berger MdL	Hans-Joachim Reck
Lothar Hegemann MdL	Charlotte Schoelgens
Ilka Keller MdL	Hanno Thewes
Herbert Reul MdL	Helma Kuhn-Theis
Peter Altmaier MdB	Gesine Matthes MdL
Karl Rauber	Herman Winkler MdL
Stanislaw Tillich	Heinz-Dieter Rutsatz
Volker Schimpff MdL	Karin Brückert
Eva-Maria Wybrands MdL	Dr. Johann Wadephul MdL
Uwe Greve MdL	Siegfried Jaschke MdL
Manfred Ritzek MdL	Volker Pöhler MdL
Gustav Bergemann MdL	Christoph Bender
Fritz Schröter MdL	Markus Lackamp
Laurenz Meyer MdB	Olaf Göhs
Matthias Wissmann	Dr. Bernhard Kotsch
Barbara von Wnuk-Lipinski	Anja Veit

Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands wählte **als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XVI. EVP-Kongress:**

Delegierte:

(ordentliche Mitglieder der CDU
im EVP-Vorstand)

Elmar Brok MdEP

Stellv. Delegierte:

(stellv. Mitglieder der CDU
im EVP-Vorstand)

Reimer Böge MdEP

Michael Gahler MdEP	Tanja Gönner
Ursulaa Heinen MdB	Dr. Guido Herz
Peter Hintze MdB	Ruth Hieronymi MdEP
Günter Nooke MdB	Markus Pösentrup
Dr. Egon Klepsch	Katherina Reiche MdB
Dr. Martina Krogmann MdB	Dr. Peter Weilemann
Horst Langes	Peter Scheib
Prof. Dr. Günter Rinsche	Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Armin Laschet MdEP	Reinhard Stuth
Hildegard Müller	Prof. Dr. Rita Süßmuth
Hartmut Nassauer MdEP	Mario Voigt
Doris Pack MdEP	Annette Widmann-Mauz MdB
Dr. Werner Langen MdEP	Dr. Karl von Wogau MdEP

Zu TOP 17b): Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands wählte **Herrn Dr. Willi Hausmann zum stellvertretenden Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU** für den Rest der am 6. November 2004 endenden Wahlperiode.

Zu TOP 18: Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands zur **Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 20 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band I“ abgedruckt).

- D 1 Annahme
- D 2 Annahme
- D 3 Annahme

- D 4 Annahme
- D 5 Annahme
- D 6 Annahme
- D 7 Annahme
- D 8 Annahme
- D 9 Annahme
- D 10 Annahme
- D 11 Annahme
- D 12 vom Antragsteller zurückgezogen
- D 13 Ablehnung
- D 14 Überweisung an den Bundesvorstand
- D 15 Überweisung an den Bundesvorstand
- D 16 Überweisung an den Generalsekretär
- D 17 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- D 18 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- D 19 Annahme
- D 20 erster und vierter Spiegel: Erledigung;
zweiter und dritter Spiegel: Ablehnung

Die zur Annahme der Anträge D 1 bis D 11 und D 19 satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde erreicht.

Zu TOP 19:

Der 17. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung über **„Sons-tige Anträge“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge E 1 bis E 25 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission Band I“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge E 26 bis E 29 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfeh-lungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- E 1 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Überweisung an den Bundesvorstand
- E 2 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Überweisung an den Bundesvorstand
- E 3 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 4 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 5 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 6 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 7 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 8 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 9 Ablehnung
- E 10 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 11 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Überweisung an den Bundesvorstand
- E 12 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 13 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 14 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 15 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 16 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen,
Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus Berlin
- E 17 Überweisung an den Generalsekretär
- E 18 Überweisung an den Bundesvorstand
- E 19 Überweisung an die Bundesfinanzkommission
- E 20 Überweisung an den Generalsekretär
- E 21 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen,
Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus Berlin

- E 22 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 23 Überweisung an den Generalsekretär
- E 24 Annahme idF der Antragskommission
- E 25 Annahme idF der Antragskommission
- E 26 Annahme idF der Antragskommission
- E 27 Annahme idF der Antragskommission
- E 28 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- E 29 Annahme

Zu TOP 20:

Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Angela Merkel MdB

ANHANG

Zu TOP 16 (Bericht der Rechnungsprüfer)

Seit dem Parteitag in Hannover haben die Rechnungsprüfer – Claudia Nolte, Dr. Franz Möller und ich – sich regelmäßig mündlich und schriftlich vom Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann und vom Finanzbeauftragten Dr. Günter Winter über die laufende Finanzgebarung, die Liquiditätslage, Jahresabschlüsse und Rechenschaftsbericht für das Jahr 2002 – unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen – berichten lassen.

Obwohl das Jahr 2002 ein Bundestagswahljahr war und wir alle wissen, dass Wahlkampfjahre auch was die Ausgaben- und Einnahmenseite anbelangt besondere Unsicherheiten aufweisen, ist es den Finanzverantwortlichen in Zusammenarbeit mit den Wahlkampfteilnehmenden gelungen, den am 13. Parteitag eingeschlagenen Kurs einer wirtschaftlichen und sparsamen Finanz- und Haushaltspolitik fortzuführen.

Dessen ungeachtet sollten weitere Einsparmöglichkeiten unvoreingenommen immer wieder untersucht werden, zum Beispiel bei den von uns schon des Öfteren angesprochenen Kosten für Parteitage oder Zuschüsse an Vereinigungen.

Die im Jahr 2000 eingeführten Strukturen haben sich unseres Erachtens im großen und ganzen bewährt und haben mit der Bundestagswahl 2002 gewissermaßen die Feuerprobe bestanden, sollten aber hin und wieder auf ihre Effizienz hin überprüft werden.

Unser besonderer Dank gilt dem Generalsekretär, dem Bundesschatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer, dem Finanzbeauftragten sowie dem Revisionsbeauftragten und natürlich insbesondere den Landes- und Kreisverbänden, die mit ihren Sonderbeiträgen ganz wesentlich zur finanziellen Gesundung der Partei beitragen.

Der ordentliche Etat des Jahres 2002 wurde – was die Ausgaben angeht – exakt eingehalten. Die Einnahmen übertrafen die Etatsätze um rd. 5,8 Mio. Euro. Zu Mehreinnahmen bei Spenden von 1,2 Mio. Euro kamen noch rd. 4,6 Mio. Euro aus der Abrechnung der staatlichen Mittel für 2002.

Der Rahmen für die Ausgaben des Bundestagswahlkampfes wurde ebenfalls eingehalten. Der Bundesvorstand hatte eine Erhöhung der in Essen festgelegten 40 Mio. DM um die oben erwähnten Mehreinnahmen bei Spenden genehmigt. Auf Grund dieser Ausgaben-Disziplin konnte die Absicht, den Bundestagswahlkampf 2002 ohne Bankkredite zu finanzieren, verwirklicht werden.

Zum 1.7.2002 trat das geänderte Parteiengesetz teilweise in Kraft. Teilweise sage ich, weil der Teil, der im Wesentlichen den formellen Aufbau des Rechenschaftsberichtes betrifft erst zum 1.1.2003 gilt. (Zu den Folgen des neuen Parteiengesetzes hat der Bundesschatzmeister bereits alles Wesentliche gesagt.) Das zum 1.1.2003 in Kraft getretene novellierte Parteiengesetz erhöht zwar

die Transparenz; was die Praktikabilität für die Parteiorganisation anbelangt, bestehen jedoch erhebliche Zweifel. Sollten sich diese Zweifel als berechtigt erweisen, wären nach unserer Meinung bei einer weiteren Novellierung daraus die Schlüsse zu ziehen.

Ich will an dieser Stelle betonen, wie wichtig es ist, dass alle wie auch immer bekannt gewordenen Fehler in bereits form- und fristgerecht beim Präsidenten des Deutschen Bundestags eingereichten Rechenschaftsberichten unverzüglich dem Finanzbeauftragten gemeldet werden. Gleiches gilt für Spenden, die sich nach dem Parteiengesetz später als unrechtmäßig herausstellen. Nur so können Sanktionen gegen uns vermieden werden. Bisher wurden alle nachträglich bekannt gewordenen Fehler unverzüglich der Bundestagsverwaltung weitergeleitet, so dass keine weiteren geldlichen Sanktionen von der Bundestagsverwaltung zu erwarten sind. Es bedarf eigentlich keiner Erwähnung, dass wir Rechnungsprüfer diese Handhabe ausdrücklich unterstützen, und dass wir alle Gliederungen der Partei auffordern sorgsam und entsprechend schnell zu handeln.

Der Finanzbeauftragte hat uns davon unterrichtet, dass der Rechenschaftsbericht 2002 Ende Oktober dem Bundestagspräsidenten übergeben worden ist. Der Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2003 steht also nichts mehr im Wege. Erfreulicherweise waren auch in dem abgegebenen Rechenschaftsbericht 2002 keine Rückstellungen für die Stiftung Versorgungswerk anzusetzen, da die Stiftung mit ausreichendem Deckungskapital versorgt ist. Ausdrücklich unterstützen wir Prüfer in diesem Zusammenhang die Suche nach einer angemessenen Lösung für die Altersvorsorge der ab dem 1.3.2000, nach Schließung der Stiftung, neu angestellten Mitarbeiter.

Liebe Parteifreunde, auf dem letzten Parteitag legte Franz Möller dar, dass die finanzielle Situation der Bundespartei ganz wesentlich von der Gerichtsentscheidung über die Rückzahlungsforderung des Bundestagspräsidenten im Zusammenhang mit den fehlerhaften Angaben des Landesverbandes Hessen abhängt. Bedauerlicherweise hat das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin zurückgewiesen. Die strittige Rückzahlungsforderung in Höhe von rd. 21 Mio. Euro erlangte somit am 4.2.2003 Rechtskraft. Zwar wurde gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes eine Verfassungsbeschwerde eingelegt, diese Beschwerde hat aber keine aufschiebende Wirkung.

Trotz allem Optimismus erwies es sich also als richtig, dass bereits im Rechenschaftsbericht 2001 die Rückzahlungsforderung des Bundestagspräsidenten in den Rückstellungen berücksichtigt wurde. Es war vorgesehen, dass, sofern es dann zu einer Rückzahlung kommen würde, der Landesverband Hessen einen möglichst großen Teil davon wirtschaftlich übernimmt. Der Landesverband hat die Hälfte der Rückzahlung übernommen, so dass Anfang April 2003 rd. 10,5 Mio. Euro bezahlt werden konnten. Über die restlichen noch zu zahlenden 10,5 Mio. Euro wurde ein Stundungsantrag gestellt. Der Stundungsantrag war erforderlich, damit unsere Partei auch 2006 einen unbeeinträchtigten Bundestagswahlkampf führen kann.

Die Bundestagsverwaltung hat den Stundungsantrag inzwischen genehmigt, so dass zumindest die „Wahlkampffähigkeit“ der Partei für den Europawahlkampf 2004 nicht beeinträchtigt scheint. Der Tilgungsplan sieht insgesamt 10 Raten vor, die im November 2003 und 2004 sowie in den Jahren 2005 und 2007 – jeweils zu den Terminen der Auszahlung der staatlichen Teilfinanzierung – zu zahlen sind. Man kann davon ausgehen, dass 2005 über die inzwischen vom Bundesverfassungsgericht angenommene Verfassungsbeschwerde entschieden wird. Mitte 2005 läuft die in Essen beschlossene „Solidaritätsmark“ aus. Sollte die Entscheidung des Verfassungsgerichts negativ ausfallen, kann man jetzt schon sagen, dass der Bundestagswahlkampf 2006 – wenn nicht weitere Maßnahmen beschlossen werden – zu großen Teilen wieder aus Bankkrediten finanziert werden muss, und dies trotz der disziplinierten Haushaltsführung der Bundespartei seit dem Rechnungsjahr 2000, die wir in unseren Stellungnahmen als Rechnungsprüfer bestätigen konnten.

Nach § 23 Abs. 2 Satz 5 PartG ist der Rechenschaftsbericht der Partei jeweils auf dem seiner Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag zur Erörterung vorzulegen. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2001 wurde gemäß § 24 FBO alt bzw. nach neuem PartG § 23 vom Bundesvorstand beschlossen und – versehen mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer – als Bundestagsdrucksache veröffentlicht. Er ist in ihren Tagungsunterlagen enthalten. Wir empfehlen, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und dem Vorstand, dem Finanzmanagement und der Bundesgeschäftsstelle eine uneingeschränkte Entlastung zu geben.

Schlussendlich möchten auch wir insbesondere dem bisherigen Bundesgeschäftsführer Dr. Willi Hausmann danken. Er hat in den vergangenen Jahren bei der Überwindung der Spendenprobleme hervorragende Arbeit geleistet.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

NAMENSVERZEICHNIS	Seite
Abler, Eugen	190 f
Althaus, Dieter	12 ff, 54 ff, 227 ff
Arentz, Hermann-Josef	66 ff, 160
Barthle, Norbert	167
Billen, Michael	151 f
Blüm, Norbert	116 ff
Böhmer, Maria	111 ff, 160 f, 248 ff
Böhr, Christoph	129 ff
Böhringer, Fritz	143 f, 201 f
Bosbach, Wolfgang	123 ff, 165 ff, 188 ff
Bröckelmann, Henrik	243, 245
Carstensen, Peter Harry	230 ff, 241 f
Casini, Pier Ferdinando	15 ff
Dörflinger, Thomas	203 f
Eisel, Stephan	237 f, 240 f
Fischbach, Ingrid	155
Flachsbarth, Maria	63 f
Gansäuer, Jürgen	56 f
Geisler, Hans	156
Göhner, Reinhard	135 ff, 154
Gönner, Tanja	251
Görner, Regina	121 f
Grill, Kurt-Dieter	72

Herzog, Roman	74 ff
Jantz, Astrid	249 f
Jostmeier, Werner	237
Jung, Franz Josef	238 f
Jungen, Peter	197 ff
Kauder, Siegfried	235
Klöckner, Julia	157 f
Koch, Friedhelm	137 f
Koch, Roland	191 ff
Krings, Günter	127 ff
Krogmann, Martina	172 ff, 206 ff
Lammert, Norbert	195 ff
Laumann, Karl-Josef	106 ff
Lennartz, Leo	49 ff
Martens, Wilfried	17 ff
Meister, Michael	200 f
Merkel, Angela	5 ff, 20 ff, 86, 153, 164, 227, 259 f
Merz, Friedrich	176 ff
Meyer, Laurenz	87 ff, 140, 145, 150 ff, 161 ff, 204, 227 ff, 233 ff, 239, 241, 248 f, 252
Milbradt, Georg	9 f, 12 ff, 19 f, 45 ff, 87, 210, 258, 260
Mißfelder, Philipp	68 ff, 149, 156
Müller, Hildegard	159 f
Müller, Peter	101 ff, 162 f
Nassauer, Hartmut	172 ff
Neumann, Bernd	100 ff, 140 ff

Peiner, Wolfgang	254 ff
Peters, Tim	252
Pöttering, Johannes	144 f
Rachel, Thomas	70 ff
Rathjen, Albert	234
Rauen, Engelbert	205 f
Rauen, Peter	64 ff
Rüttgers, Jürgen	58 ff
Schartz, Günther	253
Schauerte, Hartmut	47 ff, 134 f, 164
Schavan, Annette	52 ff
Schummer, Uwe	132 f
Stamm, Randolph	73 f
Stoiber, Edmund	211 ff
Storm, Andreas	109 ff, 158 f
Teufel, Erwin	123ff, 189f
Tiefensee, Wolfgang	10 ff
Tillmann, Ferdinand	256 f
van Dinther, Regina	158
von der Leyen, Ursula	104 ff
von Wnuk-Lipinski, Barbara	46 f
Weiß, Gerald	114 ff
Welskop-Deffaa, Eva Maria	139 f
Widmann-Mauz, Annette	126 f
Wilhelm, Wendelin	236
Wolf, Markus	237
Wulff, Christian	250
Wulff, Otto	73, 133 f

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | post@cdu.de | www.cdu.de